

Bavar.

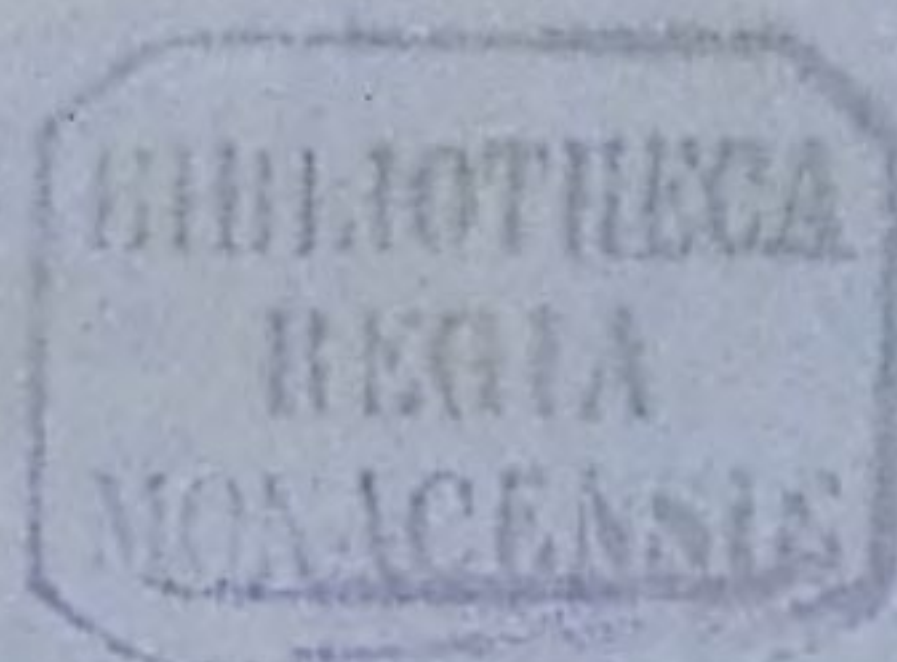
1715

va

Bavar. 1715 va

Ludwig

ANSTREICHE



Die
Politik Nürnbergs

im
Zeitalter der Reformation
(von 1520—1534)

von
Georg Ludewig, Dr. phil.



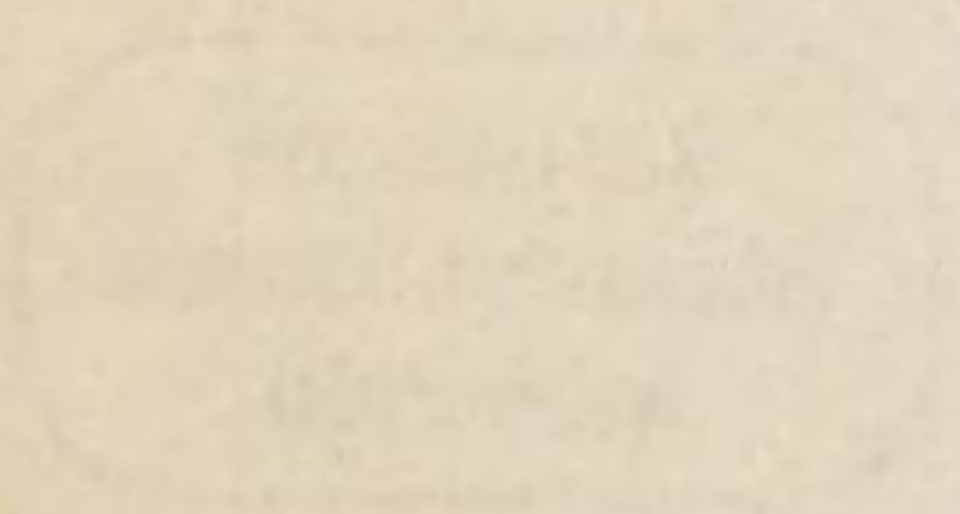
Bayerische
Staatsbibliothek
München

Göttingen,
Vandenhoeck & Ruprecht.
1893.

Politik, Nürnberg

Zeitschriften der Restauration

(1801-1814)



1814

1814

1814

Inhalt.

Kap.	Seite.
I. Nürnberg vor der Reformation	3
II. Pirkheimer und Spengler im Bann	8
III. Die Reichstage zu Nürnberg	16
IV. Die Durchführung der Reformation in Nürnberg	36
V. Nürnberg und der Bauernkrieg	48
VI. Der Protestantismus und die katholischen Stände	57
VII. Der Reichstag zu Speier 1529	86
VIII. Bündnisbestrebungen	93
IX. Der Reichstag zu Augsburg	109
X. Nürnberg und der schmalkaldische Bund	132

Index

- I. Introduction and the History of the Index
- II. The Index and the History of the Index
- III. The Index and the History of the Index
- IV. The Index and the History of the Index
- V. The Index and the History of the Index
- VI. The Index and the History of the Index
- VII. The Index and the History of the Index
- VIII. The Index and the History of the Index
- IX. The Index and the History of the Index
- X. The Index and the History of the Index

Als im dritten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts die Reformation in einer Anzahl oberdeutscher Städte Eingang fand, verbreitete sich zugleich mit dem Luthertum die Lehre Zwingli's, die in einem Teile der Schweiz in Verbindung mit der Demokratie zum Siege gelangt war.

Entschieden ablehnend verhielt sich indes gegen diese Richtung der reformatorischen Bewegung die Stadt Nürnberg.

Unter allen Reichsstädten hatte diese zuerst sich dem Luthertum zugewandt, und zwar eher, als die schweizerische Lehre Einfluss in Deutschland gewann. Die Reformation brach sich in Nürnberg nicht infolge eines Druckes der unteren Volksschichten Bahn, sondern wurde von dem massgebenden Teil der Stadtregierung selbst planmässig in's Werk gesetzt. Im Widerstreit der religiösen Meinungen entwickelte sich diese Stadt zum Sitz des strengsten Luthertums; nach keiner Seite ist sie jemals im geringsten hiervon abgewichen, sondern hat, je nach den Umständen, bald vorsichtig, bald offen, zuweilen mit rücksichtsloser Energie diesen Standpunkt vertreten. Die Versuche, sich mit den Zwinglianern in der Abendmahlsfrage zu vergleichen, galten hier an und für sich fast für frevelhaft, die Zwinglianer selbst für nicht besser als Wiedertäufer und Sektierer. Andererseits protestierte man nicht minder entschieden gegen Annäherungsversuche, wie sie 1529 und 1530 von seiten der Sachsen den Katholiken gegenüber gemacht wurden.

Trotzdem verstand es der Rat, die politische Frage von der religiösen zu trennen. Solange eine Vergewaltigung durch die katholischen Stände befürchtet werden konnte, nahm er an den Bundesplänen der evangelischen Stände teil; er betrieb selbst auf das Eifrigste einen Bund der grossen oberdeutschen Städte. Als 1529 Sachsen auf Veranlassung Luther's Anstoss an dem Bunde mit den zwinglischen Oberländern nahm, suchte er auf Grund der gemeinsamen politischen Interessen zu vermitteln.

Anders gestaltete sich die Politik der Stadt, als das Ergebnis des Augsburger Reichstages vom Jahre 1530 keinen Zweifel darüber gestattete, dass man sich nicht allein in offenem Gegensatz zu der Majorität der Reichsstände, sondern zu dem Kaiser selbst befand, was man sich bis dahin verhehlt hatte. Thatsächlichen Widerstand gegen die rechtmässige Obrigkeit liess die strenge Lehre Luther's vom leidenden Gehorsam nicht zu. Während der Reformator selbst aber in der politischen Notlage zu Erklärungen schritt, die jene Lehre umgingen, blieb Nürnberg bei derselben stehen und hielt sich vom schmalkaldischen Bunde fern.

Auf den nachfolgenden Blättern habe ich den Versuch gemacht, die in den angedeuteten Bahnen sich bewegende Politik Nürnbergs von den Anfängen der Reformation bis zur Gründung des schmalkaldischen Bundes mit Benutzung archivalischer Quellen zur Anschauung zu bringen.

Kapitel I.

Nürnberg vor der Reformation.

Nürnberg war am Schluss des 15. Jahrhunderts ohne Frage die merkantile, geistige und, wenn man von einer solchen reden darf, die politische Hauptstadt Deutschlands. Letzteres drückte sich besonders in den Beziehungen zu den Kaisern aus dem Hause Oesterreich aus, die oft hier weilten; in Nürnberg wurden die Reichsinsignien von einer Krönung bis zu der nächsten aufbewahrt. Im Centrum Deutschlands, am Kreuzungspunkt der grossen Handelsstrassen vom Süden nach dem Norden und vom Osten nach dem Westen Europa's gelegen, erfreute sich die Stadt eines blühenden Handels. Infolge dessen hatte sich hier eine besondere geistige Beweglichkeit und zugleich durch bedeutenden Wohlstand die Vorbedingung zu künstlerischem und wissenschaftlichem Leben entwickelt. Man braucht nur an Dürer, Vischer, an Meisterlin und Hartmann Schedel, die Verfasser berühmter Chroniken, an Regiomontanus, den Vorläufer des Copernikus, vor allem an Wilibald Pirkheimer zu erinnern. Zumal die humanistischen Studien wurden hier um ihrer selbst willen wie in Italien gepflegt. Auch das juristische Studium ward für die regierenden Patricier bald eine Notwendigkeit; hatte doch der Rat seit 1377¹⁾ bereits einen eigenen Rechtsgelehrten, der Doctor juris sein musste. Auf hoher Stufe stand auch die Bildung der gemeinen Bürgerschaft. Drei gut besetzte lateinische Schulen, an den beiden Stadtpfarreien von St. Lorenz und St. Sebald und am neuen Spital, verbreiteten ein lebhaftes literarisches Interesse, sodass bis 1500 bereits 481 Druckwerke in der Stadt erschienen waren und zwar die Bibel in deutscher Uebersetzung allein in fünf Ausgaben²⁾. Eine öffentliche Meinung über die Weltangelegenheiten konnte sich in Nürnberg

¹⁾ Siebenkees, Materialien zur nürnbergischen Geschichte III, S. 600.

²⁾ Strobel, Miscell. liter. Inhalts II, S. 8.

bilden; sie fand ihr besonderes Organ in den Fastnachtsspielen, die in Nürnberg mit besonderer Vorliebe gepflegt wurden. In kecker Weise werden darin die Schäden des Staates und der Kirche behandelt, wenn zum Beispiel der „grossmächtige türkische Kaiser“ in eigener Person den Reichsständen ihre Sünden vorhält.

Unter solchen Umständen war es natürlich, dass ein reformatorischer Geist hier besonders früh um sich griff. Als im Frühjahr 1516 ein Ablass verkündet werden sollte, wurde der Legat von den Bürgern bereits verspottet wegen der Netze, die er den Christen stelle. Der Rat selbst fand die Artikel der Ablassbulle, die ihm von der Ablasscommission mit der Bitte um Zulassung zugestellt wurde, „einander widerwärtig und also, dass das Führnehmen mehr zur Verführung des gemeinen Volkes, denn zu einiger Förderung ihrer Seelen diene“. Er beauftragte daher den Ratsfreund Groland, beim Kaiser ein Verbot dieses Ablasses zu erwirken¹⁾. Man erreichte wenigstens durch die vielen Hindernisse, die der Sache in den Weg gelegt wurden, dass die Commission abzog.

Ebenso widersprachen Rat und Geistlichkeit 1518 einer neuen Ablassverkündigung mit Berufung auf den Ordinarius der Diocese Bamberg, der Nürnberg zugehörte, den staatsklugen, humanistisch gebildeten Bischof Georg Schenk von Limburg. Schliesslich gestattete der Rat den Ablass wahrscheinlich, um vom Papste die Erlaubnis zur Verfolgung von Totschlägern in die Kirchen zu gewinnen. Ein neuer päpstlicher Ablass wurde November 1518 nach einer Anfrage beim Bischof verkündet; der Rat jedoch wohnte der Verkündigung nicht bei.

Aber auch in positiver Weise äusserte sich bereits vor Luther's entscheidender That der reformatorische Geist. Seit Herbst 1516 predigte Staupitz oft im Augustinerkloster über die göttliche Gnadenwahl und die Rechtfertigung. Die gewaltige Wirkung seiner Predigten zeigt die ausgebreitete Correspondenz Dr. Scheurl's, des berühmten Rechtsconsulenten des Rates. Auch wenn wir die überschwengliche, rhetorische Ausdrucksweise dieses Humanisten in Betracht ziehen, ergiebt sich aus seinen Mittheilungen genug. Die Kirche fasste kaum die Menge der Zuhörer; die Predigten erschienen sogleich deutsch und lateinisch im Druck²⁾. Merkwürdig ist es, dass in Nürnberg die Patricier die neue Lehre mit Eifer ergriffen, während sie sich in den anderen Städten derselben widersetzen. Eifrig folgte man der

¹⁾ Strobel, Miscell. 3, S. 47.

²⁾ Scheurl's Briefbuch, herausgeg. von Soden und Knaake, 2. Januar 1517, an Luther S. 1; 8 Januar 1518, an Güttel S. 43.

lutherischen Bewegung. Der Patricier Caspar Nützel übersetzte die Ablassthesen, Scheurl legte allen Briefen ein Exemplar bei. Bei den Gastmählern war Luther der Gegenstand des Gespräches; „man adoriert ihn, und küsst seine Bücher“¹⁾.

Zur Zeit des Augsburger Reichstages 1518 plante man, Luthern, im Fall er über Nürnberg heimreiste, Sicherheit zu schaffen. Seine Begeisterung für Luther konnte freilich Dr. Scheurl nicht hindern, nachdem er Mitte December 1518 mit dem Kammerherrn von Miltitz zu Nürnberg ein Gespräch gehalten hatte, für eine Zeit lang durch seinen Correspondenten Beckmann Luther zur Nachgiebigkeit raten zu lassen²⁾. Geschickt hatte der Legat sich an diesen einflussreichen, aber charakter-schwachen Mann gewandt; bei den übrigen Männern von Bedeutung war die Neigung zum Luthertum bereits entschieden, wenn sich auch der Rat noch zurückhaltend gegen die Bewegung stellen musste. Er liess es auch an der äusseren Ehrerbietung gegen die Vertreter der alten Kirche nicht fehlen. Im Februar 1519 wurde der von Augsburg sich nähernde Cajetan mit grossem Gepränge eingeholt. Scheurl war sehr geeignet, die Empfangsrede zu halten; er zählte darin diesen Tag unter die Festtage der Stadt. Kurz darauf aber schrieb er an Eck, dass Luther's Lehre unwiderleglich sei³⁾. Den besten Beweis für die damalige Stimmung in den massgebenden Kreisen giebt ein Büchlein⁴⁾, das vielleicht nach 1518 verfasst, im Jahre 1519 nicht weniger als fünfmal gedruckt wurde, die „Schutzrede und christliche Antwort eines ehrbaren Liebhabers göttlicher Wahrheit, warum Dr. M. Luther's Lehr nit als unchristlich! verworfen, sondern als christlich gehalten werden soll“. Der Verfasser des zuerst anonym erschienenen Werkes war Lazarus Spengler, Ratschreiber von Nürnberg, ohne Frage einer der bedeutendsten Charaktere seiner Zeit, dessen Stellung zu der Reformation ganz identisch ist mit der oben charakterisirten Stellung Nürnbergs selbst. Im Gegensatz zu Scheurl war er eine religiös und sittlich tief angelegte Persönlichkeit, und während jener nach anfänglicher Hinneigung zu Luther zum Katholicismus zurücktrat, sobald der Reformator entschieden Stellung nahm, schritt Spengler consequent auf der Bahn des strengen Luthertums fort, niemals nach der päpstlichen oder zwinglianischen Seite abweichend.

Am 13. März 1479 zu Nürnberg als Sohn des Ratsschreibers Georg Spengler geboren, studierte er in Leipzig die Rechte. Nach seines Vaters Tode kehrte er 1496 nach Nürnberg nun-

¹⁾ Scheurl's Briefbuch. 2. November 1518, an Beckmann S. 60.
²⁾ An Beckmann, 19. Dec. S. 69. ³⁾ Briefbuch S. 89. ⁴⁾ Riederer, Beitrag zu den Reformationsurkunden S. 202.

mehr als Haupt der zahlreichen Familie zurück. Im Jahre 1502 wurde er in der Ratskanzlei angestellt und erwarb sich hier die grösste Geschäftskenntnis. 1516 wurde er unter die Genannten des grösseren Rates aufgenommen ¹⁾. Er war unter bescheidenem Namen der Urheber und Lenker fast aller Beschlüsse ²⁾. Spengler war nahe befreundet mit Wilibald Pirkheimer, dem berühmten Humanisten, der schon als solcher im Gegensatz zu Dr. Eck stand und durch seine Parteinahme für Luther sein persönlicher Feind wurde. Durch Pirkheimer wurde Spengler und der Rat selbst plötzlich mitten in die reformatorische Bewegung gezogen. Es erschien nämlich nach Eck's angeblichem Siege in der Leipziger Disputation eine Schmähschrift, *Eckius dedolatus*, als deren Verfasser man mit Recht Pirkheimer vermutete; auch eine deutsche Bearbeitung dieser Schrift kam unter dem Titel „Der gehobelte Eck“ heraus. Eck rächte sich, indem er auf die gegen Luther und seine Anhänger erwirkte Bannbulle auch die Namen Pirkheimer's und Spengler's, des angeblichen Verfassers des deutschen gehobelten Eck, setzte. Hierdurch sollte zugleich die Stadtregierung compromittiert und in Verlegenheit gesetzt werden; die persönliche Sympathie ihrer meisten Mitglieder für die Sache Luther's war ja bekannt. Einige Worte über den Charakter dieses Regimentes mögen daher hier Platz finden.

Dasselbe befand sich nach der Niederkämpfung der Zünfte faktisch in der Hand der patricischen Familien, deren es damals 26 gab ³⁾. Die eigentliche Leitung hatte der kleine Rat, aus 42 Mitgliedern bestehend, nämlich aus 26 Bürgermeistern, 13 alten und 13 jüngeren, von denen je einer 4 Wochen lang als Frager den Vorsitz führte, aus 8 zugeteilten Patriciern, „die alten Genannten“, und 8 Handwerkern. Den Kern bildeten die 13 älteren Bürgermeister; aus diesen gingen die 7 „Elteren Herren“, der eigentliche Regierungsausschuss, hervor; die drei Obristhauptleute, nämlich der erste und zweite Losunger, die Verwalter der Finanzen, und der Kriegshauptmann bildeten die Spitze dieses Ausschusses. Die Würde des ersten Losungers bekleidete damals der lutherisch gesinnte Ant. Tucher. Nach seinem baldigen Tode rückten seine beiden Collegen in der obersten Behörde auf, zwei der bedeutendsten Männer, der praktische, scharfsinnige Hieronymus Ebner, ein lauterer, höchst gewissenhafter Charakter,

¹⁾ Nach dem summarischen Auszug vom Herkommen des Spenglerschen Geschlechtes, 1625 von L. Spengler verfasst, bei Hausdorff, Lebensbeschreibung des Lazarus Spengler, Nürnberg 1741, S. 5 ff. ²⁾ Camerarius, *vita Melanchthonis* ed Strobel S. 101 ff. ³⁾ *Wagenseilii de sacri Rom. imp. libera civitate Norimbergensi commentatio*, Altdorf 1697; S. 191 ff., Bericht Scheurl's.

zugleich milde und versöhnlich, und der thatkräftige, entschlossene Caspar Nützel ¹⁾. Diese beiden Männer und Lazarus Spengler bestimmten wesentlich die Entschlüsse des Rates.

Neben dem kleinen bestand noch der grosse Rat, der aus der ganzen Gemeinde hervorging, aber selten zusammentrat und wenig bedeutete.

Die Erneuerung des Rates geschah durch eine Commission, drei „alte Genannte“ wählte. Nur die alten Genannten adoptierte zu welcher der kleine Rat zwei Bürgermeister und der grosse der Rath selbst. Es war eine Ausnahme, wenn ein altes Mitglied nicht wieder aufgenommen wurde.

Die aristokratische Regierung bewährte sich vorzüglich, wie es oftmals in einem Freistaate geschieht, so lange seine Kraft nicht durch die Sicherheit seiner Stellung erschlaft ist. Nürnberg hatte aber erst kurz zuvor durch die grossen Kriege mit den benachbarten Fürsten, zumal im baierischen Erbfolgekrieg, seine Machtstellung errungen und sah sein Gebiet, das einem Fürstentum an Umfang gleich kam, beständig bedroht. Ferner besass der Patriciat der lebhaften und hochgebildeten Handelsstadt eine Empfänglichkeit für neue Ideen, die seine Standesgenossen selten besitzen.

Damals ging die Politik der Staatsgewalten besonders auf Ausbildung der territorialen Hoheitsrechte, zumal über die eximierten geistlichen Institute. Auch der Rat von Nürnberg strebte consequent nach Ausbildung seiner Staatshoheit. Er besass die Vogteischafft ²⁾ und die disciplinarische Aufsicht über die Klöster, ferner den Patronat über die beiden Stadtkirchen. Ein Brief an den Strassburger Rat, der über die Klosterordnung ³⁾ Auskunft erbat, zeigt deren Handhabung durch den Rat. Danach halten sich die Klöster gegen den Rat in guten Sitten und Gehorsam, zumal die beiden Frauenklöster; es darf in letztere niemand ohne des Rates Erlaubnis aufgenommen werden, jährlich muss Rechnungsablage vor ihm erfolgen. Diese Rechte suchte man auszubilden. Wir sahen bereits das Verhalten des Rates gegen das Asylrecht der Kirchen, seine Weigerung, das Ablassmandat zuzulassen, die an die Handhabung des placet erinnert. Der öffentliche Unterricht wurde in dieser Stadt frühzeitig als ein Zweig der Staatsverwaltung angesehen. Später wurde auch die Armenpflege als Staatsangelegenheit eine öffentliche.

Der Sache der Reformation waren die meisten Ratsmitglieder günstig gesinnt, doch vermied der Rat sorgfältig jede unzeitige

¹⁾ Camerarius, vita Melanchthonis ed. Strobel, p. 101 etc.

²⁾ Strobel liter. Misc. I, S. 69.

³⁾ Virck, pol. Correspondenz der Stadt Strassburg I, S. 73. Schreiben vom 25. März 1521.

offizielle Aeusserung und begnügte sich, der Bewegung möglichst wenig Hindernisse in den Weg zu legen.

Kapitel II.

Pirkheimer und Spengler im Bann ¹⁾).

Bevor Eck dem Rate die Bannung der beiden Nürnberger anzeigte, hatte er an den Bischof von Bamberg das Ansinnen gestellt, die offizielle Benachrichtigung der Gebannten zu besorgen; dieser weigerte sich, weniger aus Neigung für den Rat von Nürnberg als aus Misvergnügen über die Anmassung des nuntius apostolicus, mit dem Hinweis, dass ihm die Bulle nicht gehörig insinuiert sei; darauf forderte Eck in einem Schreiben vom 15. October ²⁾ den Rat auf, behufs Ausführung der Bulle die Gebannten zu verhaften und nach Rom zu senden. Sein Vorgehen war sehr anfechtbar, da beide der Ketzerei weder überführt noch geständig waren, denn sie hatten die Schriften nicht als die ihrigen anerkannt. Der persönliche Hass gegen die Stadt im allgemeinen und Pirkheimer im besonderen war das eigentliche Motiv zu Eck's Vorgehen. In einem Gespräche, das er im November 1520 zu Ingolstadt mit Scheurl hatte ³⁾, sprach er es unverhohlen aus, dass Pirkheimer für seine Schrift büssen solle, Spengler halte er für einen guten Gesellen und erwarte Gutes von ihm, trotzdem grollte er jetzt auch ihm, weil er ihn für den Verfasser des deutschen gehobelten Eck hielt ⁴⁾. Der Rat liess die offizielle Mitteilung ⁵⁾ des Bannes samt Abschrift der Bulle

¹⁾ Hauptquelle: Riederer, Beitrag zu den Ref. Urkunden, Altdorf 1762, und Riederer, Nachrichten zur Kirchen-, Gelehrten- und Bücher-Geschichte, Altd. 1765. Vgl. Drews, Wilibald Pirkheimer, 1887. Roth, Wilibald Pirkheimer, 1888. ²⁾ Spengler an Pirkheimer, 22. Oct. 1520, bei Riederer, Nachrichten S. 326; Beitrag S. 56. ³⁾ Spengler an Pirkheimer, 5. December, Riederer, Nachrichten II, S. 187. Scheurl an Beckmann, 11. Nov., Scheurl's Briefbuch S. 117. ⁴⁾ Sp. an P. 11. Dec. Riederer, Nachrichten II, 196. ⁵⁾ Riederer, Beitrag, S. 64.

an beide am 19. October ergehen, zugleich aber versprach er „ihrer zu bedenken“. Er sandte den Herrn von Knod an den Bischof, um anfragen zu lassen, wie er sich zu der Sache zu stellen gedenke. Am 19. October liess auch der Bischof in Nürnberg aus persönlicher Rücksicht die Bulle privatim präsentieren, anstatt sie zu publicieren¹⁾. Spengler, des Wohlwollens des Rates sicher, ergriff sofort die Initiative, um dem schlimmen Handel zu entgehen; er war es, der in der Folgezeit eigentlich die Entscheidungen des Rates bestimmte, indem er seine Vorschläge geschickt zu insinuieren und zugleich seine eigene Person bescheiden im Hintergrund zu halten wusste. Pirkheimer befand sich damals wegen einer in der Stadt herrschenden Seuche auf seinem Gute Neuhof. Dorthin reiste Spengler am 19. October²⁾. Man entwarf eine „Narration“³⁾, ein Bekenntnis, das an Eck gesandt werden sollte, des Inhalts, dass sie Luther's Lehre, so weit sie ketzerisch sei, widerriefen. Auch ward eine Sendung dieses offenen Schreibens direkt nach Rom geplant. Zurückgekehrt nach Nürnberg, noch am 19. October, modificierte Spengler das Bekenntnis ihres Widerrufs der lutherischen Lehre, soweit sie ketzerisch sei, dahin, dass es lautete: sie wollten die Lehre nur insoweit annehmen, als sie dem christlichen Glauben gemäss sei. Mit dieser diplomatischen Ausdrucksweise wollte man dem etwaigen Einwand der Papisten zuvorkommen, dass die Erklärung nicht genüge, da der Papst sämtliche Schriften Luther's verdammt habe. Zugleich wollte man den Vorwurf der Wittenberger, als sei man abgefallen, vermeiden. Die Elteren Herren⁴⁾ billigten diesen Entwurf⁴⁾, sie meinten, eher sollten Mönche und Pfaffen zu Grunde gehen, als dass sich die beiden zu Weiterem drängen liessen.

Eck's Ansinnen hatte in Nürnberg vielfach nicht geringe Bestürzung erregt; einige meinten, dass man Luther's Schriften verpetschieren müsse, bis ein Entscheid aus Bamberg darüber einliefe; man gab Spengler im Vertrauen zu verstehen, dass der Bann nicht unverdient erfolgt sei. Aber die leitenden Ratsmitglieder hielten es für einen „Spott und Spektakel“, zumal der Universität von Wittenberg und dem Churfürsten gegenüber, dem anmassenden Mann widerstandslos nachzugeben. Da meldete Herr von Knod aus Bamberg die wohlwollenden Aeusserungen des Bischof's, dass er Eck's Forderungen abgewiesen habe und bereit sei, die beiden Nürnberger mit seinem Rate zu unterstützen. Jetzt fasste man noch höheren Mut; man hoffte.

¹⁾ Riederer, Beitrag S. 62. ²⁾ Die Chronologie ergibt sich aus den Datierungen der Briefe. ³⁾ Spengler an Pirkheimer, 20. Oct., bei Riederer, Nachrichten I, S. 320 ff. ⁴⁾ Spengler an Pirkheimer, 22. October, bei Riederer, Nachrichten I, S. 320.

mit bischöflicher Hülfe dem Eck mit Rechtsgründen begegnen zu können. Auch war die allgemeine Stimmung entschieden gegen Eck ¹⁾. Da nun Spengler ernste Zweifel hegte, ob eine Sendung des Bekenntnisses nach Rom dort angenommen werde, so schlug er dem Rate vor, dass er und Pirkheimer ein Schreiben, welches das Bekenntnis enthielte, an den Bischof richten sollten mit der Bitte, dass er als ordinarius dem Eck kein weiteres Bedrängen gestatten möge. Der Rat war einverstanden ²⁾. So wurde von dem offenen Briefe an den Papst vorläufig abgesehen. Bald kehrte Knod zurück und bestätigte sein Schreiben: Vor seiner Ankunft sei bereits beschlossen worden, wenn der Bischof seitens der beiden Nürnberger darum ersucht würde, so wolle er sich für sie verwenden. Spengler arbeitete eine neue Schrift an den Bischof aus ³⁾, die er Pirkheimer zur Begutachtung übersandte; er hoffte, dass sie in Bamberg gefallen werde. Bei der allgemeinen Entrüstung, die gegen Eck bestand, konnte er sich erlauben, die Schrift so abzufassen, dass sie „etwas tapferlich“ ausfiel. Spengler's Entwurf wurde von Pirkheimer geändert, dann von Spengler selbst nochmals redigiert. Der Rat billigte die Schrift und sandte sie am 30. October ⁴⁾ mit einem kräftigen Begleitschreiben ab. Die beiden Gemassregelten protestierten darin gegen das Verfahren, zumal gegen die ungehörige Publi- cierung der Bulle, und baten den Bischof, den Eck an weiterem Vorgehen zu hindern; dagegen erklärten sie sich bereit, vor dem Bischof oder einer anderen geistlichen oder weltlichen Obrigkeit im Reich zu Gericht zu stehen. Das Glaubens- bekenntnis, worin sie ihren stetigen Gehorsam gegen den Papst versicherten, war dem Briefe eingefügt.

Wenn der Bischof anfangs wirklich Willens gewesen war, dem Eck Widerstand zu leisten, so war er doch nicht geneigt, sich einem Zerwürfnis mit dem Papst infolge der Abweisung des apostolischen Gesandten auszusetzen. Eine Vorliebe für die Stadt, welche die Hälfte seiner Diöcese bildete, konnte er überhaupt nicht haben, denn Konflikte, zumal über die geistliche Gerichtsbarkeit, waren genug vorgekommen. So fiel das Ant- wortschreiben ⁵⁾ vom 2. November in der Hauptsache ablehnend aus; er könne über Eck als apostolischen Nuntius nicht ver- fügen, trotzdem sei er bereit, das Schreiben der beiden und des Rates Begleitschreiben dem Eck zu übersenden und ihn zu bitten, die Sache fallen zu lassen. Der kluge Spengler erkannte

¹⁾ Spengler an Pirkheimer, 26. October, bei Riederer, Beitrag S. 65. ²⁾ Spengler an Pirkheimer, 22. October, Nachrichten I, S. 326. ³⁾ Spengler an Pirkheimer, 26. October, Beitrag S. 65. ⁴⁾ Nachrichten I, S. 442. ⁵⁾ Riederer, Beitrag S. 75.

sofort den veränderten Stand der Dinge, bei dem nichts zu hoffen war¹⁾. Er misstraute durchaus dem Bischofe, er meinte, dieser habe seine Freude daran, dass sie „tribuliert“ würden. Später²⁾ erhielt er allerdings die Bestätigung, dass der Bischof im Herzen ihnen ungnädig sei und nur zum Schein für sie handele; auch C. Nützel erfuhr dieses. Es ist bezeichnend, dass Spengler sich schon wie Luther persönlich vom Bann nicht getroffen fühlte: „wollte Gott“³⁾, schreibt er, „dass ich meiner Herren Dienst nicht hätte, ich wollte mich dieses Mannes Stricken wohl entledigen.“

Zum Nachgeben war er am wenigsten bereit. „Wenn wir keinen Erfolg haben mit der Widerschrift in Bamberg, so schlage ich am liebsten mit Fäusten darein.“ Aus Rücksicht auf den Rat konnte er des Bischofs Anerbieten nicht ganz zurückweisen; er verfasste ein Antwortschreiben, das Pirkheimer billigte. Zugleich gab er dem Glaubensbekenntnis und dem Schreiben des Rates vom 30. October eine mildere Form. Alles dieses ward am 6. November⁴⁾ an den Bischof geschickt mit der Bitte, es Eck zu übersenden. Trotz der Milderung des Ausdrucks war der Inhalt der Bekenntnisschrift im Wesentlichen derselbe geblieben; sie erklärten, dass sie bei dem Bekenntnis vom 30. October verharren, und beklagten sich vor allen über die Verurteilung, bevor sie überführt seien. Aber der Versuch scheiterte. Eck⁵⁾ forderte die Abschwörung aller Artikel Luther's, welche die Bulle verdammt. Spengler, hierauf gefasst, hatte bereits am 5. November seinem Freunde einen neuen Ausweg gezeigt. Er gedachte mit Umgehung des verhassten Eck den Legaten Aleander um Absolution anzugehen⁶⁾. Doch trat dieser Gedanke vorläufig noch zurück. Bereits vor Abgang des ersten Schreibens an den Bischof im October erwog man im Rate, durch Herzog Wilhelm von Baiern, Eck's Landesherrn, auf ihn zu wirken⁷⁾. Spengler wollte ausserdem mit Wissen des Rates durch Thomas Löffelholz, Sohn des ehemaligen nürnbergischen Kriegsobersten, Eck bearbeiten lassen⁸⁾; er hoffte dabei viel von der Eitelkeit dieses Mannes und empfahl Pirkheimer „ihm das Maul zu schmieren, weil er will angesehen sein.“ Herzog

¹⁾ An Pirkheimer, 5. Novbr., Riederer, Nachrichten I, S. 446.

²⁾ An Pirkheimer, 26. Novbr., Riederer, Nachrichten II, S. 184. ³⁾ An Pirkheimer, 5. November, Riederer, Nachrichten I, S. 446. ⁴⁾ Schreiben an den Bischof, 6. November, Riederer, Nachrichten I, S. 448. ⁵⁾ Schreiben Eck's vom 12. Nov. an den Bischof, Beitrag S. 79. Schreiben des Bischofs vom 16. Nov., Beitrag S. 85. ⁶⁾ Sp. an P., 5. Nov., Nachrichten I, S. 446. ⁷⁾ Sp. an P., 30. Oct., Nachrichten I, S. 439. ⁸⁾ Sp. an P., 7. Nov., Nachrichten II, S. 54.

Wilhelm versprach allerdings dem Rate¹⁾, sich so zu halten, dass der Stadt nichts Schimpfliches widerfahren solle. Eck aber, damals in Augsburg, beharrte dabei²⁾, er könne nichts an der Sache ändern, trotzdem er auch jetzt gegen Pirkheimer nichts und gegen Spengler nur den Verdacht der Urheberschaft der Schutzrede vorbringen konnte. Der Rat hatte, bevor der Herzog ihm den Misserfolg mitteilte³⁾, bereits verordnet, den Ratsherrn J. Muffel an den Herzog zu senden. Spengler gab ihm mit Wissen des Rates eine Instruktion zur Verhandlung mit Eck⁴⁾.

In der That gewann der Gesandte den Herzog für eine weitere Vermittelung. Der Gesandte ermutigte Spengler schon „keck“ zu sein, die Sache stehe nicht unrecht⁵⁾. Auf Spengler's Veranlassung hatte Tucher den Churfürsten von Sachsen gebeten, das Ansuchen bei dem Herzog von Baiern zu unterstützen. Aber Eck behauptete, auf seiner Instruktion beharren zu müssen. Ohne Erfolg kehrte J. Muffel zurück; Spengler hatte den Misserfolg verhergesehen⁶⁾.

Mit den beiden Nürnbergern war auch Adelman von Adelmansfelden, Domherr von Augsburg und Eichstädt, gebannt. Dieser hatte von Eck auf seine Bitte Absolution erhalten, zugleich aber Appellation erhoben. Es war diese Vereinigung möglich, indem die Absolution in der Form *ad cautelam* gegeben wurde, unter der Voraussetzung, dass die Ketzerei wirklich stattgefunden habe. Dieser Mann riet Spengler zu demselben Verfahren bereits Anfang November⁷⁾. Spengler, der schon damals von den Vermittelungsversuchen sich wenig versprach, hatte diesen Gedanken aufgegriffen und Pirkheimer empfohlen. Der gleiche Rat wurde vom Bischof ertheilt, als er das ablehnende Schreiben Eck's vom 12. November übersandte⁸⁾. Doch nur die Appellation gefiel Spengler, dem ein Schuldbekenntnis vor Eck unerträglich schien. Der Rat, der sofort ein Gutachten seiner Rechtsgelehrten darüber einforderte, hoffte freilich noch auf die Vermittlung Baierns. Spengler aber glaubte der Unterstützung des Rates sicher zu sein, wenn er allein auf dem Rechtsweg der Appellation beharren würde.

Rücksicht gegen Eck schien also überflüssig zu sein; Spengler verfasste eine scharfe Schrift und übersandte sie

¹⁾ Schreiben vom 5. November, Riederer, Beitrag S. 103. ²⁾ Schreiben Eck's an den Herzog vom 15. November, Riederer, Beitrag S. 104. ³⁾ Schreiben vom 23. November, Riederer, Beitrag S. 106. ⁴⁾ Spengler an Pirkheimer, 17. u. 23. November, bei Riederer, Nachrichten II, S. 64 u. 183. ⁵⁾ Schreiben an Spengler, 2. December, Riederer, Beitrag S. 107. ⁶⁾ Sp. an P., 5. December, Riederer, Nachrichten II, S. 117. ⁷⁾ Sp. an P., 7. November, Riederer, Nachrichten II, S. 63. ⁸⁾ Spengler an Pirkheimer, 17. November, Riederer, Nachrichten II, S. 64.

Pirkheimer¹⁾; „Es ist Zeit, da dieser Dr. Unflat auf unsere linde Schrift so reuterisch geantwortet, ihm reuterisch zu begegnen.“ Auch sein Büchlein beschloss er nicht mehr zu verleugnen.

Eine weniger charaktervolle Persönlichkeit hätte vielleicht einen bequemen Ausweg aus der Bedrängnis benutzt, der Spengler damals geboten wurde. Dieses geschah wohl in Folge des Besuches Dr. Scheurls in Ingolstadt, wo er seinen Freund Spengler Eck gegenüber warm vertheidigt hatte²⁾. Eck gab nämlich zu verstehen, dass er Pirkheimer für den Verfasser des *dedolatus Eckius* halte³⁾; über Spengler, der für den Verfasser des deutschen gehobelten Eck galt, wird Scheurl Aufklärung gegeben haben, sodass Eck gestand, er halte ihn für einen guten Gesellen. Dem entsprach, dass bald darauf mehrfach Versuche gemacht wurden, Spengler von Pirkheimer zu trennen; durch ein „Gesellenbrieflein“ an Eck solle er aus dem Handel kommen. Er aber theilte Pirkheimer dieses alles mit und gab zugleich die Versicherung, er werde zu ihm fest wie ein Fels stehen.

Es erfolgte nun über die Frage der Appellation an den Papst eine Beratung der Rechtsconsulenten des Rates, an der Nützel und Spengler teilnahmen⁴⁾. Man ging davon aus, dass die Frist der 60 Tage von dem Datum der Zustellung der Bulle (19. Oct.) ab zu rechnen sei. In Folge des Beschlusses wurde am 1. December das Schriftstück auf dem Rathause durch Dr. Bolraus nach Muster des Entwurfes vom October aufgesetzt und an den Bischof gesandt, der es seinerseits Dr. Eck übermittelte⁵⁾. Die beiden Gebannten beschwerten sich über Eck's Vorgehen, der die Frist von 60 Tagen vom 29. September, dem Tage der Publicierung in Brandenburg ab rechne, während ihnen erst am 19. October eine unauthentische Abschrift präsentiert sei. Sie leugneten, Luther's Lehre vertheidigt zu haben, soweit sie nicht dem christlichen Glauben entspräche. In allem, was zu glauben und zu beobachten wäre, seien sie bis zum Tode der römischen katholischen Kirche unterworfen.

Auch an den Nuntius Aleander gedachte man die Appellation zu schicken. Der Rat beabsichtigte, sich durch dieselbe gegen die Anklage der Papisten zu verwahren, dass er die Gebannten, die er eigentlich zur Verantwortung anhalten sollte, in seinen Schutz nähme; es sollte das Verfahren vorläufig in der Schwebe

¹⁾ Spengler an Pirkheimer, 19. November, Riederer, Nachrichten II, S. 66. ²⁾ Scheurl an Beckmann, 11. November, Scheurl's Briefbuch, S. 127. ³⁾ Spengler an Pirkheimer, 5. December, Riederer, Nachrichten II, S. 117. ⁴⁾ Spengler an Pirkheimer, 23. Novbr., Riederer, Nachrichten II, S. 183. ⁵⁾ Pirkheimeri opera ed. Goldast, 1610, p. 199.

erhalten werden. Doch war die Majorität des Rates einer energischen Durchführung dieses Planes, wie Spengler und seine Freunde es wünschten, abgeneigt. Die Gefahr einer Compromittierung lag nahe, da bei der Erbitterung Roms gegen die Lutherischen das Urteil leicht ungünstig ausfallen konnte¹⁾.

Kurz nach der erwähnten Beratung kam Spengler bereits zu der Einsicht, dass man Eck vielleicht doch persönlich angehen müsse; er unterliess es daher, die „scharfe Schrift“ an den Bischof zu senden, um ihn und Eck nicht unnötig zu reizen. Zu jener Zeit war ausserdem trotz des Verbotes des Rates eine Schrift gegen den Clerus von Dr. Buschius erschienen, die in Bamberg und Würzburg höchste Erbitterung erregte; daher musste Spengler auf den Rat Rücksicht nehmen.

Unerschütterlich dagegen blieb der Rat, als Eck die Verbrennung der lutherischen Bücher forderte; man hatte in Bamberg deshalb angefragt und die Antwort erhalten, da der Bischof die Bücher nicht verbrennen lasse, so brauche auch die Stadt es nicht zu thun. Spengler riet zur Protestation und Appellation auch in diesem Falle²⁾.

Der Rat hatte auf das Gelingen der herzoglichen Vermittlung gerechnet, die durch J. Muffel in ein neues Stadium zu treten schien. Als nun ein zweites ablehnendes Schreiben Eck's an den Herzog von diesem dem Rat übermittelt ward³⁾, welches unbedingtes Abschwören der lutherischen Lehre für unerlässlich erklärte⁴⁾, wurde die entscheidende Sitzung gehalten. Ein letzter Ausweg, an den Spengler dachte, auf den Ausgang der lutherischen Sache in Worms zu warten, schien dem Rate bedenklich; die Frist der 60 Tage, welche die Bulle gab, war, vom Tage der Insinuation (19. October) ab gerechnet, ihrem Ende nahe. So konnte der Rat Spengler nur empfehlen, er möge, da es Eck nur darauf ankomme, persönlich angegangen zu werden, thun, was der Herzog geraten habe, nämlich sich wie Adelman mit Vorbehalt absolvieren zu lassen, so dass der Protest bestehen bliebe; der Rat erbot sich, die einleitenden Schritte bei Eck zu thun⁵⁾. So ging Spengler zu seinem Freunde und bat ihn, einen Vorschlag anzunehmen, den er selbst nur des gemeinen Wohles wegen billigen könne. Der Rat, der in Erfahrung gebracht hatte, dass Eck nach Rom abreisen wollte, sandte, um dem zuvorzukommen, einen Eilboten zu ihm, der anfragte,

¹⁾ Spengler an Pirkheimer, 26. November, Riederer, Nachrichten II, S. 184. ²⁾ Spengler an Pirkheimer, 5. December, Nachrichten II, S. 187. ³⁾ Schreiben des Herzogs vom 11. December, Beitrag S. 108. ⁴⁾ Eck's Schreiben vom 11. December, Beitrag S. 109. ⁵⁾ Spengler an Pirkheimer, 18. Dec., Nachr. II, S. 192.

welches Begehren er denn eigentlich habe, denn bislang hatte er sich nur unklar darüber ausgedrückt; der Rat wolle infolge der gnädigen Verwendung des Herzogs mit ihm selbst unterhandeln. Eck bestimmte darauf den 4. Januar zur Besprechung¹⁾. Die von Pirkheimer aufgesetzte, von Spengler verbesserte Instruktion²⁾ ermächtigte Dr. Rorer, von Eck eine Absolution wie die des Adelman anzunehmen. Eck aber forderte am 4. Januar die Vollmacht zu sehen, dass Rorer für die beiden Gebannten die Abschwörung leisten dürfe³⁾. Der Rat konnte, zumal als er am 9. Januar genaue Kunde von den Absichten des Papstes und Kaisers erhielt, dass man plane, Luther's Lehre zu vertilgen und seine Anhänger in die Acht zu erklären, nur raten, nachzugeben und die Vollmacht auszustellen⁴⁾.

Am 17. Januar liess Spengler für den neuen Vertreter Voit die gewünschte Vollmacht ausfertigen. Pirkheimer verzögerte die Ausstellung wegen einer Erkrankung bis zum 26. Als letzter Termin zur Erledigung der Sache war von Eck der 27. Januar festgesetzt. Als nun Voit infolge jener Verzögerung erst am 1. Februar vor Eck erschien, wurde er abgewiesen. Eck schrieb am 4. an den Rat, da die gewährte Frist nunmehr verstrichen sei, so könne er nur aus Gefälligkeit und zwar nur in der forma simplex absolvieren⁵⁾. In der That mussten sie Luther's Lehre als Ketzerei anerkennen und sie förmlich abschwören. Bereits war am 3. Januar von Rom eine neue Bulle ausgegangen, welche ihre Namen enthielt; am 10. Februar empfing sie der päpstliche Nuntius Aleander in Worms. Spengler, der sich als Vertreter seiner Stadt am Reichstage befand, protestierte beim Kaiser, der ihn an Aleander verwies. Dieser riet ihm, da der Papst sich selbst die Absolution vorbehalten habe, ein neues Gesuch nebst der Abschwörung an diesen zu schicken. Es lässt sich nicht ersehen, ob noch eine päpstliche Absolution erfolgte, ob die Eck'sche stillschweigend anerkannt, oder ob die Angelegenheit von den Gebannten ignoriert worden ist.

¹⁾ Schreiben an Eck's, 24. December, Beitrag S. 114. ²⁾ Beitrag S. 117. ³⁾ Relation Rorer's, Beitrag S. 125. ⁴⁾ An Pirkheimer, 10. Januar, bei Riederer, Beitrag S. 131. ⁵⁾ Drews, Wilibald Pirkheimer, S. 72. ⁶⁾ Roth, Wilibald Pirkheimer, S. 44.

Kapitel III.

Die Reichstage zu Nürnberg¹⁾.

Nur im Interesse des Gemeinwohles hatten Spengler und Pirkheimer nachgegeben und ihre Überzeugung verleugnet; dagegen hatte Spengler seine Schutzrede nunmehr offen anerkannt. Er konnte es als eine Genugthuung betrachten, dass der Rat in unerschüttertem Wohlwollen lange vor Erledigung der Sache ihn seinen Gesandten für den Reichstag zu Worms, Nützel und Groland, beigab²⁾.

Der erste Reichstag Karl's V. hatte ursprünglich in Nürnberg stattfinden sollen. Zum Andenken daran liess der Rat schon Münzen schlagen³⁾; aber er wurde der Seuche wegen nach Worms verlegt. Über die Vorgänge daselbst liegt der Bericht Spengler's vor. Luther's Auftreten förderte seine religiöse Entwicklung sehr. Eben noch hatte er seine Überzeugung verleugnen müssen, jetzt bestritt er bereits die Schlüsselgewalt des Papstes; denn stände es in des Papstes Gefallen, den Himmel zu öffnen und zu schliessen, so wäre die Kirche nicht auf dem Fels des Glaubens, sondern auf Menschenwerk begründet. Also lebte er bereits in der unsichtbaren Glaubenskirche Luther's⁴⁾.

Schon im April 1521 erhielt der Rat das kaiserliche Mandat⁵⁾, welches allen Obrigkeiten gebot, Luther's Bücher wegzunehmen; man beschloss am 9. April demgemäss zu handeln⁶⁾. Bald erfolgte seitens des schwäbischen Bundes die Zusendung des Wormser Ediktes. Doch erst am 26. August liess der Rat seinen Rechtsgelehrten beide Erlasse vorlegen und beschloss⁷⁾

¹⁾ Vgl. Ranke, d. Gesch. im .Z d. R. Baumgarten, Gesch. Karl's V. Bezold, Gesch. der deutschen Reformation. Egelhaaf, Deutsche Geschichte im 16. Jahrh. Redlich, der Reichstag von Nürnberg 1522. Richter, der Reichstag von Nürnberg 1524. Roth, die Einführung der Reformation in Nürnberg. Soden, Beiträge zur Gesch. der Ref. Müllner, Nürnbergische Reformationsgeschichte. Virck, politische Correspondenz der Stadt Strassburg, Bd. I. Kluckhohn, zur Geschichte der Handelsmonopolen im Zeitalter der Reformation in den histor. Aufsätzen dem Andenken an G. Waitz gewidmet. ²⁾ An Pirkheimer, 10. Januar, Riederer, Beiträge S. 131. ³⁾ An Nützel und Groland, Nürnberger Briefbuch im Kreisarchiv zu Nürnberg, No. 94, 7. Sept. ⁴⁾ Mayer, Spengleriana S. 13 ff. ⁵⁾ Müllner, S. 17. ⁶⁾ Des Rates Protocollbuch im Kreisarchiv zu Nürnberg 1521—1525, fol. 3. ⁷⁾ ibid., fol. 25 b.)

infolge ihres Gutachtens am 31. August, darüber zu wachen, dass das Edikt nicht übertreten werde; Kaden ward mit dieser Aufgabe betraut. Die Verkündigung des Ediktes aber ward zu längerem Bedacht gestellt, „weil an derselben Sachen unseres Bedenkens merklich gelegen ist“; so schrieb man an die Stadt Weissenburg ¹⁾. Erst Mitte October wurde ein besonderer Ratsbeschluss darüber gefasst; aber man liess es bei einem öffentlichen Anschlag (17. October) bewenden. So konnte vor Notar und Zeugen protocolliert werden, dass der Rat seine Pflicht erfüllt habe.

Wahrscheinlich war der Umstand nicht ohne Einfluss, dass die Ankunft des Reichsregimentes, das ja seinen Sitz in Nürnberg haben sollte, nahe bevorstand. Als Vertreter Nürnbergs wurde C. Nützel bestimmt. Der Rat von Nürnberg hatte sich während des Reichstages von Worms lebhaft für das Zustandekommen des Reichsregimentes interessiert und war zu Opfern für dasselbe bereit gewesen ²⁾. Man hoffte nämlich, Regiment und Gericht in die eignen Mauern zu bekommen ³⁾ und liess, als vor der verseuchten Stadt gewarnt wurde, durch die Gesandten betonen, dass die Seuche im Erlöschen begriffen sei. Im Mai war noch keine Einigung über Gericht und Regiment erzielt ⁴⁾; trotzdem hatte der Rat bereits im April seinen Baumeistern befohlen, die Burg und das Rathaus zur Aufnahme des Regimentes schleunigst herzurichten und für das Gericht ein passendes Gebäude zu suchen ⁵⁾. Noch im Herbst bemühten sich die Wormser vergebens, Regiment und Gericht für ihre Stadt zu gewinnen ⁶⁾. Im October versammelte sich das Regiment zu Nürnberg und heschäftigte sich sofort mit den Finanzprojekten, die zu Worms aufgetaucht waren, als es sich um den Unterhalt der beiden Reichsinstitute handelte ⁷⁾.

¹⁾ An Weissenburg, 7. Sept., N. Briefbuch 94. ²⁾ An Nützel und Groland, 8. Februar; an dieselben, 4. Mai, Bb. 94. ³⁾ An dieselben, 13. März. ⁴⁾ An dieselben, 4. Mai, vgl. Baumgarten I, S. 474. ⁵⁾ An dieselben, 20. April. ⁶⁾ An H. Lochinger, 29. October; an Strassburg, 19. Dec., Bb. 94. ⁷⁾ Die Nürnberger hatten ihre Gesandten in Worms angewiesen, wenn ihnen die Leistung einer Stadtsteuer angesonnen würde, so sollten sie dieselbe, freilich nicht ganz entschieden, verweigern und abwarten, ob das Regiment wirklich zu stande käme und Friedrich von der Pfalz Statthalter würde; alsdann sollten sie sich bereden lassen, seiner Gnaden auf einige Jahre die Stadtsteuer zu bewilligen. Da tauchte die Idee eines Einfuhrzolles von 5%, der an der Reichsgrenze von allen fremden Produkten erhoben werden sollte, am Reichstage auf. Die Städte erschranken; sie fürchteten den Ruin ihres Handels. Der Kaiser aber und die Stände sprachen sich im Mai für das Zollprojekt aus; sofort beschlossen die Städte, dem Plan durch eine Supplikation entgegenzuarbeiten. Nürnberg billigte diese Schrift und ermächtigte

1522
Auf Anregung des Kaisers wurde der Türkennot wegen vom Regiment auf den 24. März ein Reichstag nach Nürnberg ausgeschrieben; am 27. wurde diese schwach besuchte Reichsversammlung eröffnet. Schon unter dem 28. wurde ein Ausschreiben in das Reich erlassen, das die Türkennot schilderte. Dasselbe wurde auf Ratsbeschluss vom 15. April allen Kirchen des Nürnberger Gebietes zugeschickt und zu Ostern unter der Predigt verkündet. Vorläufig wurde vom Reichstage die Hälfte des Romfahrtgeldes zur Bekämpfung der Türken bewilligt, ein neuer Reichstag auf den 1. September zu Nürnberg angesetzt ¹⁾.

Zur Vorbereitung auf diesen hielten die Städte am 25. Juli einen Städtetag zu Esslingen, zu dem Nürnberg schon am 10. Mai die Einladungsschreiben an seine Nachbarstädte erliess ²⁾. Man beschloss, spätestens acht Tage nach dem 1. Sept. vor Eröffnung des Reichstages, der ja erfahrungsmässig stets verzögert wurde, in Nürnberg über die Beschwerden zu beraten. Aber die Wenigsten trafen rechtzeitig ein und gerade die Boten der entfernteren Städte, als Aachen, Strassburg, Dortmund, Goslar, Lübeck; die übrigen entschuldigten sich mit der bekannten Langsamkeit der Reichsstände ³⁾. Das Zustandekommen des Reichstages war lange zweifelhaft. Die Städteboten baten den Erzherzog Ferdinand, der seit dem 20. Sept. als Statthalter beim

seine Gesandten, heimlich mit den kaiserlichen Räten zu verhandeln; keine Kosten sollten gespart werden, um die Sache zu hintertreiben. Peutingen von Augsburg ward von allem in Kenntnis gesetzt. (An Nützel und Groland, 8. Februar; an dieselben, 18. Mai, Bb. 94.) Die Supplikation ward wirklich übergeben. Man liess das Projekt zunächst fallen, aber der Gedanke wirkte fort. Zum vorläufigen Unterhalt des Regiments und Gerichts wurden 50,000 Gulden ausgesetzt. Die grossen Städte, ebensohoch wie Sachsen und Hessen mit etwa 600 Gulden angesetzt, waren erbittert. Nürnberg, Augsburg, Ulm erlegten ihren Anteil unter gleichförmigen Protest und erhielten vom Regiment eine Recognition desselben; den andern Städten wurde derselbe Weg empfohlen. (An Köln, 8. Januar 1522, Bb. 95). ¹⁾ Protocollbuch 1521—25, fol. 67. Die Stände sprachen sich auch auf diesem Reichstage für das Zollprojekt günstig aus; die Städte reichten wieder eine Supplik ein und baten, auf andere Mittel zu sinnen. Trotzdem schickten die Stände dem Kaiser ihre Vorschläge zu, worauf die Städte dem Kaiser ihre Bedenken schriftlich übermittelten und am Hofe Stimmung für sich zu machen suchten (Schreiben der Städte vom 30. April 1522 an Karl V. Kreisarchiv Nürnberg, Reichstagsakten 1522/23, fol. 72^a. An Lamparter, 30. April, Bb. 95). Das Regiment und Gericht aber kamen bald in Geldverlegenheit, da die Beiträge nur spärlich einliefen. Am 14. Juni bewilligte der Rat von Nürnberg dem Regiment auf sein Ansuchen 6000 Gulden auf drei Monate mit der Bedingung, die Summe von dem einlaufenden Türkengelde vorweg zurückzuerhalten (Protocollbuch fol. 79^b). ²⁾ Eadem forma an Weissenburg, Windsheim, Rotenburg, Schweinfurt, 10. Mai, Bb. 95. ³⁾ An Augsburg. 27. Sept., Bb. 95.

Regiment in Nürnberg weilte, bereits um Urlaub; er wurde ihnen abgeschlagen, doch schon am 9. Oct. erneuerten sie ihr Gesuch. Da sie keinen Abschied erhielten, so berieten sie ihre Beschwerden. Wofern der Reichstag bis Ende April nicht zu stande käme, sollte ein neuer Städtetag berufen werden und keine Stadt sich durch eine andere dabei vertreten lassen. Die Steuerpläne des Regiments wurden herbe kritisiert und über die Schwierigkeit, im Regiment zugelassen zu werden, Klage geführt, man beschloss, eine Klageschrift aufzusetzen. Anfang November wurde bereits gedroht, man würde, wenn den Beschwerden nicht abgeholfen werde, nichts zur Türkenhülfe bewilligen ¹⁾.

Endlich am 17. November wurde der Reichstag eröffnet. Wegen des Türkenkrieges wurde ein Ausschuss bestellt. Der päpstliche Orator Chiericati und der ungarische Gesandte empfahlen die Türkenhülfe am 19. Nov. dringend; aber die Städte erklärten sie von Anfang an für zwecklos, da die Ungarn und Böhmen keine gehörige Unterstützung leisten würden, am wenigsten wollten sie sich auf eine dauernde Hülfe einlassen, die der Ausschuss in seinem Gutachten forderte. Als nun am 11. December in gemeinschaftlicher Sitzung des Regiments und Reichstages von den beiden Ständen 10,000 Mann bewilligt wurden, brach der Conflict aus. Zunächst waren die Städte unzufrieden, dass die Leistung statt in Mannschaften in Geld geschehen sollte, vermutlich wegen der Gefahr, dass das Geld verloren gehe, auch wenn es nicht zum Kriege kommen werde. Als ihnen aber auf

¹⁾ Vor Beginn des Reichstages wurden vom Regimente einige Augsburger, Nürnberger und andere Bürger citiert, um Auskunft zu geben, ob die Handelsgesellschaften, die als Inhaber der Monopole galten, abzuschaffen, oder zu bessern seien (Kluckhohn, zur Geschichte der Handelsgesellschaften u. s. w. Histor. Aufsätze dem Andenken an G. Waitz gewidmet, S. 679 ff.). Zu Augsburg war der Hauptsitz dieser Gesellschaften, welche die Preise der Colonialwaren nach Belieben in die Höhe trieben. Die öffentliche Meinung verurteilte dieses Verfahren als unmoralisch, ebenso Luther vom religiösen Standpunkt aus. Die Augsburger betonten nun die Notwendigkeit der Gesellschaften, deren Abschaffung die Monopole nicht beseitigen werde und forderten statt dessen die Sicherung des Verkehrs, Abschaffung der Mauten u. s. w. Auch von einer Beschränkung der Gesellschaften durch die gesetzliche Bestimmung eines Kapitalmaximums rieten sie ab. Nürnberg war mit den übrigen Städten gegen die Monopole. Der Rat lehnte daher die Bitte Augsburgs, dass Dr. Marsilius, der sich in städtischen Diensten befand, die citierten Augsburger vor dem Regiment vertreten sollte, ab; den eigenen Bürgern war sogar diese Vertretung nicht bewilligt, nur privatim durfte er seinen Rat erteilen. (An Augsburg, Bb. 86, fol. 30).
²⁾ Gutachten der Städte über eine beharrliche Türkenhülfe. Kreisarchiv Nürnberg, Reichstagsakten 1522/23.

ihre Bitte um Bedenkzeit bedeutet ward, dass zu einer Beschlussfassung die Beistimmung der beiden ersten Stände genüge, verweigerten sie entrüstet ihre Genehmigung und forderten die kleineren, nicht anwesenden Städte auf, ihre Beschwerden nach Nürnberg einzusenden. Trotz dieses Zwiespaltes verhandelte man im Ausschuss über die Beschränkung der Monopolen und über den Grenzzoll auf alle aus- und eingehenden Waren; über letzteren hatte sich der Kaiser in einem Schreiben an das Regiment günstig geäußert. Das Gutachten des Ausschusses wollte die Handelsgesellschaften belassen, nur sollte durch ein Capitalmaximum von 50,000 Gulden ihrer Alleinherrschaft gesteuert werden und ihnen überhaupt nicht mehr als drei Lager zu halten gestattet sein. Ein Nürnberger Ratschlag ¹⁾, der sich über das Gutachten des Ausschusses verbreitete, milderte es etwas; das Capital sollte auf 70,000 erhöht, die Zahl der Niederlassungen aber möglichst vermehrt werden. Der Handel der Reichsverwandten mit Portugal dürfe nicht verboten werden; denn hierdurch, wie überhaupt durch das Verbot der Monopolen, verliere das Reich den Nutzen an das Ausland. Vor allem sei eine Frist für die Ausführung zu setzen, um Verluste zu vermeiden. Um diese Zeit reichten die Städte samt einigen Fürsten und Herren ein Gesuch um Verringerung des Steueranschlages ein; es ward abgelehnt, aber man verhandelte doch mit den Städten weiter, als sie sich erboten, ihre Einkommenregister zur Unterstützung der Petition vorzulegen.

Endlich Mitte Januar 1523 ward die Beschwerdeschrift ²⁾, die schon vor Beginn des Reichstages geplant, und zu der mittlerweile auch von den kleinen Städten Material eingelaufen war, eingereicht. Die Städte beklagten sich, dass sie im Reichstag nicht Sitz und Stimme hätten und beschwerten sich ferner, über die langsame Justiz gegen Landfriedensbrecher, über ihre zu hohe Belastung mit Reichssteuern, über die vielen neuen Zollstätten, über schlechte Münze, am meisten über die Unordnung der geistlichen Jurisdiktion. Ueber letzteren Punkt waren die Städte besonders erbittert, weil ihr Streben nach Ausbildung der Landeshoheit in ihren Gebieten stets von den Bischöfen durchkreuzt ward. Nürnberg hatte dem Bischof von Bamberg allerdings schon vieles abgerungen, so brauchte zum Beispiel kein Einwohner in geringeren Sachen vor dem Bischof selbst zu erscheinen, sondern dieser war verpflichtet, durch Bevollmächtigte in der Stadt selbst Gericht halten zu lassen.

Die Antwort der Stände (24. Jan.) auf die Beschwerdeschrift,

¹⁾ Ratschlag der Monopolen halber K. A. N. R. T. A. 1522/23.

²⁾ Redlich a. a. O., S. 134 ff. Klüpfel, Urkunden II, S. 238 ff.

fiel unter dem Einfluss der erbitterten geistlichen Herren schroff genug aus; die Städte hätten ein etwaiges Stimmrecht nur aus Gnade genossen, bezüglich der Zölle verwies man sie an den Kaiser, der ja das Projekt gebilligt hätte. Hierauf beschlossen die Städte, den Reichstagsabschied nicht zu bewilligen. Somit wäre die Reichsmaschine gelähmt gewesen, das Reichsregiment hätte keine Existenzmittel gehabt. Daher gaben die Stände soweit nach, dass der mainzische Kanzler die Städte um eine Erläuterung ihrer Beschwerden bitten musste, da man sie nicht recht verstanden habe.

Aber am 2. Februar erklärten die Städte, dass sie bei ihrer Drohung beharrten, wenn ihnen keine bessere Antwort zu Teil würde. Sie nahmen auch schliesslich den Abschied nicht an, weil der ihnen ungünstige Beschluss über das Stimmrecht nicht rückgängig gemacht werden konnte. Während aber der ganze Protest der Städte mit Stillschweigen begraben wurde, knüpfte sich das lebhafteste Interesse an die von dem Reichstage verhandelte Frage über die Ausführung des Wormser Ediktes. Dabei war die Stadt Nürnberg ganz besonders beteiligt.

Seit dem Jahre 1522 nämlich war die reformatorische Bewegung in der Stadt lebhafter geworden, im Stillen gebilligt von der Majorität des Rates. Schon im Januar glaubte der Rat, dass dem Kaiser über den Zustand der Stadt übertreibende Gerüchte zugekommen seien: der Rat sei durch die aufrührerische Menge bewogen, lutherische Prediger anzustellen. Er suchte am Hofe diese Ansicht zu widerlegen¹⁾. Gleichwohl wurde noch im Frühjahr 1522 auf Empfehlung Dr. jur. Pömers, des Propstes von St. Lorenz, der leidenschaftliche, rücksichtslos dem Luthertum ergebene Osiander als Prediger an St. Lorenz vom Rate bestätigt. Dieser Propst, der das Recht der Ernennung des Predigers hatte, war Juni 1520 vom Rate bestellt²⁾. Man hatte damals bereits auf seine lutherische Gesinnung Rücksicht³⁾ genommen und ihn privatim ermahnt, „so etwas Neues von dem hochtüchtigen Luther vorhanden sei, dessen theilhaftig zu werden“. Auch Dr. Pessler, seit 1521 Probst von St. Sebald, war lutherisch gesinnt. In demselben Sinne wie Osiander wirkten auch die später angestellten Dr. Sleupner bei St. Sebald und Thomas Venatorius am neuen Spital. Luther selbst hatte für Sleupners Wahl den Ausschlag gegeben.

Das Reichsregiment war in kirchlicher Hinsicht den Städten nicht feindlich, da die katholische Misswirthschaft selbst geist-

¹⁾ An Dr. Rotenhan, 15. Januar 1522, Bb. 95. ²⁾ Riederer, Nachrichten IV, S. 8, Vokationsbrief Nützels ³⁾ ibid. IV, S. 10. Oelhafen an Pömer.

liche Fürsten mit der Lutherischen Bewegung sympathisieren liess. Johann von Schwarzenberg, ein tiefreligiöser Charakter, der mit Luther vielfach übereinstimmte, war die Seele des Regiments, der sächsische Gesandte Hans von Planitz war durchaus lutherisch gesinnt. Im Sommer 1522 traf gemäss der Regimentsordnung der sächsische Churfürst selbst in Nürnberg ein, der mit den leitenden Männern des Rates, Ebner, Nützel, Spengler in den freundschaftlichsten Verkehr trat. So konnte der Rat die reformatorische Bewegung jetzt ziemlich offen begünstigen. Das Ansinnen des Abtes vom Predigerorden, einen entsprungenen Mönch, Korn, der gegen das Mönchtum gepredigt hatte, mit Gewalt zurückzuführen, wurde einfach abgewiesen mit Berufung auf die schwierigen Zeitumstände. Ein Maler, Kadolzberger, der den Dr. Winzler, den Prediger der Barfüsser, während der Predigt unterbrochen hatte, sollte auf ein Jahr verbannt werden; aber auf des Churfürsten Fürbitte ward ihm die ganze Strafe erlassen. Dr. Winzler dagegen, der gegen die neue Lehre predigte, wurde aufgefordert, seine Behauptungen durch die Bibel zu begründen, und als er eine Vertheidigung eingereicht hatte, liess der Rat ihm bedeuten, dass man sich seiner Ansicht weniger zuneige und empfahl dem Kloster, den Prediger zu verschicken.

Das Verbot der Lutherischen Bücher wurde ziemlich ignoriert, so dass sich der Rat im Juni veranlasst sah, die Buchhändler und Drucker zu warnen, Luthers Bücher nicht so öffentlich feil zu halten ¹⁾. Am 24. October wurde das Verbot erneut ²⁾, doch wurde an eine Ausführung desselben kaum gedacht, zwei Fronboten wurden mit derselben betraut. Dagegen wurden die gegnerischen Schriften unterdrückt, worüber sich der Cardinal Campeggi später auch Scheurl gegenüber beklagte.

Zugleich aber vermied der Rat alles, was die Gemüter unnötig erregen konnte. Schon im Februar 1522 ward das Fastnachtsspiel verboten, worin der Papst auftrat, ferner ward den Predigern untersagt, durch ihre Reden Unruhe zu stiften. Den Zustand des damaligen Nürnberg erläutert ein Brief der berühmten Äbtissin von St. Clara, Charitas Pirkheimer ³⁾; sie klagt, wie die Stadt so jämmerlich vergiftet sei allermeist der Regenten halb; vor vier Jahren wäre auch mit Schwertern und Büchsen nicht ausgerichtet, was nun durch Worte und Schandbüchlein geschehen sei.

Anders musste sich der Rat allerdings verhalten, nachdem Erzherzog Ferdinand wieder in der Stadt eingetroffen war. Schon die Erneuerung des Bücherverbotes vom 24. October zeigte

¹⁾ Protocollbuch Fol. 78a, Beschluss vom 6. Juni. ²⁾ *ibid.* Beschluss vom 24. October. ³⁾ An H. Emser, 6. Juni 1522, Riederer, Nachrichten I, S. 159.

dies an. Am 1. December erliess Ferdinand an den Rat eine Beschwerde, dass zur Schmach kaiserlichen Verbotes offenkundig die untersagten Werke gedruckt würden; er erwarte von der Einsicht des Rates derartige Massregeln, dass kein ernstliches Einschreiten nötig sei. Die Folge war ein erneutes Verbot des Druckes und Verkaufes, dem noch viele gefolgt sind. Auch der Druck antilutherischer Schriften wurde im Januar 1523 für die Dauer des Reichstages gestattet; doch musste sich der Ratschreiber vorher überzeugen, dass sie keine Schmähungen gegen den Rat enthielten.

Gefährlicher ward die Sachlage, als am 3. Januar 1523 der päpstliche Orator Chiericati vor dem Regiment die Forderung des Papstes Hadrian betreffend die Ausführung des Wormser Ediktes vortrug. In seiner Instruktion wurde der Rat beschuldigt, er schütze entlaufene Ordensbrüder und habe lutherische Prediger angestellt. Die Reichsstände aber wurden aufgefordert, die Verhaftung derselben zu veranlassen. Der Rat hielt über die Angelegenheit Sitzung und beschloss¹⁾, mit der Verteidigung zu warten, bis das Reich einen Beschluss fasse, mittlerweile aber die Prediger nicht fortzuschicken, „weil das zu Kleinmut und Empörung unter der Gemeinde förderlich sein möchte, zu geschweigen, dass solches als eine menschliche Furcht Gott ohne Zweifel zu Misfallen bewegen würde“. Man befürchtete, dass seitens der Stände die Geistlichen gefänglich eingezogen würden, und dass sich dann die Fürsten, wenn ihnen „die Schanz geriete, eines andern vielleicht unüberwindlichen Schadens unterstehen würden.“ Um dem zuvorzukommen beschloss man im Geheimen, Bewaffnete im Zwinger zu versammeln, um im Notfall die Gefangenen zu befreien. Die Elteren Herren sollten im Falle einer Vorladung nie insgesamt zu den Fürsten gehen; es wurde also eine Überrumpelung befürchtet. Auf eine etwaige Anfrage sollte eine Erklärung gegeben werden, die lange massgebend blieb.

Es ward festgestellt, dass man keines Menschen Lehre, also auch nicht der verurteilten Lehre Luther's folge, sondern allein dem Evangelium; der Rat habe nach geschickten, christlichen Predigern getrachtet, diese seien zur Antwort erbötig. Gegen sie vorzugehen, verletze die Gewissen und sei gefährlich. Letztere Besorgnis war wohl begründet. Schon seit Mitte November hatte der Rat die Sicherheitsposten verdoppelt. Planitz schrieb damals: Es ist ein grosses Murren in der Stadt; wenn die Fürsten einen verhaften, so wird der Rat ihn befreien, um

¹⁾ cf. Müllner, S. 24. Altdorfsches Literar. Museum II, S. 33 ff. enthält d. Ratsbeschluss vom 5. Januar gedruckt.

Aufruhr zu vermeiden. Ebenso schrieb Pirkheimer an Erasmus ¹⁾, dass ein grosser Aufstand und Gefahr für die Person des Legaten kaum vermieden sei. Es wurden im Januar 50 Rottenmeister aus den Handwerkern ernannt, deren jeder 10 Mann gegen Sold bestellte. Eine Abteilung Reisige und Fussknechte wurde am Rathaus aufgestellt. Ebner führte die Reisigen, Wolfgang Pömer das Fussvolk.

Dieses alles verfehlte seinen Eindruck auf den Ausschuss nicht, der Mitte Januar zusammentrat, um über die Antwort auf Chierigati's Vortrag zu beraten. Dazu hörte man von den Umtrieben Sickingen's und der fränkischen Ritter; die Städte schickten scharfe Suppliken; die Majorität des Regimentes, zum Teil in naher Beziehung zu den Leitern der Stadt stehend, war ohnehin den päpstlichen Ansprüchen abgeneigt; so fiel die Antwort des Regimentsausschusses, die von den Ständen im wesentlichen angenommen wurde, ablehnend aus ²⁾. Wegen der eingestandenen Misbräuche sei die Ausführung des Wormser Ediktes unmöglich; es wurde ein Concil gefordert, das, wenn möglich binnen Jahresfrist, auf deutschen Boden stattfinden sollte. Bis dahin sollte das reine, lautere Evangelium nach Auslegung der von der Kirche angenommenen Schriften gelehrt werden. Der Rat konnte sich also für berechtigt halten, im reformatorischen Sinne vorzugehen.

Am 23. Februar verliess Ferdinand die Stadt. Sofort wurde die Bewegung stärker; bereits wurden die Pröpste von St. Lorenz und St. Sebald vielfach ersucht ³⁾, das Abendmahl in zweifacher Gestalt zu gewähren. Der Rat, den man die Bitte vortrug, war im Grunde dazu geneigt, er hielt es für seine Pflicht beizutragen, dass das Wort Gottes wirksam sei; aber in Rücksicht auf das Regiment, und weil leicht Zwiespalt entstehe, bat er, die Sache vorläufig zu unterlassen; er verwies auf den Bischof von Bamberg, der seinerseits auf ein Concil verwies. Wagte somit der Rat in einer so entscheidenden Frage der kirchlichen Lehre noch keine eigenmächtigen Neuerungen, so wurde doch in Fällen, wo es mehr auf ein Unterlassen und Geschehenlassen ankam, im März 1523 der Anfang der Reformation gemacht ⁴⁾. Im März 1522 hatte der Rat in St. Sebald und im neuen Spital Ablass verkünden lassen, aber ohne den herkömmlichen Prunk; es war das letzte Mal gewesen. Im März 1523 wurde er direkt verboten als eine unchristliche Verführung der Leute, ebenso die Weihung des Weines in St. Lorenz in der Passionswoche; dagegen blieb das Fleischverbot

¹⁾ Strobel, Beiträge zur Literatur, S. 164. ²⁾ Ranke, deutsche Gesch., S. 64. ³⁾ Müllner, S. 38. ⁴⁾ Vgl. Soden, S. 156 ff.

in der Fastenzeit aufrecht erhalten. Um kein Aergernis zu geben wurde auch in diesem Jahre verboten, bei den Fastnachts-spielen in „der Höll“ den Clerus in beleidigender Weise erscheinen zu lassen. Geschickt suchte man den Störungen beim Fronleichnamsfeste vorzubeugen; die Prediger mussten in ihren Predigten andeuten, dass es allerdings besser wäre, dergleichen abzustellen, aber man müsse vorläufig mit den Schwachen Geduld haben. Bei der steigenden Erbitterung der Gemüter wurden die Prediger mehrfach ermahnt, die gegenseitigen Schmähungen zu unterlassen und vielmehr zur Einigkeit aufzufordern; der Rat musste bereits wegen der überhand nehmenden Störungen des Gottesdienstes Bewaffnete in die Kirchen senden. Dasselbe kluge Verhalten zeigte er gegen die aus den Klöstern entsprungenen Mönche. Im Juli erhielt der Prior des Frauenbrüderklosters die Weisung, seine Mönche nicht mit Gewalt zurückzubringen, den Mönchen aber befahl er, ein ehrbares Leben zu führen, widrigenfalls sie verbannt werden würden. In der That wurde einem Mönch, der eine Nonne geheiratet hatte, das bereits erworbene Bürgerrecht wieder aufgekündigt und über beide die Verbannung verhängt. Im August fand das Sebaldus- und das Deocarsfest allerdings noch statt, aber nur die Särge wurden umgetragen, alle anderen Ceremonien fielen weg.

Auf den 13. Juli 1523 war vom Regimente ein neuer Reichstag nach Nürnberg ausgeschrieben, um über die Frage des Zolles und der Monopolen zu beraten, die durch den Widerstand der Städte unentschieden geblieben war. Die Stände hatten in der Absicht, ihren Vorschlag dem Kaiser zu empfehlen, eine Gesandtschaft nach Spanien geschickt. Um Gegenmassregeln zu treffen, wurde deshalb von den Städten ein Tag zu Speier gehalten.

Hier handelte es sich hauptsächlich um die Frage des Zolles, denn die Monopolen wurden von allen, ausser von Augsburg, verurteilt. Für die Verhandlungen in Speier hatte der Rat auf Ansuchen der anderen Städte eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die den ausschreibenden Städten mit einem Rundschreiben¹⁾ übermittelt wurde. Auf 1½ Millionen Gulden waren die neuen Lasten berechnet. Nürnberg legte das Hauptgewicht auf eine Gesandtschaft an den Kaiser; nur durch eine solche könnten die Umtriebe der Stände durchkreuzt werden²⁾.

¹⁾ Nürnberg an Strassburg, Ulm, Frankfurt, 2. März 1523, Bb. 96.

²⁾ In dem Gutachten über den Zoll (Kreisarchiv Nürnberg R. T. A. 1522/23 fol. 173 ff.) empfahl Nürnberg den grösseren Städten, im Notfall die Kosten der Gesandtschaft für die kleineren zu übernehmen; alle wurden ersucht, für die Gesandtschaft Vollmacht zu geben. Es galt die

Vom 22. März bis zum 2. April dauerten die Verhandlungen zu Speier¹⁾. Man einigte sich dahin, dass man im Abschied die Erwartung aussprach, der Kaiser werde das Regiment, gegen das viele Klagen laut geworden seien, durch das Kammergericht ersetzen. Die Türkenhülfe sollte wegen der unverhältnismässig hohen Veranschlagung der Städte verweigert werden. Auch die Annaten und geistlichen Zehnten empfahl man für den Türkenkrieg zu verwenden²⁾.

Die Frage der Monopolen, für die Augsburg allein aufgetreten war, wurde in Speier kaum behandelt³⁾. Das Wichtigste war, dass im Sinne Nürnbergs eine Gesandtschaft an den kaiser-

kleineren Städte, die von der Zollfrage weniger berührt wurden, hierfür zu interessiren. Die Denkschrift entwickelte deshalb, wie nach der Erschöpfung der grossen Städte, die infolge des Ruins des Handels eintreten werde, auch die kleinen unter die Gewalt der Fürsten und des schwäbischen Bundes geraten würden; auch direkt würden sie geschädigt, wenn durch die Verödung der Handelsstrassen das Fuhrwesen einging. Einigkeit ist daher vor allem nötig; eine vorübergehende kaiserliche Ungnade kommt bei einer Lebensfrage nicht in Betracht. Als Motive dem Kaiser gegenüber wurde zu erwägen gegeben, dass schon viele Zölle dem Reiche zu gunsten einzelner Stände entzogen seien, es lägen triftige Gründe vor, dass es mit diesem Zoll ebenso enden würde. Ferner sei zu fürchten, dass durch diesen Zoll die allgemeine Gährung im Volke zum Ausbruch gebracht würde; viele Städte würden sich dem Reich entziehen und sich unter fremde Abhängigkeit begeben; der Kaiser werde durch den Ruin der Städte seine beste Hülfe, die fähigsten Steuerzahler, verlieren. Besonders wirken sollte der Hinweis, dass die Fürsten bei einer Königswahl leicht einen aus ihrer Mitte wählen würden, wenn ihm der Zollertrag die Repräsentationskosten gewähre. Im einzelnen ward genau berechnet, wie durch den Einfuhrzoll auf die Rohprodukte, auf englische Wolle, schwedisches und ungarisches Kupfer, Wachs, Rauchwaren und Metall und durch den Ausfuhrzoll auf die Fabrikate der arme Handwerker doppelt besteuert werde und der Kaufmann, der auswärtige Messen besuche, bei jedem Überschreiten der Grenze dasselbe Kapital zu versteuern habe. Daher werde jede Einfuhr und Ausfuhr, jeder Handelsverkehr aufhören, aus welchem Grunde Frankreich und Venedig dergleichen Zölle wieder aufgehoben hätten. Es wurde empfohlen, beim schwäbischen Bunde, dem alten Gegner des Regiments, auf die Gefahr einer Stärkung desselben durch den Zoll hinzuweisen; die Nürnberger Gesandten in Speier, Tetzl und Baumgärtner, erhielten darob eine besondere Weisung. (An die Gesandten, 17. März, Bb. 96.)

¹⁾ Abschied bei Klüpfel, Urkunden des schwäbischen Bundes II, S. 244.

²⁾ Im Gegensatz zu dieser Verweigerung der Türkenhülfe schrieb Nürnberg freilich im Mai an Strassburg, dass man sich der Zahlung nicht entziehen könne und streckte anderen Städten die Summe vor, als der Reichsfiscal gegen die Säumigen zu procedieren begann. (Pol.-Corr. der Stadt Strassburg I, S. 82; Nürnberg an Gmünd, 25. Mai, Bb. 97.)

³⁾ Kluckhohn, zur Geschichte u. s. w., S. 692.

lichen Hof nach Spanien beschlossen wurde¹⁾. Strassburg und Metz stellten dazu einen Gesandten als Vertreter der rheinischen, Augsburg und Nürnberg den Cl. Volkamert aus Nürnberg für die schwäbisch-fränkischen Städte. Dr. Scheurl, der ihnen als Orator beigegeben wurde, war der eigentliche Leiter der Gesandtschaft²⁾. Am 8. August 1523 hielt Scheurl zu Valladolid seinen Vortrag, worauf in den nächsten Tagen Karl V. besonders durch den Propst Balthasar von Waldkirch mit den Gesandten unterhandeln liess. Am 19. wurde ihnen vom Propste der Abschied gegeben. Der Kaiser versprach, keineswegs in das Zollprojekt zu willigen, auch sollte in der Frage der Monopolen nichts ohne seine Zustimmung geschehen; dagegen erwartete er, von den Städten auf dem Reichstage eine „tapfere Hilf und Steuer“. Da die Gesandten in dieser Hinsicht keine Vollmachten hatten, so konnten ihnen allerdings bindende Versprechungen nicht gegeben werden; dagegen erreichten sie, dass sie die vertraulichen Versicherungen des Kaisers auch schriftlich erhielten. Zu diesem Erfolge der Städte hatten wohl weniger die Verehrungen an die kaiserlichen Räte geholfen, als Karl's eigenes Interesse an der Blüte des städtischen Handels³⁾. Seit Anfang December war der Rat von Nürnberg durch die Gesandten von ihrer nahen Ankunft benachrichtigt⁴⁾; am 12. war Scheurl wieder in der Stadt.

Die Eröffnung des neuen Reichstages hatte sich in gewohnter

¹⁾ Beglaubigungsschreiben vom 2. April, Bb. 97. ²⁾ Nach Übereinkunft der Städteboten zu Speier entwarf Nürnberg die Gesandtschaftsinstruktion und stellte sie Strassburg zu. (An Strassburg, 27. April, Pol.-Corr. I, S. 82. Bb. 97) Statt des anfänglichen Reiseplanes der Gesandten durch die Niederlande und zur See, empfahl Nürnberg den Weg durch Frankreich als weniger gefährlich und langwierig. (An Augsburg, 13. April, Bb. 97.) Im Namen sämtlicher zu Speier versammelt gewesener Städte liess der Rat ein Gesuch um Geleit an den König von Frankreich aufsetzen. Strassburg übermittelte es. Gegen Mitte Mai (An Augsburg, 25. April) trafen die Gesandten in Strassburg ein und begannen von hier gemeinsam die Reise. (An Strassburg, 27. April, Bb. 97.) ³⁾ Freilich hatte der Rat von Nürnberg seinen Gesandten besondere Empfehlungsschreiben an Hannart und den Kanzler Gattinara mitgegeben und darin deren Hülfe erbeten. (An Gattinara, 4. Mai, Bb. 97.) In Speier hatte man beschlossen, wenn es nützlich befunden würde, eine Verehrung zu geben; eine besondere Vollmacht der Gesandten hierfür, die Augsburg nachher anregte, war aber von Nürnberg abgelehnt. (An Augsburg, 18. April, Bb. 97.) Entscheidend wirkten die geheimen Verhandlungen der Augsburger, die geschickt ihr Sonderinteresse, die Monopolen, vertraten. Rehlinger von Augsburg hatte eine Beschwerde über deren Bekämpfung in die Gesandtschaftsinstruktion hineingefälscht. ⁴⁾ An Strassburg, 5. Dec., Bb. 98. Richter, der Reichstag von Nürnberg 1524, S. 35.

Weise verzögert. Zur Vorbereitung auf denselben fand auf Strassburgs und vor allen auf Nürnbergs Veranlassung, das deshalb mit Ulm und Augsburg zuerst verhandelt hatte, eine Zusammenkunft der Städtegesandten in Nürnberg am 11. Januar statt, wo der Bericht der Gesandten entgegengenommen wurde¹⁾. Am 19. erfuhr man die Umtriebe der Augsburger am Hofe und war besonders gegen Rehlinger erbittert²⁾. Aber mit dem übrigen Ergebnis konnten die Städte zufrieden sein. Sie waren ihres Sieges schon sicher, als am 14. Januar 1524 die Eröffnung des Reichstages mit der Erklärung des Regimentes stattfand, dass es vor allem zu seiner und des Gerichtes Erhaltung, wozu seit Michaelis bereits die Mittel fehlten, einen Grenzzoll empfehle und ferner eine Ordnung des Monopol- und Tarifwesens und eine Türkenhülfe begehre. Man rechnete dabei noch auf die Unterstützung seitens des Kaisers, dessen Entscheidung noch nicht eingetroffen war. Übrigens waren jetzt die meisten Stände dem Regiment feindlich; die Gegner Sickingen's zürnten, weil es sie im Kampfe nicht unterstützt, sondern zu vermitteln getrachtet hatte.

Als 1522 der Zug gegen die Raubnester des fränkischen Adels mehrfach beschlossen, aber auf das nächste Jahr verschoben war, erliess das Regiment an die Mitglieder des schwäbischen Bundes abmahnende Mandate. Nürnberg galt als Hauptbeförderer des Zuges; deshalb ward der Rat unter der Hand gewarnt.

Er liess auf dem Ulmer Bundestage durch Christoph Kress hierüber die Stände in Kenntnis setzen. Diese bestritten in einer verletzenden Antwort an das Regiment seine Befugnis, Mandate zu erlassen, und behaupteten als Schützer des Landfriedens rechtmässig zu handeln³⁾. Der Rat wurde in einem besonderen Schreiben ermahnt, sich nicht einschüchtern zu lassen⁴⁾. Darauf führte der Bund im Juni und Juli 1523 Krieg gegen die Ritter; vor allen leistete Nürnberg starke Hülfe, um mit den alten Feinden der Städte aufzuräumen. Der Einzug der Sieger am 17. Juli in Nürnberg war zugleich ein Triumph über das Regiment.

Am 22. Januar 1524 traf Hannart, der kaiserliche Commissar, in Nürnberg ein. Im Gegensatz zu der Proposition des Regimentes liess er am 4. Februar erklären, der Kaiser sei durch glaubhafte Nachricht bewogen, betreffs der Zölle ein Ein-

¹⁾ Nürnberg an Strassburg, an Ulm, 22. Dec., Bb. 98. ²⁾ Kluckhohn, zur Geschichte u. s. w., S. 695. ³⁾ Klüpfel, S. 235. ⁴⁾ Siebenkees, Materialien zur Nürnberg. Geschichte 2, 71, nach Müllner's Relationen.

sehen zu haben, weshalb der Reichstag über bessere Mittel zur Erhaltung des Gerichtes und Regimentes nachsinnen möge. Jetzt war der Sieg der Städte entschieden, das Zollprojekt fiel zu Boden. Dagegen erregte die Schonung der Gesellschaften eine grosse Erbitterung der übrigen Städte gegen Augsburg, auf dessen Seite Hannart stand. Die Augsburger erklärten am 8. bei Übergabe einer Supplik, worin die Städte ihre alten Beschwerden, vor allem inbetreff der Session auf dem Reichstage, erneuerten, in der Monopolfrage seien sie andern Sinnes. Ferdinand und Hannart baten die Städte, auf die sofortige Besprechung ihrer Beschwerden zu verzichten und an den Verhandlungen teil zu nehmen. Höhnisch erwiderten sie, dass ihre Session ja damit anerkannt werde. Man beschloss am 19., zugleich über ihre Sache zu verhandeln. Am 20. begannen die Beratungen über das Regiment, dessen Auflösung die Städte in Speier bereits gefordert hatten.

Einst glaubte man in ihm den Ausdruck der ständischen Regierung zu sehen, jetzt verlangten die Stände selbst seinen völligen Sturz. Der Kaiser dagegen wollte seine Erhaltung, weil er sonst jeden Einfluss auf das Reich verlor, den er bislang zumeist durch den Statthalter Ferdinand ausübte; so wunderbarlich hatten sich die Verhältnisse verschoben. Die Stände weigerten jede Verhandlung mit dem Regiment in seiner jetzigen Zusammensetzung; selbst als die kaiserlichen Abgesandten auf Grund der Wormser Regimentsordnung eine Neubesetzung vorschlugen, schien ihnen dieses Verfahren zu langsam.

Gegen die Abschaffung des Regimentes arbeiteten Ferdinand und Hannart. In Sonderverhandlungen mit den einzelnen Städten gelang es ihnen, mit Hinweis auf den Willen des Kaisers eine Anzahl derselben zu gewinnen¹⁾. So erklärte jetzt Nürnberg, dass es niemals bindende Versprechungen gegen das Regiment abgegeben habe. Das Regiment ging daher gegen seine Hauptgegner, die Städte, vor und fragte am 26. an, ob denn alle Städte in die Beschwerde gewilligt hätten. Die beabsichtigte Spaltung mislang indes; man antwortete, es sei die Meinung der Gesamtheit gewesen. Hierauf wies das Regiment die Anschuldigung zurück und erklärte zu wissen, dass nicht alle Städte der Beschwerde beistimmten. Ein Ausschuss von acht Mitgliedern empfahl am 8. März, dass man zur Beilegung des Streites dem Regiment die Jurisdiktion entziehen sollte; nur die Execution in Glaubens- und Türkenfragen sollte ihm bleiben. Die Kosten sollten zwischen den Ständen und dem Kaiser

¹⁾ Richter, S. 68 ff.

geteilt werden. Als Ferdinand und Hannart dieses verwarfen, erfolgte am 12. eine scharfe Antwort der Stände. Auch bei den folgenden Verhandlungen blieben sie hartnäckig. Ferdinand musste sich zufrieden geben, dass die Stände den grundsätzlichen Widerspruch gegen das Regiment aufgegeben hatten. Am 22. nahm er die Bedingungen an, die in den Reichstagsabschied aufgenommen wurden. Die Jurisdiktion wurde dem Gericht entzogen, Stände und Kaiser sollten sich in die Kosten des Regimentes und Gerichtes teilen, wofür der Kaiser das Recht erhielt, es nach Esslingen zu verlegen. Die Neubesetzung des Regimentes, ursprünglich die Hauptfrage, wurde umgangen¹⁾. Die Städte, die das Regiment überhaupt abgeschafft wissen wollten, waren unzufrieden. Sie mussten sich fügen. Ihre Antwort vom 23. fiel unter den Einfluss der von Ferdinand für das Regiment Gewonnenen nicht ungünstig aus; ein Teil nahm es an, ein anderer, der noch keine Vollmacht hatte, stellte die Annahme in Aussicht; einige waren abgereist; deren Erklärung stand noch aus.

Erst Ende März 1524 kam die religiöse Frage vor dem Reichstage zur Verhandlung. Die kaiserliche Proposition hatte die ausdrückliche Anerkennung des Wormser Ediktes gefordert, während in der Proposition des Regiments keine Rede davon gewesen war. Chursachsen protestierte daher gegen die Behandlung dieser Frage, da der Reichstag deshalb nicht berufen sei. In schonender Weise legte am 17. März der Nuntius Campeggi das päpstliche Begehren betreffend die Ausführung des Ediktes dem Reichstag vor. Ein Ausschuss wurde zur Beratung des päpstlichen Antrages niedergesetzt, in dem auch die Städte vertreten waren. Spengler verfasste ein Gutachten, wie sich die Städte zu der Frage zu verhalten hätten²⁾. In seiner entschiedenen Weise erklärt er hier bereits seine später so oft wiederholte Ansicht über die Religionsverhandlungen: „dass daran der ganze Grund dieses Handels gelegen ist, ob sie Christen bleiben wollen oder nicht, denn jetzt erscheint die Prob deshalb vor Augen und findet sich hierin kein Mittel, wie man in anderen zeitlichen Händeln pflegt zu suchen, als ob man diesen Weg gehen und sagen wollte, wie ich bisher von vielen gehört habe: Wir wollen Christen sein und bleiben und dennoch der andern Reichsstände Gunst und Gnad behalten Dem Evangelium entgegen zwei einander widerwärtigen Herren zu dienen, das ist, wie Christus sagt, unmöglich, überdies bei ihm beschlossen, wer ein

¹⁾ Richter, S. 68 ff.
S. 517.

²⁾ Egelhaaf, deutsche G. im 16. Jahrh.,
Copie im Nürnberger Kreisarchiv, Reichstagsakten.

Christ sein will, dass er sich Vater, Mutter, Bruder, Schwester und sovielmehr grosser Herren Gunst und Gnad verzeihen muss...“ Er empfahl, bei der alten Behauptung zu bleiben: Sie seien Christen, die weder auf Luther noch auf einen andern Menschen getauft sind; was Leib und Gut betreffe, sollen die Städte K. M. allen unterthänigen Gehorsam und Dienstbarkeit, soviel ihnen möglich ist, leisten. Was ihr Gewissen belangt, nähmen sie allein Christum für ihren Seligmacher, dabei gedächten sie bis ins Grab zu verharren.

Für die Ausschussverhandlungen giebt er folgende Gesichtspunkte an: Am besten sei es, keinen endlichen Beschluss zu fassen, sondern zu warten, wie sich die Läufe schicken wollen; desto mehr würde (Gottlob) das Wort Gottes ausgebreitet und wurzelt also, dass nachmalen nichts darwider fürgenommen werden mag. Ein Conzil zu verordnen hat einen guten Schein, ist aber gefährlich, denn was die Beschlüsse und acta der Concilien bisher Frucht geschafft, wie sie auch zu vielen Malen öffentlich wider die hellen, klaren Worte Gottes beschlossen und wider einander gehandelt haben, ist offenbar und in den geistlichen Rechten unwidersprechlich zu finden; dieselben werden auch nicht gehalten, wie es billig sein sollt, sondern durch den grössten Feind des Evangeliums.

So weiss ein jeder, wie sich der päpstliche Legat auf dem letzten Reichstag erzeiget, denn erstlich will er kein frei concilium, zum andern nicht gedulden, dass solches durch K. M. oder die Reichsstände, sondern allein durch den Papst fürgenommen wird, zum dritten solches nicht in Deutschland, sondern in der Lombardei thun. Beschliesst ein Conzil das, was dem Worte Gottes gemäss ist, so ist das unnötig, weil das Wort Gottes klar und lauter vor Augen ist, einen Beschluss wider das Wort Gottes ist niemand anzunehmen schuldig. Doch hält Spengler ein freies Conzil als momentane Hülfe für statthaft. Das Edikt von Worms erkennt er durch den Nürnberger Abschied von 1523 als aufgehoben, er empfiehlt einfach, bei diesem zu beharren.

Am 4. April erfolgte der Beschluss über die Religionsfrage. In Anbetracht der kaiserlichen Mahnung sollte das Wormser Edikt so weit als möglich ausgeführt werden, doch sei es gut, bei dem Legaten um ein allgemeines oder ein Nationalconcil anzuhalten. Ein Gutachten der Städte¹⁾, das aber wirkungslos blieb, hatte im Geiste Spengler's den lutherischen Standpunkt vertreten. Es erwähnte das Edikt gar nicht und bestand auf dem letzten Reichstagsabschied; Veränderungen desselben würden Auf-

¹⁾ Richter, S. 105. Förstemann, S. 150.

ruhr hervorrufen, der den Städten am meisten gefährlich werden müsse. Ein freies, christliches Concil auf deutschem Boden sei wünschenswert, bis dahin solle jeder Christ handeln und predigen dürfen, wie er wolle, wenn er nicht durch die Schrift widerlegt würde.

Die Furcht vor Aufruhr einerseits und die antirömische Stimmung selbst der streng katholischen Fürsten, welche die Folge der kirchlichen Misbräuche war, andererseits, bestimmten die katholische Mehrheit, in den Abschied vom 18. April 1524 zu willigen. Das Edikt sollte, soweit es möglich sei, ausgeführt, zur Lösung der Religionsfrage ein Concil berufen werden. Zur Vorbereitung für das letztere wurde auf Martini ein Reichstag und Nationalconcil zu Speier angesetzt; hierfür sollten die Stände Vorschläge zur Reform der Lehre ausarbeiten lassen. Die päpstliche Partei unter Führung Campeggi's protestirte gegen diesen Beschluss; Campeggi riet, die Städte zu bannen und dem sächsischen Churfürsten die Chur zu entziehen. Am 27. reiste er mit Ferdinand ab, entschlossen, das Nationalconcil zu hintertreiben.

Die Bestätigung des Ediktes erregte trotz seines einschränkenden Zusatzes unter den Städten Aufregung. Die Nürnberger hielten den früheren Abschied von Nürnberg durch den neuen für aufgehoben. Daher protestierten auch die Städte gegen diesen und beschlossen, bei Zustellung des Mandates eine Recognition zu fertigen und trotz der Annahme dem Proteste anzuhängen¹⁾. Man setzte auf Margarethentag einen Städtetag zu Speier an, auf dem auch über die Repartition der Gesandtschaftskosten, welche zu Nürnberg wegen der Abwesenheit der Metzger Gesandten nicht hatte stattfinden können, gehandelt werden sollte. Auch die Angelegenheit der Verehrungen an die kaiserlichen Räte war noch nicht erledigt. Die Augsburger hatten zu Nürnberg an verschiedene Herren vom Hofe im Namen der vier Städte der Gesandtschaft 600 Gulden gegeben²⁾, darauf hatten die Nürnberger noch weitere 500 Gulden verehrt. Als sie nun den Betrag von 125 Gulden von jeder der drei andern Städte einforderten, erklärte Rehlinger, Augsburg habe seinen Anteil mit der Vorstreckung der 600 Gulden geleistet und habe von Nürnberg 25 Gulden zurückzufordern. Aber ein Teil der Städteboten behauptete, dass Augsburg jene 600 Gulden für das Sonderinteresse der Monopolen gezahlt habe und wollte nichts damit zu thun haben. Nürnberg bat, mit der Gegenrechnung

¹⁾ An Schwäbisch-Hall, 25. April; an Weissenburg, Windsheim, Rotenburg, Schweinfurt, 26. April, Nürnberger Briefbuch 99. ²⁾ Kluckhohn, S. 701. Richter, S. 48.

bis zum Tage von Speier zu warten, denn wenn die vier grossen Städte nicht für die Summe aufkämen, würde niemand etwas zahlen¹⁾. Erst in Speier erfolgte die Verteilung der Beiträge, aber noch im folgenden Jahre musste Metz in ziemlich dringendem Tone zur Zahlung der 125 Gulden angehalten werden²⁾. Da die Nürnberger vor dem Speirer Tage auch erfahren hatten, dass neue Mandate gegen Luther demnächst im Druck ausgehen würden, betrieben sie bei den ausschreibenden Städten die schleunige Zusendung des letzten Städteabschiedes, damit alle sich für den Tag zu Speier auf einen endlichen Beschluss vorbereiten könnten³⁾.

Auf das Betreiben Campeggi's, der eine Erörterung der religiösen Fragen auf einem Nationalconcil durchaus verhindern wollte, kamen inzwischen (Ende Juni) verschiedene katholische Reichsstände zu einem Convent in Regensburg zusammen⁴⁾, wo die strenge Durchführung des Ediktes beschlossen ward. Ueber die Verhandlungen waren die führenden Städte durch wachsame Späher wohl unterrichtet; seitens Strassburgs ergingen Mitteilungen an den Rat von Nürnberg, und auf Strassburgs Wunsch war auch Nürnberg auf Erkundigungen bedacht⁵⁾.

Nach jenem Convent hielten nun die Städte ihren Tag zu Speier (Juli 1524) und beschlossen im Gegensatz zu jenen Ständen, die an den Kirchenvätern festhalten wollten, dass ihre Prediger nichts als das reine Evangelium verkündigen sollten; man verabredete für den bevorstehenden Reichstag zu Speier Denkschriften auszuarbeiten.

Als nun bald das neue Mandat gegen Luther eintraf, nahmen es die Städte gemäss der Verabredung zu Nürnberg gegen Recognition an, aber sie publicierten es nicht⁶⁾. Es fragte sich aber, wie sich das neue Regiment, das seit Ende Juli sich vollzählig in Esslingen versammelt hatte, zu dem Mandat stellen würde, worin den Anhängern Luther's mit Process gedroht wurde⁷⁾. Tetzl wurde deshalb vom Nürnberger Rat angewiesen, in Esslingen keine Kosten zu sparen, im geheimen zu forschen und durch Boten sofort wissen zu lassen, was nötig sei. Bald erfuhr man, dass die katholische Partei gewaltige Anstrengungen mache, um zu processieren; zu ihrer Rechtfertigung erliessen

¹⁾ An Chr. Kress, 22. April, Bb. 99. ²⁾ An Metz, 19. April, 1525; Bb. 101. ³⁾ An Frankfurt, 25. April 1524. An Weissenburg, Windsheim, Schweinfurt, Rotenburg, 26. April. An Ulm, 27. April. Bb. 99. ⁴⁾ Bezold, Gesch. d. d. Ref., S. 441. Egelhaaf, D. Gesch. im 16. Jahrh., S. 525 ff. Friedensburg, der Regensburger Convent, in den histor. Aufsätzen dem Andenken an G. Waitz gewidmet, S. 503 ff. ⁵⁾ Nürnberg an Strassburg, 8. Juni, Bb. 99. ⁶⁾ An Ulm, 11. Juli, Bb. 99. ⁷⁾ An Tetzl, 15. Juli, an Pfintzing, 27. Juli, Bb. 99.

daher die Städte eine Schrift in Betreff des Mandates an das Regiment. Günstig war es für die Städte, dass kein Reichsstand rechtzeitig seinen Beitrag für das Regiment entrichtete, so dass dessen Bestehen wieder in Frage kam. Einst hatte Nürnberg in solchen Notfällen ausgeholfen, als das Regiment noch in seinen Mauern war. Als dasselbe nun im August die Stadt durch Tetzl um eine Anleihe von 3000 Gulden ersuchte, meinte der Rat, „dass es den Läuften nach nicht notdürftig sei“, das Geld zu leihen. Dem Regiment gegenüber entschuldigte man sich höflichst mit eigener Geldverlegenheit¹⁾. Auch Augsburg und die übrigen Städte lehnten das Ansuchen ab.

Bereits zu Nürnberg hatte der Markgraf Casimir von Brandenburg mit der benachbarten Stadt und dem Grafen von Henneberg eine Zusammenkunft der weltlichen Stände des fränkischen Kreises auf den 24. August zu Windsheim verabredet. Man beschloss hierselbst, gegen die geistlichen Stände des Kreises zusammenzuhalten; 21 Fragen über streitige Religionspunkte wurden angenommen, über welche laut des Reichstagsabschiedes Gutachten erstattet werden sollten. Auf die Aufforderung des Rates liefen aus Nürnberg drei Gutachten ein: ein im katholischen Sinne gehaltenes vom Barfüsser-, Prediger- und Frauenbrüderkloster, ein zweites vom Karthäuserprior und von Volprecht, dem Augustinerprior; ein drittes war vor allem von Osiander unter Beihilfe von Sleupner und Venatorius verfasst. Letzteres ward gedruckt²⁾. Alle drei waren ursprünglich für den zweiten Nürnberger Reichstag bestimmt, für den alle Stände Religionsvorschläge aufstellen sollten³⁾. Der erste Teil des Osiandrischen Ratschlages handelte über Gottes Wort, das allein auf der Bibel gegründet sein sollte, der zweite Teil über das Menschenwort, über den Schaden, den dasselbe verursacht habe, schliesslich über den Antichrist, der durch Prophezeiungen aus Daniel und der Offenbarung aus der kabbalistischen Berechnung des grossen Tieres, 666, auf Papst Silvester gedeutet wurde.

Die Versammlung zu Speier wurde durch ein Mandat des Kaisers vom 15. Juli verboten, da sie ohne seine Autorität angesetzt und dem päpstlichen Interesse entgegen war, das antilutherische Edikt dagegen ward von Neuem eingeschärft⁴⁾. Dies erregte anfangs grosse Bestürzung; trotzdem aber hielten die fränkischen Stände

¹⁾ An Tetzl, 11. Aug. An das Regiment, 11. Aug., Bb. 99.

²⁾ Lith, Erläuterung der Reformationshistorie, fol. 80. Der Rat an den Grafen Wilhelm von Henneberg, 17. December, Bb. 100. ³⁾ An

Tetzl, 6. August, Bb. 99. ⁴⁾ Möller, Osiander, S. 23 ff. Abgedruckt bei Schölin, Fränkische Reformationsgeschichte, S. 8 ff. ⁵⁾ Förstermann, Urkunden I, S. 204.

im October einen Convent zu Rotenburg, um über ihre Gutachten zu verhandeln. Dann ergriff Nürnberg die Initiative. Der Rat liess 12 Artikel aufsetzen, in denen erörtert wurde, warum das Mandat nicht befolgt werden könne ohne Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Er erliess Rundschreiben an die benachbarten Städte und stellte ihnen die Unmöglichkeit vor, das Edikt auszuführen. Frankfurt wurde zum Besuch eines Städtetages aufgefordert und Ulm gebeten, dasselbe bei Strassburg zu betreiben¹⁾. Der Eile wegen wurde von einer Vorberatung der vier ausschreibenden Städte abgesehen und auf Nikolai (6. December) ein Tag zu Ulm von Nürnberg angesetzt; dorthin sollte jede Stadt ihr Gutachten mitbringen. In Ulm beschloss man, ein vorsichtiges Schreiben an den Kaiser zu richten mit der Erklärung, dass die städtischen Prediger nicht Luther's Lehre, sondern nur das reine Wort Gottes predigten; ferner sollten dem schwäbischen Bunde die 12 Artikel, die Nürnberg aufgesetzt hatte, übergeben werden; so geschah es auch²⁾. Eine Gesandtschaft an Ferdinand aber, die beschlossen wurde, unterblieb, da es sich herausstellte, dass das Mandat nicht so ernst gemeint sei.

Auf diesem Tage zu Ulm tauchte auch zum ersten Male der Plan eines Bündnisses zum Schutze des Glaubens auf; man versprach, sich gegenseitig Hülfe zu leisten, für den Fall, dass eine Stadt der lutherischen Lehre wegen angegriffen würde.

Aber die Gefahr zerstreute sich bald; die europäischen Verhältnisse gestatteten dem Kaiser kein entscheidendes Vorgehen. Nürnberg hatte Zeit, gestützt auf den Wortlaut des Reichstagsabschiedes, der die Ausführung des Ediktes nur nach Möglichkeit forderte, die Reformation energisch durchzuführen.

¹⁾ An Dinkelsbühl, 17. Oct. An Frankfurt, 18. Oct. An Windheim, 18. Oct.. Bb. 100. Ulm an Memmingen, 15. Oct., Memminger Stadtarchiv. Müllner, S. 42. ²⁾ An Nördlingen, 30. Januar 1525, Bb. 100.

Capitel IV.

Die Durchführung der Reformation in Nürnberg.

Als Erzherzog Ferdinand am 22. November 1523 wieder in Nürnberg zur Eröffnung des neuen Reichstages eingetroffen war, zeigte der Rat schon nicht mehr die fast ängstliche Vorsicht, die er bei der früheren Anwesenheit für zweckmässig gefunden hatte. Damals erregte ein angeblicher Bauer, in Wirklichkeit ein ehemaliger Prediger, der, wie man sagte, nicht lesen und schreiben konnte, durch seine Predigten in Wöhrd, dann in Nürnberg selbst, das grösste Aufsehen. Der Rat verbot ihm das öffentliche Predigen, gestattete ihm aber, in den Häusern auf Wunsch der Bürger zu reden. Jener Prediger hielt sich aber nicht an diese Beschränkung, und der Rat schritt nicht ernstlich ein. Sein „Sermon“, worin er gegen die Heiligenverehrung als eine Minderung der göttlichen Ehre, gegen den Papst als Antichrist eiferte, wurde sogar 1524 gedruckt¹⁾. Ferdinand liess gegen einige der Eltern Herren über die Zulassung der lutherischen Lehre und Bücher, über die Duldung lutherischer Prediger und das Predigen des Bauern Beschwerde erheben. Der Rat konnte sich in seiner Antwort darauf berufen, dass er durch Verbot und Strafen, sowie durch die Verpflichtung der Buchdrucker den Edikten nach Möglichkeit nachgelebt habe, die Prediger hätten gemäss des Abschiedes von Nürnberg das Evangelium nach approbierter Auslegung, aber keines Menschen Lehren verkündet. Trotzdem das Edikt solches nicht beföhle, habe man ausgetretene Ordensleute ausgewiesen; dem Bauern, der nichts Unchristliches geredet, sei die öffentliche Predigt verboten²⁾.

Einem Leineweberknecht wurde ebenfalls das Predigen untersagt, aber die Bestrafung unterblieb.

Dagegen wurde dem neuen Prediger der Barfüsser, der über die Erbsünde im antilutherischen Sinne redete, sodass er Missstimmung erregte, das Predigen verboten; selbst die Verteidigung, zu der er sich erbot, wurde abgelehnt mit der Motivierung, dass das Verbot der Ruhe wegen erfolgt sei. —

¹⁾ Riederer, Nachrichten II, S. 71. Soden hat noch die fälschliche Ansicht von dem Bauern. Bezold, Geschichte d. d. Ref., S. 458.

²⁾ Antwort des Rates vom 2. März, Bb. 99. Altdorf. Museum, II, S. 45 ff. Soden, Beiträge S. 174 ff.

Als nun am 14. März Campeggi sich der Stadt näherte, holte ihn der Rat auf Ferdinand's und der Fürsten Begehren unter allen Ehrenbezeugungen ein, aber in richtiger Würdigung derselben verzichtete der Legat von selbst auf die geplante Procession. Im Gespräch mit Scheurl fragte der Cardinal, warum der Rat lutherische Prediger und den Druck-lutherischer Bücher zulasse; mit diplomatischem Geschick betonte Scheurl die bekannte Anhänglichkeit der Stadt an den Papst: man gedenke, sich nicht von ihm zu trennen, indes wolle der gemeine Mann Christum als alleinigen Seligmacher haben. Die Anklage der lutherischen Ketzerei umging Scheurl nach dem Grundsatz des Rates, der stets darauf bestand, man folge der Lehre keines Menschen, sondern allein Christi.

Bald nach der Abreise Ferdinand's (27. April) begann die Umgestaltung des Kirchenwesens¹⁾. Zunächst liess der Rat noch die Initiative von den Predigern ergreifen; an eine Rücknahme der Neuerungen war da nicht zu denken; man suchte sich stets damit zu rechtfertigen, dass man, der Notwendigkeit nachgebend, das Wormser Edikt, soweit es möglich gewesen sei, ausgeführt habe.

Den Anfang der kirchlichen Neuerungen machte der Augustinerprior Volprecht, indem er unter den Augen des Reichstages, des Cardinals, der Bischöfe, 3000 Menschen das Abendmahl unter beiden Gestalten spendete; er las die Messe deutsch und sang deutsch. Nachdem seitens der Gemeinde dazu aufgefordert worden war, folgten dem Beispiele Pfingsten 1524 die Stadtpfarrer im Einverständnis mit den Pröpsten, die sich später stets auf den Willen der Gemeinde beriefen. Die Seelenmesse, die Mette, viele Heiligtage, die Weihung des Salzes und Wassers wurden abgeschafft. Heyden, Cantor an der Spitalkirche und seit Juli Nachfolger des Joh. Denk als Schulrektor bei St. Sebald, änderte das *salve regina* in *salve Jesu Christe* um²⁾ und vertheidigte die Änderung in einer besonderen Schrift. Am 1. Juni vereinigten sich die Pröpste zu einem Vergleich³⁾, infolge dessen den Vikaren verboten wurde, die Beichte zu hören, wenn sie sich anders verhielten, als das Evangelium ausweise; das Sakrament solle in der begehrten Form gespendet werden, aber von den Mönchen nicht ohne besondere Erlaubnis der Pröpste. Auch die letzte Oelung ward dem persönlichen

¹⁾ Roth, Einführung der Reformation in Nürnberg Bericht Spalatin's bei Schelhorn, *amoenitates Lit.* IV, S. 389 nach Volprecht's Mittheilungen; chronologische Fehler bei Menckenius. Soden, S. 180 ff. Müllner, S. 36 ff. ²⁾ Zeltner, Leben Heyden's, S. 10. Riederer, Nachrichten II, S. 30. ³⁾ Bei Siebenkees, Materialien zur Nürnbg. Gesch. III, S. 338.

Belieben freigestellt, die Umgänge, das Salz- und Wasserweihen, das *salve regina* sollten in den Stadtkirchen mit guten Worten abgestellt werden, doch in den Klöstern gestattet bleiben. Also geschah es.

Mit diesen Änderungen stand ein religiöser Umschwung ¹⁾ in engster Verbindung. Zur Zeit als Staupitz in Nürnberg predigte, hatte sich hier ein Kreis von Reformfreunden gebildet ²⁾, dem neben dem consequenten Spengler auch Männer wie Ch. Fürer, H. Holzschuher, ferner die Humanisten Pirkheimer und Scheurl angehörten, die im Grunde doch katholisch blieben. Als man nun allmählich den Gegensatz zwischen Luther und der alten Kirche in seiner Schärfe erkannte, begann auch in Nürnberg die Scheidung der Geister. Spengler, der langjährige Freund Pirkheimer's, ward jetzt in dessen Briefen Gegenstand der heftigsten Schmähungen. Aber er trat nur um so energischer für die Ausbildung des Luthertums in der Stadt auf, so dass Luther später von ihm sagte, er sei der einzige gewesen, der das Evangelium nach Nürnberg gebracht und bewirkt habe, dass es in dieser Stadt geblieben sei. Ende April 1524 verloren die Staupitzianer ihre Hauptstütze, Anton. Tucher, den ersten Losunger. Bei der Neuwahl ward Hieronymus Ebner erster Losunger; ihm war Spengler an Begabung weit überlegen, durch ihn regierte der Ratsschreiber die Stadt. Im Einvernehmen mit Spengler wurden nun die Reformen seitens der Geistlichkeit völlig durchgeführt.

Indes mochte die Mehrheit des Rates von dem schnellen Vorgehen überrascht sein; man liess daher am 11. Juni den Pröpsten sagen, da solche Änderungen bislang nur in Wittenberg stattgefunden hätten, so wäre es besser gewesen, noch zu warten. Der Rat stellte am 11. Juni durch eine Deputation das Ansuchen, die alten Gebräuche herzustellen. Als er aber seine Bitte an die Pröpste, die um Bedenkzeit gebeten hatten, erneuerte und nur das deutsche Evangelium und das Abendmahl gestatten wollte, wiesen sie ihn ab; es blieb nichts übrig, als eine Gesandtschaft an Ferdinand nach Regensburg zur Rechtfertigung zu schicken. Am 22. Juni reisten Kress, Volkamert und Scheurl dahin ab. Geschickt betonte man in der verlesenen Denkschrift die vorzüglich Ergebenheit der Stadt gegen das kaiserliche Haus und besonders gegen Ferdinand ³⁾, der durch Nürnbergs Bemühen die Leitung des Regimentes erhalten habe; man beteuerte, dass man nach Kräften das Edikt auszuführen

¹⁾ Keller, Joh. v. Staupitz, S. 177 ff. Roth, W. Pirkheimer, S. 75 ff. ²⁾ Scheurl's Brietbuch II, S. 42, 43. ³⁾ Soden, S. 182, nach Scheurl's Familienarchiv.

sich bemüht habe; die Pflicht verbiete, um Aufruhr zu vermeiden, es strenger zu handhaben; die Gesandten baten, die Stadt mit Processen und Mandaten zu verschonen. Ferdinand gab eine im Ganzen gnädige Antwort und sprach die Erwartung künftigen Gehorsams aus.

Ein Gutachten Melanchthon's bestärkte den Rat darin, keine der abgeschafften Ceremonien zu erneuern, weil es sündig sei; die noch übrigen riet es vorläufig noch beizubehalten¹⁾.

Eine Auseinandersetzung mit Bischof Wigand von Bamberg war nicht zu vermeiden. Dieser Bischof, der nach dem Tode Georg Schenks von Limburg (31. Mai 1521) erwählt war, konnte im Gegensatz zu seinem Vorgänger als ein energischer Feind Luther's gelten; nur noch eine Zeit lang vermochten die alten Räte, namentlich Herr von Schwarzenberg Einfluss zu üben. Am 21. Juli wurden Kress, Tucher und Scheurl nach Bamberg entsandt, um zu beweisen, dass der Rat an den kirchlichen Änderungen nicht schuldig sei. In der Audienz vom 22. Juli erklärten sie, dass die Pröpste sich weigerten, die Neuerungen abzuschaffen, der Rat wolle allerdings keine Prediger dulden, die des Irrtums überführt seien, aber auch nicht vor der Überführung einschreiten; man berief sich auf den Abschied von Nürnberg, der die reine Lehre zu predigen befahl. Am 23. liess der Bischof antworten, er könne nicht entscheiden, ob der Rat an den Neuerungen Gefallen fände oder nicht, da die Pröpste sich auf ihr Pfarrvolk, also auch auf den Rat beriefen; er erwarte aber, dass der Rat ihm bei der Citierung derselben behülflich sei. In der That wurden beide Pröpste und der Prior Volprecht auf den 12. September nach Bamberg citiert. Es wurden ihnen 16 Fragen²⁾ vorgelegt über das Abendmahl, die Beichte, deutsche Messe, deutsche Taufformel u. s. w. Diese Fragen beantworteten sie, protestierten aber zugleich gegen das Verfahren, da sie nicht den Bischof in seiner eigenen Sache, sondern nur die Schrift als Richter anerkannten; sie reisten ab, indem sie sich auf dem neuen Termin vom 19. September durch Osiander als Anwalt vertreten liessen. Als nach Erneuerung der Protestation eine bischöfliche Entscheidung verlesen wurde, unterbrach Osiander die Verhandlung unerwartet mit einer Appellation an ein Conzil. Hierauf erfolgte eine *sententia diffinitiva*³⁾, wodurch die Pröpste für gebannt und abgesetzt erklärt wurden. Eine zurückgewiesene Appellation

¹⁾ Gutachten vom 1. Januar 1525, Corp. Reform. I, S. 315,

²⁾ Strobel, Miscell. III, S. 57.

³⁾ Strobel, III, S. 73; Erdtmann. Norimberga in flore, S. 36; Kappes, kleine Nachlese, II, S. 635.)

wurde vor Notar und Zeugen zu Nürnberg am 13. October wiederholt und darauf insinuiert¹⁾.

Nach ihrer Bannung gaben die Pröpste zu ihrer Verteidigung eine Schrift heraus, wahrscheinlich von Osiander verfasst, betitelt „Grund und Ursach“ u. s. w.²⁾. Sie erklärten darin, dass sie die Misbräuche längst erkannt, aber auf die Einsicht und das Drängen der Gemeinde selbst gewartet hätten; der Rat habe die Sache dem ministerio überlassen; wie gewöhnlich erboten sie sich zur Widerlegung.

So war der Versuch des Rates, der gern die Formen des Rechtes und das gute Einvernehmen gewahrt hätte, gescheitert. Die Partei der entschiedenen Lutheraner, deren Seele Spengler war, und die nach Tucher's Tode an Einfluss gewonnen hatte, wurde jezt massgebend. Im Einverständnis mit ihr hatten die Pröpste dem rechtmässigen geistlichen Oberherrn die Anerkennung versagt und verwalteten ihr Amt trotz Bann und Absetzung weiter. Spengler war von Luther's Lehre am tiefsten durchdrungen. Seine schon 1521 erschienene Schrift „Tröstliche und christliche Anweisung und Arznei“ und die 1522 erschienenen „Hauptartikel, durch welche gemeine Christenheit bisher verführt“, zeigen den Fortschritt seiner religiösen Entwicklung; Werkheiligkeit und Heiligendienst werden bereits verworfen, Gottes Wort ist alleiniger Grund der Seligkeit. Um die Wende 1524/25 erschien sein Kirchenlied „durch Adams Fall“ u. s. w. Ausser mit Osiander stand er mit den Theologen zu Wittenberg, wo sein Sohn seit 1521 sich befand, in Verbindung. Spengler vertrat besonders die Auffassung der Lehre Luther's von der Obrigkeit, dass sie die Pflicht habe, die kirchlichen Dinge zu ordnen, weil die Bischöfe sich derselben entzögen. Da nun auch der Rat stets die Ausnahmestellung der kirchlichen Institute zu beseitigen bemüht war, so ward jezt von seiner Seite energisch hierin vorgegangen. Schon im November 1524 forderte eine Deputation des Rates die Oberen des Prediger- und des Barfüsserklosters auf, der Curation über die Frauenklöster gegen Entschädigung für etwaige Nutzniessungen zu entsagen. Der Guardian der Barfüsser stellte es sofort in das Belieben des Rates, die „frommen Kinder“ mit Predigern und Beichtvätern zu versehen; die Predigermönche wollten erst deshalb anfragen. Die Augustiner, die, zumal der Prior Vollprecht, von Anfang an der neuen Lehre zugeneigt waren, stellten aus freien Stücken schon am 13. December 1524 ihre Güter dem neu errichteten Kasten des gemeinen Almosens zur Verfügung, legten

¹⁾ Strobel, III, S. 62; Erdtmann, S. 41. ²⁾ Strobel, III, S. 78; Siebenkees, Materialien zur Nürnbg. Gesch. II, S. 434.

das Ordenskleid ab, erklärten sich zu kirchlichen Dienstleistungen bereit und begehrten dafür lebenslänglichen Unterhalt. Nach eingeholtem Gutachten nahm der Rat am 24. das Anerbieten an. Auch ein Teil der Karthäuser unter ihrem Prior Stöckel war zu Ähnlichem bereit; sie baten um Schutz gegen die eintreffenden Visitatoren und erbaten sich zur Disputation. Der Rat billigte ihre Absicht und ersuchte die Visitatoren, nicht mit Gewalt gegen Stöckel vorzuschreiten, dem er sehr gewogen sei. Trotzdem wurde er von dem Mutterkloster abgesetzt. Jetzt verbot der Rat direkt, mit Berufung auf sein Amt als Schutzherr des Klosters, einen andern Prior zu wählen; ein Mönch, der im Verdacht stand, die Absetzung Stöckel's bewirkt zu haben, wurde trotz des Protestes, dass er als Geistlicher eximiert sei, aus der Stadt verbannt. Als die Mönche sich weigerten, einen Augustinermönch als Prediger anzunehmen, durch den der Rat sie zu gewinnen trachtete, wurde ihnen verboten, Laien bei ihren Predigten zuzulassen. Zur Fastenzeit 1525 erlaubte der Rat, auch Fleisch zu verkaufen. Endlich nahm der Rat in der Frage, welche Lehre künftig als die reine gepredigt werden sollte, selbst die Entscheidung in die Hand¹⁾. Er forderte mit Berufung auf die letzten Reichstagsabschiede die Geistlichen auf, das heilige Evangelium zu predigen nach der approbierten Auslegung. Aber die Bettelmönche, bereits in grossem Zwiespalt mit den Stadtpredigern, kamen der wiederholten Aufforderung nicht nach. Der Rat forderte von den Klöstern und den Pfarrern Artikel ein über die zur Seligkeit nothwendigen Stücke²⁾. Wegen der grossen Verschiedenheit ordnete er zur Beilegung des Zwistes eine Disputation an. Die Bettelmönche, ihr Geschick voraussehend, erklärten sich anfangs für nicht berufen, über Glaubenssachen zu disputieren und übergaben dem Rat ihre Lehre schriftlich. Endlich leisteten sie einer Vorladung auf den 3. März Folge, nachdem der Rat erklärt hatte, er wolle in dieser Frage nicht Richter sein, auch solle das Gespräch nicht den Charakter einer Disputation, sondern einer freundlichen Auseinandersetzung haben³⁾. Scheurl hielt die Eröffnungsrede, worin zu freundschaftlichem Entgegenkommen aufgefordert ward; dann verlas der Ratsschreiber Spengler als Lector der Versammlung die von den Predigern der Stadt aufgesetzten 12 Artikel des Gesprächs, über Sünde, Gesetz, Evangelium, Taufe, Abendmahl und über die Befugnisse der weltlichen, von Gott eingesetzten, Gewalt. Das erste

¹⁾ Soden, S. 221. ²⁾ Müllner, S. 45. ³⁾ Quellen: Lith, Reformationsgesch., S. 145 ff. Müllner, S. 46—55. Soden, S. 222—250.

Gespräch blieb resultatlos; am 5. März fand ein zweites statt; aber in der 6. und letzten Session am 14. März blieben die Mönche aus und reichten eine Erklärung ein, dass sich das Gespräch doch zu einer Disputation gestalte, und dass keine unparteiische Richter vorhanden seien. Da liess der Rat sie durch Osiander für widerlegt erklären und verbot durch Beschluss vom 18. März den drei Bettelorden das öffentliche Predigen, bis sie ihre Sache aus der Bibel bewiesen hätten. Zugleich liess er die Disputation drucken und veröffentlichen. Damit hatte sich der Rat rücksichtslos zum Luthertum bekannt und zog nun energisch die Consequenzen daraus. Die Curation der Frauenklöster wurden den Bettelorden genommen¹⁾. Als die Barfüsser, denen verstattet war, bei verschlossenen Thüren für sich allein zu predigen, den Rat angriffen, wurden sie ohne Umstände aus der Stadt gewiesen; nicht besser erging es den Predigermönchen; am 2. Mai wurden ihre Güter inventarisiert. Die Augustiner hatten ihre Güterabtretung sogleich nach dem Gespräch vollzogen, ihnen folgten die Carmeliter, die Frauenbrüder, am 5. Juli die Karthäuser. Am 12. übergab der Abt des Klosters St. Aegidii seine Güter, nachdem er bereits die Gerichtsbarkeit über seine Unterthanen abgetreten hatte. Die Erträgnisse flossen in die Kasse des grossen Almosens.

Der Rat hütete sich, die Klöster direkt einzuziehen, um den Gegnern des Evangeliums keine Ursache zum „Schreien“ zu geben, was der guten Sache geschadet haben würde²⁾. Nur zur Abstellung der Missbräuche hielt er sich verpflichtet; man liess die Insassen der Klöster allmählich aussterben, indem keine neue zugelassen wurden. Die Nonnenklöster hatte man unbehellig gelassen, nachdem die Curation derselben den Mönchen entzogen war. Als nun im Mai 1525 die vor den Bauern flüchtenden Nonnen von Engelthal und Pillenreuth in der Stadt Zuflucht suchten, empfahl ihnen der Rat, weltliche Kleidung anzunehmen, und versprach zugleich denjenigen, die auszutreten und zu heiraten beabsichtigten, zu dem Eigenthum zu verhelfen, das sie dem Kloster zugebracht hätten; die welche nichts zugebracht hätten, sollten auf 25 Gulden abgeschätzt werden; die fernere Aufnahme von Nonnen ward dagegen verboten. Endlich, als noch 2 übrig waren, geschah die Übergabe des Klosters an den Rat, 1580³⁾.

Noch entschiedener ging man gegen die Frauenklöster in der Stadt selbst vor. Eine Deputation des Rates forderte die Nonnen von St. Klara und St. Katharina auf, da sie nun über

¹⁾ Müllner, S. 55. ²⁾ Nürnberg an Heilbronn, 24. Juli 1529, Bb. 111. ³⁾ Müllner, S. 57, 70.

das Klosterleben hinlänglich belehrt seien, binnen 4 Wochen die Klosterkleidung abzulegen und niemand den Austritt zu verwehren.

Noch im September 1524 waren die neuen Schriften Luther's verboten worden; jetzt ergingen umgekehrt Warnungen an die Buchhändler, die antilutherische Schriften feil hielten; einer von ihnen ward sogar am 27. April 1525 verbannt.

Über alle diese Neuerungen beklagte sich der Bischof von Bamberg in einem sieben Artikel enthaltenden scharfen Schreiben¹⁾, namentlich über die Anmassung der bischöflichen Gewalt seitens der Prediger und die Duldung der gebannten Pröpste, ferner darüber, dass der Rat selbst Pfarren besetze, sich der geistlichen Güter bemächtige und den Ordensleuten die Predigt verbiete. Der Rat, jetzt weit davon entfernt, sich zu entschuldigen, antwortete in einem langen Schreiben²⁾, dem gemeinen Manne seien die Augen über die Misbräuche geöffnet, es sei des Rates Pflicht, sie abzuschaffen; man erklärte sich wieder zur Überführung aus der Bibel bereit.

So waren die alte Kirche und ihre Institutionen mit ihrer Sonderstellung beseitigt. Die Neuordnung der Verhältnisse war, wie auch anderswo, der weltlichen Obrigkeit von selbst zugefallen. Nürnberg aber war unter allen Reichsstädten die erste, die mit der Reformation entschieden begann.

Selbst die sächsische Regierung hat sich damals noch nicht mit solcher klaren Einsicht als Trägerin der Gewalt, die man später die landeskirchliche nannte, gefühlt, wie der Rat von Nürnberg. Klar erkannte dieser auch sofort die Konsequenzen der Neuerungen für seine Hoheitsrechte. Schon vor der Reformation hatten hierin seine Bestrebungen angesetzt in Bezug auf Ablassverkündigung, Aufsicht über die Klöster, Genehmigung der von den Pröpsten bestellten Pfarrer; je mehr dann die alte kirchliche Autorität sich auflöste, um so viel mehr wuchs der Einfluss des Rates; endlich 1525 berief er aus eigener Machtvollkommenheit seine Geistlichen zur Disputation und ordnete an, welche Lehre fortan als die richtige gelten sollte; er schützte sie als solche, indem Angriffe darauf bestraft wurden, der bisherige geistliche Obere wurde als abgethan betrachtet.

Unter den zum Nutzen des Gemeinwohles eingezogenen geistlichen Gütern befanden sich auch Stiftungen, die zu religiösen Zwecken, als Messelesen u. s. w., bestimmt waren. Nach dem Gutachten Luther's sollten diese den Stiftern oder ihren Erben zurückgegeben werden, da die Voraussetzung und der

¹⁾ Müllner, S. 58.

²⁾ An Bischof Wigand, 7. April, Bb. 101.

Zweck der Stiftung aufgehoben war. Melanchthon aber riet, da sie zu kirchlichen Zwecken bestimmt seien, sie dafür zu erhalten; auch wenn der ursprünglich bestimmte Zweck wegfiel, bliebe nach weltlichem und biblischem Recht die Stiftung bestehen¹⁾. Der Rat ging von der Voraussetzung aus, dass er für eine würdige Verwendung derselben zu sorgen habe, und da eine solche schwer durchzuführen war, so hob er sie auf und inventarisierte sie als Ratseigentum; nur den jetzigen Inhabern piess man die Nutzniessung. Das Armenwesen, schon 1522 von seiten des Rates geregelt, fiel jetzt natürlich ihm ganz zu; man wies die Gewohnheitsbettler aus und errichtete zur Unterstützung armer Bürger aus den eingezogenen Klostergütern eine neue Kasse, das neue Almosen. Die Ernennung der Geistlichen, die in der Form der Genehmigung schon faktisch geübt war, geschah in Zukunft, da keine neuen Pröpste bestellt wurden, unmittelbar; ebenso erhielten die Frauenklöster ihre Prediger vom Rate. Poliander bei St. Klara, Schirmhäuser bei St. Katharina waren die ersten dieser Art. Alle traten in unmittelbaren Dienst der Stadt. Der Rat hatte den Kaplänen die Gebühren für kirchliche Handlungen entzogen und deshalb am 7. Juli einen besonderen Stock für sie aufstellen lassen; aber bald klagten sie über den Rückgang ihrer Einnahmen. Nicht besser erging es den beiden Pröpsten, die deshalb zweimal eine Supplication um Aufbesserung des Einkommens bei dem Rate einreichten. Besonders Dr. Pömer beklagte sich in einem Bericht an C. Nützel; er sandte eine Übersicht seiner Schulden ein und bat um Vorschuss²⁾. Das Einkommen der Geistlichen wurde jetzt durch festen Gehalt geregelt.

Die eximierte Stellung der geistlichen Institute und der Kleriker fand in der Bürgerschaft besonders Widerspruch. Schon im Juni 1524 forderte man von den Pröpsten, dass sie ihre Kapläne besser halten sollten. Die Pröpste stellten Regeln auf³⁾, wie sich die Kapläne betragen sollten, doch behielten sie sich die Jurisdiktion noch teilweise vor; wenn z. B. ein Kaplan einen anderen verwundete, so sollte er von ihnen bestraft werden, darauf aber auch noch dem Rate zu Gericht stehen. Nachdem nun die Geistlichen den Charakter von Beamten angenommen hatten, wurden sie zur Erlegung des Ungeldes und der Losung angehalten, wer sich weigerte, musste die Stadt verlassen. Am 12. Mai befahl der Rat sämtlichen Priestern, das Bürgerrecht anzunehmen oder mit Verzicht auf ihre

¹⁾ Gutachten, Corp. Ref. I, 314 b. Strobel, Miscell. II, S. 164.

²⁾ Siebenkees II, S. 628 ff. ³⁾ Siebenkees III, S. 328.

Pfründen auszuwandern, doch sollte ihnen alsdann die halbe Nutzung zukommen¹⁾. Ebenso wurden die noch bestehenden Klöster zu den städtischen Pflichten angehalten. Im Mai leisteten der Komthur und der Spitalmeister des deutschen Ordens ihre Bürgerpflicht, sie versteuerten fortan ihre Güter und erlegten das Ungeld für Getränke. Als dann im September ein Abgesandter des Deutschmeisters kam und sich mit Berufung auf kaiserliche und päpstliche Privilegien beschwerte, entgegnete der Rat der Wahrheit gemäss, dass er dem Komthur zu der Leistung geraten habe, weil bei der erbitterten Stimmung ein Überfall des Hauses zu befürchten gewesen sei. Auswärtige Klöster, die in der Stadt Höfe besaßen, mussten dieselben verkaufen oder die Bürgerpflicht dafür übernehmen, wie es das Kloster Heilbronn that. Auf diese Weise hatte der Rat seine volle Souveränität im Stadtgebiete gewonnen.

Ein anderer Gedanke der Reformation kam in Nürnberg zuerst zum Ausdruck: die Stiftung von Gymnasien zur Stärkung des reformatorischen Geistes, die später allgemein protestantische Sitte wurde. Der Gedanke ging von Spengler aus, weil er sah, wie viel für das Gedeihen der göttlichen und menschlichen Dinge an der Knabenerziehung lag²⁾. Daher ermahnte und drängte er den Rat. Ebner und Nützel billigten den Plan. Schon um die Mitte des October 1524 hatte Melanchthon hiervon durch seinen Freund Baumgartner erfahren³⁾. Wiederholte Aufforderungen, die durch diesen privatim an ihn noch am Ende des Jahres ergingen, selbst die Leitung der Schule zu übernehmen, lehnte er ab, förderte aber das Unternehmen nach Kräften. Anfang 1525 reiste Spengler selbst nach Wittenberg zum Zweck einer Rücksprache mit den Reformatoren⁴⁾. Von Melanchthon erhielt er den Plan, wie das alte Schottenstift von St. Aegidien zu einem Gymnasium zu reformieren sei. Im September ersuchte der Rat Melanchthon, selbst zu kommen. Am 12. November erschien er, und nach seinem Gutachten wurde die Einrichtung des Gymnasiums beschlossen. Am 7. Mai 1526 kam er aufs neue zur Eröffnung der Schule⁵⁾. Auf Melanchthon's Rat wurde sein Freund Camerarius als erster Professor des Griechischen bestellt. Mit Recht widmete Luther dem Ratsschreiber seine 1530 erschienene Schrift über die Notwendigkeit der Schulen mit einem Zueignungsbrief⁶⁾, in dem er die That Nürnbergs rühmt, das wie eine Sonne in Deutschland

¹⁾ Müllner, S. 59. Kamann, Nürnberg im Bauernkrieg, S. 14

²⁾ Camerarius, vita Melanchthonis. ed. Strobel, p. 101. ³⁾ Corp. Ref. I, 292, 293, 300, 314.

⁴⁾ Pressel, Leben Spengler's, S. 50 ff.

⁵⁾ Corp. Ref. I, S. 372, 381.

⁶⁾ De Wette, Luther's Briefe IV, S. 116.

leuchtet und gar kräftiglich andere Städte bewegt. Spengler war trotz seines religiösen Eifers Humanist genug, um schon in derselben Zeit, da Luther ihm sein Büchlein widmete, zu seinem Schmerze zu entdecken, „dass nicht allein Latein, sondern auch alle andern ehrlichen Künste und Sprachen angefangen zu sinken ¹⁾“. Aber den Grund verkannte er; er sah ihn in dem Trachten nach Mammon.

Auch eine Kirchen- und Ceremonienordnung ward bereits von Melanchthon mit den Pfarrern besprochen; den Entwurf nahm er mit, um ihn Luther mitzuteilen.

So war in Nürnberg die Reformation durchgeführt und zwar im streng lutherischen Sinne.

Als sich nunmehr in Oberdeutschland die zwinglischen und wiedertäuferischen Lehren bemerklich machten und, mit demokratischen und socialen Bestrebungen verbunden, den Machthabern gefährlich wurden, konnte das aristokratische Stadtregiment von Nürnberg, vollkommen Herr der kirchlichen Verhältnisse, sie entschieden abweisen.

Wie die Schriften Zwingli's, so wurden die Münzerschen (Ende 1524) und Carlstadtischen verboten; gegen die sich regenden Wiedertäufer ward sofort eingeschritten. Joh. Denk, ein grundgelehrter Mann, war seit 1523 Schulmeister bei St. Sebald. In der Schweiz, dem Vaterlande der Wiedertäufer, war er ein Schüler Ludwig Hetzers geworden, auch mit Münzer bei dessen Anwesenheit in Nürnberg in Verbindung getreten. Er zeigte in seinen Ansichten einige Geistesverwandschaft mit Staupitz, die der deutschen Mystik entstammten, vor allem, dass ein unmittelbares Verhältniss Gottes zu den Menschen ohne äussere Mittel bestände, indem er durch Christus den Glauben wecke. In den Zünften fand Denk seine entschiedenen Anhänger. Die lutherischen Machthaber aber begannen am 31. Oct. einzuschreiten mit einer Anklage gegen Hans Greifenberger ²⁾, der in einer gemeinsam mit dem Gespräch zweier Christen des H. Sachs erschienenen Schrift die Frage erörtert hatte, ob das Evangelium seine Kraft von der Kirche habe. Andere Verhaftungen folgten, darunter auch die des Denk.

Über sein Glaubensbekenntnis vom Januar 1525 verfassten die Theologen ein Gutachten ³⁾. Sie sahen in seiner Lehre von der mystischen Vereinigung mit Gott eine Verachtung der Schrift und der Predigt. Er wurde am 21. Januar durch Ratsdecret mit ewiger Verbannung bestraft. Andere

¹⁾ Mayer, Spengleriana, an V. Dietrich, 24. Juli 1530, S. 74.

²⁾ Keller, J. v. Staupitz, 231. Soden, Beiträge, S. 204. ³⁾ Keller, S. 405 und S. 411.

Wiedertäufer, auch Th. Münzer, waren schon im October 1524 aus der Stadt verwiesen¹⁾.

Das Beispiel der mächtigen Reichsstadt wirkte bestimmend auf die übrigen Reichsstädte. Nicht nur die kleinen fränkischen Städte, die stets der Politik Nürnbergs folgten, als Windsheim, Weissenburg, Rotenburg, Dinkelsbühl, auch Reutlingen, Augsburg, Ulm, Nördlingen, Hall, Regensburg, Donauwörth, Heilbronn, selbst Magdeburg und Strassburg erbaten sich vom Rate von Nürnberg Auskunft über die Änderungen; Strassburg forderte im März 1525 einen Bericht über die christliche Ordnung, die mit dem Beichthören und der Messe vorgenommen war²⁾.

Weissenburg erhielt im Juli 1524, in der Zeit der Spannung, auf seine Anfrage, ob es einen christlichen Prediger anstellen solle, die Antwort, kein christlicher Stand könne zu etwas anderem raten, als zum Evangelium, woran aller Wohlfahrt gelegen sei; daher möge man selbst den Vorteil und zeitlichen Nachteil bedenken³⁾. Der Reichstagsabschied von 1523, hiess es weiter, gestatte die christliche Predigt, das Regiment sei derselben feindlich, einen Rat könne man nicht geben. Später erhielt Weissenburg Auskunft über die Verwendung der erledigten Stiftungen und die Bürgerpflichten der Geistlichen. Auch Dinkelsbühl empfing Auskunft über die Änderung der Lehre und Ceremonien.⁴⁾ Im August 1524 wurde ein langer Bericht an Magdeburg gesandt⁴⁾, wie es mit den Pfarren gehalten würde; beigelegt war ein Unterricht in vielen Artikeln über Messe, Sakrament, den Kasten des Almosen, die Klöster, Bruderschaften, Vigilien, Anstellung der Pfarrer. In Nördlingen besass der Abt von Heilbronn den Patronat der Pfarrkirche. Da er die Pfarre durch Vikare schlecht verwalten liess, so berief der Rat schon 1522 Billicanus, einen Freund Spengler's, worauf der Abt auf sein Recht verzichtete⁵⁾. Als der Bürgermeister Weiter und der Stadtschreiber Meyer auf dem Reichstage zu Nürnberg (1524) die Stadt Nördlingen vertraten, meldeten sie, was sich in Nürnberg begeben hatte, nach Nördlingen. Nun befahl auch hier in der nächsten Zeit der Rat, die reine Lehre zu predigen, und auch hier übergaben die Mönche ihre Klöster.

¹⁾ Will, Beiträge zur fränk. Kirchengeschichte, nach Müllner's Relation, Nr. 21, S. 8 ff. ²⁾ An Strassburg, 28. März 1525, Pol.-Corr. I, S. 97. ³⁾ An Weissenburg, 27. Juli, an Dinkelsbühl, 28. April, Bb. 99. ⁴⁾ An Magdeburg, 9. August, Bb. 99. ⁵⁾ Seckendorf, Commentarius I, S. 92.

Kapitel V.

Nürnberg im Bauernkriege¹⁾.

Die Lage der Bauern in dem grossen Gebiete der Stadt Nürnberg war eine verhältnismässig gute; sie hatten sogar das Waffenrecht. Dennoch regten sie sich Anfang Mai 1524. Auch die Stimmung des gemeinen Mannes in der Stadt, der stets den Reichtum der Patricier vor Augen hatte, ward unruhig; man sprach über manche Dinge mit einer Offenheit, die noch kurz zuvor den Kopf gekostet hätte; gedruckte Prophezeiungen vermehrten die Aufregung²⁾. Damals auch begannen die Wiedertäufer auf dem Lande Unruhen zu erregen.

Mitte Mai fanden bereits Zusammenrottungen der Nürnberger Bauern statt; sie berieten, wie man den Rat zu einigen Zugeständnissen zwingen könne, vor allem wollte man den Zehnten nicht mehr entrichten. Daher erliess der Rat am 20. Mai an alle Hauptmannschaften auf dem Lande die Mahnung, dass die Unterthanen an Zehnten, Zins und Gult auch ferner entrichten möchten, was sie aus alter Gerechtigkeit schuldig seien³⁾. Alle Städte und Flecken wurden aufgefordert, wachsam zu sein und keinen bewaffneten Bauernhaufen aufzunehmen. Von allen Kanzeln ward vor Aufruhr gewarnt⁴⁾.

Trotzdem fand am 1. Juni eine Versammlung der unzufriedenen Bauern zu Poppenreuth statt. Der Rat hatte sie vergebens zu hindern versucht, indem er eine Anzahl Führer eidlich verpflichtete, an der Versammlung nicht teil zu nehmen. Auch ein Versuch, durch einen lutherisch gesinnten Augustiner die Bauern zu beschwichtigen, schlug fehl; er musste sich vor der Menge flüchten. Dennoch kam es zu keinem eigentlichen Aufstand, da der Rat trotz seiner Milde, die er während der ganzen Bewegung zeigte, in Fällen direkter Rechtsübertretung energisch einschritt. 13 Bauern wurden wegen Brandstiftung hingerichtet, ebenso ein Tuchknappe, weil er den Rat gelästert, zur Abschaffung des Umgeldes und zum Bunde mit den Bauern geraten hatte. Zur Beruhigung der Gemüter erliess der Rat am 8. Juni ein Edikt an alle Unterthanen⁵⁾, worin er darauf hinwies, dass

¹⁾ Vgl. Kamann, Nürnberg im Bauernkriege. Müllner's Relation bei Will, Beiträge. Fries, Geschichte des Bauernkriegs in Ostfranken ed. Schäffler.

²⁾ Bezold, Gesch. d. d. Reformation, S. 455. ³⁾ Kamann, Beilage I.

⁴⁾ Ratsverlass vom 22. Mai.

⁵⁾ Kamann, S. 9.

der gemeine Mann nirgends so gut sitze, als im Nürnbergischen. Die zur Erhaltung der Ordnung notwendigen Steuern seien gering; schliesslich versprach der Rat, im Falle einer Teuerung Hülfe zu schaffen. So ging das Jahr 1524 ruhig vorüber. Mittlerweile rüstete der schwäbische Bund zur Bekämpfung der Bauern; auch Nürnberg stellte auf seine Aufforderung (10. Februar) ein Drittel seines Contingentes, 270 Mann zu Fuss, und später ein zweites Drittel. Die Stadt befand sich von Anfang an mit den Bundesständen, deren Absicht auf die rücksichtslose Unterdrückung der Bauern ging, im Widerspruch. Die regierenden Patricier hatten ein Herz für die Sache des Evangeliums bei den Bauern und Verständnis für ihre sociale Lage. Eine neue Verkündigung an das Land gab zu, dass die Empörung zumeist dadurch entstanden sei, dass man den Unterthanen das Wort Gottes nicht gestattet habe und sie daneben mit unzähligen beschwerlichen Lasten belästigt seien; aber die Handlungsweise, durch welche sie sich derselben entledigen wollten, sei unchristlich und wider das Evangelium. Es wurde vor lügnerischen Siegesnachrichten der Bauern und der Rache des Bundes gewarnt ¹⁾. Den Unterthanen, die eine Beschwerde hätten, ward Abhülfe zugesagt und es wurden demgemäss die beiden Ratsherren Haller und Siegfried Koler Ende April bestellt, um an bestimmten Tagen auf „ziemliche Mittel“ zu verhandeln ²⁾. Mit Recht konnte sich der Rat in seinem Ausschreiben vom 8. Juni rühmen, dass er sich stets väterlich und gutwillig gegen seine Unterthanen gehalten habe. Ihre Gewaltmassregeln verurteilte er wie Luther. Ganz unbegründet ist daher der damals vielfach erhobene Vorwurf, der Rat habe den Aufstand der Bauern begünstigt. Im Fall eines Sieges der Bauern war es auch um die Herrschaft der Patricier geschehen; die Bauern rechneten stark auf eine demokratische Bewegung in der Stadt zu ihren Gunsten. Aber auch eine gewaltsame Niederwerfung der Aufständischen misfiel dem Rat aus Gründen der Menschlichkeit, und weil man für das Evangelium fürchtete. Unter diesen Umständen suchte der Rat dem Aufstande in seinem Gebiete zuvorzukommen, indem er Nachgiebigkeit und Strenge je nach Umständen walten liess; zugleich suchte er in dem Nachbargebiete des Bischofs von Bamberg für den Frieden zu wirken und fremde Bauernhaufen fern zu halten. Alles Gehässige wurde vermieden, dem Bunde nicht mehr als die pflichtgemässe Hülfe geleistet, kein Bündnis gegen die Bauern geschlossen. Bei beiden Parteien wurde beständig für einen Ausgleich

¹⁾ Kamann, Beilage II, Pfingstag nach Ostern.
vom 21. April.

²⁾ Ratsverlass

gearbeitet; beim Bunde mussten die Bundesräte Chr. Kress und Cl. Volkamer zum Vergleich raten, da man nicht wisse, ob Gewalt den Krieg beende oder erst entflammen werde. Nicht das Evangelium, sondern die Tyrannei der Herrschaften, die das Wort Gottes zum Deckmantel gebraucht habe, sei die Ursache des Aufruhrs. Die Rachsucht des Erzbischofs von Salzburg fürchtete man am meisten.

Gleichzeitig war der Rat in der Stadt auf der Hut. Den Viertelmeistern wurde auferlegt, einige Thore stets verschlossen zu halten; unter den andern wurden je zwei Genannte des grösseren Rates aufgestellt, um auf verdächtige Ankömmlinge zu achten ¹⁾. Am 25. April wurde den Viertelmeistern befohlen, eine Liste der Bürger aufzustellen, die der Rat im Notfall bewaffnen könnte; 1200 Knechte wurden aus der eignen Bevölkerung angeworben; die Gassenhauptleute, die im April vorgeladen wurden, mussten zur Ordnung auffordern ²⁾.

In Rotenburg hatte ein radikaler Gemeindeausschuss, an dessen Spitze Stephan von Menzingen, ein Brandenburger Vasall, stand, den Rat fast verdrängt. Nürnberg, wohl besorgend, dass die Stadt dem Markgrafen durch seinen Vasallen in die Hände gespielt würde, erbot sich zur Vermittlung. Auch in Windsheim bestand Zwietracht. An beide Städte setzte Spengler ein Schreiben auf. Er mahnte die Rotenburger in Anbetracht der allgemeinen Gefahr der Reichsstädte zur Einheit und verband damit nach seiner Art religiöse Motive; der Teufel als Feind des Evangeliums erzeuge den Zwiespalt; die Regierung aber, welche in sich uneins sei, werde zerstört ³⁾ werden. Am 29. März lehnten Rat und Gemeinde von Rotenburg das Anerbieten ab ⁴⁾; aber bereits am 30. trafen Haller und Schürstab von Nürnberg ein. Auch eine Schwäbisch-Haller und eine Dinkelsbühler Gesandtschaft waren dort. Mit Berufung auf den Städteabschied von Esslingen ⁵⁾ (Juni 1523) erklärten die Nürnberger es für die nachbarliche Pflicht ihrer Stadt, Versöhnung zu stiften ⁶⁾. Aber der Gemeindeausschuss zwang den Rat der Antwort beizutreten ⁷⁾, man bedürfe keiner Vermittlung und lehnte weitere Verhandlung ab. — Nachdem das Reichsregiment vorübergehend eine Einigung erzielt hatte, traten Ende April die Gemeinde Rotenburg und die Bauerschaft in neue Verbindung; der Rat bat das Regiment ⁸⁾ und die Stadt Nürnberg ⁹⁾ um militärische Hülfe; das Regiment

¹⁾ Ratsverlässe vom 21. April, 14. 15. 19. Mai, Kamann, S. 11.

²⁾ Kamann, S. 12. ³⁾ Baumann, Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges, Bericht des Stadtschreibers Zweifel, S. 97. ⁴⁾ ibid. S. 100.

⁵⁾ Klüpfel, Urkunden II, S. 264. ⁶⁾ Baumann, S. 103. ⁷⁾ ibid. S. 116. ⁸⁾ ibid. S. 239. ⁹⁾ ibid. S. 244.

und viele Fürsten befürworteten die Bitte, denn der helle Haufe drohte die Stadt zu belagern. Aber die Nürnberger waren wegen ihrer eigenen Bauerschaft damals so besorgt, dass sie die Hülfe abschlugen ¹⁾.

Das Geschick des fränkischen Bauernaufstandes hing davon ab, ob das Schloss von Würzburg sich hielt oder nicht; wenn dieser Schlüssel des Mainthales gefallen wäre, so würde der Zug der Bauern auf Nürnberg gegangen sein; die Stimmung der Bürger war den Bauern wohl bekannt; durch Sendbriefe suchten sie bereits dieselben aufzuwiegeln. Der Rat aber hätte dem Verlangen der demokratischen Elemente nach Anschluss an die Bauern kaum widerstehen können. Mittel- und Oberfranken, wo bislang nur lokale Aufstände stattgefunden hatten, wären in die Gewalt des Bauernheeres gekommen, der ganze Krieg hätte vielleicht eine neue Wendung genommen. Das gefährdete Gebiet zu isolieren war mithin die Aufgabe der Nürnberger Politik. Consequent wies man jedes Bundesanerbieten, von welcher Seite es auch kommen mochte, ab mit Berufung auf die bestehenden Verträge und suchte im übrigen nach Kräften zu vermitteln. Die Nürnberger Gesandten beim Bauernheere erklärten, dass sich der Rat solange neutral verhalten wolle, als sich die Bauern jedes Angriffes auf das städtische Gebiet und der Aufreizung der Unterthanen enthalten würden. Die Bauern, in deren Interesse ein gutes Einvernehmen mit den fränkischen Reichsstädten lag, gaben sich hiermit vorläufig zufrieden, hofften aber doch auf den Anschluss der Stadt, wenn das Heer sich nähere ²⁾.

Für Anfang Mai war von den Aufständischen eine Einladung zur Versammlung im Lager von Haidingsfeld ergangen. Nürnberg hatte sich anfangs zur Beschickung bereit erklärt, aber sie unterblieb. Der Rat von Würzburg, der die Absicht Nürnbergs noch nicht kannte, da das Beglaubigungsschreiben für den Gesandten wirklich abgeschickt gewesen war, hoffte „die jetzt berühmtesten im Reich“ zu gewinnen und bat um Aufklärung und Hülfe; zunächst rechnete man wohl auf das berühmte Geschütz der Stadt, das den Frauenberg bezwingen sollte ³⁾. Von einem solchen Zugeständnis war der Rat weit entfernt. Am 13. Mai erschien nun eine Deputation der Bauern von Haidingsfeld und fragte, welche Stellung der Rat den Bauern gegenüber nähme. Der Rat versicherte sein Wohlwollen gegen sie, berief sich aber darauf, dass er als christliche Obrigkeit seiner Pflicht gegen Reich und Bund nicht fehlen dürfe;

¹⁾ Baumann, Quellen, 3, S. 245. ²⁾ Kamann, S. 19. ³⁾ Würzburg an Nürnberg, 11. Mai 1525, Fries, I, S. 224, 226.

man hoffe, dass die Bauern wegen der Unfruchtbarkeit des Bodens nicht auf Nürnberg ziehen würden. Nun eröffneten die Bauern im geheimen, ihr Plan sei, nach dem Falle des Schlosses von Würzburg gegen den Markgrafen Casimir zu ziehen, dazu möge der Rat Geschütz leihen, um seinen feindlichen Nachbarn unschädlich zu machen. Offen erklärte der Rat, man habe Werbungen des Markgrafen und anderer Stände zum Bunde gegen die Bauern abgelehnt; aber gegen die Bundesverwandten könne man keine Hülfe leisten. Hierauf drohten die Bauern, mit gleichem Masse werde man den Nürnbergern wieder messen ¹⁾. In der That waren kurz zuvor die Hülfsgesuche der Bischöfe von Würzburg und Eichstädt abgewiesen; dasselbe geschah etwas später einem Gesuch des Markgrafen Casimir um 2000 Mann. Als der Bund darauf 300 Pferde für denselben erbat, liess der Rat durch Volkamer und Kress erklären, dass man nur die pflichtgemässe Bundeshülfe leisten werde ²⁾. Die Stadt befand sich jetzt in gefährlicher Lage; Briefe der Bauern an die Gemeinde forderten zum Ungehorsam gegen den Rat auf; dazu erneute sich im Nachbargebiet der Aufstand. Beim Beginn des Streites der Bambergischen Bauern mit dem Bischof erbot sich Nürnberg bereits zur Vermittlung, die abgelehnt wurde, da man sich verglichen habe. Als nach der Besetzung Würzburgs auch die Bamberger Bauern sich wieder erhoben, erneute der Rat im Mai sei Bemühen. Ein Schreiben vom 19. Mai ³⁾ an die Hauptleute der Bauerschaft zeigt Spenglers Stil; der Teufel fördere die Zwietracht, um das Evangelium zu hindern. In einem späteren Schreiben ⁴⁾ ersuchte der Rat die Bauern von Bamberg, von den Aufreizungen durch Sendbriefe abzustehen, wenn sie nicht als Feinde angesehen werden wollten. Bis zum 11. Juni waren Nürnberger Gesandte bei dem Bischof von Bamberg, um den Frieden zu vermitteln. Die Wachsamkeit des Rates verhinderte das gefürchtete Übergreifen der Bewegung auf städtisches Gebiet.

Am 12. Mai begann mit dem Siege des schwäbischen Bundes bei Sindelfingen die Wendung; am 15. erfolgte die Katastrophe bei Mühlhausen, wodurch die Gefahr einer Eini-gung der thüringischen und fränkischen Bauern beseitigt wurde. Trotzdem sah sich der Rat zu zeitgemässen Bewilligungen veranlasst. Am 23. liess er ein gedrucktes Mandat ausgehen, welches von allen Kanzeln verkündigt wurde ⁵⁾, dass der lebende Zehnte von Tieren und der sog. kleine Zehnte von Erbsen, Heu, Kraut u. s. w. abgeschafft sei, der grosse Kornzehnte dagegen

¹⁾ Kamann, S. 21. Soden, S. 240.

Kamann, S. 17.

³⁾ Kamann, Beilage V.

⁵⁾ Kamann, Beilage III.

²⁾ Will, Beiträge, S. 160.

⁴⁾ Kamann, Beilage VI.

bestehen solle. In diesen Tagen fand auch die Abschaffung vieler noch bestehender Feiertage als einer menschlichen Erfindung und Verführung zum Müssiggang statt. Am 2. Juni wurden für die städtische Bevölkerung Erleichterungen beschlossen ¹⁾. Der Erbzins auf städtische Güter sollte ablösbar sein, die Zahlung des Umgeldes wurde erleichtert, das vierteljährlich erhobene Marktgeld abgeschafft. Auch die kirchlichen Gebühren für Sakrament, Taufe, Messen fielen weg, bei einer Teuerung sollte Getreide vom Rate für einen Maximalpreis verkauft werden. So wurde die erregte Stimmung etwas beruhigt. Zugleich wurde durch Schriften und Predigten auf die Gemüther eingewirkt. Nürnberg vertrat ganz den Standpunkt Luthers, der trotz mancher Sympathie für die Bauern in der Rebellion ein teuflisches Werk sah; denselben Ton vernehmen wir in einem Schreiben des Rates an Würzburg, sobald die Gefahr etwas abnahm ²⁾. Ebenso verurteilten zahlreiche Flugschriften das Thun der Bauern; Osiander predigte gegen dasselbe in Luthers Sinne; eine Predigt über den Zinsgroschen Christi, weshalb man der Obrigkeit Zins geben solle, und weshalb christliche Freiheit Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit fordere, wurde gedruckt ³⁾.

Trotzdem blieb die Lage Nürnbergs gefährlich; es wurde im Lager der Bauern darauf gedrungen, die Hauptmacht von Würzburg gegen Nürnberg zu führen. Nach der Ansicht des bairischen Kanzlers Eck war die Stadt verloren, wenn ihr nicht schleunige Hülfe geleistet würde ⁴⁾. Eiligst wurden für die Stadt neue Werbungen am Bodensee angestellt; der Rat schrieb an den Bund um schleunige Hülfe. Aber als man durch Volkamer und Kress erfuhr, dass der Bund das Heer erst durch Württemberg führen wolle, mussten diese beiden Vertreter Beschwerde über die Vernachlässigung der Stadt führen, die am meisten zu den Bundeslasten beitrage ⁵⁾. Sie drohte, ihr Contingent abzurufen. Darauf beschloss der Bund, 3000 Mann und 200 Reiter auf Bundeskosten für den Fall einer plötzlichen Bedrängnis für die Stadt bereit zu halten. Aber die Gefahr, die sich noch einmal durch die fälschliche Nachricht eines Sieges der Bauern gesteigert hatte, war schon im Abnehmen. Das Schloss von Würzburg hielt sich; die reicheren Bürger ⁶⁾ der Stadt, unzufrieden mit den Neuerungen, verhandelten mit den Hauptleuten und Räten der Aufständischen über die Errichtung einer neuen Obrigkeit. Für diese Angelegenheit wurde

¹⁾ Kamann, Beilage IV. ²⁾ An Würzburg, 30. Mai (Fries).
³⁾ Möller, Osiander, S. 72 ff. ⁴⁾ Kamann, S. 22. ⁵⁾ Kamann, S. 21.
Will, S. 186. ⁶⁾ Fries, S. 300.

auf den 1. Juni ein Tag zu Schweinfurt angesetzt und dafür ein Ausschreiben an die kleinen Städte und Dörfer und ein anderes an die grossen Städte, Fürsten und Herren erlassen. Spengler verfasste das lange Antwortschreiben ¹⁾ des Rates vom 30. Mai, das bereits die veränderte Sachlage durch seinen Ton zeigt: Der Rat sei erfreut, dass das Vornehmen zu einem christlichen Ende, zum Frieden und zur Obrigkeit sich neige; trotzdem sei man wegen der Zeitumstände ausser stande, die Versammlung zu beschicken; das Schreiben schloss mit einer langen Betrachtung, dass es nicht die rechte christliche Lehre sei, das Wort Gottes mit dem Schwerte zu vertheidigen; statt dessen solle man einen christlichen Weg zu wandern suchen, dann werde der Rat sie fördern können. Indessen hatte der Bund auf Betreiben des Bischofs von Würzburg den Zug gegen diese Stadt beschlossen ²⁾. Die Bürger verloren den Mut und beschlossen, Nürnberg und einige Fürsten um Vermittlung bei dem Bunde zu bitten; sie behaupteten, die Empörung sei ihnen stets widerwertig gewesen, und stellten es ganz der Weisheit des Rates anheim, einen Rachezug des Bundes zu verhindern. Der Rat folgte auch jetzt, als die Gefahr fern war, der Politik der Versöhnung; nach Kräften suchte er die Besiegten vor der Rache zu schützen. Er sandte Heinrich Knod von Weyda an den Feldhauptmann Georg Truchsess; ein anderes Mittel wusste er nicht, da die Sache nicht nur den Bischof und die Stadt Würzburg anging, sondern Bundessache geworden war ³⁾. Dagegen gelang es der nürnbergischen Vermittlung, einen Ausgleich der Bürger von Bamberg mit ihrem Bischof anzubahnen ⁴⁾. Auch die Rotenburger beschlossen jetzt, den Bund um Gnade und Nürnberg um Befürwortung zu bitten. Letzteres erliess sofort am 6. Juni Rundschreiben, um das Verderben der Stadt zu verhüten ⁵⁾. Auf dem Tage von Schweinfurt wurde nichts von dem Geplanten durchgesetzt; die Bamberger trennten sich von der gemeinsamen Sache und empfahlen den andern, sich mit den Fürsten zu vergleichen; jeder verlangte Hülfe für seine Gegend als für die am meisten bedrohte. Man verfasste endlich einen Abschied, wonach mit den Gesandten von Bamberg in Unterhandlung getreten werden sollte. Diese sollten dann mit dem Rate von Nürnberg, dem Markgrafen Casimir und anderen Fürsten, die zur Vermittelung geneigt waren, verhandeln.

Am 7. Juni capitulierte Würzburg; damit war das Schicksal

¹⁾ Fries, S. 395. Der Stil zeigt Spenglers Autorschaft. Kamann, Beilage VIII. ²⁾ Würzburg an Nürnberg, 31. Mai, Fries, S. 308.

³⁾ 3. Juni an Würzburg, Fries, S. 309. ⁴⁾ Fries, S. 312 ff. ⁵⁾ Zweifel, S. 402; S. 403.

des fränkischen Bauernaufstandes entschieden. Der Bischof von Bamberg hatte nur zum Schein sich auf einen Vergleich eingelassen; beim Erscheinen des bündischen Heeres zog er ihn zurück und veranlasste Georg von Truchsess zum Angriff auf die Stadt. Vergeblich betonten die Nürnberger Gesandten die Zwecklosigkeit desselben¹⁾; der Rat rief sie endlich zurück. Am 19. Juni wurde Bamberg besetzt und das Strafgericht begann; ohne Erfolg erhob Kress Einsprache. 400 Bürger suchten in Nürnberg Sicherheit. Anfangs wurden hier die vielen Flüchtigen, die von allen Seiten zusammenströmten, ohne weiteres aufgenommen. Allein man konnte die Schuldigen der Gerechtigkeit nicht entziehen. So wurde den Wirten die Aufnahme der Verdächtigen verboten. Die Bauernführer mussten dem Rate schwören, die Stadt zu meiden, da er sie nicht schützen könne, bis dass sie die von ihren Herren ausgestellten Passporten vorlegen könnten; auf Forderung des Bischofs von Würzburg wurde Barnetter, ein Führer, verhaftet und hingerichtet. — Das Bundesheer, das von Bamberg auf Forchheim gezogen war, drohte, bei seinem Weitermarsch auch die Unterthanen Nürnbergs zu strafen; aber mit Recht beriefen diese sich auf ihr gutes Betragen, und der Rat liess durch Kress den Bund ersuchen²⁾, sie zu schonen. Die Häuser wurden zur Kennzeichnung mit dem Stadtwappen versehen. Die Thore der Stadt wurden besetzt, die Nebenstrassen gesperrt; auf den Hauptstrassen durchzog das Bundesheer die Stadt und marschierte auf Nördlingen weiter. Als darauf der Bischof von Bamberg und der Markgraf auch Unterthanen der Stadt zur Verantwortung zogen, protestierte der Rat gegen diesen Eingriff in seine Hoheitsrechte. Die fürstlichen Räte hatten nämlich die Unterthanen vorgeladen, mit Geldstrafe belegt und ihnen die Waffen abgenommen; denen, die sich reinigen wollten, wurde ein schwerer Eid auferlegt. In scharfer Weise³⁾ beschwerte sich der Rat, er betonte besonders, dass er selbst Schuldige strafen würde; schliesslich tadelte er die Form des Eides, der so gestellt sei, dass auch Gemüt und Gedanken strafbar seien. Die Markgrafen Georg und Casimir entschuldigten sich⁴⁾, die Brandschatzung sei nur nach Kriegerrecht auferlegt, den Unterthanen der Stadt sollte die Hälfte derselben erlassen werden; der Eid, der ohne ihr Wissen so scharf gestellt sei, solle abgeändert werden. Es wurde endlich den fürstlichen Amtleuten gestattet, ausserhalb der drei Grenz-

¹⁾ Kamann, S. 27. ²⁾ Kamann, S. 28. ³⁾ Schreiben des Rates vom 5. Septbr. 1525, *historia Norimb. diplomatica*, S. 895. ⁴⁾ Ihr Schreiben vom Sonntag nach nat. Mariae hist. dipl., S. 896. Kamann, S. 35.

wasser die Unterthanen zu prüfen, wogegen der Rat seinerseits auf Bestrafung verzichtete; den Unterthanen innerhalb der Grenzwasser aber wurde es verboten, sich vor den Amtleuten zu stellen. Am 9. Sept. ordnete der Rat auf wiederholte Aufforderung eine Untersuchung der aufrührerischen Unterthanen an; dieselbe leiteten Leo Schürstab und Paul Grundherr. Sofort geriet man mit dem Bischof von Bamberg in Streit. Der Rat gestattete endlich, die unmittelbar im bischöflichen Gebiet betroffenen städtischen Unterthanen dort zu bestrafen; doch sollte der Gerichtstag angegeben werden, damit der Rat Verordnete schicken könne. Er setzte es bei seinen Nachbarn, dem Markgrafen und dem Bischof, durch, dass statt der strengen Formel des Reinigungseides eine gemilderte bei der Untersuchung gemeinsam angewandt wurde. Die Angeklagten mussten, um sich zu reinigen, schwören 1) Nicht in Person oder durch bestellte Knechte einem oder mehreren der Bauernhaufen Zuzug geleistet zu haben, 2) Zu solchen Aufzügen keinen Rat und Beistand gegeben zu haben, 3) Verwandte und Unterthanen anderer Obrigkeiten nicht dazu verleitet zu haben¹⁾. Die Bestrafung der Schuldigen wurde von der Commission des Rates milde gehandhabt; Geldstrafen und Verbannung wurden verhängt, während andere Landesherren oft grausam genug verführten. Daher erregte die Milde des Rates auch vielfach Anstoss; man warf ihm vor, dass Aufrührer in der Stadt geduldet würden. Noch im Mai 1527 warnte daher der Rat in einem Erlass²⁾, Aufrührer zu hausen und zu hofen, die Wirte sollten keine Verdächtige aufnehmen. Seine milde Gesinnung machte er auch beim Bunde nach Kräften geltend. Markgraf Casimir wollte an Windsheim, das gezwungen den Bauern Zufuhr geleistet hatte, die Strafe des Bundes vollziehen. Aber Kress setzte es durch, dass dem Rate die Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zufiel. Dieser liess dem Rat von Windsheim sogleich wissen, dass er den alten freundlichen Willen spüren solle. Im Kriege gegen die Salzburger Bauern konnte sich die Stadt der Zahlung des Bundesbeitrages nicht entziehen; dagegen wurde die vom schwäbischen Bunde begehrte Anleihe abgelehnt³⁾. Zu den Lasten des Kriegs und der Teuerung, die man wie gewöhnlich zur Begründung der Ablehnung aufzählte, fügte man wie zum Spott hinzu, dass die Bundesbeiträge so hoch seien und der Bundesfeind Thomas von Absberg die

¹⁾ Kamann, S. 30. ²⁾ Strobel, neue Beiträge zur Literatur des 16. Jahrh. II, S. 405. ³⁾ v. Bezold, Gesch. d. deutschen Ref., S. 508. An die Hauptleute des schw. Bundes, 20. Juni 1526; an Volkamer 11. Juni, 21. Juni, 10. Juli. Bb. 105.

Stadt belästige. Volkamer musste beim Bundesrate mit Hinweis auf das Bundesinteresse dafür wirken, dass der Krieg beigelegt werde. Der Eigennutz des Erzbischofs hatte die Unterthanen nach des Rates Ansicht zur Empörung geführt. Die Zehntlasten führte Nürnberg freilich auf Verlangen des Bundes 1526 in seinem Gebiet wieder ein ¹⁾).

Kapitel VI.

Der Protestantismus und die katholischen Stände.

Infolge des Bauernkrieges wurde die Stimmung der katholischen Stände gegen die evangelischen noch erbitterter. Schon im Juli 1525 fand ein Convent katholischer Fürsten zu Dessau statt; die bedrohten Fürsten hielten dagegen zu Saalfeld eine Besprechung, die indes noch zu keinem Bündnis führte. Die Städte, im Bauernkriege zum Teil zum Anschluss an die Bauern gezwungen, fürchteten in den Unruhen ihre Selbständigkeit an die Fürsten zu verlieren, und suchten auf verschiedenen Städtetagen eine Einigung herbeizuführen. Ende Juli beschloss man auf dem Städtetag zu Ulm, demnächst über ein Bündnis sämtlicher Reichsstädte zu verhandeln. Aber die drei grossen Städte Nürnberg, Ulm und Augsburg ²⁾ waren gegen ein Bündnis, das ihnen nur Verwicklung bringen konnte. Viele Städte waren durch die Teilnahme an dem Bauernkriege kompromittiert, der Oberdeutschland noch erfüllte, viele waren eingeschüchtert und konnten leicht in der Sache des Evangeliums hemmend wirken. Die drei Städte verhandelten daher über einen Sonderbund zu Heidenheim im August und zu Giengen im October. Die Augsburger, die bei allen Bündnisverhandlungen der Städte stets ihre besondere Rücksicht auf das kaiserliche Wohlwollen nahmen, suchten den letzteren Tag bis zum Reichstage von Augsburg zu verschieben; aber die Nürnberger betrieben ihn eifrig ³⁾. Sie

¹⁾ Möller, S. 78. ²⁾ Friedensburg, der Reichstag zu Speier, S. 152 ff. Ulmer Instruktion, Klüpfel, II, S. 293. ³⁾ An Ulm, 13. October, Bb. 103.

wollten auch die Strassburger zu dem Bündnis heranziehen; die Augsburger widersetzten sich dem Plan, weil die Stadt zu weit entfernt liege. An ihrer vorsichtigen Haltung scheiterte der Bundesplan. In Speier fand Anfang September ein allgemeiner Städtetag statt infolge des kaiserlichen Ausschreibens zum Reichstage, das eine Erörterung der religiösen Irrungen ablehnte und beim Wormser Edikt zu bleiben befahl ¹⁾. Man beschloss ²⁾, wenn nicht die Mehrheit der Städte abschriebe, eine Gesandtschaft an den Erzherzog Ferdinand zu schicken, deren Sprecher Jakob Sturm und Konrad Peutinger sein sollten, und die ihn um Verwendung beim Kaiser bitten sollte, dass auf dem Reichstage von einer gemeinen, gleichen, einhelligen Ordnung in kirchlichen Sachen auf Grund des Nürnberger Abschiedes gehandelt werde. Die evangelischen Fürsten wurden von diesem Vorhaben in Kenntniss gesetzt. Nürnberg betrieb es bei den Städten aufs eifrigste und suchte bei den Fürsten für den erneuten Versuch, die religiöse Einheit herzustellen, Stimmung zu machen ³⁾. Deshalb war der Reichstag von Speier 1524 angesetzt worden; das Verbot desselben erklärten die Nürnberger für die Ursache aller Greuel des Bauernkrieges. In Esslingen trat Ende October die Gesandtschaft wirklich zusammen; aber sie standen von ihrer Reise ab, da der Wortlaut des Ausschreibens eine Erörterung der Religionsangelegenheit nicht ausschloss, der Zweck der Gesandtschaft also hinfällig wurde ⁴⁾. Ende October fand eine Zusammenkunft Philipps von Hessen mit dem Pfalzgrafen Ludwig, der damals samt seinem Bruder Friederich aus Opposition gegen Österreich in Verbindung mit den Lutherischen getreten war, und mit dem Churfürsten von Trier zu Alzey statt ⁵⁾. Auch Nürnberg entsandte einen Vertreter dahin. Man plante einen Defensivbund und beschloss, auf dem bevorstehenden Reichstage zu Augsburg die Erneuerung des Nürnberger Ediktes statt des Wormser zu verlangen. Anfang November gewann Philipp den Churprinzen von Sachsen zu Friedewald für diesen Plan. Man wollte möglichst viele Fürsten und Städte zu sich heranziehen. Zu Nürnberg stand der Churfürst schon seit längerer Zeit in Beziehung; in seinem Auftrag hatte der Graf von Mansfeld mit der Stadt bereits verhandelt. Auch mit Hessen setzte sich die Stadt in Verbindung; Hessen und Sachsen wurden von dem Verlauf der

¹⁾ Stoy, Erste Bündnisbestrebungen der evangel. Stände, S. 23 ff. An Chursachsen, 8. Nov. ²⁾ An Ulm, 18. October. ³⁾ 3. October an Albrecht von Mansfeld, Bb. 103. ⁴⁾ 8. November an Chursachsen, Bb. 103. ⁵⁾ Friedensburg, zur Vorgeschichte des Gotha-Torgauischen Bündnisses, S. 45 ff.

Städtegesandtschaft in Kenntniss gesetzt. Der Landgraf erwartete viel von der Stadt und bat sie, ihren Vertretern auf dem Reichstage Vollmacht zu geben, neben den Fürsten für das Evangelium aufzutreten. Als nun der sächsische Reichstagsgesandte Minkwitz, auf der Reise nach Augsburg, Mitte December in Nürnberg eintraf, machte er dem Rate von der Verständigung des Churfürsten und des Landgrafen vertrauliche Mitteilung¹⁾; sie wollten bei dem König Ferdinand auf die Besprechung der Religionssachen auf diesem oder einem andern Reichstage dringen, andernfalls selbst einen Tag abhalten und sich zum Evangelium bekennen; auf zehn fürstliche Teilnehmer sei zu rechnen. Die Nürnberger Gesandten Kress und Volkamer wurden angewiesen, die Fürsten auf dem Reichstage zu unterstützen, aber diesen Auftrag geheim zu halten.

Der schwach besuchte Reichstag wurde bald nach seiner Eröffnung vertagt. Auf den 1. Mai wurde eine Reichsversammlung nach Speier angesetzt; dort sollten vornehmlich der Religionsangelegenheit wegen die Fürsten persönlich erscheinen, mittlerweile sollte das Evangelium nach der Auslegung der von der Kirche anerkannten Lehrer gepredigt werden, das Wormser Edikt wurde nicht erwähnt.

Gemäss ihres Auftrages erboten sich die Vertreter Nürnbergs auf dem Reichstage bei den Hessen, in allem, was zur Förderung des Evangeliums diene, auf dem Reichstage mitzuwirken. Hierauf wurden ihnen die Absichten Hessens und Sachsens, einen evangelischen Bund aufzurichten, genauer mitgeteilt. Allein die Hessen verkannten die Gesinnung des Rates; ein Bündnis galt ihm auf jeden Fall für bedenklich, da hierdurch auch die Gegner zu gleichen Massregeln veranlasst und Unruhen erweckt werden würden. Trotzdem rechnete der Landgraf noch immer fest auf den Beitritt der Stadt. Sachsen ging auf seinen Wunsch ein, dass vor allen Städten allein Nürnberg zu dem Gothaer Tage geladen werden sollte. Im Februar erging in seinem und des Churfürsten Namen die Einladung zum Gothaer Tage. Die Nürnberger trafen eine Entscheidung, die im wesentlichen für ihr politisches Verhältnis zu den Fürsten und dem Kaiser massgebend wurde; die prinzipiellen Gegensätze in der Auffassung der kaiserlichen Gewalt und des Rechtes zum Widerstande gegen diese wurden zum ersten Male thatsächlich. Erst nach dreimaliger Beratung ~~entschlossen sich~~ die Nürnberger, das Bündnis und die Beschickung des Tages abzulehnen²⁾.

¹⁾ An Tetzl und Volkamer, 18. Dec. Bb. 103. Friedensburg, zur Vorgeschichte u. s. w., S. 61 ff. ²⁾ Friedensburg, zur Vorgeschichte, S. 92. Beilage 7. H. Virck, die Städte und das Bündnis der evangelischen Fürsten 1526 u. 27, Weimarer Programm 1887, S. 4.

Man berief sich auf den Abschied des Augsburger Reichstages: Auf einer Reichsversammlung müsse über die Predigt des Evangeliums gehandelt und ein Beschluss über eine gleichförmige Abschaffung der Missbräuche gefasst werden. Dies sei der einzige Weg, wenn allein die Ehre Gottes und nicht eigener Nutzen gesucht werde. Ein übereiltes Bündnis müsse die Ungnade des Kaisers und der Stände erregen; welche Nürnberg als Commune besonders zu vermeiden habe ¹⁾.

In einem Schreiben ²⁾ des Nürnberger Ratsschreibers Rorer an den hessischen Kanzler vom 17. Mai wurde im Spenglerschen Geiste die Zuversicht auf Gott empfohlen, der nach Beweis der Bibel noch nie ein Land um seines Wortes willen zu Fall gebracht habe. Nur bei unmittelbarer Gefahr liess er die Pflicht der Obrigkeit zu, die Unterthanen beim Worte Gottes zu schützen. Hierin wich Spengler ab, der selbst dann den Widerstand gegen den Kaiser getreu dem strengen Luthertume für unerlaubt hielt.

Auch Strassburg wollte keine Verbindung mit den Fürsten; aber zur Sicherheit der Städte plante es eine städtische Vereinigung. Deshalb und zur Vorbereitung des Reichstages schrieb es auf den 1. Mai einen Städtetag zu Speier aus. Ulm erlangte die Beistimmung der übrigen zur Verlegung des Tages auf den 1. Juni, aber Nürnberg wollte überhaupt abwarten, ob und wann ein Reichstag zustande käme ³⁾; es tadelte das selbständige Vorgehen der Strassburger und fürchtete, dass zu Speier die Fürsten etwas von den städtischen Verhandlungen erfahren könnten. Der Tag wurde in der That wieder abgesagt. Der Hauptgrund war, dass der Plan des Bündnisses bei den drei Städten wieder auflebte; man fürchtete auf einem allgemeinen Städtetage von den kleinen Städten gehemmt zu werden, die nach Spenglers Meinung voll Mistrauen gegen einander waren und infolge des Bauernkrieges mehr einen gnädigen Kaiser als einen gnädigen Gott verlangten. Der Zwiespalt der Städte hätte in Speier leicht zu Ohren der Fürsten kommen können. Den Reichstag aber, für den der Tag zu Speier vorbereiten sollte, erwartete man zunächst noch nicht, für den Fall, dass er sich länger hinauszöge war Nürnberg einem Städtetage nicht abgeneigt. Endlich sah man den Reichstag unerwartet nahe bevorstehen. Die Stimmung der kleinen Städte liess Spengler nichts Gutes hoffen ⁴⁾, trotzdem zeigte er in einem Schreiben an

¹⁾ Hortleder, I, c. 8. Friedensburg, der Reichstag zu Speier, S. 105. Nürnberger Briefbuch, S. 104, Schreiben vom 14. Februar. ²⁾ Friedensburg, Beilage 5. ³⁾ An Strassburg, Ulm, Frankfurt, 2. April, Pol. Corr. der Stadt Strassburg, Bb. 104. ⁴⁾ Spengler an Butz, 21. Mai, Pol. Corr.

den Strassburger Schreiber Hoffnung und Entschiedenheit: „Nun müssen wir aber entweder Christen sein oder Christum verleugnen, dazwischen ist kein Mittel, wenn wir auf Gott sehen, so bin ich gewiss, dass wir am Ende erhalten werden“. Er hoffte auch, dass der Kaiser durch persönliche Kenntnissnahme von den Städten und ihrer Religion eine andere Meinung bekommen werde, als die „Spitzhüte“ ihm beigebracht hätten. Diesen Gedanken entwickelte auch die Strassburger Instruktion, indem sie bereits eine Gesandtschaft an den Kaiser empfahl.

An Besserer von Ulm erging ein ähnliches Schreiben: Es sei zu fürchten, dass der Fürst dieser Welt in Speier ebenfalls seine Botschaft haben werde; deshalb sollten die Städte sich so verhalten, dass die Widersacher merkten, dass sie Christen seien und daneben dem Kaiser als ihrem rechten Herrn allen Gehorsam leisten.

Der Nürnberger Gesandte Baumgartner sollte am gleichen Tage mit den Ulmern in Speier eintreffen und sich, wie Besserer es wünschte, mit ihnen verständigen ¹⁾.

Der Rat von Nürnberg liess seine Prediger zum Gebet von der Kanzel mahnen ²⁾, dass Gott Kaiser und Stände seine Gnade und Erkenntnis mitteilen möge, damit sein Name geehrt, die Unterthanen christlich und selig regiert und der gemeine Nutzen gemehrt werde.

Am 25. Juni wurde dem versammelten Reichstage die kaiserliche Proposition verkündet, dass vor allen von Glaubenssachen und wie das Wormser Edikt zur Ausführung gebracht werden könne, gehandelt werden solle. Der erste Artikel der Proposition, der religiöse Neuerungen bei Strafe verbot, wurde von den Churfürsten und Fürsten in fünf Punkte geteilt. Sie beschlossen, dass man in Glaubenssachen bis zum Concil keinen Entscheid treffen, sondern die guten, christlichen Gebräuche bewahren solle; dagegen sollte über die Hebung von Missbräuchen verhandelt werden. Noch bevor dieser Beschluss den Städten vorgelegt wurde, gaben diese eine Erklärung über den ersten Artikel, dass sie schon zu Nürnberg gegen die Ausführung des Ediktes protestiert hätten und dass dieselbe jetzt noch weniger möglich sei. Man versprach den Städten zu bedenken, dass der Friede bewahrt bleibe. Am 30. Juni ward der churfürstliche Entwurf den Städten vorgelegt; noch am Abend berieten sie über eine Beantwortung desselben. Man beschloss, die drei Städte Nürnberg, Strassburg und Ulm um ihre Meinung zu befragen ³⁾. In Nürnberg war man bereits von der kaiserlichen

¹⁾ Polit. Corr. S. 255. Friedensburg, S. 180. An Besserer, 27. Mai, Bb. 104. ²⁾ 27. Mai, Bb. 104. ³⁾ Friedensburg, S. 241 ff.

Absicht, das Wormser Edikt auszuführen, unterrichtet und beschloss am 2. Juli, dem Baumgartner zur Unterstützung den Licentiaten Müller und den Stadtschreiber Hopel zu senden¹⁾. Zugleich wurden durch die Rechtsgelehrten Gutachten ausgearbeitet, die im wesentlichen vom Rat angenommen und den Gesandten als Instruktion übermittelt wurden²⁾. Sie sollten den glaubensverwandten Ständen darlegen, dass die Durchführung des Ediktes, das schon die früheren Reichstagsabschiede gemildert hätten, nunmehr unmöglich sei. Im Notfall bleibe der Protest als letztes Mittel übrig. Hierzu und zur Appellation an Kaiser und Concil seien die evangelischen Stände zu bewegen. Die Nürnberger Juristen wollten sogar, dass die Stadt allein protestieren solle, wenn die übrigen Stände sich weigern würden; doch wurde dieser Artikel als zu bedenklich gestrichen. Kurz darauf liess der Rat, durch Kress sogleich von dem Wunsche der Städte benachrichtigt, ein Gutachten über die zu erteilende Antwort der Städte anfertigen; schon am 6. Juli wurde dasselbe mit einem Begleitschreiben nach Speier gesandt; auch Ulm und Strassburg erhielten es, die ihren Ratschlag nach Nürnberg schickten³⁾. Eine Beibehaltung oder gar eine Herstellung der anerkannten Missbräuche bezeichnete der Rat als unmöglich; die Städte wenigstens dürfen nicht die Hand dazu bieten. Vor allem solle man sich vor Übereilung hüten, da viele Stände noch gar nicht am Reichstage erschienen seien.

Für den Fall aber, dass die Gegner bei ihrer Absicht beharrten, sollten die Gesandten unter der Hand die befreundeten und gegnerischen Stände merken lassen, dass die Städte nicht nur die Durchführung des Ediktes gewaltsam abweisen, sondern auch jeden, der sich in Speier für das Edikt erklärt hätte, angreifen würden. Mit dieser Drohung, die aber vorläufig noch zurückgehalten werden sollte, hoffte der Rat die Absonderung vieler Laien von den Geistlichen zu erreichen. Der Rat rechnete mit der politischen Lage Europas und liess die Städte auf ihre Bedeutung für den Reichstag aufmerksam machen⁴⁾.

Aber bereits zwei Tage vor Abgang dieser Gutachten aus Nürnberg hatten die Städte in Besorgnis, dass bei längerem Aufschub die Erörterung über den ersten Artikel der Proposition geschlossen würde, ihre Antwort eingereicht⁵⁾. Eine christliche Ordnung sei diejenige, die den Lehren Christi nicht widerspreche, keinem Menschen gezieme es, daran etwas zu ändern. Die

¹⁾ Friedensburg, S. 246 ff.

²⁾ Gutachten, Friedensburg, S. 248.

³⁾ An Strassburg, 6. Juli, Pol. Corr. Strassburg an Nürnberg, 16. Juli, Pol. Corr.

⁴⁾ Gutachten, Friedensburg, S. 249. Begleitschreiben, S. 250.

⁵⁾ Friedensburg, S. 253.

Städte billigten die Beibehaltung der guten, christlichen Gebräuche, unter denen sie aber solche verstanden wissen wollten, die der heiligen Schrift nicht entgegen seien; man setze voraus, dass auch die Fürsten andere Gebräuche nicht bis zu der unabsehbaren Zeit eines Conciles dulden würden; die Unmöglichkeit, das Wormser Edikt auszuführen, sei von den Fürsten selbst anerkannt.

Die städtische Eingabe verfehlte ihre Wirkung auf die Fürsten nicht. Unter ihrem Eindrucke wurde am 5. Juli eine Commission von acht Mitgliedern zur Untersuchung der geistlichen Misbräuche bestellt. Infolge einer fürstlichen Aufforderung beschlossen die Städte, die Misbräuche zu behandeln und ersuchten¹⁾ ihre Genossen um Materialien. Nürnberg schickte vier Büchlein Beschwerden gegen den Clerus, welche die weltlichen Stände auf dem letzten Nürnberger Reichstag hatten drucken lassen, die Antwort der Stände an den kaiserlichen Orator in Sachen des Evangeliums und „Grund und Ursache“ der durch die Pröpste vorgenommenen Kirchenordnung²⁾. Aber die in Aussicht gestellte Antwort auf die Eingabe der Städte blieb aus. Man fürchtete, dass die Verzögerung von den Geistlichen verschuldet sei, welche die Glaubensfrage ohne die Städte behandeln wollten. Hopel wurde deshalb auf Beschluss vom 9. Juli mit der Abfassung einer neuen Eingabe betraut. Hierin wurde die alte Forderung der Reichsstandschaft erneuert, da die Städte gleichwie die übrigen Stände zum Reichstage durch ein kaiserliches Schreiben berufen seien. Dem Kaiser wurde indirekt die Schuld an dem Bauernkriege zugeschrieben; denn nach der schon früher geäußerten Ansicht Nürnbergs war die Verzögerung des Concils und die Beibehaltung der Misbräuche schuld daran. Mithin sei die Reformation eine Notwendigkeit, die Durchführung des Ediktes unmöglich. Da dies im Widerspruch zu der kaiserlichen Proposition stand, so empfahl man, den Kaiser um Änderung seiner Pläne zu bitten; angesichts der europäischen Lage werde er nachgeben. In dieser Schrift sprach sich der Nürnbergerische Geist aus, dem die erste Eingabe viel zu milde gewesen war.

Aber der Einheit der Städte drohte die von Nürnberg längst gefürchtete Gefahr. Viele waren entschieden antievangelisch, andere wollten keinen Conflict. Die Nürnberger Gesandten fürchteten vor allem den Einfluss Herwarts, des Augsburger Gesandten, auf die andern Städte. Deshalb hielt es der Rat für zweckmässig, nicht zu viele Städte nach Speier zu berufen³⁾.

¹⁾ Friedensburg, S. 279. ²⁾ Der Rat an die Gesandten, 19. Juli, Bb. 105. ³⁾ Der Rat an die Gesandten, 19. Juli, Bb. 105.

Zur Erzielung eines moralischen Eindruckes hatte der Rat dem Chr. Kress, der seit dem 14. als zweiter Gesandter in Speier weilte, bereits empfohlen, sich mit den Fürsten unbeschliesslich zu besprechen¹⁾. Die Gefahr eines Abfalls der Städte lag jetzt nahe; Verläumdungen betreffend die Änderung der Ceremonien in der Stadt Nürnberg wurden am Reichstag verbreitet, so dass der Rat auf Empfehlung seiner Theologen und Juristen zu seiner Rechtfertigung ein Ausschreiben anfertigen liess, dass aber für den Notfall noch zurückgehalten wurde, um die Erbitterung nicht zu vermehren²⁾. Kress erwog die Möglichkeit, durch eine Verbindung mit Philipp die Städte zum Ausharren bei der evangelischen Sache zu bringen und für den Notfall wenigstens den Evangelischen einen Rückhalt zu geben. Am 16. hatte er eine Besprechung mit Philipp³⁾, mit dem er persönlich befreundet war. Philipp erklärte mit Bezug auf die Einladung zum Gothaer Tage, dass die Fürsten noch derselben Gesinnung seien. Auf das Ersuchen des Nürnbergers, die Interessen der Städte wahrzunehmen, versprach er, sie auf dem Reichstage zu schützen und erbat sich Mitteilung über die Absichten der Städte. Schon am 17. erschienen die Gesandten von Nürnberg, Strassburg, Augsburg, Ulm und Frankfurt. Der Landgraf liess ihnen erklären, er und der Churfürst wollten in der Sache des Evangeliums mit den Städten zusammenwirken; sie versprachen ihm, die Sache nach Hause zu melden. Indes verhandelte Philipp mit Kress persönlich und sprach bereits deutlicher von einem allgemeinen Bunde.

Der Rat, dem Kress auf Philipps Bitte noch an demselben Tage die Sache schrieb, war angenehm berührt, dass die Gothaer Angelegenheit wieder angeregt sei; er befahl, dem Landgrafen zu erkennen zu geben, dass man damals nicht ohne Ursache die Werbung abgeschlagen habe⁴⁾. Ein Bündnis wurde vorläufig abgelehnt, aber Kress sollte dabei sich so verhalten, dass man offene Hand im Thun und Lassen habe und die Verhandlung aufnehmen könnte. Doch meinte der Rat, dass schon durch die Verhandlung mit dem Fürsten dem Widerteil das Register und die bösen Anschläge zum Teil verzogen würden und die Einheit der Städte befestigt werde. Das weitere Verhalten derselben wollte man abwarten; im Notfall dachte man jetzt wenigstens daran, ein Bündnis mit den Fürsten zu schliessen. Der höchste Grund einer jeden Obrigkeit, urteilte der Rat von Nürnberg nach einer neuen Unterredung des Landgrafen mit Kress, muss

¹⁾ 21. Juli, der Rat an die Gesandten, Bb. 105. ²⁾ 21. Juli, der Rat an die Gesandten, Bb. 105. ³⁾ Friedensburg, S. 309 ff. Stry, S. 85. ⁴⁾ 21. Juli, der Rat an die Gesandten, Bb. 105.

dahin gestellt sein, bei der erkannten Wahrheit zu bleiben und ihre befohlenen Unterthanen getreulich zu weisen, durch keinen Vorteil oder Nachteil sich beeinflussen zu lassen, denn Wahrheit ist Wahrheit, Lüge ist Lüge und dazwischen kein Mittel ¹⁾).

Ungeduldig warteten die Städte auf Beantwortung ihrer Eingabe; daher war es ihnen unangenehm, dass auf Bitten Ferdinands am 30. beschlossen wurde, vor allem die Türkenfrage zu behandeln. Sie setzten sogleich eine Schrift auf des Inhalts, dass sie ohne das Zugeständnis ihrer Session in den Ausschüssen und vor Beantwortung ihrer Eingabe, über andere Sachen nicht verhandeln könnten. Allein vor der Übergabe dieser Schrift wurde ihnen mitgeteilt, dass ein Ausschuss gebildet werden würde, an dem sie teil haben sollten.

In der That wurde ein Ausschuss für Religionsangelegenheiten gebildet, Kress und Sturm vertraten die Städte in demselben. Ein churfürstliches Gutachten war auf die gravamina von Worms begründet, durch welches die Kirche selbst nicht angegriffen wurde.

Die Städte hatten infolge der erwähnten fürstlichen Aufforderung eine Beschwerdeschrift verfasst, welche die Nürnberger gedruckten Beschwerdeartikel zur Grundlage hatte. Der Rat von Nürnberg brauchte seinen Gesandten kein Gutachten zugehen zu lassen. Die Schrift war eine Vertheidigung der eignen Religionsänderungen ²⁾. Sie wurde Philipp vorgelegt. Aber bevor sie der Ausschuss erhielt, trat ein unerwartetes Ereignis ein; am 1. August wurde die Nebeninstruktion Karls V. für den Reichstag verlesen, welche befahl, dass bis zu seiner Ankunft in Religionssachen nichts beschlossen werden sollte. Für den Fall, dass der Reichstag den Versuch von 1524 erneuern würde, die religiöse Irrung auf eigene Hand beizulegen, hatte der Kaiser seinen Commissaren dieses Schriftstück mitgegeben. Anfangs erregte dieser Schritt Bestürzung. Der Rat von Nürnberg konnte noch am 6. seinen Gesandten keine Instruktion geben, wiewohl er die Verlegenheit derselben begriff ³⁾. Aber die Entschlossenheit der städtischen Gesandten hatte sich bereits zum Widerspruch entschieden. Sie erkannten zuerst, dass die Datierung der Nebeninstruktion während einer ganz andern politischen Lage Karls stattgefunden hatte. Sie verfassten eine Entgegnung ⁴⁾ auf die Nebeninstruktion und reichten sie am 4. August samt ihrer Beschwerde ⁵⁾ ein. Man versicherte in

¹⁾ 28. Juli, der Rat an die Gesandten, Bb. 105. Egelhaaf, deutsche Geschichte im 16. Jahrh. I, S. 654. ²⁾ 2. August, der Rat an die Gesandten, Bb. 105.

³⁾ 6. August, der Rat an die Gesandten, Bb. 105. ⁴⁾ Friedensburg, Beilage XI. ⁵⁾ Friedensburg, Beilage X. Kappes, kleine Nachlese, II, S. 689.

der Entgegnung den Gehorsam der Städte; aber die Unordnung der Ceremonien wachse täglich; beim Wormser Edikt zu beharren sei unmöglich, ein Concil nicht wahrscheinlich, da der Papst gerüstet gegen den Kaiser stehe und die Datierung zur Zeit der Eintracht mit demselben stattgefunden habe. Man empfahl, den Kaiser durch eine Gesandtschaft oder einen Brief aufzuklären und um Abhaltung eines Nationalconciles, wie es 1524 zum Schaden des Reiches verhindert sei, zu bitten.

In der Beschwerdeschrift beklagten sich die Städte über das Unwesen der Bettelmönche, die den Armen alles vor dem Maule wegfrassen und über die unbillige Befreiung derselben von den öffentlichen Lasten. Man riet, den Eintritt in die Orden zu verbieten und die Insassen aussterben zu lassen. Die Pfarrer sollten von der Obrigkeit eingesetzt und besoldet, zu den bürgerlichen Lasten herangezogen, und dem weltlichen Gericht unterworfen werden, die Ehe sollte ihnen gestattet sein; die Abschaffung überflüssiger Feiertage und Fasten dem Ermessen der Obrigkeit anheim gegeben werden.

Der Vorschlag der Gesandtschaft fand auch bei den Katholiken allgemeine Billigung, weil hierdurch die Gefahr der Reformbeschlüsse vorläufig beseitigt wurde. Es wurde für die Türkenangelegenheit ein besonderer Ausschuss gebildet, um die Gesandtschaftsverhandlungen nicht zu unterbrechen. Man verhandelte über eine Instruktion der Gesandten. Die Katholiken wollten die Bitte um Suspension des Ediktes in dieselbe nicht aufnehmen; die geistlichen Fürsten schlugen den Evangelischen deshalb eine besondere Gesandtschaft vor, womit allerdings der ursprüngliche Zweck, das einheitliche Vorgehen des Reichstages, aufgegeben wäre. Denselben Gedanken regte der Rat von Nürnberg an, nach dessen Ansicht die Evangelischen am kaiserlichen Hofe systematisch verläumdete wurden. Auf Anregung einiger Personen am Hofe, die durch Kaden nach Nürnberg berichtet war, wünschte der Rat im Juli als Vertreter der städtischen Interessen einen gemeinsamen Sollicitator am Hofe zu halten und liess darüber mit dem Städtegesandten zu Speier, allerdings ohne Ergebnis, verhandeln¹⁾. Die nunmehr geplante Ständegesandtschaft wäre ganz nach dem Wunsche des Rates gewesen, der vermeinte, der Kaiser werde durch genügende Aufklärung ganz umgestimmt und die religiöse Spaltung durch ein Nationalconcil beseitigt werden. Deshalb wies er wiederholt seine Gesandten auf die Wichtigkeit der Personenfrage bei dieser Gesandtschaft hin; die evangelischen Mitglieder müssten auf die Praktiken der übrigen achten und bei Hofe nötigenfalls

¹⁾ 19. Juli, an die Gesandten, Bb. 105.

vertraulich oder öffentlich die Wahrheit an den Tag legen. Er bezweifelte indes, dass die Botschaft überhaupt zustande kommen würde und fürchtete, dass man durch dieses Projekt allein Beschlüsse in Glaubenssachen verhindern und die Städte für andern Bewilligungen gewinnen wolle; die Städte sollten deshalb ihre Beschwerden nicht aufgeben¹⁾. Für diesen Fall, dass die Reichsgesandtschaft garnicht oder in unzweckmässiger Weise zustande käme, erhielten die Gesandten Vollmacht zu einer Sondergesandtschaft der Evangelischen. Die katholischen Vorschläge für die Instruktion misfielen dem Rate sehr, er meinte, dass der eine Teil die Botschaft zu seinem Vorteil richten und der andere die Wahrheit erhalten wolle; aber am 17. willigten die Evangelischen ein, den Kaiser nicht schlechthin um Suspension des Ediktes, sondern nur um Erlass der Strafen zu bitten.

Die Veröffentlichung der kaiserlichen Nebeninstruktion hatte zur Folge, dass der Landgraf seine Bundeswerbung bei den Städten erneute. In einer persönlichen Unterhandlung, die in der Nacht des 12. August stattfand, boten er und der Churfürst den Gesandten von Nürnberg, Augsburg und Strassburg ein Bündnis an, dass jedem Teilnehmer Hülfe, ausgenommen gegen den Kaiser, versprach, wenn er des Evangeliums wegen beunruhigt werden sollte. Der Vorschlag wurde Ulm und Frankfurt mitgeteilt. Nach einer Beratung antworteten die Gesandten der fünf Städte, dass man das Anerbieten nach Hause berichten werde. Nürnberg war einem solchen Plan jetzt entschieden abgeneigt, nachdem die Einheit der Städte sich bewährt hatte; es fürchtete die Gegner nicht mehr. Um aber bei den Städten nicht in Widerspruch mit seinem Auftreten im Juli zu kommen, mussten die Gesandten ihnen mitteilen, dass der Rat schon früher eine Einladung nach Gotha abgelehnt habe, dass er also nicht Urheber des Planes sei, dem man jetzt widerstrebe. Strassburg wäre bereit gewesen, Vorschläge der Fürsten anzuhören, wollte aber nicht allein vorgehen. Da nun die übrigen Städte die Entwicklung der Dinge abwarten wollten, so konnte nach Nürnbergs Wunsch eine gemeinsame Antwort gegeben werden, die das fürstliche Anerbieten höflich ablehnte; der Verlauf des Reichstages und die Aufklärung des Kaisers über die Sachlage müsse zunächst abgewartet werden. Doch erklärte man sich auf Nürnbergs Betreiben bereit, zur Fastenmesse in Frankfurt mit den Fürsten sich zu besprechen. Weil man einmal mit den Fürsten sich eingelassen habe und bei der Werbung zum Gothaer Tage eine Entscheidung auf den Reichstag ver-

¹⁾ 10. August; 14. August; 24. August, an die Gesandten, Bb. 105.

schoben habe, so sollten die Fürsten merken, dass man sie nicht mit Worten speisen wolle. Bis Weihnachten sollten die Städte nach Frankfurt melden, ob sie an dem Convente teilnehmen wollten ¹⁾).

Am 23. legte der kleine Ausschuss, welcher der Türkenhülfe wegen gebildet war, sein Gutachten über eine eilende Hülfe vor. Die Städte billigten ihn, baten aber zugleich, wie Nürnberg geraten hatte, nochmals um Erledigung des ersten Artikels der Proposition, denn nur bei innerem Frieden sei eine erfolgreiche äussere Kriegführung möglich; man versprach, dafür Sorge zu tragen.

Lochinger von Nürnberg, der schon früher von Ferdinand als Einnehmer des Türkengeldes bestellt war, erklärte sich auch jetzt gegen ein Entgelt zur Übernahme dieses Postens bereit. Die Stadt mahnte ihrerseits die Säumigen zur Zahlung und leistete Vorschüsse ²⁾. Von Zeit zu Zeit, endlich von 14 Tagen zu 14 Tagen erfolgte Mitteilung über die Zahlungen ans Regiment, um die Säumigen vor dem Einschreiten des Kammergerichts zu bewahren. Bei dem jetzigen Stand der Dinge war es den Nürnbergern garnicht erwünscht, dass der grosse Ausschuss in der Frage der Misbräuche und Ceremonien bestimmte Festsetzungen traf, die für künftige Verhandlungen eine Vorentscheidung bedeutet hätten ³⁾; nur Sicherheit wünschte man. Am 24. August wurde der Entwurf des grossen Ausschusses angenommen, wie ein gemeiner Friede im Reich bis zum Concil zu erhalten sei. Er bildete einen Teil des berühmten Abschiedes, der den evangelischen Ständen das formelle Recht der Reformation zu geben schien ⁴⁾.

Die beschlossene Gesandtschaft der Stände an den Kaiser, deren Zustandekommen Nürnberg noch Ende August bezweifelte, schien eine Zeit lang Thatsache zu werden. Michael von Kaden musste auf des Rates Befehl seine Abreise vom Hofe in Spanien aufschieben, um der Gesandtschaft daselbst zu Diensten zu sein; von Mansfeld, der mit drei andern zum Gesandten ausersehen war, wünschte einen der lateinischen Sprache kundigen Begleiter, und durch Melanchthons Bemühen erhielt Camerarius vom

¹⁾ Stoy, S. 103. Virck, die Städte und das Bündnis der evangel. Fürsten, Weimarer Programm 1887. 20. August, an die Gesandten, Bb. 105. ²⁾ 28. August, an die Gesandten; 26. Sept., an Dinkelsbühl; 6. Oct., an Gemünd; 10. Oct., an Weissenburg, Bb. 105; 17. Nov., an Hall, Bb. 106; 26. Februar, an Sachsen, Bb. 107. Der Churfürst erhält 3600 Gulden Vorschuss, die auf die Leipziger Ostermesse zurückgezahlt werden sollen; 18. Febr., an Philipp von Baden, Bb. 107. ³⁾ 20. Aug., an die Gesandten. ⁴⁾ Kluckhohn, der Reichstag zu Speier in Sybels hist. Zeitschrift B. 56, S. 215.

Nürnberger Rate die freilich ungern erteilte Erlaubnis zur Reise; der Rat wünschte ihn durch Melanchthon vertreten zu sehen ¹⁾. Durch Strassburgs Vermittlung wurde ein französischer Geleitsbrief erwirkt ²⁾; bis zu dessen Eintreffen sollten die 10500 Gulden Reisekosten eingezahlt oder von Nürnberg vorgeschossen werden. Zum Bedauern Nürnbergs lehnte Sturm die Vertretung der Städte in der Gesandtschaft ab ³⁾; Arnold von Sygin aus Köln wurde für ihn gewählt. Dies konnte den Städten insofern Verlegenheit bereiten, weil der Geleitsbrief auf den Namen Sturms ausgestellt war. Nürnberg fürchtete bereits die Zurückweisung Sygins von der Gesandtschaft. Bedenklicher aber erschien es dem Rate, als Ende November vom Erzbischof von Mainz eine Aufforderung an Sturm erging, sich in Esslingen einzufinden, wo die Gesandtschaftsmitglieder die Instruktion in Empfang nehmen sollten. In Esslingen fand im Anfang des Decembers wegen der Gesandtschaft und der Türkenfrage ein Fürstentag statt. Der Rat, von Sturms Aufforderung durch Strassburg sogleich benachrichtigt, empfahl schleunige Mitteilung an Sygin. Die Berufung nach Esslingen erschien ihm sehr verdächtig; er fürchtete, dass die in Speier festgestellte Instruktion willkürlich von den Geistlichen geändert würde und riet den beiden städtischen und dem sächsischen Vertreter beim Regiment in Esslingen zur Vorsicht ⁴⁾.

Im Januar teilte Mansfeld dem Rate seine Erfahrungen mit, dass die Geistlichen überhaupt die ganze Gesandtschaft zu vereiteln strebten; von Sachsen und Hessen beauftragt schlug er eine Sondergesandtschaft der Evangelischen vor ⁵⁾. So hatte sich also Nürnbergs Voraussicht als richtig erwiesen. Vom kaiserlichen Hofe, an dem Kaden auf besonderen Befehl bis zur Abfertigung der Gesandtschaft bleiben sollte ⁶⁾, war eine solche Gesandtschaft mehrfach angeraten. Während nun Mansfeld es unternahm, bei den Fürsten für diesen Plan zu werben, that Nürnberg insgeheim das gleiche bei den Städten Strassburg, Ulm, Augsburg, Frankfurt, auch Nördlingen, Hall, Constanz, Lindau ⁷⁾. Die Augsburger lehnten die Teilnahme ab, die des Kaisers Gunst kosten konnte ⁸⁾; Nürnberg stellte ihnen deshalb vor, dass man mit der Gesandtschaft nichts beabsichtige, was nicht gegen Gott und den Kaiser zu verantworten sei und bat

¹⁾ Stoy, S. 115, an Chursachsen, 7. Nov., an Kaden, 15. Dec. Bb. 106. ²⁾ An Strassburg, 28. Nov., Bb. 106. ³⁾ An Strassburg, 19. Sept., Pol. Corr. Bb. 115. ⁴⁾ 28. Nov., an Strassburg; 28. Nov., an Hepstein; 30. Nov., an Feilitzsch, Bb. 106; 11. Jan., an Strassburg, Pol. Corr. ⁵⁾ 11. Jan., an Mansfeld, Bb. 106. ⁶⁾ 15. Dec., an Kaden, Bb. 106. ⁷⁾ 13. Febr., an Mansfeld, Bb. 107. ⁸⁾ 30. Jan., an Augsburg, Bb. 106.

im Interesse der beteiligten Stände um baldige Aufklärung. Nachdem dann die Zustimmung einiger Städte erfolgt war, forderte der Rat von Mansfeld die Liste der fürstlichen Teilnehmer; erst nach deren Kenntnissnahme wollten die Städte einen Tag zur Verhandlung über die Instruktion angesetzt haben ¹⁾. Mansfeld übernahm den Entwurf derselben; Nürnberg erklärte sich am 8. April damit einverstanden, dass sie der Stadt überschickt und durch sie den übrigen Städten mitgeteilt werden sollte ²⁾. Aber weiter gedieh die Angelegenheit nicht; der Plan Nürnbergs und Mansfelds war von dem Grafen mit dem Eifer des persönlichen Interesses vertreten; er wollte selbst Haupt der Gesandtschaft sein. Die Fürsten dagegen betrieben jetzt ein ganz anderes Unternehmen, infolge dessen verlief das vielbesprochene Projekt im Sande. Schon im December 1526 hatten Sachsen und Hessen bei Nürnberg, Strassburg, Ulm und Augsburg die Verhandlungen wegen eines Bündnisses erneuert ³⁾. Nürnberg war anfangs unentschlossen, ebenso Ulm, bei dem es anfragte. Aber Strassburg zeigte mehr Entschiedenheit; es sandte wegen der Bündnisangelegenheit eine besondere Persönlichkeit nach Nürnberg und dieses erklärte nunmehr Ulm, man müsse bei der Zeitlage das, so vor die Thür kommt nicht von sich schliessen, welches man hernach von weither holte, sondern die Sache in unvorgreiflichem Anhang zu behalten. Als Strassburg sich bereit erklärte den Convent zu beschicken, war auch Nürnberg dazu entschlossen und gewann Ulm dafür. Auf Frankfurts Anfrage beharrte Strassburg bei seiner Absicht, wenn Nürnberg das Gleiche thue; in der That meldete dieses seine Beschickung des Conventes an. Durch das Vorgehen beider Städte wurde auch Ulm bewogen. Augsburg aber, und noch mehr Frankfurt hielten sich vorsichtig zurück. In der That hatte Nürnberg Veranlassung, einer Bundeswerbung gegenüber jetzt etwas mehr Bereitwilligkeit zu zeigen. Vor Massregeln des Kaisers konnte man vorläufig sicher sein, dagegen drohte nun die Majorität der katholischen Stände, vor allem vermittelst des schwäbischen Bundes, die Evangelischen zu unterdrücken. Der Bischof von Bamberg hatte den Rat bereits Ende 1525 beim Bunde verklagt, aber der Rat erklärte, in Gewissenssachen sei nur der Reichstag berechtigt, eine Entscheidung zu geben ⁴⁾. Die Gefahr eines Processes bestand indes weiter. Im März 1527 erschien ein bischöfliches Mandat, welches den Nürnberger Geistlichen die Herstellung der alten Religion befahl;

¹⁾ 13. Februar, an Mansfeld, Bb. 107. ²⁾ 8. April, an Mansfeld, Bb. 107. ³⁾ 31. Dec., an Ulm, Bb. 106. Stoy, S. 150 ff. Virck, S. 11. ⁴⁾ Roth, S. 265. Müllner, S. 76.

der Rat ward ersucht, den öffentlichen Anschlag nicht zu hindern; allein dieser lehnte es mit Berufung auf den Speirer Abschied ab ¹⁾.

Ferner fühlten sich die Städte von Finanzprojekten beunruhigt. Wie man befürchtet hatte, war zu Speier das Zollprojekt wieder aufgetaucht; der Rat hatte seinen Vertretern befohlen, es mit den alten Gründen zu bekämpfen ²⁾; es wurde schliesslich zum Unterhalt von Gericht und Regiment die Bewilligung für ein Jahr erneut; die Einzahlungen der Stände fanden wieder nach Nürnberg statt. Nachdem schon auf dem Esslinger Fürstentag der Voranschlag einer eilenden Türkenhülfe aufgestellt war, wurde ein Reichstag nach Regensburg ausgeschrieben. Nürnberg entnahm aus dem gedruckten, ihm übersandten, Entwurf des Regiments, dass die Kosten der Türkenhülfe auf den städtischen Handel vornehmlich gelegt und neue Zölle eingeführt werden sollten. Auf den Rat Nürnbergs sah Ulm von einem Städtetage Anfang März ab, da man den Reichstag in Kürze erwartete. Vor seiner Eröffnung sollten die Städtegesandten verhandeln; Strassburg und Frankfurt wurden von Ulm und Nürnberg aufgefordert, ein zeitiges Erscheinen der Gesandten zu betreiben ³⁾.

Vor Eröffnung des Reichstages aber erfolgte eine Einladung der evangelischen Fürsten zu einem Convent in Frankfurt ⁴⁾. Obgleich Kress dem Landgrafen schrieb, dass der Rat die Sache fördere, war von vorn herein kein Ergebnis zu erhoffen. Der Nürnberger Pfintzing war nur zum Anhören von Vorschlägen bevollmächtigt; er und die übrigen Gesandten waren gar keine Diplomaten, sondern Kaufleute, die gelegentlich der Messe Frankfurt besuchten. Aus allen ging hervor, dass man mit den Fürsten eine gewisse Verbindung für den Fall der Not bewahren wollte; daher musste man ihnen zeigen, „dass sie nicht nur mit Worten gespeist werden sollten“. Selbst Strassburg, das am entschlossensten war, riet in einer Vorbesprechung am 11. April, nicht zu verhandeln, sondern Vorschläge anzuhören. Nur nach besonderer Aufforderung sollten sie die Gesandtschaft wieder empfehlen und wenn diese keine Aussicht auf Erfolg böte, von einem Bündnis handeln, aber keine bestimmte Vorschläge dazu machen. Dem Nürnberger Pfintzing gefiel die Bundesidee. Frankfurt, Ulm und Augsburg aber lehnten sie sogleich ab. Frankfurt weigerte sich sogar Vor-

¹⁾ Soden, S. 277. Müllner, S. 78. ²⁾ 28. Aug., an die Gesandten, Bb. 106. ³⁾ 6. März, an Ulm; an Frankfurt, Bb. 107. ⁴⁾ Instruktion Strassburgs, Pol. Corr., S. 278. Zwei Strassburger Relationen, S. 280, 281. Stoy, S. 11.

schläge anzuhören. So empfingen am 12. nur die vier andern Gesandten von dem hessischen Vertreter Schrautenbach einen Bundesentwurf. Das einzige Resultat des Conventes war, dass man ein gemeinsames Vorgehen auf dem Reichstag zu Regensburg verabredete.

Während dieses Tages, auf dem Chr. Tetzl Nürnberg vertrat, verhandelten die Städtegesandten mit Sachsen und Hessen im Mai auf Grundlage des Frankfurter Entwurfes weiter. Nürnberg liess Ulm vertraulich wissen ¹⁾, dass eine direkte Annahme oder Ablehnung des Bundes gleich bedenklich sei; man fürchtete, von den Fürsten unter dem Schein des Evangeliums zu gefährlichen Schritten verleitet zu werden; andererseits musste Nürnberg täglich einen Hauptschlag des schwäbischen Bundes erwarten, in welchem Fall man einen Rückhalt gebrauchen konnte. In diesen Tagen wurde die Stadt vom Verwalter des Hofes des Deutschen Ordens beim Bunde verklagt, weil der Rat den Hof zu den allgemeinen Lasten herangezogen hatte ²⁾. Der Nürnberger Gesandte musste mit dem Ulmer gemeinsam wirken, die übrigen Städteboten zu einer freundlich ablehnenden Antwort an den hessischen Vertreter Hund zu bestimmen, durch welche die Bundesangelegenheit wieder in der Schwebe blieb.

Auf einem Bundestag zu Donauwörth erfolgte endlich der gefürchtete Angriff ³⁾. Der Abschied besagte, dass Nürnberg dem Bischof von Bamberg den kleinen Zehnten bezahlen solle; ein neuer Bundestag wurde auf den 25. November angesetzt, um über die Streitigkeiten in betreff der geistlichen Jurisdiktion zumal mit Nürnberg zu verhandeln. Ein Bundesmandat vom 5. Juli befahl, die Aufrührer und Rädelsführer, ferner die entlaufenen Klosterleute und Geistlichen nach den Bundesmandaten zu behandeln ⁴⁾.

Der Rat von Nürnberg erkannte in den letzten Bestimmungen die Umtriebe der Bischöfe von Bamberg und Constanx gegen Nürnberg und Ulm, denn in Donauwörth war nur von den Aufrührern die Rede gewesen, er bedachte auch, dass in den religiösen Fragen ein grosser Teil der Städte ihnen durchaus entgegen war. Er verwarf daher einen allgemeinen Städtetag, den Augsburg vorschlug und empfahl dafür einen Tag der drei Städte Nürnberg, Augsburg und Ulm ⁵⁾. Da die Ulmer beistimmten, so fand eine Zusammenkunft der Städteboten am

¹⁾ An Ulm, 10. Mai, Bb. 107.

²⁾ An Ulm, 14. Mai, Bb. 107.

³⁾ Abschied vom 1. Juni 1527, Klüpfel, II, S. 307.

⁴⁾ Ulm an Nördlingen, 11. Oct. 1527, Klüpfel, II, S. 310.

⁵⁾ An Augsburg, 10. Sept., Bb. 108.

29. September zu Ulm statt; Nürnberg wurde durch A. Imhofer und B. Baumgartner vertreten. Man beschloss gegen jedes Vorgehen des Bundes zu protestieren und sich auf die Reichstagsabschiede zu berufen, welche eine Entscheidung der Religionsfragen einem Concile vorbehielten. Vor dem Bundestage sollte ein allgemeiner Städtetag stattfinden und Nürnberg dazu einladen. Am 12. October reiste Michael von Kaden zu diesem Zwecke von Nürnberg ab. In Hall, Heilbronn, Dinkelsbühl, Wimpfen, Windsheim, Weissenburg, wohin er kam, fand er allgemeine Entschlossenheit, beim Evangelium zu bleiben; am 24. kam er wieder in Nürnberg an¹⁾. Schon am 20. hatte Nürnberg, des Erfolges seiner Sendung sicher, Augsburg und Ulm die Ausschreibung des allgemeinen Städtetages im Namen der drei Städte auf den 11. November nach Nördlingen empfohlen. Um den Verdacht eines einseitigen Interesses der drei Städte zu zerstreuen, konnte man die Neuwahl eines städtischen Bundeshauptmannes an Stelle des verstorbenen Ulrich Arzt und verschiedener Bundesräte, ferner die Rechnungsablage neben der Sache des Evangeliums als Anlass angeben; man hoffte dadurch auch die katholischen Städte zur Beschickung zu gewinnen²⁾. Philipp von Hessen wurde von Kaden in besonderer Mission von der Sachlage in Kenntniss gesetzt und ersucht, sich christlich und gnädig zu erzeigen³⁾. Am 11. November einigten sich die Städte zu Nördlingen, wo Volkamer und B. Baumgartner mit Dr. Hepstein Nürnberg vertraten, dahin, dass Esslingen, Bibrach und Donauwörth beim Bunde, wenn sich derselbe in Sachen der Religion oder Jurisdiktion oder verwandter Fälle als Richter über die Reichstagsabschiede, zumal über den letzten, aufwürfe, fortgesetzt protestieren sollten⁴⁾. Gemäss der ausgefertigten Instruktion⁵⁾ sollte eine Verhandlung über Religionsangelegenheiten nur einem Concil zugestanden werden; der Bundeszweck sei kein religiöser, er gehe auf Erhaltung des Friedens, nicht auf das Gegenteil; auch der Nördlinger Bundesabschied vom 11. November 1525 habe die Sache dem Reichstage zuerkannt. Man berief sich auf den Nürnberger und den Speirer Abschied.

Der Bundestag von Donauwörth kam nicht zustande; auch als am 16. Februar 1528 zu Augsburg ein Bundestag stattfand, wagte man nichts, gegen die Städte, welche Nürnbergs Klugheit zu geschlossener Stellung geeint hatte, vorzunehmen. Auch der

¹⁾ An Augsburg; an Ulm, 24. October, Bb. 108. ²⁾ 20. October, an Augsburg; 21. October, an Ulm, Bb. 108. ³⁾ An Philipp von Hessen, 8. Nov., Bb. 108. ⁴⁾ An Neithard, 3. Octob. 1528, Bb. 110. ⁵⁾ Klüpfel, II, S. 314.

angesetzte Tag von Regensburg kam nicht zu stande. Vergeblich hatte sich Nürnberg bemüht, zur Verhinderung gegnerischer Untriebe, den Landgrafen zu persönlichem Erscheinen zu bewegen und andere Stände hierdurch nach Regensburg zu ziehen ¹⁾. Obgleich das Zustandekommen des Tages zweifelhaft war, entsandte der Rat Tetzl als seinen Vertreter, er schrieb den Geistlichen die Verhinderung des Tages zu ²⁾, die auch die Gesandtschaft verhindert hätten und jeden Verkehr des Kaisers mit den Ständen verhinderten.

Man war in Nürnberg zuversichtlich und entschlossen, trotz des Bundes beim Evangelium zu verbleiben. Die Zuversicht zeigt ein Brief ³⁾ Spenglers an den Rat von Memmingen, der ebenfalls von seinem Bischof der Jurisdiktion wegen verklagt war: „Welche Obrigkeit am Wort des Seligmachers hangen und daneben nicht dieses Kreuzes Anstoss und Widerwärtigkeit gewarten will, der ist einem gleich, der aus einem Bergwerk für und für nehmen, dagegen keine Zubusse und Abscheidung des Golderzes gedulden will. Was kann Euch Ehrlicheres begegnen, denn um Eures Seligmachers wegen Anfechtung zu dulden“? Er riet, dem Bundesbefehl, welcher den Memmingern gebot, einem katholischen Prediger zur Predigt wieder zuzulassen, einfach Trotz zu bieten. Wie er erwartet hatte, wagte der Bund nicht, seinen Beschluss mit Gewalt durchzusetzen.

Am Ende des Jahres 1524 begann der Kampf der zwinglischen und der lutherischen Lehre um den Besitz Oberdeutschlands, den Karlstadt durch seine Bekämpfung der lutherischen Abendmahlslehre angeregt hatte. Er fand viel Anhang in den oberdeutschen Städten. Die Schrift des Oekolampadius über den wahren Sinn der Einsetzungsworte (Sept. 1525) brachte den Streit zum Ausbruch, indem die Strassburger Bucer und Capito Luther für Vermittlungsversuche zu gewinnen sich bemühten. Die Nürnberger dagegen drückten der Stadt ihr Missvergnügen über die Hinneigung zur Ketzerei aus, und Pirkheimer eröffnete eine literarische Fehde gegen Oekolampadius. In Nördlingen war der Prediger Billican, Spenglers Freund, anfangs ebenfalls von Karlstadt gewonnen, war aber infolge der unumwundenen Erklärungen Zwinglis und Oekolampadius schwankend geworden und hatte sich endlich zur Freude Luthers

¹⁾ An Philipp von Hessen, 19. Dec., Lb. 108. ²⁾ An Schweinfurt, 13. Februar, an Frankfurt, 19. Februar, Bb. 109. An Ulm, 9. Juli, Bb. 110. ³⁾ Pressel, Leben Spenglers, S. 77, Hausdorff, Leben Spenglers, S. 141, Schelhorn, Reformationsgeschichte der Stadt Memmingen, S. 111, Dobel, Memmingen im Reformationszeitalter, II, S. 47. ⁴⁾ v. Bezöld, S. 606, Möller, S. 79 ff.

gegen sie erklärt. Da gelang es den Briefen und dem Einfluss Zwinglis, ihn wieder für sich zu gewinnen. Jetzt traten die Nürnberger mit Entschlossenheit in den Streit ein. Eine Anfrage Spenglers bei Billican wurde etwas zweideutig beantwortet, aber die Sache konnte nicht verleugnet werden ¹⁾. Osiander, dem Spengler das Schreiben vorlegte, verfasste darüber ein derbes Gutachten ²⁾, und als Billican am 17. März sich über den Vertrauensbruch beklagte ³⁾, erhielt er unter dem 4. April 1527 eine kräftige Antwort Spenglers ⁴⁾, der zwei neue Gutachten Links und Osianders eingeholt hatte ⁵⁾. Eine Disputation ist aussichtslos „denn wenn ich frage, antwortet ihr nicht, sage ich die Wahrheit, so glaubt ihr nicht“. Spengler verwirft jede allegorische Auffassung des Abendmahls; „die Worte sind steif und unbeweglich und nehmen unsern Verstand zu Dienstbarkeit des Glaubens gefangen“. Trotzdem weist ihn die Bruderliebe, die Person Billicans nicht zu hassen, sondern für ihn zu beten. Nun trat Zwingli für Billican ein; seine Schriften waren gleich denen der Wiedertäufer in Nürnberg verboten. Gehoben durch seine Erfolge in Oberdeutschland hoffte er nun, Osiander und durch ihn Nürnberg für seine Ansicht zu gewinnen. In einem Schreiben vom 6. Mai sprach er zuversichtlich von dem Siege seiner Lehre in ganz Europa. Aber der strenge Lutheraner fertigte ihn mit einer derben Antwort ab, die er samt Zwinglis Schreiben sogleich drucken liess ⁶⁾. So war bereits Ende 1527 von den Nürnbergern der religiöse Gegensatz als unversöhnlich bezeichnet; die Folge war, dass im Gespräch von Marburg Luther bei Osiander die eifrigste Unterstützung fand. In Memmingen bestanden die beiden evangelischen Parteien neben einander, jede durch einen Pfarrer vertreten. Manche, darunter der Ratschreiber Hans Maurer, rieten zu gegenseitiger Duldung, da die Frage unter den Gelehrten streitig sei; er schrieb in diesem Sinne an Spengler ⁷⁾, dessen religiösen Eifer er ebenso verkannte wie Zwingli den des Osiander. In einem überaus harten Schreiben glossierte Spengler die Worte des Maurer; er äussere sich ungern gegen andere über das Abendmahl, wisse doch nicht, wie es zugehe, vielen zu schreiben; Gott sei stärker als der menschliche Wille.— Dann preist er Gott, dass er ihm den Betrug des Schwindelgeistes enthüllt habe, der sich rühme, nicht der Menschen Partei zu ergreifen und doch ganz an Menschen-

¹⁾ Hausdorff, S. 241; Pressel, S. 80 ff.

²⁾ Hausdorff, S. 242.

³⁾ Hausdorff, S. 247.

⁴⁾ Pressel, S. 80; Hausdorff, S. 265.

⁵⁾ Haus-

dorff, S. 252, 255; Möller, Osiander, S. 83 ff.

⁶⁾ Roth, S. 233; Möller,

S. 88.

⁷⁾ 13. Juni 1528, Maurer an Spengler, Hausdorff, S. 121 ff.

Vgl. Dobel, II, S. 61 ff.

satzung festhalte¹⁾. Auch zu diesem Schreiben liess er ein Gutachten²⁾ durch Dr. Link verfassen, der die Eintracht mit den Zwinglianismern der Eintracht mit Mördern gleichstellte.

Gegen die Wiedertäufer war schon 1524/25 eingeschritten; nachdem 1525 ihre Verfolgung in der Schweiz begonnen hatte, verbreiteten sie sich 1526 über ganz Oberdeutschland. Sogleich begann seitens sämtlicher Behörden die Verfolgung, bei der kirchliche und politische Gegner sich einig zeigten. Durch Zusendungen von Steckbriefen, Nachrichten, Geständnissen unterstützte man sich gegenseitig. In Nürnberg hatten sich die Wiedertäufer bereits 1524 bemerklich gemacht; jetzt tauchten sie wieder in der Stadt auf, ohne dass der Rat bis zum März 1527 etwas Genaueres über die Personen und die Häuser, in denen sie zusammenkamen, erfahren konnte. In Coburg hatte die sächsische Regierung einige Wiedertäufer festgenommen; man erbat Mitteilung über ihre Beziehungen zu den Nürnberger Wiedertäufern³⁾. Es gelang im März, eine Anzahl zu verhaften; aus ihren Geständnissen erkannte der Rat bald das Wesentliche ihrer Lehren, welche den befreundeten Regierungen mitgeteilt wurden⁴⁾. Sie verachteten die Kindertaufe und das Sakrament; sie leugneten die Erlösung durch Christus und die Verdammung der Gottlosen, auch der Teufel könne selig werden. Der Hauptpunkt war, dass Christus bald kommen und sein Reich aufrichten werde, alle Obrigkeit werde vertilgt werden und ein Hirt und ein Schafstall sein. Aus dem Geständnis ergab sich, „dass unter den Buben, die im Land hin und wieder ziehen und vor andern gemeinen Personen Verstand haben und ein neu beschwerlich Verbündnis oder Bruderschaft, wie sie die nennen, aufrichten, der rechte Fahnenführer Johann Hut ist“. Aussehen und Bekleidung wurde den Nachbarstädten genau angegeben; ein langer Gesell mit kleinem, falben Knebelbart unter der Nase und am Kinn mit gestutztem Bart u. s. w. Seine Genossen waren Volkamer, Sebastian, Echorius und sein Knecht Joachim aus Coburg und der Umgebung stammend, ihres Berufes Schreiner.

Im März wurde der Pfarrer Vogel hingerichtet⁵⁾, der die Fürsten gelästert hatte und vom Markgrafen Georg ausgeliefert war. Dies war aber der einzige Fall einer Hinrichtung, die sich aus politischen Gründen, aus der Rücksicht auf den schwäbischen Bund, der sie verlangte, erklärte. Der Rat erliess ein Edikt, dass die Wiedertäufer verbot; viele wurden ausgewiesen,

¹⁾ 8. Juli, Antwort Spenglers, Hausdorff, S. 130. ²⁾ Hausdorff, S. 136. ³⁾ An die sächsischen Räte zu Coburg, 14. Februar, Bb. 107. ⁴⁾ An dieselben; an Ulm; an Augsburg; 18. März, Bb. 107. ⁵⁾ Müllners Relation No. 27 über die Änderung der Religion bei Will und Soden.

auch eine grosse Anzahl Bürger auf ewig verbannt. Aber weitere Bestrafung erfolgte nicht, während in Sachsen mit Luthers Zustimmung Hinrichtungen erfolgen. Der Rat handelte hierin ganz im Sinne Spenglers und riet das gleiche Verfahren Gemünd und Augsburg an ¹⁾. Der Obrigkeit gezieme es nicht, jemanden mit Gewalt zum Glauben, der eine freie Gabe Gottes durch seinen heiligen Geist sei, zu nötigen; am wenigsten sei Todesstrafe gegen Andersgläubige gestattet. Ausserdem bedachte man, dass es eine Frage der eigenen Sicherheit sei, den Obrigkeiten das Recht der Bestrafung zuzusprechen; man hätte damit das Einschreiten der katholischen Obrigkeiten gegen die Evangelischen als berechtigt anerkannt. Übrigens wäre den Evangelischen in gleicher Consequenz die Aufgabe, gegen die Katholischen vorzugehen, erwachsen. Aber der Rat hielt es doch für seine Pflicht, die offenbaren Verächter des Wortes Gottes zu entfernen; er unterschied die Masse von den Führern, welche den Communismus planten ²⁾. Letztere sollten als Aufrührer mit dem Tode bestraft werden, wie es mit dem Pfarrer Vogel geschehen war. Der grossen Menge gegenüber aber liess es der Rat bei der Verbannung bewenden. Im September wurde Hut von den Augsburgern verhaftet. Nürnberg sandte Fragen ein zu seinem Verhör und erhielt das Geständnis zugeschickt; er stimmte mit dem Pfarrer Vogel überein ³⁾. Der Rat musste zugestehen, dass er seine Ansichten zu vertheidigen verstand ⁴⁾, „wie denn der Teufel sich durch sein Instrument oft in einen Engel des Lichts verstellt“. Auch in Nürnberg fanden neue Verhaftungen statt. Hans Oder aus Passau veranlasste vielfache Erkundigungen des Rates ⁵⁾. Am 4. Januar 1528 erschien ein kaiserliches Mandat und am 16. Februar ein Beschluss des Bundestages von Augsburg ⁶⁾, durch welches die Wiedertäufer mit Vernichtung bedroht wurden. Den Bundeshauptleuten ward befohlen, sie ihrer ordentlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Volkamer von Nürnberg protestierte gegen diesen Beschluss, weil man vorgebe, Wölfe fangen zu wollen und die Schafe fange.

Der Rat handelte wie im Bauernkriege mit Milde und Klugheit; er liess einen „gründlichen Unterricht ⁷⁾, welcher Gestalt seine Prediger wider die Lehren der Wiedertäufer ermahnen sollten“, herausgeben und fuhr fort, dieselben einfach

¹⁾ An Gemünd, 11. Mai, Bb. 107. An Augsburg, 30. August, Bb. 108. ²⁾ An die Statthalter von Württemberg, 4. März 1528, Bb. 109.

³⁾ An Augsburg, 24. Sept., Bb. 108.

⁴⁾ An Augsburg, 20. October, Bb. 108.

⁵⁾ An Augsburg; Passau; Bamberg, 25. Januar 1528, Bb. 108. ⁶⁾ Abschied, Klüpfel, II, S. 316. ⁷⁾ Bei Will, Beiträge zur fränkischen Kirchengeschichte.

zu verbannen. Am 18. Juli 1528 beschloss der Rat sogar, dass diejenigen, die sich durch die Prediger bekehren liessen, in Gnaden aufgenommen sein sollten. Im Januar 1529 waren wieder 20 Wiedertäufer verhaftet; obgleich sie an die Gegenwart des Leibes im Abendmahle nicht glaubten, wurden sie trotz des Gutachtens der Prediger und Gelehrten nur verbannt. Diese hatten nämlich seit Juli 1528 über die Frage beratschlagt. Die Theologen unter Osianders Leitung sprachen der Obrigkeit das Recht der Bestrafung zu; aber Spengler wollte nur Ausweisung zulassen, und demgemäss handelte der Rat ¹⁾. Diese Gesinnung bewahrte Spengler auch noch in einem Schreiben vom 20. März 1530 an Brentius: „Ich gestehe zu, keine Obrigkeit hat das Recht mit Gewalt jemanden in Glaubenssachen zu nötigen oder mit dem Tode zu strafen, aber Sakramentsschänder zu dulden ist unmöglich, wegen der Ungeschicklichkeit, die daraus entstände“. Allein eben so entschieden wandte er sich in derselben Zeit gegen die Ansicht, man müsse alle Confessionen so lange in einem Gebiete dulden, bis sie sich gegen die Obrigkeit conspirierten ²⁾, sondern die Obrigkeit hat nach ihm die Pflicht. „Ungleichheit der Prediger, Messe und anderes schädliche Fürnehmen niederzulegen“. Er wünschte, dass Luther dieser Ansicht Ausdruck gäbe, der es in der Erklärung des 82. Psalm wirklich mit den Worten Spenglers gethan hat.

Zum Abschluss der Reformation war es erforderlich, die mannigfaltigen kirchlichen Verhältnisse nach einem einheitlichen Plane zu ordnen, die Reste des Katholicismus zu beseitigen, schliesslich eine feste Ordnung für die Zukunft zu schaffen. Schon im Jahre 1527 war auf Osianders Betrieb die Ohrenbeichte abgeschafft und damit ein wesentlicher Rest der alten kirchlichen Ordnung verschwunden. Wir sahen bereits, wie der Rat frühzeitig seine kirchliche Gewalt auffasste, und wie Spengler vornehmlich diese Gedanken verfolgte. Er war es auch, von dem jetzt die Kirchenvisitation angeregt wurde. Von Luther selbst stammte der Gedanke ³⁾. Ähnliches plante Georg der Fromme, Markgraf von Brandenburg. Hatte noch sein Bruder wegen seiner Beziehungen zu dem Erzherzog Ferdinand einen vermittelnden Beschluss durchgesetzt, wonach die lateinische Messe und Ohrenbeichte erhalten blieb, so kam nach seinem Tode 1527 der Einfluss des lutherischen Kanzlers Vogler und des Rates Schwarzenberg völlig zur Geltung. Auf dem Landtage zu Onoldsbach (1. März 1528) wurde mit den Resten des Katholicismus aufgeräumt. Jetzt regte Spengler in einem

¹⁾ Pressel, S. 52 ff. ²⁾ Brief vom 17. März an Veit Dietrich zu Wittenberg bei Mayer, Spengleriana; Pressel, S. 52. ³⁾ Pressel, S. 52.

Schreiben an Schwarzenberg den Gedanken einer gemeinsamen Visitation an. Es wurde ein Tag zu Schwabach auf den 14. Juni 1528 verabredet. Für denselben wurden von den fürstlichen Theologen Fragen aufgesetzt. Diese wurden von den Nürnberger Theologen zu 23 Artikeln ausgearbeitet; man erkennt den Stil Osianders ¹⁾ darin. Verordnet wurden für diesen Tag seitens des Rates der Ratsherr M. Tucher, L. Spengler, Sleupner und Osiander. Man nahm die 23 Artikel ²⁾ an, welche die Grundlage für die nürnbergisch-brandenburgische Kirchenordnung geworden sind ³⁾. Zur Erleichterung wurden die Visitationsgebiete lokal abgegrenzt, so dass die Nürnberger innerhalb Schwabach, Schwarzach und Regnitz auch in markgräflichem Gebiet und umgekehrt Brandenburg im nürnbergischen Amt Lichtenau visitieren sollten. Im Juni wurden Osiander und Sleupner aufgefordert, sich bereit zu halten; hierauf wurden durch Ratsdecret ⁴⁾ vom 11. August Christoph Koler und Hieronymus Baumgartner zu Vertretern des Rates bei der Visitation bestimmt. Es wurden Kommissionen für die verschiedenen Gebiete ernannt; die der Stadt nahe wohnenden Pfarrer mussten in die Stadt kommen, um dort Antwort zu stehen. Anfang September begann die Visitation, im October war sie vollendet. In Verbindung hiermit stand die Frage der Messe, die, ihres wesentlichen Inhalts beraubt und seit 1524 deutsch gelesen, noch bestand. Schon im Januar 1527 war ein Bedenken Sleupners erschienen ⁵⁾, über die Frage, ob ein Christenmensch durch Gebot oder gemeine Ordnung getrieben sei, das Sakrament anzunehmen. Er verneinte es; die Messe aber riet er schon wegen des Gewissenszwanges der Geistlichen abzuschaffen. Die Streitfrage dauerte fort, bis Spengler wohl im Auftrage des Rates bei Luther und Melanchthon anfragte. Luther riet ⁶⁾, vor allem niemanden zum Sakrament oder von demselben zu drängen; um niemanden zu beschweren empfahl er, Sonntags in zwei Kirchen die Messe lesen zu lassen, so lange sich Communicanten fänden, andernfalls sie abzuschaffen. Osiander aber widersetzte sich der Abschaffung ⁷⁾, was ihm Spengler später in einem Schreiben vorwarf. So kam es, dass der Kanzler

¹⁾ Schölin, fränk. Reformatiönsgr., S. 28 ff.; Möller, Osiander, S. 110; Hausdorff, S. 85; Lith, Erläuterungen der Reformatiöns historie, S. 240 ff.

²⁾ Lith, S. 247 ff. mit Anhang einiger Examinatiöns umstände. ³⁾ Siehe darüber Schölin, S. 33, der die Verwechslung Zeltners mit den 17 Artikeln des Schwabacher Conventes von 1529 aufdeckt, ferner Lith, S. 273 ff. ⁴⁾ Zeltner, genaue Untersuchung, wie es mit den Schwabachischen Artikeln beschaffen ist, S. 15. ⁵⁾ Hausdorff, S. 154.

⁶⁾ Schreiben vom 15. August 1528 bei Hausdorff, III, S. 367. cf. Corp. Reform., I, S. 528. ⁷⁾ Hausdorff, S. 289.

Vogler die Nürnberger noch auf dem Convent von Nürnberg im Januar 1530 deshalb tadeln konnte, dass die Messe noch bestünde ¹⁾. Für die Feststellung der neuen Kirchenordnung wurden seitens des Rates Link, Sleupner, Osiander bestellt. Spengler vermittelte die Verhandlungen und stattete Bericht darüber ab ²⁾. Osiander hätte bei seinem herrischen Charakter am liebsten das ganze Werk allein verfasst. Erst auf Spenglers Zureden ³⁾ entwarf er einen Plan dazu, ohne die Collegen zu befragen. Auch diese hatten einen Entwurf angefertigt, den Spengler ihm mit erklärendem Begleitschreiben zustellte ⁴⁾. Entrüstet sandte er ihn zurück; er hatte erwartet, man würde seinen Ratschlag zu Grunde legen und höchstens Änderungen vorschlagen ⁵⁾. Er wollte hinfort mit der Sache nichts zu thun haben und verwies auf seinen Entwurf. Spengler, damals durch Krankheit an sein Haus gefesselt, suchte durch ein Schreiben ⁶⁾ die Prediger zu rechtfertigen, denen das Werk nicht minder als ihm aufgetragen sei, ausserdem enthalte Osianders Entwurf viele Mängel. Osiander antwortete im gereiztem Tone ⁷⁾, dass der andere Entwurf gegen sein Gewissen und seine Pflicht streite. Auch zu einer persönlichen Verhandlung im Hause des erkrankten Spengler, zu der er sich anfangs erbot, erschien er nicht. Spengler verwies ihn in einem neuen Schreiben mit ruhiger Bestimmtheit ⁸⁾: Man wisse, dass er mehr seinem eigenen judicio als Gott vertraue, durch seine Schuld komme die Kirche zur Zeit, wo Gefahr von Aussen drohe, in Not. Er charakterisiert ihn: „Ohne die verfluchten Wörtlein ambitio und per-tenatio sollt der Sache bald geholfen werden“. Osiander scheint endlich nachgegeben zu haben. So kam die Kirchenordnung im Entwurf 1530 zu Stande, blieb aber vorläufig ungedruckt.

Im Jahre 1528 begannen die Packischen Wirren. Nürnberg war durch seine Stellung als Mitglied des schwäbischen Bundes nicht frei in seinen Beschlüssen; trotzdem trat es offen für die evangelischen Fürsten auf; unter der Hand aber geschah viel mehr. Schon Anfang März trat Philipp in geheime Verhandlungen mit dem Rate. Kaden war bei ihm; aber nur mündlich und in Person wollte er seine letzten Gedanken dem Rate anvertrauen. Daher gedachte er unter dem Vorwand der Reise zum Regensburger Reichstage nach Nürnberg zu kommen. Das misfiel dem Rat, der hierdurch in besonderen Verdacht beim

¹⁾ Müller, Historie von der Evang. Stände Protest, S. 251. Hausdorff, S. 163. ²⁾ Hausdorff, S. 276 ff. Spenglers Relation über den Handel.

³⁾ Pressel, S. 54 ff. ⁴⁾ Brief Spenglers, Hausdorff, S. 276.

⁵⁾ Schreiben Osianders, ibid., S. 278. ⁶⁾ Schreiben Spenglers, ibid., S. 281 ff.

⁷⁾ Osianders Brief, ibid., S. 290. ⁸⁾ Spenglers Brief, ibid., S. 294.

Bunde zu kommen fürchtete ¹⁾. Das Resultat der Verhandlungen war, dass der Rat durch zwei Nürnberger Hauptleute, Haller und Indelfinger, Ende März Knechte anwerben und auf Nürnberg bestellen liess. Die Bundesräte zu Augsburg misstrauten der Stadt bereits; nach der Überzeugung des Chr. Kress blieben sie nur deshalb noch zusammen. Ein Schreiben des Bundes an den Rat mahnte diesen an seine Bundespflicht. Der Rat entschuldigte sich ²⁾; aber Kress, der von Augsburg aus die Verhandlungen mit Philipp betrieb, fürchtete, dass die Hauptleute von seiten des Bundes befragt und die Stadt compromittiert werden würde; er riet einen andern Sammelplatz und andere Führer zu bestimmen. Der Rat verpflichtete sie, ihre Hauptmannschaft niederzulegen und ohne Erlaubnis sich nicht zu entfernen ³⁾. Aber die Knechte zogen in der That zu dem hessischen Lager ab, dazu erhielt Philipp 1500 Gulden ⁴⁾. Am 2. April erschienen gedruckte Bundesmandate gegen die Friedensstörer, die der Rat gemäss der Bundespflicht, und um den Verdacht nicht noch zu vermehren, in seinem Gebiete anschlagen liess ⁵⁾. Dagegen suchten Albrecht von Mansfeld und ein hessischer Gesandter dem Rat den Sachverhalt vom Standpunkt der Fürsten darzustellen und fanden auch Anklang. Als nun Hessen und Sachsen ihr Ausschreiben, das von dem angeblichen Bund der katholischen Fürsten gegen sie handelte, vor der Veröffentlichung den befreundeten Städten vorlegen wollten, widerriet Nürnberg, obgleich es das Ausschreiben billigte. Es sei ein vorzeitiges Bekanntwerden zu fürchten, zumal viele gemeine Zunftmeister in den Magistraten sässen ⁶⁾; die Stadt fürchtete neue Schwierigkeiten und Verdächtigungen. Hessen und Sachsen rüsteten eifrig und sandten Ende Mai den Städten ihr Ausschreiben mit der Bitte um Hülfe zu. Am 20. desselben Monats beschlossen dagegen sechs Bundesräte und drei Hauptleute nach geheimen Verhandlungen zu Ulm eine eilende Hülfe gegen den gefürchteten Einfall Philipps in Württemberg und setzten einen Bundestag zu Ulm auf den 21. Juni an ⁷⁾. Nürnberg erfuhr von geheimen Verhandlungen des Bundes zu Ulm und bat es um vertrauliche Mitteilung ⁸⁾; der Bundesbeschluss aber erregte seine höchste Entrüstung; trotzdem die Stadt ein Drittel der städtischen Beiträge entrichtete, waren ihre Hauptleute garnicht zur Beratung entboten. Sofort zum Widerstand

¹⁾ Kress an Philipp von Hessen, 16. März, Bb. 109. ²⁾ Kress an denselben, 1. April, Bb. 109. ³⁾ An denselben, 3. April. ⁴⁾ An denselben, 1. April. ⁵⁾ An denselben, 3. April. ⁶⁾ An Philipp und Johann, 20. April. ⁷⁾ Klüpfel, II, 318. ⁸⁾ An Ulm, 22. Mai, Bb. 109.

entschlossen suchte es die übrigen Städte zumal Ulm zu gewinnen. In zwei Schreiben an diese Stadt bestritt es die Verpflichtung der Städte, die Bundeshülfe zu leisten ¹⁾. Die Sache betreffe Württemberg garnicht, ferner hätte der Landgraf zuvor geladen und gehört werden müssen. Die Städte haben Rücksicht auf die Stimmung der Unterthanen zu nehmen, welche den Fürsten günstig ist. Der Rat war noch nicht völlig entschlossen, auf die Dauer die Zahlung zu verweigern, aber er war dazu geneigt, es gehe wie es wolle. Er musste sich erst des Beistandes der übrigen Städte vergewissern. Ulm wurde thatsächlich bewogen, am 3. Juni dem Landgrafen für den Notfall Hülfe zu versprechen. Zu gleicher Zeit glaubte der Rat eine neue Gefahr für das Evangelium zu sehen, als Waldkirch und Ehinger, kaiserliche Räte, bei den Ständen um Unterstützung des Kaisers warben. Argwöhnisch wurden sie beobachtet und die befreundeten Städte aufmerksam gemacht. Der Rat vermutete, dass Waldkirch mit einem grausam schrecklichen Mandat und kaiserlichen Siegel versehen sei, um die Praktika der Geistlichen zu bestätigen; mit deren Hülfe wolle er den Vernichtungskrieg gegen die Evangelischen schüren, vor allem aber die Städte trennen ²⁾. So schiene Gott in der Person der Fürsten selbst seine Hülfe zu senden; gegen sie zu kämpfen sei ein Kampf gegen das Evangelium und sich selbst ³⁾. Für die Zukunft empfahl Nürnberg den Ulmern ein vertrauliches Zusammengehen der Städte. Zugleich regte es bei dem städtischen Bundeshauptmann Ulrich Neithart wegen der nach Heilbronn einzuzahlenden Bundeshülfe einen eilenden Städtetag an. Es riet Ulm, denselben nicht nach dieser Stadt zu berufen, weil man die Beeinflussung der Städteboten durch die Bundesräte zu fürchten habe, die sich zum Bundestage dort sammelten ⁴⁾. Ein allgemeiner Städtetag sollte später erfolgen; schon im Anfang Juni wurde derselbe nach Esslingen ausgeschrieben ⁵⁾. Bereits jetzt planten Nürnberg und Ulm eine engere Vereinigung der führenden Städte. Sie ersuchten Augsburg für den Tag von Esslingen eine vertrauliche Botschaft zu verordnen ⁶⁾, so dass ein vertraulicher Wille zwischen ihnen gespürt werde. Trotz der Abmahnung Nürnbergs fand der Tag der Bundesstädte am 6. Juni zu Ulm statt. Nürnberg, Augsburg und Ulm, die sich zu einer gemeinsamen Instruktion ⁷⁾ verglichen hatten, führten das Wort.

¹⁾ An Ulm, 28. Mai, 30. Mai, Bb. 109; Keim, Schwäbische Reformationsgeschichte, S. 77. ²⁾ An Ulm, 9. Juli, 31. Juli, Bb. 109.

³⁾ An Augsburg, 1. Juni, Bb. 109. ⁴⁾ An Ulm, 30. Mai; an Neithart, 30. Mai, Bb. 109. ⁵⁾ An Ulm, 3. Juni, Bb. 109. ⁶⁾ An Augsburg, 3. Juni, Bb. 109.

⁷⁾ Klüpfel, II, S. 320. Instruktion vom 6. Juni.

Man beschloss am 9. und 10., die Bundeshülfe nicht zu weigern, aber ihre Verwendung in der Hand zu behalten. Nürnberg bestritt überhaupt den Bundesräten das Recht, eine eilende Hülfe anzusagen. In der That leistete es seine Beihülfe nicht ¹⁾ und benutzte die Friedensverhandlungen zwischen den feindlichen Fürsten als Entschuldigung. In diesen Tagen erschien bei den Städten ein Schreiben, in welchem König Ferdinand und die katholischen Fürsten sich von den Anklagen Hessens und Sachsens reinigten. Aber der Rat liess dasselbe ebenso wenig wie das kurz zuvor ausgegangene hessisch-sächsische Ausschreiben anschlagen; er wollte jeden Schein einer Parteilichkeit vermeiden und riet Augsburg zu demselben Verfahren ²⁾. Unter der Hand aber wurde Philipp fortgesetzt unterstützt; einen eigenen Pfennigmeister und Kriegskommissar der Stadt bemerkten die Gegner im hessischen Lager ³⁾. Mit Recht sahen sie in den Nürnbergern die Urheber des Ulmer Tages, welche die Städte von ihrer Bundespflicht abspenstig machen wollten. Bald erschien ein Schreiben des Bundes, worin die Stadt beschuldigt wurde, dem Landgrafen Geld und einige hundert Knechte in ihrem Namen zugeschickt zu haben, die in besonderem Quartier lägen. Der Rat stellte sich entrüstet ⁴⁾, berief sich auf die eignen Verdienste und die der Vorfahren, die gegen solche Verläumdung zeugen sollten und behauptete, die Knechte hätten sich auf eignen Anlass in der Stadt gesammelt. Doch wurden Beschuldigungen besonders wegen des Anteils am Ulmer Tage noch mehrfach erhoben, so im Februar 1529 ⁵⁾.

Am 26. Juli fand der allgemeine Städtetag zu Esslingen statt. Auf Ulms und Nürnbergs Empfehlung beschloss man, eine Gesandtschaft an König Ferdinand, um ihn zu ersuchen, er möge die Städte beim Speirer Abschied belassen. Zugleich traten Nürnberg, Strassburg, Ulm, Augsburg in vertrauliche Verhandlung wegen eines Bündnisses. Das Reichsregiment, das infolge des Speirer Reichstages nach Speier verlegt war, warnte die Städte vor zweideutigen Handlungen; es glaube allerdings dem Gerüchte nicht, dass die Städte ein Bündnis gegen den Kaiser schliessen wollten. Die Städte antworteten am 27. Juli, es sei nie ein Bund geplant, der wider das gemeine Recht sei ⁶⁾. Entgegen dem Esslinger Beschlusse lehnte Strassburg eine Gesandtschaft ab und empfahl dafür Ulm, einen Brief an den Kaiser zu richten ⁶⁾. Auch die altgläubigen Städte, vor allem

¹⁾ An Neithart, 17. Juni, Bb. 109. ²⁾ An Augsburg, 18. Juni, Bb. 109. ³⁾ Beschwerdeartikel des Bundes gegen Nürnberg, Klüpfel, II, S. 385. ⁴⁾ An den Bund, 6. Juli, Bb. 109. ⁵⁾ Antwort der Städte, Klüpfel, II, 332. ⁶⁾ Strassburg an Ulm, 15. Aug., Pol. Corr.

Köln war gegen den Plan; letzteres theilte Nürnberg seine Bedenken mit. Nürnberg, über Strassburgs Haltung noch im Zweifel, hielt noch am 31. August an dem Plan fest ¹⁾; aber schon am 1. September riet es selbst Ulm gegenüber, davon abzustehen ²⁾; man war von Speier aus benachrichtigt, dass vom Regiment die Sache den Nürnbergern als unthunlich vorgestellt sei. Kaden reiste bei den Städten umher, um die Gesandtschaft zu hintertreiben. So unterblieb sie. Dagegen regte die Stadt mit Eifer schon seit Mitte August bei Ulm die geplante Verbindung der vier Städte an ³⁾. Es war das alte, schon seit 1525 von der Stadt betriebene Projekt, bei dem man die Verwickelungen zu vermeiden hoffte, die man bei einem Bündnis mit den Fürsten oder mit den kleineren Städten befürchtete. Augsburg folgte wie vorhin nur der Initiative Nürnbergs und Ulms. Der Vorschlag der letzteren Stadt, dass Strassburg die Zeit und die Wahlstatt bestimmen sollte, ward angenommen. Auf Empfehlung Ulms ⁴⁾ setzte Strassburg den Tag auf den 13. Sept. zu Geisslingen an ⁵⁾. B. Baumgartner vertrat daselbst Nürnberg. Es wurde ein Vertheidigungsbund auf sechs Jahre beschlossen ⁶⁾; aber er sollte nicht gegen den Kaiser, das Reich und den schwäbischen Bund gerichtet sein. Wenn eine Stadt wegen des Abschiedes von 1526 angegriffen würde oder in Aufruhr gerieth, sollte von derselben ein Städtetag berufen werden. Im Fall der Eile sollten die Städte von selbst eine Hülfe von 4000 Mann und 20000 Gulden aufbieten. Dabei blieb es jedem freigestellt, einem andern Bunde, der nicht gegen diesen gerichtet sei, beizutreten. Letzteres geschah wohl auf Strassburgs Betreiben, das mit den Schweizern und dem Landgrafen in enger Verbindung stand, Strassburg hatte sogar die Aufnahme der Schweizer beabsichtigt ⁷⁾. Auf einem neuen Tage sollte weiter über den Abschluss des Bündnisses verhandelt werden. Man beschloss wieder, eine Gesandtschaft an den Kaiser zu schicken zur Entschuldigung, und um ihn zu bitten, das Wormser Edikt bis zum Concil zu sistieren. Augsburg empfahl, ihm eine Summe Geldes anzubieten. Nürnberg war mit einer weiteren Verhandlung über das Bündnis sehr zufrieden; jetzt geschah von seiten des Bundes ein Ansinnen, das mit seiner Politik auf den letzten Städtetagen in direktem

¹⁾ An Ulm, 31. August, Bb. 110. ²⁾ An Ulm, 1. Sept., Bb. 110

³⁾ An Ulm, 13. August, 17. August, Bb. 110. Keim, Schwäb. Rfg., S. 82. ⁴⁾ Ulm an Strassburg, 19. August, Pol. Corr. ⁵⁾ Strassburg an Ulm, 22. August, Pol. Corr.

⁶⁾ Strassburger Instruktion, Pol. Corr., S. 305. Beschluss von Geisslingen, S. 306. ⁷⁾ Strassburger Instruktion, Pol. Corr., S. 305.

Widerspruch stand und sie zu vereiteln drohte. Der Propst Waldkirch hatte während des ganzen Sommers seine Hülfswerbungen bei den Städten fortgesetzt. Nürnberg besorgte, dass er bei Augsburg den Anfang machen¹⁾ würde, die Städte zu trennen; denn dies galt ihm als die eigentliche Absicht des Propstes. Ende Juli bat er zu Ulm die Bundeshauptleute um Unterstützung des Kaisers gegen die Franzosen; sie waren bereit. Am 15. August erschien Waldkirch in Nürnberg²⁾ und bat, auf dem Bundestage, der zu Augsburg stattfinden sollte, das kaiserliche Begehren zu unterstützen; er schmeichelte dem Rat, wenn dessen Ansicht dafür sei, so habe er Befehl, ein Nationalconcil zu fordern. Der Rat liess ihm durch Ebner erklären, dass er, auch wenn der Bundestag nicht zustande käme, den Kaiser unterstützen wolle, ein Nationalconcil sei der beste Ausweg aus den Wirren. Aber in Wirklichkeit war der Rat nicht so eifrig; er fürchtete eine andere Verwendung der Hülfe. Als nun Ende September ein Ausschreiben des städtischen Bundeshauptmanns Neithart erschien, die Hülfswerbung betreffend, und mehrere Städte, auch Augsburg, deshalb einen Städtetag für nötig hielten, riet Nürnberg in zahlreichen Schreiben ab³⁾. Es wollte Zeit gewinnen. Vor Beginn des Bundestags sollten sich die Städte vertraulich besprechen und eine einhellige Antwort geben. Die zu Geisslingen beschlossene Gesandtschaft wurde von Strassburg gebilligt⁴⁾, doch verwarf es die Geldschenkung. Die Magistrate der drei andern Städte aber waren jetzt gegen jede Gesandtschaft. Nürnberg verwarf sogleich die Beschlüsse ausser dem Bundesprojekt⁵⁾. Es sandte ein langes Gutachten⁶⁾ darüber an Ulm ein; man hielt es für unmöglich, eine gemeinschaftliche Instruktion sämtlicher Städte herzustellen, da noch viele dem Katholicismus anhängen; andererseits sei es nicht ratsam, sich in der Gesandtschaftsfrage von den übrigen zu trennen; vor allem betonte Nürnberg, dass man die Rechtsgültigkeit des Speirer Abschiedes selbst in Frage stelle, wenn man um Sistierung des Wormser Ediktes bitte. Hierauf meldete Ulm den Strassburgern am 12. October die Ablehnung⁶⁾. Kaden reiste im Auftrage Nürnbergs bei den Städten umher, um die Gesandtschaft zu hindern. Doch handelte der Rat nicht ganz aufrichtig. Er machte den Ulmern Mitteilung, dass Ehinger in Nürnberg sich zum Anwalt beim Kaiser erboten hätte. Kaden solle nach Speier gehen und Ehinger ersuchen, beim

¹⁾ An Ulm, 9. Juli, Bb. 110. ²⁾ Soden, S. 299. ³⁾ An Nördlingen, 19. Sept.; an Ulm, 26. Sept.; an Augsburg, 28. Sept.; an Heilbronn, 29. Sept.; Bb. 110. ⁴⁾ Strassburg an Ulm, 26. Sept., Pol. Corr. ⁵⁾ An Ulm, 26. Sept., Bb. 110. ⁶⁾ Polit. Corr., I, S. 309 ff.

Kaiser die Unterwürfigkeit Nürnbergs zu versichern; auch Pläne gegen die Stadt solle er dem Rate anzeigen. Ulm war bereit sich anzuschliessen ¹⁾, als Ehinger von Speier kommend dieses empfahl. Die Gesandtschaft unterblieb, über das Bündnis wurde weiter verhandelt. Man hatte, um nicht in Conflict mit andern Pflichten zu kommen, den Bund von Schwaben ausdrücklich als Gegner ausgenommen; Strassburg aber wollte keine Rücksicht auf ihn genommen wissen ²⁾. Augsburg andererseits war ärgerlich, dass nicht das Haus Oesterreich und Ferdinand ausdrücklich als gute Freunde genannt waren. So waren nur Nürnberg und Ulm einig; sie bemühten sich noch einige Zeit um die Sache des Bündnisses. Zugleich fürchtete Nürnberg, dass auf dem bevorstehenden Bundestage die Frage der Religion und der Jurisdiktion zur Besprechung kommen würde, die das entschlossene Auftreten der Städte im vorigen Jahre verhindert hatte. Neithart wurde an die Beschlüsse von Nördlingen erinnert und ermahnt, die zum etwaigen Protest bestimmten Städte zu entbieten und anzuweisen ³⁾. Doch wurde seitens der Gegner jetzt kein Angriff geplant; auch die Packischen Unruhen wurden gänzlich beigelegt, und hiermit endeten auch die Versuche Nürnbergs und Ulms zu einer städtischen Einigung.

Kapitel VII.

Der Reichstag zu Speier ⁴⁾ 1529.

Das Verhältniss des Kaisers zum Papste hatte sich gebessert. Bereits im October 1528 forderte der Papst den Kaiser zu energischem Einschreiten auf. So erfolgte im November das Ausschreiben eines Reichstages zu Speier für den 21. Februar 1529. Nürnberg war vertreten durch Tetzl, Kress und Baumgartner, denen der Syndikus Kaden beigegeben war. Tetzl

¹⁾ Pol. Corr. I, S. 310. Ratsverlass. ²⁾ Die 13 von Strassburg an die Geheimen von Ulm, 7. Nov., Pol. Corr. ³⁾ An Neithart, 3. Oct., Bb. 110. ⁴⁾ Ney, Geschichte des Reichstages von Speier.

war zuerst in Speier und suchte von dort aus die befreundeten Städte zu einer früheren Beschickung des Tages zu veranlassen. Überhaupt bemühte sich Nürnberg, die andern Städte zum Aus-
harren zu ermutigen. Memmingen, dass im Dec. 1528 die Messe abgeschafft hatte, war vom Bischof von Augsburg beim Bunde verklagt worden. In seiner Beunruhigung fragte es bei Spengler an. Er antwortete ¹⁾: „Bei solchem Fürnehmen müssen die, die Christen sind und Gott höher achten, denn Menschen, alles zurückschlagen. Christus sagt: Wer Vater und Mutter mehr liebt, denn mich, der ist mein nicht würdig Das Reich dieser Welt nimmt durch Unglück ab, Christi Reich nimmt durch Trübsal zu“. Als nun im Februar 1529 die Ausweisung des Bürgermeisters von Memmingen, Kellers, durch den Bundesrat erfolgte, suchte Nürnberg die Städte, welche dem gegenüber nichts zu thun wagten, zu einem gemeinsamen Eintreten als für eine gemeinsame Sache aller Städte zu gewinnen. In diesem Sinne wurde eine Instruktion ausgearbeitet und Baumgartner für den angesetzten Städtetag übersandt ²⁾. Aber auch das eigene Interesse nahm die Stadt damit war. Am 11. Februar 1529 wurde auf dem Bundestage zu Ulm in der Klagsache des Deutschherrn gegen die Stadt auf eine Busse erkannt; ferner wurden die alten Beschuldigungen wegen des Ulmer Tages und der Unterstützung Philipps erneut und der Stadt eine Beschwerdeschrift darüber zugestellt ³⁾. Endlich schwebte beim Bunde noch immer die Klage des Bischofs von Bamberg wegen der Änderung der Ceremonien. Schon mehrfach hatte die Stadt schriftlich und mündlich den Ständen erklärt, dass die Sache das Gemüt und Gottes Wort betreffe, und daher weder Reichsstände noch Bundesstände zur Entscheidung berechtigt seien, sondern allein ein Concil. Der Zweck des Bundes sei die Erhaltung des Landfriedens, einer weltlichen Sache; eine Einmischung in Religionsangelegenheiten führe zur Auflösung des Bundes. Die Zurückweisung Strassburgs vom Regimente vermehrte die Besorgnis vor einem Urteil des Bundes. Daher erinnerte der Rat im Mai zahlreiche, auch nicht katholische Städte, an den Beschluss des Städtetages vom Nov. 1527 und ersuchte sie, ihre Räte für den Bundestag anzuweisen, dass ein Vorgehen gegen Nürnberg verhindert werde ⁴⁾.

Am 15. März erfolgte die Vorlage der kaiserlichen Proposition; sie empfahl, da ein Concil jetzt nahe bevorstehe, den missverstandenen

¹⁾ Brief vom Januar an den Rat von Memmingen, Hausdorff, S. 143. Pressel, S. 78. Döbel, II, S. 79. ²⁾ An die Gesandten, 26. Februar, Bb. 111. ³⁾ Klüpfel, II, S. 335. Ney, S. 23. ⁴⁾ An Augsburg, Ulm, Nördlingen, Überlingen, Ravensburg, Gemünd, 12. Mai, Bb. 111.

Artikel von 1526 förmlich aufzuheben. Die Kollegien beschlossen anfangs, die Religionsfrage vor der Türkenfrage zu behandeln; als aber Ferdinand die gleichzeitige Beratung der Vorschläge empfahl, ward dieses angenommen. Die Geistlichen, welche die Aufhebung des Abschiedes vornehmlich interessierte, wollten die Vorlage in Plenarsitzungen rasch erledigen; aber die Städte setzten durch, dass ein Ausschuss gebildet wurde, damit sie ihre Meinung äussern konnten. Unter den 13 Mitgliedern desselben waren nur Sachsen, Strassburg und Nürnberg, letztere durch Jacob Sturm und Tetzl vertreten, evangelisch. Leonhard von Eck, der baierische Vertreter und Faber, der Vertreter des Bischofs von Constanz, beherrschten die Versammlung. Neben diesem Ausschuss bestand noch ein besonderer Ausschuss der Städte, in dem Tetzl sass. Am 22. März zeigte sich die Majorität des grossen Ausschusses zur Cassierung des Abschiedes bereit. Deshalb wurden vom Städteausschuss von Kaden und die Stadtschreiber von Nordhausen und Augsburg mit der Abfassung von Gutachten beauftragt ¹⁾. Der Entwurf Augsburgs wurde als der mildeste angenommen und diente als Grundlage für die später abgegebenen Erklärungen der Städte. Schon am 23. erfolgte der definitive Beschluss des grossen Ausschusses; wer bislang das Wormser Edikt gehalten habe, solle es auch künftig halten; die anderen sich jeder Neuerung so viel als menschlich und möglich enthalten. Bei Androhung von Acht und Aberacht wurde verboten, einen geistlichen Stand seiner Obrigkeit, Renten, Güter, Zinsen und Herkommen zu berauben. Die Sekten, die dem Sakramente widersprächen, sollten überhaupt nicht geduldet, niemand an der Messe verhindert werden. Wenn somit auch nicht eine direkte Rückkehr zur alten Kirche geboten ward, so bedeutete doch ein Stillstand der Reformation, zumal für die meisten Städte, die mitten in der Umwandlung standen, nichts anderes. Vor allem nahmen die Städte Anstoss an der geistlichen Obrigkeit, weil sie die Herstellung der bischöflichen Jurisdiktion fürchteten. Nürnberg war ja gerade im Conflict darüber mit dem Bischof von Bamberg; dieser hatte die Stadt und den Markgrafen Georg wegen der Visitation beim Bunde verklagt; auch der Bischof von Würzburg und der von Eichstädt erhoben ähnliche Klagen. Leonhard von Eck, der auch beim Bunde den grössten Einfluss übte ²⁾, ermunterte sie zum Widerstand und versprach Hülfe. Der Bund that dasselbe; so erhob sich die ganze katholische Partei mit ungewohnter Energie. Bislang

¹⁾ Nach Bericht vom 22. März bei Ney, S. 136, aus dem Augsburger Archiv. ²⁾ Brief Spenglers an den Kanzler Vogler, Beilage 4 bei Ney.

hatte Nürnberg solche Klagen einfach zurückgewiesen, weil sie vor ein Concil oder wenigstens vor den Reichstag gehörten; dieser war aber jetzt in der Gesinnung mit dem Bunde einig. Allein die Stadt, die bislang so sorgfältig jeden Conflict vermieden hatte, zeigte in der Gefahr des Evangeliums die grösste Entschlossenheit. Der Rat hatte in Voraussicht des Conflictes auf dem Reichstage schon am 20. März Gutachten seiner Prediger und Rechtsgelehrten eingefordert und am 24. seinen Gesandten mit dem Befehl, sie zu befolgen, übersandt. Im Notfall sollten sie gegen einen Majoritätsbeschluss protestieren und das Rechtsmittel der Appellation ergreifen. Die Gesandten durften den Ratschlag nach Ermessen im Vertrauen mitteilen. Georg von Brandenburg erhielt ihn vom Rate zugeschickt ¹⁾; auf ihn hoffte er besonders „seines beständigen Gemütes wegen“, daher sollten sich die Gesandten zu ihm „unterthänig und vertraulich stellen“. Die Entschlossenheit, keine Concessionen zu machen, die Spengler bereits in seinem Schreiben vom 21. Mai 1526 an Peter Butz zeigte, sehen wir in dem Gutachten der Nürnbergischen Theologen, das den glaubensverwandten Ständen überreicht wurde ²⁾; auf der Bibel beruhend kommt es zu demselben Schluss wie das juristische: Mehr als des Kaisers Acht sei Gottes Bann zu befürchten; das Wort Gottes befehle Gehorsam gegen die Obrigkeit, ausser wenn es gegen Gott ginge. Mit Berufung auf Röm. 14 wurde Gewissensfreiheit auch für die Unterthanen gefordert. Es sei Sünde gegen das Gewissen zu handeln, die Obrigkeit habe kein Recht, die Unterthanen zur Sünde zu zwingen. Eine vorläufige Religionsordnung sei nur möglich, wenn keine der bestehenden Änderungen abgeschwächt werde.

Das juristische Gutachten zeigt Spenglers Entschiedenheit. „Es ist verlorene Mühe, zwischen dem Papst und dem Evangelium als zwei sehr widerwärtigen Herren zu vermitteln; auch sei es unbillig, eine Streitfrage, bevor sie erörtert sei, zu entscheiden; dass eine Streitfrage bestände, hätten die Gegner durch die Berufung auf ein Concil zugegeben; für den Notfall bleibe Protestation und Appellation über.“

Diese Gutachten übten auf die Verhandlungen der Städte einen grossen Einfluss. Auch der Markgraf Georg wurde vom Rate, sein Kanzler Vogler von Spengler besonders, von der Absicht zu protestieren in Kenntniss gesetzt und zum Anschluss aufgefordert ³⁾. Die Städte suchte König Ferdinand einzuschüchtern. Er forderte von ihnen sogar die Rücknahme der

¹⁾ An die Gesandten, 24. März, Bb. 111. Beilage 4 und Beilage 5 bei Ney; Müllner, S. 83. ²⁾ Ney, S. 144 ff. ³⁾ Ney, S. 298.

bereits getroffenen religiösen Änderungen, während den Fürsten deren Beibehaltung bis zum Concil gestattet werden sollte. Dagegen arbeiteten die Nürnberger. Spengler schrieb persönlich an Kaden wegen eines Artikels¹⁾, ohne dessen Aufnahme in den Abschied der letztere nicht annehmbar sei: Keiner sollte bis zum Concil zur Abstellung der Änderungen gezwungen werden. Mit einer solchen Handhabe hofften sie, die im Entwurf des Ausschusses den Geistlichen zugesicherten Rechte illusorisch zu machen. Für den Fall der Nichtannahme, so erkannte Spengler und der Rat von Anfang an, blieb die Protestation²⁾, wofür die Gesandten eifrig werben mussten. Der Befehl im Notfall zu protestieren wurde ihnen immer von neuem eingeschärft. Daneben wurde eine Gesandtschaft an den Kaiser und ein Ausschreiben an die Stände und die Christenheit vom Rate bereits Anfang April in Betracht gezogen³⁾. Zugleich sollte die Türkenfrage einen Druck auf die Gegner ausüben. Am 23. März erschien eine Gesandtschaft Ferdinands vor dem Rate und warb um Hülfe gegen die Türken. Man lehnte die Forderung ab⁴⁾. Der Rat liess bei den Glaubensverwandten darauf dringen, dass man den Gegnern gegenüber diese selbst als die Verursacher der Weigerung einer Türkenhülfe hinstellte; er war entschlossen, bei einem beschwerlichen Abschied nichts zu bewilligen.

Ende März wurde zu Speier trotz der Zurückhaltung der lutherischen Stände eine eilende Türkenhülfe bewilligt. Als aber darauf eine beharrliche Hülfe gefordert wurde, erklärten die lutherischen Stände, dass man zuvor einen europäischen Frieden haben müsse. Am 1. April wurde den Städtegesandten ein Gutachten der Fürsten geschickt, das zur Befriedigung Nürnbergs und Strassburgs mit aller Entschiedenheit verlangte, man solle sich nicht von dem Abschied von 1526 drängen lassen. Am 3. April wurde endlich der Entwurf der Commission im Plenum vorgelegt. Bislang hatten die Städte getreu ihrem alten Gebrauch einheitlich das Interesse der lutherischen vertreten; jetzt versuchte man sie zu trennen.

Schon am 3. erklärten acht rheinische Städte, die gleich nach der Sitzung zu Ferdinand besonders berufen wurden, darunter Aachen, Köln, Metz, Speier, dass sie dem Wormser Edikt, wie bislang, treu bleiben wollten; ebenso erklärten sich am 4. die schwäbischen katholischen Städte. Am 4. erschienen auf Strassburgs und Nürnbergs Fürsprache auch die Vertreter der

¹⁾ An die Gesandten, 1. April, Bb. 111. ²⁾ An Georg von Brandenburg, 27. März, Bb. 111. ³⁾ An die Gesandten, 2. April, Bb. 111.
⁴⁾ An die Gesandten, 24. März, Bb. 111.

24 „ungehorsamen Städte“. Als der Pfalzgraf Friedrich sie im Namen Ferdinands hart anfuhr, erklärte Sturm als Sprecher, dass die Änderungen getroffen wären, um Unruhen zu vermeiden und ohne Gewissensnot nicht wieder abzuthun sein; in allen zeitlichen Dingen sei man zum Gehorsam bereit. Der Pfalzgraf sprach die Erwartung des Königs aus, dass sie ihren Gehorsam bezeigen würden. Aber vorläufig waren die Städte noch enig. Als am 7. April von den ersten beiden Ständen die Vorlage angenommen wurde, beschlossen sie sofort eine Supplication, die am 8. überreicht wurde als „der ehrbaren und frommen Reichsstädte Bedenken auf des Ausschusses übergebenen Ratschlag“ ¹⁾. Es hiess darin, es gäbe kein besseres Mittel, Friede und Einigkeit zu erhalten, als ein solches, wodurch keiner den anderen in seinem Glauben zwänge; deshalb hätten sie einmütig beschlossen, nicht in die Aufhebung des Abschiedes zu willigen, den Artikel über die Wiedertäufer wolle man annehmen, aber die Worte von geistlicher Obrigkeit und Herkommen seien etwas disputierlich; es sei billig, gemäss des Abschiedes von 1526 niemanden seiner Flecken, Zinsen und Renten zu berauben; die Türkenhülfe betreffend erklärte man offen, wenn die vorigen Artikel dermassen erledigt seien, dass einer neben dem andern im Reich in Frieden sitzen könne, so sei man erbötig zu helfen. Diese Petition wurde von der kaiserlichen Kommission abgewiesen als ordnungswidrig, da die Städte bereits im Ausschusse vertreten seien; dort hätte ein Bedenken eingereicht werden müssen. Man liess die Worte der Vorlage über die Obrigkeit der geistlichen Gewalt weg und setzte dafür ein, dass niemand eines anderen Standes Unterthanen in Schutz nehmen sollte. Auch hiermit waren die Städte unzufrieden; sie fürchteten, dass die Bischöfe die Pfarrer als Unterthanen ansehen würden.

Den Anschlag der Türkenhülfe fand Nürnberg höchst beschwerlich. Im Anschluss an Vorschläge und Verhandlungen der Städteboten schlug Nürnberg einen gemeinen Pfennig vor, der allein für den Türkenkrieg verwandt werden sollte. Jede männliche Person über vierzehn, jede weibliche über zwölf Jahre sollte mit vier Kreuzern besteuert, die gleiche Abgabe von je hundert Gulden Besitz erhoben werden. Wenn das Geld nicht zu dem Türkenkriege verwandt würde, so sollte es gesammelt bleiben und im Fall der Überrumpelung eines Standes durch einen andern gegen den Friedensbrecher gebraucht werden ²⁾. —

Da die Krise sich näherte, so wurden die Gesandten am

¹⁾ Jung, Geschichte des Reichstages zu Speyer 1529, S. 28.
die Gesandten, 9. April, Bb. 111.

²⁾ An

9. und 10. April wiederum angewiesen, gegen einen bedrohlichen Abschied zu protestieren. Zur Fertigstellung der Protestation wurde gemahnt und die eingesandten Gutachten als dazu nötig empfohlen. Ein gedrucktes Ausschreiben und eine Gesandtschaft an den Kaiser hielt der Rat für unumgänglich ¹⁾ notwendig. Am 12. fand die entscheidende Sitzung statt. Unter dem Widerspruche der Evangelischen nahmen die beiden andern Stände die Proposition an. Als darauf den Städten dieser Beschluss mitgeteilt wurde, liess Chursachsen sie von dem Protest benachrichtigen ²⁾. Nach einer Beratung antwortete Sturm noch einmal im Namen sämtlicher Städte, dass sie der Ansicht wären, man möge beim Abschied von 1526 bleiben. Damit hörte die Einheit der Städte auf; der Vertreter von Rottweil erklärte, dass es auch Städte gäbe, welche diese Bitte nicht stellten. Als somit die Spaltung der Städte bekannt war, forderte der Kanzler von Mainz die protestierenden Städte zu sofortiger Erklärung auf; den Abwesenden wurde bis 2 Uhr Frist gegeben. 21 Städte nahmen das Ausschussgutachten an, 18 Städte protestierten gegen den Beschluss der Mehrheit. Ebenso wurde trotz des Protestes am 14. eine eilende Türkenhilfe beschlossen und den Städten rücksichtslos vor dem Saale Mitteilung davon gemacht.

In dieser Krise schrieb der Rat an seine Gesandten in einem Schreiben, das Spenglers Geist und Stil zeigt: „Es gehe, wie es Gott schicken mag, so wissen wir von keines Menschen wegen abzuweichen. Darum können wir auch noch keinen andern Befehl schicken, denn dass ihr im Namen Gottes neben den andern christlichen Ständen, wie wenig die seien mögen, stehen und mit Appellation anhängen mögt“. Allein die Artikel der Protestation, die der Rat von seinen Theologen und Juristen anfertigen liess, und die am 19. nach Speier abgingen, kamen bereits zu spät ³⁾. Am 19. erschien Ferdinand vor den Ständen und erklärte die vorgelegten Vorschläge, die er verlesen liess, mit Berufung auf die Majorität für angenommen. Die lutherischen Stände liessen nach einer Beratung noch in derselben Sitzung ihren Protest verlesen. Die letzten Vermittelungsversuche scheiterten; auch Chursachsen schwenkte von seiner bedenklichen Politik des Nachgebens, die Melanchthon vertrat, endlich ab; der Weg, den Nürnberg von Anfang an vorgesehen hatte, blieb allein übrig. Es ward nun die fürstliche Appellation in eine gerichtliche Form gebracht; 14 Städte traten ihr bei.

Inzwischen war der lang gehegte Plan eines Bundes der

¹⁾ An die Gesandten, 9. 10. April, Bb. 111. ²⁾ Ney, S. 184; an Strassburg, 13. April, Pol. Corr. ³⁾ An die Gesandten, 15. 19. April, Bb. 111.

lutherischen Fürsten und Städte wieder aufgenommen. Philipp schlug den Gesandten von Nürnberg und Ulm eine Tagsatzung vor; schon am 10. April erklärte sich der Nürnberger Rat bereit ¹⁾, auf einem von den Fürsten angesetzten Tage über ein Bündnis, eine Botschaft an den Kaiser und ein Ausschreiben zu handeln. Philipp stand mit Strassburg schon längere Zeit in Verbindung, besonders durch Sturm, den er schon im December zu einer Zusammenkunft eingeladen hatte ²⁾. Um den Glaubenszwiespalt beizulegen verhandelte Philipp von Hessen mit Melanchthon über ein Religionsgespräch. Es war Aussicht auf Versöhnung vorhanden, da die Darstellung der Abendmahlslehre, welche auf Sturms Anregung von Strassburg geschickt wurde, nur wenige Differenzpunkte zu zeigen schien. So wurde am 22. April ohne Vorwissen der Theologen ein Bund zwischen Sachsen, Hessen, Nürnberg, Ulm und Strassburg verabredet. Städte und Fürsten arbeiteten je einen Bundesentwurf aus; der städtische betonte besonders als Grund der Bundeshülfe die Hinderung der Visitation unter dem Vorwande der geistlichen Jurisdiktionsinteressen. Auch ein Ausschreiben wurde in Speier bereits entworfen ³⁾.

Kapitel VIII.

Bündnisbestrebungen.

Der religiöse Zwiespalt der Evangelischen, der zu Speier einen Augenblick vergessen war, tauchte sofort wieder auf, als die Theologen von dem Bundesentwurfe hörten. Melanchthon und Luther drangen beim Churfürsten darauf, den Bund mit den Zwinglischen rückgängig zu machen. Melanchthon forderte im Mai seine Freunde in Nürnberg ⁴⁾, H. Baumgartner

¹⁾ An die Gesandten, 10. April, Bb. 111. ²⁾ Philipp an J. Sturm, 2. December 1528, Strassb. Pol. Corr. I, 310. ³⁾ An Chursachsen, 7. Mai, Bb. 111. ⁴⁾ Siehe Ranke, IV, S. 126 und C. Reform. I, 610. 611.

und Spengler, ebendazu auf. Die Theologen der Stadt waren ganz Luthers Ansicht, dass man mit den Sakramentierern nichts zu schaffen haben sollte; aber der Rat zeigte sich hierbei im Gegensatz zu der sächsischen Regierung frei von theologischer Bevormundung. Trotzdem die leitenden Männer in Sachen des Glaubens sich unbeugsamer hielten, als die sächsische Regierung es gethan hatte und in Zukunft that, so war man doch weit entfernt davon, ein politisches Bündnis mit den Städten abzuweisen, mit welchen natürliche Interessen die Stadt verbanden ¹⁾. Vorläufig kamen die protestierenden Stände auf einem Konvente zu Nürnberg, den der Churfürst auf den 24. Mai 1529 angesetzt hatte, zusammen. Schwäbisch-Hall, das nicht protestiert hatte, erklärte durch ein Schreiben vom 29. Mai an die Versammlung zu Nürnberg, dass es trotzdem sich den Protestierenden anschliessen werde ²⁾. Man beschloss auch im Namen der abwesenden Städte eine Gesandtschaft an den Kaiser; 4000 Gulden wurden hierfür ausgesetzt, die bis zum 1. Sept. aufgebracht werden sollten. Nürnberg machte den nicht erschienenen Städten die Mitteilung erst am Ende Juli, als die Gesandtschaft bereits abgereist war und bat um nachträgliche Ratification der Beschlüsse; strengstes Stillschweigen wurde ihnen angeraten ³⁾. J. Ehinger, Bürgermeister von Memmingen und Bruder des kaiserlichen Rates, Alexius Frauentraut, brandenburgischer Sekretär, und der nürnbergische Syndicus Kaden wurden als Gesandte ausersehen. Die Instruktion derselben, welche die leitenden Gesichtspunkte aller Verhandlungen bis zum Reichstage von Augsburg feststellte, war von Spengler verfasst ⁴⁾. Er ging von der Voraussetzung aus, dass die Beschlüsse der Majorität nicht mit Willen des Kaisers erfolgt seien; gegen diese Majorität, nicht gegen den Kaiser, hielt er den Widerstand für erlaubt. Man ⁵⁾ stellte die alte Rechtsübung fest, dass ein Majoritätsbeschluss für die nicht Zustimmenden nicht bindend sei. In geschickter Weise suchte man dem Kaiser zu insinuieren, es könnte gar nicht seine Absicht gewesen sein, seine früheren Versprechen nicht zu halten; aus dem Verbote des für 1524 zu Speier angesetzten Reichstages ergäbe sich, dass er in Glaubenssachen keine Entscheidung durch die Stände wolle; da er ferner auch laut seines Versprechens für des Reiches Nutz

¹⁾ Die Ansicht Rankes III, S. 120, 5. Auflage scheint deshalb irrig und ihre Begründung mehr auf dem Gutachten der Nürnberger Theologen, (Strobel, Miscell. V, 113) als auf dem des Rates zu beruhen.

²⁾ Neudecker, Urkunden, S. 106.

³⁾ An die abwesenden Städte,

21. Juli, Bb. 112.

⁴⁾ Spengler an Butz, 13. Sept., Pol. Corr.

⁵⁾ Instruktion bei Müller, Historie von der evangel. Stände Protestation, S. 147.

und Wohlfahrt sorgen wolle, so könne ein Beschluss nicht ernstlich gemeint sein, der so gefährlich für die Ruhe und Ordnung sei, wie der des letzten Reichstages. Schliesslich wurde wieder die religiöse Überzeugung betont. Sei kein anderer Grund für ihr Verhalten vorhanden, so genüge der, dass man nicht gegen das Gewissen handeln und auch die Unterthanen nicht gegen das Gewissen zwingen dürfe; hierin sei man dem Kaiser keinen Gehorsam schuldig. Man erbot sich, aus der Schrift sich überführen zu lassen. Man hoffte auch ¹⁾ durch Verwendung der kaiserlichen Räte, zumal Ulrich Ehingers, Bruders des Gesandten, etwas zu erreichen und gab an sechs derselben Briefe mit. Am 14. Juli ging die Gesandtschaft mit einem französischen Geleitbrief versehen ab. Sie fand am kaiserlichen Hoflager zu Piacenza eine unfreundliche Aufnahme. Auf ihren Vortrag am 12. September liess ihnen der Kaiser am 13. October eine Antwort zustellen ²⁾, dass der Majoritätsbeschluss für alle Stände bindend sei, er habe an Fürsten und Stände deshalb schreiben lassen mit Strafandrohung, falls sie den Abschied nicht annähmen. Als darauf die Appellationsurkunde, deren Annahme verweigert ward, durch Ehinger und von Kaden den kaiserlichen Räten zugestellt wurde, kündigte man den Gesandten Hausarrest an und verbot ihnen, Bericht zu erstatten. Nur dem Nürnberger Gesandten gelang es, noch vorher einen Bericht abzusenden ³⁾; nicht viel später entkam er selbst der Haft.

Zur Besprechung des Bündnisses war ein Tag zu Rotach ⁴⁾ festgesetzt; gemäss der Verabredung wurde der Markgraf Georg eingeladen, einen Vertreter zu schicken. Sachsen hatte seinen Vertreter von Minkwitz infolge der lutherischen Bedenken beauftragt, nur das Projekt zu einem Bunde zu besprechen, nicht einen Bund selbst zu verabreden. Luther meinte, der Bund müsse auf den Glauben gegründet werden; das sei hier nicht der Fall; die Teilnahme Hessens und Strassburgs liesse befürchten, dass man weltliche Interessen, eingezogene Güter, vertheidigen müsse ⁵⁾. Nürnberg dagegen betrieb hauptsächlich den Abschluss eines Bundes ⁶⁾. Lazarus Spengler setzte den Bundesentwurf auf, der mit Veränderungen später in Rotach angenommen wurde; gerade dieser entschiedene Lutheraner konnte sich ein politisches Bündnis trotz der religiösen Abweichung vorstellen;

¹⁾ Nebeninstruktion bei Müller, S. 167 ff. ²⁾ Kaiserl. Abschied vom 13. Oct. bei Müller. ³⁾ Müller, S. 271. Bericht vom 13. Oct., S. 230. ⁴⁾ Pharrers Relation über den Tag von Rotach, Pol. Corr. I, S. 369. ⁵⁾ Luthers Bedenken, Müller, S. 230. ⁶⁾ Seckendorf. Commentarius historicus de Lutherismo II, S. 46.

als man zur Ausgleichung ein Religionsgespräch plante, hielt er es „mehr für eine Curiosität, denn eine Notdurft“¹⁾. Zur Beratung des Spenglerschen Entwurfes hielten die Vertreter der drei Städte zu Nürnberg eine Vorberatung; am 7. Juni kamen sie in Rotach an. Chr. Kress und Chr. Tetzl, welche auch den Vertrag zu Speier verabredet hatten, vertraten Nürnberg. Hans von Minkwitz eröffnete die Verhandlungen mit einem Vortrage über die Lage der Dinge und die Veranlassung des Tages, worauf ein Vortrag des hessischen und einer des markgräflichen Gesandten folgten. Darauf erklärten die Städteboten, dass sie sich bereits über einen Vorschlag verglichen hätten, doch hätten sie zu endgültigem Abschluss keine Vollmacht. Auf Minkwitzens Bitte, weil es ein vertraulicher Handel sei und damit man nicht viel Zeit verliere, wurde eine Abschrift des Entwurfes übergeben und nach zwei Stunden mit Änderungen zurückgebracht²⁾. Der Spenglersche Entwurf zeigte Ähnlichkeit mit dem von Geisslingen. In dem Bunde, der auf fünf Jahre festgesetzt werden sollte, waren wie damals die Pflichten gegen den Kaiser, gegen andere Bünde und Erbverbrüderungen vorgesehen; es sollte ein „vertraulich freundlicher Verstand sein, dergestalt, wenn einer des Glaubens wegen angegriffen würde, wessen er sich zu versehen habe“.

Nur für den Zweck der Vertheidigung im Falle, dass gegen ein Bundesmitglied wegen des Speirer Abschiedes und in Fragen der Jurisdiktion infolge einer Achtserklärung vorgegangen würde, sollte der angegriffene Teil die andern Mitglieder zur Beratung berufen, wobei Fürsten und Städte je drei Stimmen haben sollten. Im Falle, dass eine Vermittlung durch diese Versammlung nicht zustande käme, aber die Not dringend sei, sollte ein Hülfzug beschlossen werden und der Angegriffene die Führung haben; je zwei Kriegsräte sollten den sechs Bundesräten von Städten und Fürsten beigeordnet werden. Einen Waffenstillstand sollte der Angegriffene schliessen dürfen; ein definitiver Friede aber nur von der Gesammtheit nach Majoritätsbeschluss geschlossen werden. Soweit hatte man am Montag den 7. Juni sich verglichen; man stritt noch über die Höhe des Reitercontingentes, die Fürsten wollten nur 1200 stellen; die Städtegesandten bestanden infolge ihrer Instruktion auf 1500, wogegen sie 3000 Fussknechte stellen wollten. Auf einem Tage zu Schwabach, der auf den 24. August angesetzt wurde, sollte ein entgültiger Beschluss gefasst werden. Es wurde im Abschied die Erwartung ausgesprochen, dass man sich im Notfall auch

¹⁾ 18. August, an V. Dietrich, Mayer, Spengleriana, S. 69. ²⁾ Bei Müller, S. 236, mit der Notiz „von Nürnberg übergeben“.

schon mittlerweile gegenseitig helfen werde. Zu Rotach wurde auch von den Fürsten eine Copie des Magdeburger Bündnisses vorgelegt; man bat um Aufnahme der nordeutschen Verbündeten, doch konnten die Gesandten wegen Mangels einer Instruktion hierüber nichts beschliessen.

Dem Churfürsten von Sachsen misfiel unter Luthers Einflusse der Bund mit den Zwinglianern immer mehr; er hätte gern mit den Fürsten vor dem Tage von Schwabach ein Abkommen getroffen und schlug deshalb eine persönliche Zusammenkunft vor¹⁾; der Markgraf war bereit, Philipp aber widersetzte sich einem Plane, der den allgemeinen evangelischen Bund nur hindern konnte. Es fand ein in ziemlich scharfem Ton gehaltener Briefwechsel zwischen beiden Fürsten statt. Nach Philipps Ansicht war eine Zusammenkunft überflüssig, da nicht Glauben und Seligkeit von den streitigen Artikeln abhinge, auch sei ja Strassburg gar nicht abweichend im Glauben²⁾. Mit Recht betonte er, dass infolge einer Ausschliessung Strassburgs sicher auch Ulm und vielleicht Nürnberg vom Bunde zurücktreten würden. Aber der Churfürst³⁾ bestand auf der Ansetzung eines Fürstentages und riet deshalb, den Tag von Schwabach zu verschieben. Philipp gestand die Beschickung der Fürstenversammlung ungern zu⁴⁾, die er am 17. August, also 8 Tage vor dem Schwabacher Convente abzuhalten empfahl, um die Städte, die ja eben von den Fürsten eingeladen waren, nicht durch eine Verschiebung des Tages zu beleidigen. Er hoffte damals zuversichtlich eine Versöhnung der Religionsparteien zu erzielen, nachdem es ihm gelungen war, Luther für ein Religionsgespräch in Marburg zu gewinnen. Trotz der Abneigung Philipps wurde darauf von Chursachsen der Tag von Schwabach abgesagt und auf den 16. October verschoben. Ein Fürstentag wurde nach Schleiz berufen⁵⁾. Die Gesandten von Nürnberg, Strassburg und Ulm hatten sich auf Nürnbergs Einladung, die Ulm angeregt hatte⁶⁾, zu einer Vorberatung in Nürnberg⁷⁾ versammelt und erhielten die Abkündigung, als sie bereits in Schwabach waren; sie waren sehr verstimmt über die Rücksichtslosigkeit. Trotzdem nahmen sie den neuangesetzten Tag an in der Hoffnung, dass im Notfall mittlerweile die nötige Hülfe geleistet, und dass die Sache

¹⁾ Brief vom Sonntag nach Margarethen, Müller, S. 256. ²⁾ Nach den Erklärungen zu Speier. ³⁾ Montag nach Jakobi, Müller, S. 261.

⁴⁾ Sonntag nach vincula Petri, Müller, S. 266. ⁵⁾ Johann an Philipp, 9. August, Müller, S. 271. Johann und Georg an Strassburg, Ulm, Nürnberg, 10. Aug., Pol. Corr. ⁶⁾ Ulm an Strassburg, 12. August, Pol. Corr. ⁷⁾ Die Städte an Johann und Georg, 23 Aug., Bb. 112, Pol. Corr.

zwischen den Glaubensverwandten zum getreulichsten gemeint werde. Anfang September erhielt Philipp die Nachricht vom Friedensschlusse zu Cambray ¹⁾. Der Landgraf, der die Sachlage besser erkannte, als seine Bundesgenossen, hatte bereits unbekümmert um theologische Bedenken seine Massregeln zu treffen gesucht. Als im Juni ²⁾ auf dem Tage des schwäbischen Bundes zu Augsburg die Prälaten und Fürsten in Sonderverabredung bestimmt hatten, dass die Bundeshülfe verdoppelt werden sollte, hatten der Landgraf mit den Städten protestiert. Sorgfältig beobachtete er die politischen Vorgänge und machte dem Räte von Nürnberg Mitteilung ³⁾; man befürchtete einen allgemeinen Angriff auf die Evangelischen. Philipp suchte daher für diesen Fall sich mit Strassburg und den Schweizern ins Einvernehmen zu setzen ⁴⁾, da Chursachsen sich gegen die oberländischen Städte ablehnend verhielt. Auf die Nachricht von dem Frieden von Cambray warnte er den Churfürsten und fragte an, ob Sachsen sich im Notfall verteidigen würde oder nicht ⁵⁾. Bald hörte man auch von den Absichten des Kaisers; er wolle ein Mandat gegen die Protestierenden ausgehen lassen; von Kaden meldete dasselbe aus Lyon. Spengler wurde bereits vom brandenburgischen Kanzler um die Abfassung einer Antwort auf das erwartete Mandat ersucht; aber er glaubte eine bessere Nachricht zu haben ⁶⁾. Der Kaiser wolle trotz des Hetzens der Geistlichen das Mandat nicht ausgehen lassen, sondern habe erklärt, er wisse, dass in Deutschland, zumal in den Städten vernünftige Leute seien, die nicht ohne Not den Abschied verweigert haben könnten; diese wolle er zuvor vernehmen. In jedem Falle müsse man unerschrocken auf Gott vertrauen und daneben, was möglich sei, nicht unterlassen, denn man müsse es darauf setzen, Christen zu sein, es gehe wie es wolle. Mit Bibelsprüchen und lateinischen Versen bekräftigte er nach seiner Weise diese Ansicht in einem Briefe an seinem Strassburger Kollegen Butz. Der Churfürst ⁷⁾ beteuerte dem Landgrafen seine Glaubensfestigkeit; aber über die Frage, was zu thun sei, hielt er eine Beratung zu Schleiz für nötig, wozu Philipp erscheinen sollte. Aber Philipp lehnte ab; in der Hoffnung mit den lutherischen Fürsten eine Einigung durch das Gespräch zu Marburg auch später noch zu erzielen, verhandelte er mit den Strassburgern ⁸⁾. Diese Stadt erwartete auch noch eine Einigung

¹⁾ Philipp an Johann. 8. September, Müller, S. 273. ²⁾ Spengler an P. Butz, 21. Juni, Pol. Cor. ³⁾ Nürnberg an Philipp, 30. August, Bb. 112. ⁴⁾ Philipp an Strassburg, 24. August, Pol. Corr. ⁵⁾ 8. September, an Johann, bei Müller. ⁶⁾ Spengler an P. Butz, 13. September, Pol. Corr. ⁷⁾ 22. September, an Philipp, Müller, S. 278. ⁸⁾ 17. September, der Rat von Strassburg an Philipp, Pol. Corr.

auf dem Schwabacher Tage, anderenfalls wollte sie mit Philipp allein unterhandeln; sie war zu jeder Hülfe bereit. Auf der andern Seite standen der Markgraf Georg und der Churfürst Johann. Doch verstand man sich dazu, trotz der schwerwiegenden Bedenken Luthers zu Marburg mit den zwinglischen Theologen verhandeln zu lassen, weil man fürchtete, Philipp von Hessen ganz auf die Seite der Schweizer zu treiben, wenn man sich schroff absondere. Zu diesem Gespräch wurden von dem Landgrafen ausser Luther und Melanchthon auch Osiander und Brentz als Vertreter der oberdeutschen Lutheraner berufen. Der Rat von Nürnberg forderte seine Theologen zu einem Gutachten auf. Dieses „Bedenken“¹⁾, welches ganz den Stil und Charakter Osianders, zeigt, wurde am 19. Juni dem Rate übergeben. Aus vielen Gründen wurde das Gespräch verworfen. So wurde mit Berufung auf Paulus ad Titum C. 3 betont, dass man Ketzer, nachdem sie mehrere Male vermahnt seien, vermeiden müsse. Die Gegner sind um so gefährlichere Ketzer, als sie den Glauben erwecken wollen²⁾, dass gar kein Glaubensunterschied bestehe. Der Vorwurf, dass durch Zwiespalt der gemeinsamen Sache geschadet werde, ward abgewiesen, da eine Eintracht gegen Gott und die Wahrheit sei; besonders fürchtete man den Wortbetrug, „der Teufel sucht den Bund in unser Herz zu stehlen“. Schliesslich fürchtete man, dass Zwingli und seiner Genossen Anwesenheit den gemeinen Mann verführen könne. Aber ausser den Theologen waren auch andere Nürnberger dem Gespräch abgeneigt, so der tiefreligiöse Spengler, wie bereits erwähnt ist, der trotzdem an dem politischen Bündnisse arbeitete; später aber, als sich Aussicht zeigte, dass das Gespräch zu stande kommen werde, billigte er es³⁾. Der Rat beschloss indes, trotz des theologischen Gutachtens, das Gespräch zu beschicken und gab Osiander die Erlaubnis zur Abreise⁴⁾.

Über das Gespräch verfasste Osiander auf des Rates Geheiss einen Bericht⁵⁾. Am 2. October kam er samt Brentz in Marburg an, wo bereit seit zwei Tagen Verhandlungen mehr privater Art unter den Theologen stattgefunden hatten. Die Ankömmlinge wurden sofort zu dem Gespräch hinzugezogen; doch führte Luther an diesem und dem folgenden Tage vollkommen das Wort, so dass die übrigen stumme Zuhörer blieben. Am 4. dagegen, als der Landgraf einen letzten Versuch zur Ver-

¹⁾ Bei Riederer, Nachrichten II, S. 216 abgedruckt; Möller, S. 119.

²⁾ Mit Beziehung auf die Strassburger Erklärung. ³⁾ Schreiben an V. Dietrich, 10. August, bei Mayer, S. 64. ⁴⁾ 7. Juli 1529, der Rat an Philipp, Neudecker, Urkunden, S. 97, Bb. 111. ⁵⁾ Riederer, Nachrichten II, S. 110.

söhnung machte, mussten Brentz und Osiander mit Bucer und Hedio, ebenso Luther und Melanchthon besonders mit Zwingli und Oekolampadius verhandeln.

Da gelang es den Oberländern nach Osianders Ansicht, Bucer zum Eingeständnis zu bringen, dass der Leib im Abendmahl sei und den Gläubigen im Brot gereicht werde; aber nachher kehrte er zu seiner Meinung zurück. Osiander begleitete Luther auf der Heimreise bis Schleiz, wohin dieser wegen der Zusammenkunft des Churfürsten und des Markgrafen beschieden war. Hier wurde ein gemeinsames Vorgehen für den Schwabacher Tag verabredet¹⁾; niemand, der in den streitigen Glaubensartikeln abweiche, sollte zum Bunde zugelassen werden. Die Räte beider Fürsten sollten am Donnerstag vor Galli vor dem Schwabacher Tage in Nürnberg eintreffen, welche Stadt man für den Plan zu gewinnen hoffte. Eine Änderung der Bundesverfassung wurde geplant, indem von sieben Stimmen der König von Dänemark, der Churfürst und die Grafen je eine, die Fürsten und Städte je zwei erhalten sollten. Die Kontingente sollten erhöht werden und im Kriegsfall nicht der Angegriffene die Führung haben, sondern, um zu vermeiden, dass ein Fürst unter das Commando eines städtischen Hauptmannes trete, sollte ein Fürst oder Graf Bundeshauptmann sein und ihn von den Fürsten und Städten je drei Kriegsräte beigegeben werden. Es sollte ferner die Aufnahme Magdeburgs in den Bund von neuem vorgeschlagen werden.

So war die evangelische Partei in zwei Heerlager gespalten. Nürnberg, das zu beiden die nächsten Beziehungen hatte, suchte mit Umsicht zu vermitteln.

Indes wuchs die Türkengefahr täglich; der Rat von Nürnberg liess sich stets genau über ihre Fortschritte berichten und übermittelte seine Nachrichten den befreundeten Ständen und Städten. Anfang April hatte der Rat bereits von türkischen Truppenansammlungen an der Sau gehört²⁾. Als im Mai die Evangelischen ihren Convent zu Nürnberg hielten, bedachte man, dass die Stände in den Artikeln des Abschiedes, die den Glauben nicht beträfen, Gehorsam schuldig seien. Daher zahlte auch Nürnberg zeitig seinen Beitrag³⁾. Ende Juni glaubte der Rat, dass der Türkenzug in diesem Jahr nicht stattfinden würde, während König Ferdinand zu Regensburg eifrig um Hülfe warb⁴⁾. Endlich im August erfuhr der Rat Genaueres; 200,000 Mann waren im Anmarsch auf Wien⁵⁾. Am 5. October gingen

¹⁾ Müller, S. 287.

²⁾ An die Gesandten, 6. April, Bb. 111.

³⁾ An Strassburg, 29. Juli, Bb. 112, Pol. Corr.

⁴⁾ An Sachsen

28. Juni, Bb. 111.

⁵⁾ Spengler an Butz, 13. Aug., Pol. Corr.

Schreiben des Rates an Strassburg, Ulm und Augsburg ab ¹⁾, worin er die Not Wiens schilderte und flehentlich um Unterstützung bat. Besonders Büchsen und Büchsenmeister riet er zu schicken. Die besten Nürnberger Büchsenmeister halfen Wien zu verteidigen, anderes Nürnberger Kriegsvolk wurde nach Krems geschickt. Dennoch erhielt die Regierung von Tirol noch zwei Büchsenmeister zugesandt, „weil man sich als Christen dazu schuldig fühlte“ ²⁾. 2000 Mann hatte der Rat bereits auf des Reiches Kosten entsandt, als Gesandte Ferdinands ein Hilfsgesuch beim Rate anbrachten ³⁾. Am 16. October antwortete er ihnen, er wolle so viel Volk und Geschütz, als nur möglich sei, nach Österreich senden ⁴⁾. Ein neues Fähnlein ging ab. Daneben bemühte der Rat sich, eiligst sein Kontingent zum schwäbischen Bunde zu stellen. Zur Besprechung der Notlage lud er Ulm, Strassburg und Augsburg ein, die Gesandten vor dem Schwabacher Tage in Nürnberg am 13. Oct. zusammenkommen zu lassen. →

Am 15. fand eine Beratung zu Nürnberg statt ⁵⁾; es waren von dieser Stadt auch Augsburg und Nördlingen dazu geladen. → Nürnberg machte Vorschläge über die Türkenhülfe; aber die Gesandten hatten zu einer Bewilligung keine Vollmacht. Trotzdem wurden von Nürnberg Artikel über diese Sache aufgesetzt, welche man an den schwäbischen Bundestag zu senden empfahl. → Nördlingen unterstützte das Begehren Nürnbergs. Aber Augsburg, Ulm und Strassburg wollten sich damit begnügen, die Sache in Nürnberg zu beraten. Nun liess der Rat von Nürnberg den Vorschlag machen, dass jeder seinen eigenen Bundesräten eine eilende Hülfe empfehlen möge. In der That beschloss der Bund eine Hülfe; Ende October rüstete Nürnberg sein Kontingent zu schleuniger Absendung. In Nürnberg verabredeten die Gesandten der fünf Städte einen Städtetag auf den 21. November zu Esslingen, um über die Türkenfrage weiter zu verhandeln ⁶⁾. Auf demselben wurde die Bestellung von Kundschaftern angeordnet, welche einen etwaigen neuen Türkenzug zeitig anmelden sollten ⁷⁾. Auch in diesem Jahre streckte der Rat von Nürnberg den Beitrag für das Regiment und für die Türkenhülfe dem Churfürsten beim Fiscal vor ⁸⁾.

Der Forderung der Fürsten, die zu Schleiz versammelt

¹⁾ An Strassburg, Ulm, Augsburg, 5. October, Bb. 112, Pol. Corr.

²⁾ An die Statthalter von Tirol, 12. October, Bb. 112. ³⁾ An Frankfurt, 19. October, Bb. 112. ⁴⁾ An die Gesandten Ferdinands, 16. Oct., Bb. 112.

⁵⁾ Pfarrer an Strassburg, 16. Oct., Pol. Corr. ⁶⁾ 20. Oct. an Rotenburg, 21. Oct. an Frankfurt, Bb. 112, 20. Oct. an Rotenburg.

⁷⁾ An Augsburg, 8. Januar 1530, Bb. 112. ⁸⁾ An Sachsen, 29. Decbr.; an den Fiscal, 30. Dec., Bb. 112.

gewesen waren, konnte sich Nürnberg, soweit die Glaubensfrage berührt wurde, nicht entziehen. Den Conflict voraussehend wollte der Rat wieder einen unbeschliesslichen Abschied zu Schwabach herbeiführen. Gegen den Wunsch Strassburgs wurde dieser Beschluss von den übrigen Städten angenommen. Mit der Entschuldigung, hierfür keine Instruktion zu haben, konnte man der entscheidenden Frage ausweichen.

Darauf reisten die Vertreter der drei Städte nach Schwabach ab, während die von Augsburg und Nördlingen auf Nürnbergs Veranlassung zurückblieben, um den Erfolg zu erwarten. Am 16. October, in der ersten Sitzung, wurden den Städtegesandten die sog. 17 Schwabacher Artikel vorgelegt. Als die Gesandten von Ulm und Strassburg erklärten, zu deren Annahme keine Vollmacht zu haben, zerschlug sich die Verhandlung; ein neuer Tag wurde auf den 13. December nach Schmalkalden berufen.

Bald darauf erhielt der Rat den Bericht Kadens über die misglückte Gesandtschaft; er sandte ihn sofort den protestierenden Ständen zu und erbat wegen der Gesandtschaft die Ansetzung eines Tages ¹⁾. Der Landgraf schickte sogleich Sigmund von Boyneberg an den Churfürsten und liess abermals vor den Plänen des Kaisers warnen. Zugleich suchte er eine mildere Gesinnung gegen die oberländischen Städte zu erwecken, indem er darauf hinwies, dass man infolge des Religionsgespräches sich schon besser verstehe; im Fall einer Zurückweisung der Zwingli-
aner werde Nürnberg sich auf die Seite der oberländischen Städte stellen ²⁾. Wie sich herausstellte hatte er insofern Recht, als Nürnberg nicht gesonnen war, ohne die anderen Städte in den Bund zu treten. Umgekehrt hofften der Churfürst und der Markgraf, die Stadt für den Magdeburger Bund zu gewinnen. Nürnberg ersuchte Sachsen, mit Verzicht auf den für den 13. December angesetzten Tag von Schmalkalden Vollmacht zu erteilen, dass schon auf dem nächsten Tage über den Bund gehandelt werde und gab in diesem Sinne dem Landgrafen und den Ulmern, die wiederum Strassburg in Kenntniss setzten, bereits Weisung ³⁾. In Nürnberg, wo die Gesandten der Oberländer zusammentrafen, erwartete man von dem Tage keinen Erfolg. Spengler erklärte dem ihn besuchenden Ulmer Besserer, dass die Bedingung der Artikelannahme unnötig und unleidlich sei. Auf dem Tage zu Schmalkalden, den Sachsen nunmehr auf

¹⁾ An Sachsen, 24. Oct.; an Brandenburg, Hessen, Strassburg, Ulm, 25. October, Bb. 112. ²⁾ Instruktion vom 29. October bei Müller, S. 312. ³⁾ An Sachsen, 9. November; an Hessen, an Ulm, 8. Nov., Bb. 112.

den 28. November angesetzt hatte ¹⁾, erschienen die drei Fürsten in Person, die Vertreter der drei grossen Städte und die von Reutlingen, Kempten, Memmingen, Lindau, Heilbronn, Constanz. Nürnberg war durch Christoph Kress und Clement Volkamer vertreten ²⁾. Kaden, der am 21. selbst in Nürnberg angekommen war, sollte über das Geschick der Gesandtschaft Bericht erstatten. Aber die nächste Hauptfrage, die der Befreiung der Gesandten, wurde sogleich erledigt durch die Ankunft derselben, die ihren Bericht in der ersten Sitzung vom 29. November gaben ³⁾. Am folgenden Tage forderte Minkwitz den Ulmern und Strassburgern die Erklärung über die schwabachischen Artikel ab. Sie erklärten im Beisein der Nürnberger: Man habe die Städte zur Einigung aufgefordert, trotzdem man ihre Ansichten gekannt habe; in Rotach sei nichts von den Artikeln erwähnt; sie seien etwas weitläufig und disputierlich, könnten Zwiespalt erregen und so den Gegnern Vorteil schaffen. Sie schlugen vor, es solle jedem in der Sache Bundeshülfe zu teil werden, die derselbe aus der Bibel verantworten wolle. Sturm erklärte: auch wenn jemand des Sakraments wegen angegriffen werde, solle er Hülfe haben. Der Churfürst ersuchte darauf am 1. December die Nürnberger, mit den Städten zu unterhandeln und forderte zugleich eine Erklärung über die Stellung des nürnbergischen Rates zu den Artikeln. Man versicherte, dass Nürnberg bei den Artikeln beharre, aber man habe keinen Befehl, sich ohne die andern Städte in einen Bund einzulassen. Die Aufforderung an den Verhandlungen mit den Städten Teil zu nehmen, lehnte Sachsen ab, weil es Partei sei und die Artikel aufgesetzt habe; dagegen schlugen die sächsischen und brandenburgischen Räte vor, im Falle, dass die Städte um Bedenkzeit bitten würden, ihnen dieselbe zu gewähren: sie sollten an den nürnbergischen Rat ihren Bescheid schreiben. Alsdann sollte ein neuer Tag stattfinden. Sachsen schlug bereits für den Fall, dass die Einigung mit den oberländischen Städten misglückte, den Anschluss Nürnbergs an das Magdeburger Bündnis vor; hiervon war Nürnberg weit entfernt, die Gesandten erklärten, dass ein solcher Bund ihren Herren ganz weitläufig erschiene, zur Zeit seien sie noch abgeneigt. Darauf begannen am 1. December die Unterhandlungen der Nürnberger mit den Strassburgern und Ulmern; diese zeigten sich gereizt über die Vorlage der früher nicht er-

¹⁾ Ulm an Strassburg, 11. Nov., Pol. Corr. ²⁾ Über den Tag von Schwabach. a) Die Nürnberger Relation. Strobel, Miscell, V, S. 113. b) Die Strassburger, Pol. Corr. I, S. 448 ff. c) Die Ulmer, Keim, Rfg. v. Ulm, S. 164 ff., Schwäbische Rfg., S. 128 ff. ³⁾ Relation, Hortleder I, I. C. 7.

wähnten Artikel; eine Annahme derselben sei unmöglich; nur wenn dieselben gemildert würden, sei man bereit, nach Nürnberg zu schreiben. Als Chursachsen von den Nürnbergern solches erfuhr, war es entschlossen, „die Sache nicht weiter zu treiben“; nur um Geheimhaltung der Verhandlung liess man bitten. Die Nürnberger, die diese Antwort überbrachten, erklärten ihnen, keine weitere Vermittelung zu wissen. Der Landgraf, der die Trennung nach Kräften zu vermeiden gesucht und deshalb in Zwiespalt mit Sachsen an den Verhandlungen nicht mehr Teil genommen hatte, nahm noch am Abend Vermittlungsvorschläge Ulms entgegen, nach denen jeder Hülfe erhalten solle, der seine Sache durch die Bibel beweisen könne. Aber am 3. teilte Philipp dem Sturm mit, dass sein Rat, die Bundesangelegenheit ganz von der religiösen zu trennen, abgelehnt sei. Schon am 2. December morgens wurde den Städten vom sächsischen Kanzler in der Nürnberger Beisein das Bedauern über die unnötige Bemühung ausgedrückt und eine schriftliche Antwort zugestellt.

Die Strassburger hatten bereits für den Fall der Trennung der Evangelischen einen Bund der Oberländer und Schweizer einerseits und der Unterländer andererseits mit dem Landgrafen bedacht; beide Bünde sollten in Zusammenhang treten¹⁾. Am 2. Dec. liess Philipp durch Fürstenberg Ähnliches den Ulmern und Strassburgern vortragen; man erklärte sich geneigt.

Chursachsen hatte bereits am 1. December die Verhandlung über den Bericht der Gesandten angekündigt. Nürnberg sollte zu dem Zwecke sich mit den Städten, die der reinen Lehre anhängen, besprechen. Als die Nürnberger nun Erklärung dieses Ausdrucks forderten, wurde unumwunden mitgeteilt, dass nur mit den Städten, die Ulm und Strassburg nicht anhängen, verhandelt werden sollte. Der Ausschluss dieser Städte war eine Unbill, da die auf dem Convente zu Nürnberg beschlossene Gesandtschaft auf gemeinsame Kosten veranstaltet und ausserdem dieser Tag gerade zur Berichterstattung über dieselbe angesetzt war. Die Nürnberger weigerten sich deshalb, einen Auftrag zu vollziehen, durch den der Bruch mit den Städten vollendet wäre und sie selbst Partei gegen dieselbe genommen hätten. Vielmehr suchte Nürnberg die Entscheidung noch einmal hinauszuschieben. Als zwei Tage später, am 3. December, die nürnbergischen Gesandten zu den Fürsten geladen waren, baten sie, da die Städtegesandten sich beschwerten, eine Besprechung stattfinden zu lassen. Darauf wurden auf 2 Uhr die Städte ausser Ulm und Strassburg zu den Fürsten geladen; durch Brück liessen ihnen die Fürsten die Artikel zustellen und anfragen, ob sie

¹⁾ Instruction, Pol. Cor. I, S. 412.

dieselben halten wollten. Als die oberländischen Städtegesandten erklärten, der Artikel wegen müsse man erst zu Hause anfragen, dagegen hätten sie Befehl, wegen der Gesandtschaft Bericht zu empfangen, entgegnete Brück, dass man am 6. Januar zu Nürnberg über die Gesandtschaft Bericht empfangen und zugleich über eine neue von den Fürsten vorgeschlagene Gesandtschaft verhandeln sollte. Der letzte Bescheid wurde am Abend vorden gesamten Städte wiederholt. Wer die Artikel annehmen wolle, möge hierzu erscheinen, andernfalls sich die Mühe sparen. In diesem Sinne wurde der Abschied von Schmalkalden ¹⁾ ausgefertigt. Die Nürnberger fanden diese Antwort zu rauh; der sächsische Kanzler konnte sich auf den Ratschlag der nürnbergischen Prediger berufen ²⁾, dass man mit Sakramentierern nichts zu schaffen haben sollte; aber der Rat von Nürnberg folgte den theologischen Ratschlägen nicht so blindlings wie die sächsische Regierung. So musste sich Nürnberg damit begnügen, dass der Bruch vorläufig wenigstens nicht offen ausgesprochen war. Die oberländischen Städte, in Bibrach versammelt, schrieben den Nürnbergern, dass es ihnen unmöglich sei, die Artikel anzunehmen und ersuchten sie, sich nicht von ihnen zu sondern und etwaige Umtriebe gegen sie ihnen vertraulich mitzuteilen ³⁾.

Auf dem Convente, der am 6. Januar zu Nürnberg stattfand, erschienen als Vertreter dieser Stadt Volkamer, Koler mit Dr. Hopel, welche zugleich die Städte Windsheim, Weissenburg und Reutlingen vertraten; letztere Stadt hatte schriftlich ihre Zustimmung zu dem Abschied von Schmalkalden gegeben ⁴⁾: Sachsen, Lauenburg und Anhalt waren durch den Kanzler Bayer vertreten; nach Verabredung ⁵⁾ sollte er zuerst Georg von Brandenburg, darauf den Landgrafen, dann Nürnberg, endlich die übrigen Städte zu gewinnen suchen. Wer den letzten Abschied nicht annähme, sollte weder zu der Instruction noch zum Bunde zugelassen werden; auch wenn Philipp die Städte nicht aufgeben würde, wollte man doch mit den andern Ständen eine Einigung versuchen. Es gelang dem Kanzler in Nürnberg sogleich, den brandenburgischen Gesandten zu gewinnen. Beide luden nun den hessischen Gesandten zum Beitritt ein; geschickt vermieden sie es, die religiöse Frage zu erörtern, da Hessen durch die Annahme des Abschiedes von Schmalkalden sich bereits für die Artikel ausgesprochen habe. An die nürnbergischen Vertreter geschah die Anfrage erst nach Verlesung des Abschiedes von Schmalkalden auf dem Convente selbst. Nach

¹⁾ Abschied, Müller, S. 330.
S. 120 abweichend.

²⁾ Hiervon ist Rankes Ansicht, 3, S. 120 abweichend.
³⁾ Fühsing, Reformationsgeschichte von Reutlingen, S. 226. Schreiben vom 1. Januar.

⁴⁾ Schreiben Reutlingens

an Nürnberg vom 3. Januar, Müller, S. 337.

⁵⁾ Müller, S. 340.

einer Besprechung entgegneten sie, dass es ihnen leid sei, sich von den übrigen Städten sondern zu müssen, indes hätten ihre Herren ihnen die Annahme des Abschiedes befohlen. Der hessische Gesandte erklärte, keine Instruktion zu haben; da ihn aber sein Herr überhaupt entsandt hätte, so folgere daraus, dass er dem Abschied beiträte. Darauf wurde der Vorschlag Sachsens zu einer neuen Gesandtschaft an den Kaiser erörtert. Sachsen empfahl dazu den Herzog Ernst von Lüneburg, aber wegen der zu grossen Kosten wollten die andern den Grafen von Mansfeld anstatt eines Fürsten entsenden. Da keine Einigung erzielt wurde, so ward die Personenfrage auf Sachsens Vorschlag, dass die Abfassung einer Instruktion für die Gesandtschaft übernahm, vertagt. Hierauf handelte es sich um die Frage der Bundesverteidigung ¹⁾. Sachsen sollte im Falle, dass ein kaiserliches Mandat ausginge, zur Beratung über die Abwehr, sei es durch Sendung an den Kaiser oder durch andere Mittel, die andern Stände berufen.

Bei allen bisherigen Bündnisbestrebungen war man von der Voraussetzung ausgegangen, dass man nicht eigentlich im Gegensatz zum Kaiser stehe; nur gegen Gewaltthätigkeiten der Reichstagsmajorität wolle man sich sichern. Spengler vor allem hatte oft die Ansicht geäussert, dass der Kaiser im Grunde anders als dieselbe gesonnen sei. Aber die Aufnahme der Gesandten am Hofe gab zu bedenken. Bei den Bundesverhandlungen wurde nun die Frage aufgeworfen, ob man sich gegen die Obrigkeit verteidigen dürfe; Luther hatte auf Grund der Bibel sie verneint, die Juristen nach göttlichem und natürlichem Rechte sie bejaht. Hessens Gesandter erklärte sich für nicht bevollmächtigt, darüber zu beraten, ob man dem Kaiser auf dem Reichstage eine Türkenhülfe oder andere Mittel bewilligen solle; der sächsische meinte, dass sein Herr den Reichspflichten unweigerlich nachkommen werde, wie auch die Gesandten dem Kaiser melden sollten; ebenso dachte der brandenburgische Kanzler Vogler. Als nun der sächsische die Einschränkung machte, dass der Glaube dabei nicht bedroht werden dürfte, erklärte Brandenburgs Gesandter, dass sein Herr alle Gewaltmassregeln dulden würde. Dieser Ansicht fielen die Nürnberger sofort zu. Bayer behauptete, dass auch die Gewalt der Fürsten und andere Obrigkeiten im Reiche, wie die des Kaiser, von Gott stamme. Vogler berief sich auf des Brentz Gutachten. Zu diesem Gespräch kam Spengler und beschuldigte Bayer des Irrtums; sie disputierten erregt über natürliches und göttliches Recht. Der Kanzler hielt den Nürnbergern ihre eigenen Irrtümer vor, dass sie den Messgreuel bei

¹⁾ Abschied, Müller, S. 348

sich noch duldeten. Auch den Dr. Link liess Bayer holen; dieser stimmte dem zu. Spengler erklärte freilich, dass Osiander anderer Meinung sei. Schon bereitete sich der Konflikt zwischen dem streng lutherischen Nürnberg und seinen Glaubensverwandten vor, der entstehen musste, sobald man ausser mit der Reichstagsmajorität auch offenkundig mit dem Kaiser in Zwiespalt kam.

Spengler verfasste über die Streitfrage zwei ziemlich gleichartige Gutachten, eines für den Markgrafen, das andere für den Rat¹⁾. Er gab darin zu, dass es nach natürlichem und menschlichem Rechte ein Widerspruch sei zu glauben, dass ein Christ nicht dem widerstehen sollte, der ihn mit Gewalt nötigen wolle. Aber es handelt sich nicht darum, was dem Menschen, sondern was dem Christen nach göttlichem Recht zu thun gebühre. Nach Gottes Wort ist man Gehorsam der Obrigkeit schuldig, soweit es nicht gegen das Gewissen ist. Wenn der Kaiser trotz unterthänigen Flehens und Erbietens befiehlt, die alten Missbräuche herzustellen, so handelt er nicht christlich und übertritt sein Amt. Kein Christ darf sich von der Wahrheit abreissen lassen nach dem Spruche, man soll Gott mehr als den Menschen gehorchen. Aber es geziemt sich nicht, fernere Gegenwehr zu gebrauchen und mit Gewalt zu widerstehen, denn man soll das Evangelium nicht mit der Faust verfechten. Auch der Einwand, die Unterthanen zu schützen sei Pflicht der Obrigkeit, genügt nicht, denn der Kaiser will nicht Leib und Gut verfolgen, sondern das Papsttum aufrichten. Ausserdem ist der Kaiser höhere Obrigkeit, dessen Amtleute und Verwalter die Obrigkeiten sind, die ihr Gericht von ihm empfangen. Die Rache ist des Herrn; das wird vielfach durch Bibelstellen bewiesen.

Luther und Melanchthon, deren Gutachten Spengler erbat, stimmten ihm völlig bei.

In der Iustruktion²⁾ für den Gesandten, die Sachsen nun vorlegte, appellierte man wieder an ein Concil; nie habe ein Reichstag in göttlichen Dingen entschieden und erklärte, dass man in Gewissenssachen Gott mehr als den Menschen gehorchen müsse, dass man im übrigen bereit sei, Land und Leute dem Kaiser zu opfern. Die Nebeninstruktion war noch schärfer; die Stände beklagten sich über die Verhaftung der Gesandten, die selbst bei Ungläubigen heilig wären; sie entschuldigten endlich ein solches Verfahren; der Kaiser selbst habe viel zu thun; deutsche Räte würden ihn anders beraten haben; zur Türkenhülfe erklärte man sich bereit, ohne Bedingungen zu stellen, doch liess man die Forderung, den letzten Reichstagsabschied aufzuheben, durchblicken.

¹⁾ Abgedruckt bei Pressel, S. 60 ff.

²⁾ Bei Müller, S. 352.

Auch eine Gesandtschaft an Ferdinand schlug Sachsen vor, um durch ihn beim Kaiser darauf hinwirken zu lassen, dass man bei der Protestation beharren dürfe. Bei Ferdinand sollte noch schärfer Beschwerde wegen Bruch des Völkerrechts geführt werden, ferner wegen der Nithaltung der Wahlcapitulation, worin der Kaiser versprochen habe, seinen Hof möglichst in Deutschland zu halten und die Hofämter an Deutsche zu geben ¹⁾. Auf Ferdinand sollte besonders der Hinweis auf den drohenden Türkenkrieg wirken. Beide sächsischen Projekte wurden gebilligt ausser von Nürnberg, das darüber ein „Ursach ²⁾ und Bedenken“ einreichte. Zwar hatte die Stadt im October selbst bei Sachsen angeregt, dem König Ferdinand in Anbetracht seines Hilfsgesuches das Ergebnis der Gesandtschaft mitzuteilen ³⁾, aber sie hatte auch stets ein besonderes, gutes Verhältnis zu ihm zu bewahren sich bemüht, weshalb sie 1524 nach der kirchlichen Neuerung, 1527 zu seiner Krönung eine Gesandtschaft zu ihm schickte ⁴⁾ und 1529 bei der Türkennot ihm nach Kräften zu helfen suchte. Eine Gesandtschaft an Ferdinand, behaupteten die Nürnberger, werde ihn nur erbittern und die Sache ärger machen; ferner hob man hervor, dass der Kaiser ja noch keine Antwort auf die Gesandtschaft gegeben habe; dieser Vorteil sei zu benutzen; man solle warten, bis dass der Kaiser zum Reichstag heimkehre und dem päpstlichen Einflusse entzogen sei. Bald erhielt allerdings Nürnberg aus Italien sichere Nachricht von der bevorstehenden Reise des Kaisers nach Deutschland. Auch die Erwähnung der hohen Kosten unterstützte das nürnbergische Bedenken. So wurde wegen der Gesandtschaft kein Beschluss gefasst; auch ein Brief, den der Markgraf vorschlug, wodurch der Verdacht des Hochmutes abgewehrt werden sollte, ging nicht ab. So endete der Convent ohne eigentliches Ergebnis.

¹⁾ Instruction bei Müller, S. 375. ²⁾ Bei Müller, S. 384. ³⁾ An Sachsen, 24. Oct., Bb. 112. ⁴⁾ An Besserer, 23. Febr. 1527, an Tetzl, 23. Febr., Bb. 107.

Kapitel IX.

Der Reichstag von Augsburg.

Wir haben gesehen, welchen entscheidenden Einfluss Nürnberg bei den Massregeln gehabt hat, durch welche die protestierenden Stände sich gegen die feindliche Reichstagsmajorität zu sichern suchten, dass die Stadt mit Eifer an einem Vertheidigungsbund arbeitete, von welchem sie die Zwinglianer nicht ausgeschlossen wissen wollte. Der Rat erhoffte viel von der Person des Kaisers; im Frühjahr 1530 unterhielt er Gesandte beim Hofe, deren eigentliche Aufgabe im Auskundschaften bestand ¹⁾. Trotz der beunruhigenden Nachrichten, welche die Städte austauschten ²⁾, bezweifelte er, dass der Kaiser das Reich mit Blut überströmen werde, sondern erwartete einen Ausgleich der Verhältnisse durch sein persönliches Erscheinen. Im Februar erfuhr er, dass der Kaiser vielleicht nach Rom gehen würde; von neuem wiederriet er deshalb Sachsen eine Gesandtschaft. Anfang April konnte er mitteilen, dass der Kaiser von Bologna nach Deutschland aufgebrochen sei. Schon Anfang März mahnte er die protestantischen Fürsten zu persönlichem Besuch des Reichstages von Augsburg ³⁾. Als nun Strassburg und Ulm dem Rate einen Städtetag zur Vorbereitung für den Reichstag empfahlen, warnte der Rat davor, das Misstrauen des Kaisers zu erregen ⁴⁾; seine Gesandten hätten am Hofe in Erfahrung gebracht, dass der Kaiser den Städten den Hauptanteil an den Bundesbestrebungen zuschreibe; eine Zusammenkunft der Städteboten in Augsburg selbst erschien dem Rat weniger bedenklich zu sein. Aber in Wirklichkeit hielten sich die Nürnberger in Augsburg von den übrigen Städteboten zurück. Der Bundesplan war gescheitert; in der rein religiösen Frage aber war dem Rate ein Kompromiss mit den Zwinglianern unmöglich; deshalb hielt er sich eng an Sachsen und vermied Erörterungen, die ihm aussichtslos oder gefährlich erschienen. Als dann am Schluss des Reichstages der Konflikt mit dem Kaiser selbst entstand, folgte Nürnberg konsequent der Lehre Luthers vom

¹⁾ An Sachsen; an Besserer, 4. Februar 1530. ²⁾ An Strassburg, 21. März, Pol. Corr., Bb. 113. An Sachsen, 2. April, Bb. 113.
³⁾ An Sachsen, an Hessen, an Brandenburg, 8. März, Bb. 113. ⁴⁾ An Strassburg, an Ulm, 18. März, Pol. Corr., Bb. 113.

passiven Gehorsam, von welcher Luther selbst faktisch abfiel, und wies jede Teilnahme an einem Bunde ab, der jetzt offenbar gegen den Kaiser selbst sich richtete. Allen Reichspflichten kam die Stadt nach, um in der einen Frage des Gewissens unbeugsam gegen Katholiken und Zwinglianer zu bleiben.

Am 15. Mai kamen die Nürnberger Reichstagsgesandten Kress und Volkamer in Augsburg an¹⁾, versehen mit einem Glaubensbekenntnis, das die Nürnberger Theologen auf des Rates Geheiss aufgesetzt hatten. Von Nürnbergs religiöser Stellung wurde unter den Reichsstädten zunächst an Ulm, jedoch erst am 24. Juni, Mitteilung gemacht²⁾; zu dem sächsischen Kanzler begab sich Kress bereits am 16. Mai, um sich wegen der Glaubenssachen zu erkundigen; denn die Gesandten hatten die Instruktion³⁾, zum Churfürsten und Markgrafen zu stehen und der Zwinglianer zu entsagen. Der Markgraf war noch nicht anwesend; er versprach auf des Rates Bitte, nach Augsburg zu kommen und mit ihm und Sachsen gemeinsam zu handeln⁴⁾. Der sächsische Kanzler versprach den Nürnbergern die Mitteilung des sächsischen Entwurfes eines Glaubensbekenntnisses, sobald er von Luther zurück gekommen sei⁵⁾, wogegen die Nürnberger sich sogleich erboten, den theologischen und einen etwa eintreffenden juristischen Ratschlag der Stadt den Sachsen zu übermitteln. Melanchthon fand den Nürnberger Ratschlag dem sächsischen gleichartig, letzterer war nur glimpflicher abgefasst⁶⁾.

Auch der Gesandte Reutlingens, der erst am 21. Mai eintraf, erklärte, dass die Stadt im Glauben sich zu Sachsen und Nürnberg halten wolle⁷⁾ und übergab ein Glaubensbekenntnis Reutlingens in 22 Artikeln; es war dem sächsischen conform⁸⁾. Gleich bei der Ankunft der Gesandten ward der später so oft wiederholte Verdacht gegen die Nürnberger rege, dass diese entschlossensten Anhänger des Evangeliums dasselbe durch Annahme des Speirer Abschiedes preis geben wollten. Nürnbergs Verhalten auf dem letzten Convente zu Nürnberg und die Gesandtschaft an den Kaiser konnte den Verdacht bestärken. Am 16. Mai berief der Landgraf Kress zu sich; dreimal liess er sich die Versicherung geben, dass Nürnberg den Abschied keineswegs heimlich angenommen habe⁹⁾. Darauf setzte der Landgraf auseinander, dass es den Reichsständen überhaupt nicht zustehe, über Glaubenssachen eine Entscheidung zu treffen;

¹⁾ Die Nürnberger Gesandten an den Rat, Corpus Reformatorum, II, 690. ²⁾ C. R. II, 738. ³⁾ C. R. II, 715. 725. ⁴⁾ An Brandenburg, 14. Mai; an die Gesandten, 18. Mai, Bb. 113. ⁵⁾ C. R. 691.
⁶⁾ C. R. 693. ⁷⁾ C. R. II, S. 694. ⁸⁾ Bei Gayler, Reformationsgeschichte von Reutlingen, S. 350—59. ⁹⁾ C. R. II, 690.

er hoffe die gleiche Ansicht beim Nürnberger Rate zu finden. Kress erkannte bereits eine tiefe Gesinnungsverschiedenheit zwischen dem Churfürsten und dem Landgrafen. Am 25. liess der Churfürst durch den Kämmerer Riedesel Kress eröffnen ¹⁾, ihm sei gewisse Nachricht zugekommen, dass Nürnberg sich schriftlich erboten habe, dem Kaiser in Glaubenssachen Gehorsam zu leisten. Entschieden wies Kress den Verdacht zurück; auch die Gesandtschaft der Stadt nach Italien habe keinen Auftrag in Glaubenssachen gehabt; jetzt habe der Rat ihnen befohlen, auf den Churfürsten und den Markgrafen ein Aufsehen zu haben. Es ward in jenen Tagen an eine Ulmer Gesandtschaft, die den Kaiser in Innsbruck traf, der direkte Befehl gerichtet, den Speirer Abschied anzunehmen ²⁾. Als die Ulmer anzeigten, sie müssten darüber zuerst die Nürnberger hören, entgegnete der Vicekanzler Waldkirch, die Nürnberger hätten bewilligt, zu thun, was der Kaiser befehlen werde. Die Ulmer selbst hielten nichts von dem Verdachte gegen die Nürnberger. Nachdem sie ratlos den Daniel Schleicher an ihren Vertreter in Augsburg, Besserer, geschickt hatten, machte dieser im Vertrauen dem Kress Mitteilung und bat um Rat. Auch die Strassburger sahen in Waldkirchs Reden nur Praktika, um die Städte zu trennen; die Nürnberger versicherten, ihre Gesandten seien in Religionssachen garnicht angesprochen worden ³⁾. Vielleicht waren allgemein gehaltene Erklärungen verkehrt aufgefasst. Am 3. Juni wurde der sächsische Ratschlag, die spätere sogenannte Augsburger Confession, der nunmehr von Luther zurückgekommen war ⁴⁾, durch Vermittelung der Gesandten an den Rat geschickt ⁵⁾, dem er gefiel ⁶⁾; zugleich forderte Sachsen die Geheimhaltung der Verhandlungen. Das Bekenntnis war nur im Namen Sachsens gestellt. Kress fand den brandenburgischen Kanzler seiner Ansicht geneigt, dass es besser sei, die Schrift im Namen aller Glaubensverwandten zu stellen und fragte deshalb am 8. Juni beim Rate an, ob die Nürnberger noch ihr eigenes Verzeichnis überreichen sollten ⁷⁾. Am 15. konnten die Gesandten die deutsche Confession, bereits in der allgemeinen Fassung, aber noch ohne Vorrede und Schluss dem Rate zur Begutachtung übersenden. Sie unterstützten mit Melanchthons Autorität ihren Vorschlag, dass die Nürnberger den Markgrafen Georg gewinnen sollten, um bei den Sachsen ein allgemeines Bekenntnis anzuregen.

¹⁾ C. R. II, 703. ²⁾ C. R. II, 714. Die Strassburger Gesandten an den Rat, 3. Juni, Pol. Corr. Keim, schwäbische Rfg., S. 172.
³⁾ An die Gesandten, 30. Mai, Bb. 113. ⁴⁾ C. R. II, 712. ⁵⁾ C. R. II, 700. ⁶⁾ An die Gesandten, 4. Juni, Bb. 113. ⁷⁾ C. R. II, 715.

Bevor die Entscheidung des Rates ankam, beklagten sich die Strassburger Gesandten bei den Nürnbergern über Melanchthon¹⁾; sie behaupteten, Handschriften von ihm gesehen zu haben, in denen er die zwinglischen Städte, zumal Strassburg, eines Angriffsbundes bezichtige. Die Bistümer sollten bereits im voraus geteilt, 1,200,000 Gulden zum Kriegszweck gesammelt sein; die Strassburger baten um Unterstützung ihrer Beschwerde, die sie beim Churfürsten eingereicht hatten. Die Nürnberger rieten zur Milde und zum Ausgleich, verweigerten aber eine Einmischung, die der Churfürst misdeuten könne, als ob sie auf eigene Hand gegen ihre Instruktion sich in Gegensatz zu ihm stellen wollten. Die Nürnberger vermieden jeden Schein des Einverständnisses mit den Städten, misbilligten aber auch Melanchthons verläumderisches Handeln als gefährlich für Zwinglianer und Lutheraner.

Der Rat beschloss unter Zustimmung der Theologen, seine eigene Bekenntnisschrift aufzugeben²⁾ und sich der sächsischen anzuschliessen. Auf des Rates Befehl verfasste Osiander eine Schirmrede für die Confession³⁾; auch der Jurist Hepstein setzte einen Ratschlag auf; beide Schriften wurden am 28. nach Augsburg geschickt. Am 18. setzten sich bereits die Gesandten mit dem Markgrafen ins Einvernehmen; man erhielt vom Churfürsten die Zusage, der Fürsten und des Rates Sache „neben einander gehen zu lassen“. So kam durch Nürnbergs Bemühen das allgemeine Glaubensbekenntnis zustande. Nach Eröffnung des Reichstages am 20. Juni wurde noch daran gearbeitet; am 21. wurde deshalb Kress von den fürstlichen Räten aufgefordert, die Sendung eines Nürnberger Predigers, zumal des Osiander, beim Rate zu veranlassen⁴⁾. Osiander reiste am 26. von Nürnberg ab⁵⁾, zu spät, um an der Ausarbeitung der Confession noch teil nehmen zu können, und eher, als dass ein Schreiben der Gesandten die Abreise hindern konnte. Sie empfahlen nun die schleunige Rückberufung des streitbaren Mannes: „Theologen sind genug da, es wäre besser gewesen, zur Verhütung eines neuen Wolfsgeschreies ihn daheim zu behalten“⁶⁾. Da auch der Rat also dachte, so beschlossen die Gesandten, ihn bei passender Gelegenheit heimzusenden⁷⁾ „denn wir nicht bemerken, dass er ungern hier sei, wiewohl man seiner nicht bedarf“. Am 23. Juni wurde in der Versammlung der protestierenden

¹⁾ C. R. II, 725. ²⁾ 728. ³⁾ An die Gesandten, 28. Juni, Bb. 113. Krafft, Urkunden zur Reformationsg., S. 67. Osiander an Luther, 21. Juni, C. R. II, S. 748. ⁴⁾ C. R. II, 734. An die Gesandten, 25. Juni, Bb. 113. ⁵⁾ C. R. II, 748. An die Gesandten, 26. Juni, Bb. 113. ⁶⁾ C. R. II, 750. ⁷⁾ 760.

Stände die Confession in endgültiger Form verlesen ¹⁾; der Rat war mit derselben einverstanden; die Überreichung, ursprünglich auf den 24. festgesetzt, fand bekanntlich infolge der kaiserlichen Weigerung erst am 25. statt. Tags zuvor machten die Nürnberger dem Ulmer Gesandten Besserer Mitteilung von dem Vorhaben, und dass sie Auftrag hätten, soviel als möglich bei den Städten namentlich bei Ulm zu fördern, in diesem Handel einträchtig zu bleiben. Hierzu hatte Besserer natürlich keine Vollmacht. Nürnbergs Handlungsweise war nur eine diplomatische Höflichkeit „des besseren Glimpfs wegen“.

Von seinem Standpunkte aus erschien eine Vermittlung in der Abendmahlsfrage unmöglich; in Wirklichkeit wünschte es daher die Unterschrift derer, welche die Glaubensreinheit gefährdeten, gar nicht ²⁾.

Am 26. wurden die Städteboten zu Hofe beschieden ³⁾. Durch den Pfalzgrafen Friedrich liess der Kaiser den Städten, die den Speirer Abschied angenommen hatten, seine Zufriedenheit aussprechen, von den andern erwarte er baldigen Gehorsam. Die protestierenden Städte liessen durch J. Sturm versichern, dass sie nicht aus Ungehorsam sich geweigert hätten und baten um Bedenkzeit. Aber dieser Versuch, Spaltung unter den Städten hervorzurufen oder sie von den evangelischen Fürsten abzusondern, mislang. Die Städte einigten sich zu einer gemeinsamen Antwort, die am 27. Juni ⁴⁾ auf Betreiben der Nürnberger den Fürsten vorgelegt wurde; des Gewissens wegen sei der Abschied unannehmbar gewesen. Die Nürnberger und Reutlinger hätten gern eine Motivierung ihrer Unterschrift der Confession in die Schrift hineingebracht, doch unterblieb sie aus Rücksicht auf die andern Städte ⁵⁾. Die Fürsten fanden nichts an der Schrift zu bessern, die ins französische übersetzt am 5. Juli in beiden Fassungen überreicht wurde ⁶⁾. Der Rat von Nürnberg billigte die Haltung der Städte ⁷⁾; er erkannte hinter der kaiserlichen Aufforderung die „geschwinden Praktiken“ einiger Fürsten, die Städte zu trennen; er hielt es nicht für gut, sich dem Kaiser gegenüber in fernere Disputation wegen der Protestation einzulassen; sehr zufrieden war er damit, dass

¹⁾ 738. An die Gesandten, 23. Juni, Bb. 113. ²⁾ An die Gesandten, 30. Juni, Bb. 113. Trotzdem ist der Vorwurf Keims (Schwäb. Rfg. S. 164) zu hart. Keineswegs hatten die Nürnberger bereits seit sechs Wochen die Confession angenommen, erst seit dem 18. waren die Gesandten der Beistimmung des Rates sicher; Sachsen hatte ferner Geheimhaltung der Verhandlungen befohlen; endlich waren ja Einigungsversuche längst als vergeblich erkannt. ³⁾ C. R. II, 743. ⁴⁾ Förstermann, Urkundenbuch II, S. 5. ⁵⁾ C. R. II, 750. ⁶⁾ C. R. II, 760. ⁷⁾ 748.

seine Gesandten die Mitteilung der Antwort an die Fürsten veranlasst hatten, weil sie daraus den getreulichen Willen der Nürnberger spüren könnten, die nicht gewillt seien, hinter dem Rücken in dieser gemeinsamen Sache etwas Sonderliches zu handeln.

Von den Städten wurde dieser enge Anschluss an Sachsen, zumal die Mitunterschreibung der Confession, den Nürnbergern stark verdacht ¹⁾. Auch bei den lutherischen Städten trug sich allerlei „Murmeln und Verdruss zu, mit den Zwinglischen war es vorhin nass“. So tauchten denn bald die alten Beschuldigungen wieder auf. Albrecht von Mansfeld eröffnete Kress ²⁾, dass seine Auftraggeber die Nachricht hätten, Nürnberg wolle kaiserliche Befehle in Sachen der Ceremonien und des Glaubens annehmen. Der Wahrheit gemäss konnte Kress das Gegenteil behaupten.

In diesen Tagen, am 4. oder 5. Juli, trafen Koler und B. Baumgartner zur Unterstützung der Gesandten in Augsburg ein.

Am 9. Juli ³⁾ wurden alle protestierenden Stände auf das Rathaus berufen. Die Fürsten, zuerst befragt, ob sie neben dem Bekenntnis noch andere Artikel anzuzeigen hätten, nahmen Bedacht. Darauf forderte Pfalzgraf Friedrich von den Städten Ursachen und Artikel, weshalb sie den Abschied laut ihrer Antwort vom 5. aus Gründen des Gewissens nicht bewilligen könnten; sie erhielten bis zum 12. Bedenkzeit. Die Fürsten liessen durch ihre Theologen und Räte eine Antwort beraten, woran auf Einladung auch Osiander und Volkamer als Vertreter Nürnbergs und Reutlingens teil nahmen. In der Erklärung ⁴⁾ der Fürsten und der beiden Städte, die am 10. überreicht wurde, lehnte man es ab, weitere Artikel zu übergeben, da die Missbräuche in den überreichten Artikeln bereits bekämpft seien. Am 12. übergaben auch die Städte ihre Beschwerdeschrift, nachdem die Fürsten dieselbe gebilligt hatten ⁵⁾. Besonders auf drei Punkte hatten sie sich geeint, die Unterdrückung der Evangelischen in katholischen Territorien und die nur vorläufige Duldung der reinen Lehre könne nicht anerkannt, die rechte Lehre von der Messe nicht verurteilt werden. Hatte der Kaiser durch seine Forderung specieller Gründe Zwiespalt zu stiften beabsichtigt, indem er die verschiedenen Meinungen vom Abendmahl zu erwecken suchte, so war der Plan durch diese gemeinsame Antwort vermieden, welche geschickt den streitigen Artikel umging.

¹⁾ 750. An die Gesandten, 4. Juli, Bb. 113. ²⁾ 756. ³⁾ C. R. II, 779. Keim, S. 172. Pol. Corr. I, S. 469. ⁴⁾ C. R. II, 776. Coelestin II, S. 218. Chyträus S. 123. ⁵⁾ Keim, S. 176.

Am 14. wurde den Städten daher von dem Pfalzgrafen Friedrich eröffnet ¹⁾, dass der Kaiser aus den Glaubensbekenntnissen, die von den sächsischen Glaubensverwandten und einigen andern Städten überreicht seien, nicht erkennen könne, welches Glaubens jede der Städte sei; diesen sollte nun jede anzeigen. Nürnberg und Reutlingen wären sofort dazu im stande gewesen; aber aus Rücksicht auf die andern bat man um Bedenkzeit. Am 14. konnten sich die Städte nicht einigen. Nürnberg und Reutlingen bestanden darauf, dass jeder bei dem bisherigen Bekenntnis bleiben sollte; Strassburg suchte ein gleichmässiges Bekenntnis der Städte zu erreichen; aber Nürnberg hielt auch am 15. an dem Einverständnis mit Sachsen und der religiösen Überzeugung fest. Da die übrigen Städte ihm beitraten, so wurden beide Confessionen und als dritte die der Ulmer in ein Schriftstück zusammengebracht und als gemeinsame Antwort der protestierenden Städte am 17. überreicht ²⁾. Heilbronn, Kempten und Windsheim zeigten am 14. oder 15. Juli den Nürnbergern ihren Beitritt zum sächsischen Bekenntnis an, den sie schon Anfang Juni geplant hatten ³⁾. Weissenburg folgte wohl am 16.

Bis zur Feststellung des Reichstagsabschiedes blieben die Städte vom Kaiser fortan unbehelligt.

Am 16. eröffnete im Beisein der Nürnberger der Markgraf den Sachsen, dass er Tags zuvor eine kaiserliche Aufforderung erhalten habe, zum alten Glauben zurückzukehren. Wie sie vermuteten, erging am 16. dieselbe Aufforderung an Sachsen. Kress erfuhr im Geheimen, dass die Belehnung mit der Chur und die jülichsche Erbfolge von der Rückkehr zum alten Glauben abhängig gemacht waren. Sachsen legte den verwandten Fürsten und sechs Städten einen Antwortsentwurf an den Kaiser vor; zu seiner Verbesserung wurden zwei Vertreter dieser Städte zugelassen ⁴⁾; am 20. ward die Antwort überreicht.

Am 14. Juli war im Fürstenrate beschlossen, den Kaiser um Berufung eines Concils anzugehen; der Landgraf hatte ein solches bereits am 16. Mai Kress gegenüber statt eines Reichstages zur Entscheidung für nötig erklärt. Auch die Strassburger hatten in der Beratung der Städte am 15. ein Concil als einzigen Ausweg empfohlen ⁵⁾; aber die Nürnberger und ihr Anhang zeigten eine Abneigung dagegen; sie beriefen sich auf den Widerwillen des Kaisers gegen eine Kirchenversammlung; mit ihm wollten sie, so lange es ging, nicht brechen. Man

¹⁾ Corp. Ref. II, 785. Pol. Corr. S. 473. Keim, S. 184. ²⁾ C. R. II, 788. ³⁾ An die Gesandten, 4. 7. August, Bb. 113. C. R. II, 785. Vogt, Anteil Weissenburgs, S. 31. ⁴⁾ C. R. II, 788. ⁵⁾ 791. Förstermann, Urkunden II, S. 113. Müller, S. 673. ⁶⁾ Pol. Corr. I, S. 473.

fürchtete auch, dass der Kaiser bis zu dem etwaigen Concil Restitution in Religionssachen verlangen würde; dem musste der evangelische Sinn der Nürnberger widersprechen.

Ein Gutachten der Nürnberger aus diesen Tagen ¹⁾ erklärte eine vorläufige Restitution zumal des Ablasses und des Coelibats als Widerspruch mit den Worten Gottes; die Obrigkeit habe die Pflicht, nichts wider Gottes Wort zu beschliessen und wenn alle Concilia, Väter und Päpste es gebieten, und wenn die Engel vom Himmel kommen und es anders sagen, dem soll man nicht glauben. Auch haben die Stände kein Recht, durch Majoritätsbeschluss Ordnung zu schaffen, sondern allein ein Concil, das durch vorläufige Restitutionen nur verzögert werden wird.

In letzter Linie erklären die Nürnberger in diesem Aktenstück auch Concilsbeschlüsse für unverbindlich, da sie sich oft widersprächen. Aus den Reichstagsabschieden von 1524 und 1526 folgere die Pflicht, Aufruhr zu vermeiden, daher sei eine Religionsänderung unthunlich, ferner sei das Reich eine Conföderation mit der Pflicht, was Frieden und Regierung betrifft, ein Einhelliges zu thun, zu weiterem sei man nicht verpflichtet, der Glaube sei nur Gott unterworfen. Man empfahl, im Notfall gegen eine Restitution zu protestieren und an ein Concil zu appellieren.

Es wurde jetzt stark an der katholischen Confutation gearbeitet, doch erfuhren die Nürnberger von diesen geheim gehaltenen Verhandlungen nur gerüchtweise ²⁾. Ein weiteres Verhandeln mit den Städten, das, wie man fürchtete, noch rauher sein würde, als das Ansinnen an die Fürsten, erfolgte nicht ³⁾. Da die Religionsverhandlungen ruhten, reisten Ende Juli Koler samt Osiander, dem Juristen Hepstein und dem Ratsschreiber Hopler mit der Genehmigung des Rates wieder heim ⁴⁾.

Am 3. August wurde in allgemeiner Reichstagssitzung die Confutation verlesen ⁵⁾; die Protestanten lehnten am 5. den Empfang einer Abschrift ab ⁶⁾, weil sie für die geforderte Geheimhaltung keine Gewähr leisten konnten. Eine Inhaltsaufzeichnung hatte Camerarius gemacht; schon am 4. hatte der Rat dieselbe in den Händen. Er beauftragte sofort seine Theologen mit einem Gutachten. Osiander verfasste eine Apologie der Confession ⁷⁾; sie wurde wohl die Grundlage des theologischen Gutachtens, das der Rat Melanchthon als Material für eine Entgegnung auf

¹⁾ Datirt vom 17. Juli, bei Hortleder I, I, C. 8, Möller, Osiander, S. 137. ²⁾ C. R. II, 796. ³⁾ 788. ⁴⁾ An die Gesandten, 26. Juli, Bb. 113. ⁵⁾ C. R. II, 821. ⁶⁾ 826. ⁷⁾ Möller, S. 139 ff. An die Gesandten, 4. August, 7. August, 18. August, Bb. 113.

die Confutation vorlegen wollte. Am 18. wurde es den Gesandten zugeschickt. Auch Spengler verfasste ein Bedenken und sandte es an den Kanzler Vogler, der es dem brandenburgischen Rate Heller in Augsburg übermittelte ¹⁾. Churmainz, Churbrandenburg und Braunschweig erboten sich zur Vermittlung. Nach Übereinkunft wurde am 6. ein katholischer Vermittlungsausschuss von 16 Mitgliedern gebildet, der am 7. seine Verhandlungen mit einer Anrede Brandenburgs eröffnete.

Folgenden Tages legte Brück, der sächsische Kanzler, den mitverwandten Ständen eine Antwort vor ²⁾. Zur Verbesserung ward ein Ausschuss bestellt, in dem auch Kress sass. Der Rat von Nürnberg hielt die Vermittlungsversuche von Anfang an für fruchtlos; er war jetzt bereits überzeugt, dass der Kaiser keinen annehmbaren Abschied geben werde ³⁾; vor allem misfiel ihm das Suchen nach ausgleichenden Formeln; er fürchtete wie zur Zeit des Marburger Gespräches den Betrug der Zweideutigkeit. Am 9. ward die Antwort vor dem Vermittlungsausschusse verlesen ⁴⁾; man bat darin um Vermittelungsvorschläge. Nach einer Ausschusssitzung am 10. wurde am 11. den Protestierenden durch den Churfürsten von Brandenburg eine scharfe Antwort erteilt ⁵⁾; man machte sie verantwortlich für das Blutvergiessen, das entstehen würde, wenn sie sich nicht verglichen. Brück verlas am 13. vor dem Ausschuss eine Vertheidigungsschrift ⁶⁾ und empfahl die Bildung eines Ausschusses beider Parteien von weniger Mitgliedern als vordem. Auf Wunsch der Evangelischen nahm man einen vierzehngliedrigen Ausschuss an, der am 16. nach Einholung der kaiserlichen Genehmigung zusammentrat ⁷⁾.

Am 18. erfuhr man von Melanchthon und Brück in des Markgrafen Herberge ⁸⁾, dass sich der Ausschuss bis auf die Punkte der Messe, des Abendmahls, der Priesterehe und der bischöflichen Jurisdiktion verglichen habe. Die Städte billigten den Verlauf und nahmen einen Entwurf der Fürsten über die verglichenen und unverglichenen Artikel als gemeinsame Antwort an ⁹⁾. Der Rat von Nürnberg empfahl, die unverglichenen Artikel der Entscheidung eines Conciles anheim zu stellen und auf Grund der verglichenen einen Frieden bis zum Concil zu halten ¹⁰⁾. In der richtigen Erkenntnis, dass man im Nachgeben nicht weiter gehen könne, betonte er somit bereits jetzt den Ausweg eines Religionsfriedens, der zwei Jahr später allein

¹⁾ Veesenmeyer, kleine Beiträge zur Geschichte des Reichstages von Augsburg, S. 26. ²⁾ C. R. II, 833. ³⁾ An die Gesandten, 9. August, Bb. 113.

⁴⁾ Müller, S. 776. Förstemann II, S. 183. ⁵⁾ Müller, S. 722. Förstemann II, S. 188. ⁶⁾ Müller, S. 727. Förstemann II, S. 201. ⁷⁾ C. R. II, 846. ⁸⁾ C. R. II, 848. ⁹⁾ Müller, S. 745.

¹⁰⁾ An die Gesandten, 20., 21. August, Bb. 113.

übrig blieb, wenn die Reichsverfassung nicht lahm gelegt werden sollte. Aber es wurde weiter verhandelt und zwar im Geheimen. Auf einen protestantischen Vorschlag ¹⁾ folgte am 19. ein katholischer Gegenvorschlag ²⁾ und hierauf die unbeschliessliche, unvorgreifliche Antwort der Protestanten am 20., worin die Privatmesse, die Präsentation der Pfarrer bei den Bischöfen, die Ordination durch letztere zugestanden wurden ³⁾.

Als am 22. den Städtegesandten der Bericht über diese Verhandlungen verlesen ward, forderten sie, misvergnügt, dass man ohne sie zu befragen, soweit gegangen war, Bedenkzeit und Abschriften des Vorschlages zur Begutachtung durch ihre Theologen, ohne deren Zustimmung sie nicht weiter handeln wollten ⁴⁾. Ebenso äusserten sich Hessen und Lüneburg. Ein neuer Ausschuss von je drei Mitgliedern wurde wegen der unverglichenen Punkte von den katholischen Ständen Sachsen empfohlen; auch diejenigen Evangelischen, welche anfangs aus Misstrauen diesem Plan abgeneigt waren, wie Nürnberg, liessen ihn sich endlich des Friedens wegen gefallen. Als er am 24. zusammentrat, forderten die Altgläubigen sogar noch eine Erweiterung der bereits zugestandenen bischöflichen Rechte durch die Examinierung der Pfarrer. Aber die Städte samt Hessen und Lüneburg lehnten ihrerseits am 25. diese Verhandlungen ab ⁵⁾. Nun eröffneten die protestierenden Ausschussmitglieder, sie hätten keine weiteren Mittel vorzulegen, sondern hofften, die Gegner würden ein Concil fördern. Hierzu erklärten sie sich am 26. bereit, aber unter der Bedingung einer vorläufigen Restitution ⁶⁾; sie gestanden nur einige Concessionen betreffend das Abendmahl, Cölibat und die Messe zu ⁷⁾. Aber am 29. beschlossen die Protestierenden, eine Restitution abzulehnen und sich auf keine weiteren Mittel nach den Vorschlägen vom 20. und einem Entwurf Melanchthons vom 21. über die unverglichenen Artikel einzulassen ⁸⁾. Die Städte wollten nicht einmal das letztere annehmen. Vor allen die Nürnberger waren wegen der Jurisdiktion mit Melanchthon in gehässigen Zwiespalt geraten ⁹⁾. Baumgartner drückte den Sachsen sein Befremden aus, dass weder seiner Stadt, noch Luther die Vergleichsvorschläge vorgelegt seien. Sachsen entschuldigte sich; die Vorschläge seien unbeschliesslich gewesen; auch Georg von Brandenburg machte Vorstellungen; man versprach dergleichen nicht wieder geschehen zu lassen. Ebenfalls am 29. erwog man, eine Widerlegung der Confutation und ein Gutachten ausarbeiten zu

¹⁾ Müller, S. 754. ²⁾ S. 755. ³⁾ S. 761. ⁴⁾ C. R. II, 855.
⁵⁾ C. R. II, 861. ⁶⁾ 869. ⁷⁾ Müller, S. 821. Förstemann, II, S. 274.
⁸⁾ C. R. II, S. 869. ⁹⁾ C. R. II, 879, 880.

lassen, dass man bis zu einem Concil keine Restitution zu leisten schuldig sei. Nach der Anweisung des Rates von Nürnberg stellte Baumgarten die nürnbergischen Entwürfe zur Verfügung.

Der Bericht über die Ausschussverhandlungen ging am 23. nach Nürnberg ab. Man „trug Entsetzen“, dass solche Artikel hinter dem Rücken der Glaubensverwandten übergeben würden. Sofort wurden die Theologen der Stadt mit der Abfassung eines Gutachtens beauftragt¹⁾. Spengler griff persönlich ein; am Tage nach der Verlesung der Confutation hatte er einen herrlichen Trostbrief an den Markgrafen gerichtet²⁾: „wie wollten wir uns auch immer für Christen rühmen, wenn wir nicht im Feuer rechter Verfolgung probiert würden“. Jetzt bewies er seine Festigkeit durch ein Gutachten, das er am 25. oder 26. verfasste und nach Augsburg und an Luther sandte³⁾.

Die Privatmesse gilt darin als unchristlich, ebenso die Präsentation und Ordination der Geistlichen durch die Bischöfe, hierdurch sollen die christlichen Prediger allmählich unterdrückt und damit das Evangelium beseitigt werden. Doch will der Verfasser die Streitfrage Verständigeren überlassen und nur über die ganze Art und Weise der Verhandlungen sprechen. Er beschwert sich darüber, dass Commissionen über die wichtigsten Glaubensartikel Beschlüsse fassen sollen, dass Reichsständen überhaupt eine solche Macht zuerkannt werde, was den Gegner später als Präjudizfall gelten könne. Nur einem Concil steht solches zu. Auch eine vorläufige Religionsordnung durch den Reichstag ist unstatthaft; denn wenn sie recht ist, so bedarf es keines Conciles, ist sie unchristlich, so ist es gleich gefährlich, sie für einige Zeit oder für immer anzunehmen.

Beschwerlich ist es, dass man in den wichtigsten Sachen beiderseits sophistisch mit Wortbedeutungen handelt. Die Concessionen in der Frage der Messe, der Busse, des Heiligenkult können nur Misachtung gegen die Nachgebenden bei dem Volke erregen. Ferner misbilligt Spengler, dass die Protestanten gegen einander so unfreundlich sind und dem Gegner das Schwert in die Hand liefern, da doch viele Stände solchen Concessionen nicht folgen könnten. Auch auf die Strassburger und Eidgenossen wünscht er Rücksichtnahme, denn es handele sich ja nicht mehr um die Formulierung des eignen Glaubens, sondern um die Zurückweisung der schon längst überwundenen

¹⁾ An die Gesandten, 26. August, Bb. 113. ²⁾ Pressel, Leben L. Spenglers, S. 70, 4. August. ³⁾ Hausdorff, S. 58—70. Schirmmacher, Akten zur Geschichte des Religionsgespräches von Marburg u. s. w., S. 527.

Misbräuche. Endlich beklagte er, dass Luther, durch den Gott als sein Instrument sein Evangelium verkündet habe, der auch der rechte Principal dieses Handels gewesen ist, garnicht befragt sei. Gegen Melanchthon hegte er keinen Verdacht; er ist ein zu frommer Mann für die Erzschemel. Auch der Rat sah in der Vernachlässigung Luthers eine Gefahr für das Evangelium, da er nach Annahme der Artikel durch die Stände sich dagegen aussprechen werde. Somit würde das Evangelium verunglimpft und die Gefahr eines Aufruhrs der Unterthanen beschworen werden ¹⁾. Eine Censura des Rates, welche Spenglers Schrift benutzte, erklärte sich demgemäss gegen die Erhaltung der Klöster, die bischöfliche Jurisdiktion und Gewalt ²⁾.

Am 26. ging auch das Gutachten der Nürnberger Theologen nach Augsburg ab ³⁾, welches die religiösen Punkte weiter ausführte und zum Teil mit Spenglers Schrift wörtlich übereinstimmte. Nur die Sachsen sollten diese Schrift einsehen, denn der Rat wollte den Zwiespalt der Evangelischen nicht unnötig verschärfen. Die Gesandten der Stadt setzten sich ins Einvernehmen mit den Brandenburgern; gestützt auf die eingesandten Gutachten, trugen sie durch ihr entschiedenes Auftreten dazu bei, dass Sachsen am 29. die weitere Verhandlung über die Artikel ablehnte. Das geschah nach dem Wunsche der Nürnberger; sie erwarteten, dass die Gegner jetzt von selbst Mittel zur Verhütung des Aufruhrs vorschlagen würden.

Luther stärkte Melanchthon durch Briefe und tröstete auch Spengler mit der Zuversicht ⁴⁾, „ob sich Christus gleich ein wenig schwach stelle, ist er darum noch nicht vom Stuhle gestossen“. Am Abend des 29. schlugen Heinrich von Braunschweig und der Bischof von Lüttich die Erneuerung des Ausschusses der 14 vor. Sachsen lehnte es ab, da jene des Kaisers wegen nicht über einen Frieden bis zum Concil handeln wollten ⁵⁾.

Gleich wie Nürnberg also instruierte auch der Landgraf seine Gesandten ⁶⁾, etwas Unchristliches, zumal die Jurisdiktion, nicht zu bewilligen; er vertraute auf die Städte, wenn die Sachsen nachgeben sollten. Am 3. September wurden den Nürnbergern die Schreiben an die hessischen Räte von diesen vorgelegt ⁷⁾; der Landgraf hiess sie darin Männer und nicht Weiber zu sein. Eine neue Verhandlung am 4. Sept. mit dem

¹⁾ An die Gesandten, 2. Sept., Bb. 113.

²⁾ Möller, S. 144.

³⁾ An die Gesandten, 26., 27. August, Bb. 113; Schirrmacher, S. 269; Coelestin. III, S. 81.

⁴⁾ Hausdorff, S. 57. de Wette 4, S. 1297.

⁵⁾ Schirrmacher, S. 298. Pol. Corr. I, S. 491.

⁶⁾ 2 Schreiben

C. R. II, 870, 871.

⁷⁾ C. R. II, 883.

Bischof von Lüttich über die Bedingungen eines friedlichen Abschiedes ¹⁾ scheiterte an Nürnbergs und Hessens Widerspruche, dem Lüneburg beitrug ²⁾.

Am 7. kündete der Kaiser endlich das Concil an, zu dem er nur mit Mühe die päpstliche Einwilligung erhalten hatte und forderte zugleich, dass man sich mittlerweile der gemeinsamen Kirche gleichförmig halten solle. Letzteres mussten die Protestanten ablehnen, da schon die früheren Reichstagsbeschlüsse ohne diese Bedingung das Concil versprochen hätten. Der Kaiser liess es ihnen als Widerspruch darstellen, sich auf einen Reichstag zu berufen, gegen den sie protestierten. In ihrem Antwortschreiben beriefen sich die Protestanten auf den Rechtsstandpunkt der Beschlüsse von 1524 und 1526, die keine Majorität aufheben könne und baten um einen äusseren Frieden bis zum Concil ³⁾.

Darauf begannen am 10. in der Moritzkirche nochmalige Verhandlungen privater Art zwischen Brück und Melancthon mit Georg von Truchsess und dem badischen Kanzler Vehus ⁴⁾. Als aber am 12. die Sachsen den Ständen den Entwurf vorlegten, fanden die Städte darin die Duldung der Messe, der Mönche und anderes unchristlich und dem übergebenen Bekenntnis ganz ungleich, sie rieten von weitem Verhandlungen ab, ausser etwa über einen Frieden und die Klostergüter, um den Verdacht des Eigennutzes abzuweisen ⁵⁾. Sachsen zeigte sich zu einer Sequestration der Klostergüter geneigt. Die Nürnberger aber kamen am 14. in einer Ratssitzung zu der Ansicht, dass eine solche für die Stadt nicht möglich sei, da die Klöster hier nicht wie in Sachsen von den Insassen geleert waren; man hätte also diesen den ausbedungenen Unterhalt aus städtischen Mitteln zahlen müssen. Dagegen liessen sie sich beim Truchsess zur Rechnungsablage und Sequestration der Überschüsse bereit erklären ⁶⁾. Sie trauten überhaupt der Ehrlichkeit der katholischen Unterhändler nicht ⁷⁾; die Gesandten wurden angewiesen, mit Hessens und Lüneburgs Hülfe die Artikel zu verhindern. Letztere wollten den Unterhändlern überhaupt keine Antwort gegeben wissen. Sachsen musste nachgeben. Man einigte sich zu der Erklärung, dass man auf der Confession bestehe.

Bereits hatten sich die Unterhändler an den Markgrafen mit Vermittlungsvorschlägen gewandt und anscheinend mit

¹⁾ Schirrmacher, S. 251. ²⁾ C. R. II, 884. Pol. Corr., S. 495.
³⁾ Müller, S. 842, 844, 847, 849. Förstemann II, S. 411. Schirrmacher, S. 261. ⁴⁾ Schirrmacher, S. 293. ⁵⁾ C. R. II, 900. ⁶⁾ An die Gesandten, 14., 15. Sept., Bb. 113. ⁷⁾ C. R. II, 902.

besserem Erfolg ¹⁾. Der Kanzler Vogler, Spenglers Freund, war abwesend; ihm hatte Spengler Nachsicht gegen Melanchthon und seinen Anhang empfohlen, da sie es gut meinten ²⁾. Jetzt gewannen der Rat Heller, Voglers heimlicher Neider, und der Theologe Brentius im Verein mit Melanchthon den Markgrafen für einen Vergleich ³⁾. Melanchthon hatte bereits am 10. vor dem Bekanntwerden dieser und der in der Moritzkirche stattfindenden Verhandlungen den voraussichtlichen Anklagen der Gesandten in Nürnberg bei H. Ebner zuvorzukommen gesucht. Er veranlasste den jungen Ebner, einen Brief, den er diktierte in dessen Namen an den Vater abzusenden; hierin suchte er seine Concessionen zu vertheidigen; nicht aus Furcht, sondern aus Friedensliebe seien sie geschehen, der Churfürst und Luther seien einverstanden ⁴⁾. Aber schon unter dem 13. und 15. gab der erbitterte Baumgartner in zwei Privatschreiben Spengler Aufklärung ⁵⁾: „Es ist eine Gnade Gottes, dass die Confession einmal übergeben ist, sonst würden unsere Theologi längst ein anderes bekannt haben, — — Philippus ist kindischer, denn ein Kind worden, Brentius ist nit allein ungeschickt, sondern auch grob und rauh, Heller ist voll Forchten; und haben diese drei den frommen Markgrafen ganz irr und kleinmütig gemacht, bereden ihn, was sie wollen, wiewohl ich merke, dass er gern recht thut. Der fromme Vogler muss in seiner Abwesenheit viel von ihm reden lassen — — der Churfürst hat in dem Handel niemand verständiges, denn den einigen Brucken; den hat man dahin gebracht, dass er nun auch mit Sorgen handelt, dieweil er von niemand keinen Beistand hat, denn die andern Theologen dürfen wider Philippum nit öffentlich reden. In summa, wenn uns nit bald ein rauher, ungnädiger Abschied fällt, so würde man nit von uns lassen, bis man uns in die Reusen bringt, dass wir Gottes Hulde begeben und die des Kaisers nit erlangen; denn das Wesen hat bisher stetigs gewährt; als oft die Fürsten beieinander, so kommt einer zu dem Churfürsten geritten, sagt ihm, wie er die Sach treulich und gut meine, und so man allein in diesem oder jenem Stück entweich, möcht der Sachen noch zu helfen sein. Alsbald ist Philippus da, stellt Artikel, glossiert die; das wird durch Heller und Brentzen auch in den Markgrafen getragen, so man uns denn dazu erfordert und wir uns also den vorgekochten Brei nit lassen wohl schmecken, so ist es eines Unwillens, laufen die Theologen um, sagen wir möchten nicht Friede erleiden“.

¹⁾ Schirrmacher, S. 297.
an Vogler. ³⁾ C. R. II, 899.
II, 899, 902.

²⁾ Veesenmeyer, S. 32, 8. Sept., Sp.
⁴⁾ 896. Cölestin, S. 65b. ⁵⁾ C. R.

Die hessischen und städtischen Gesandten wurden zu den Beratungen über die wiederholten Gegenvorschläge gar nicht hinzugezogen; man hätte sie gern von Augsburg fern gewusst. Baumgartner wusste keinen Rat, als durch Spengler auf Luther einwirken zu lassen, dass er den Philipp mit „Gewalt einrenne“ und den Markgrafen warne. Schon am 17. schrieb in der That Spengler an Vogler ¹⁾, der sicher den Markgrafen warnte und an diesen selbst ²⁾. An Luther schrieb er nur ungern, weil er von denen, die ohne Unterlass ihn bei seinem Gewissen mahnten, dazu gezwungen sei, denn er habe Melanchthon von Herzen lieb, halte ihn für einen christlichen, gelehrten Mann, der wider sein Gewissen keineswegs handeln werde, aber er sei ein Mensch und kleinmütig ³⁾. Luther schrieb Ermahnungsschreiben an Melanchthon und Jonas, die Spengler befördern sollte; aber da der Reichstagsabschied bereits vorgelegt wurde, sandte Spengler sie zurück ⁴⁾. Die letzten Vorschläge des Truchsess und des Vehus an den Markgrafen vom 19. wurden von den Fürsten und Städten am 21. abgelehnt ⁵⁾.

Am 22. wurde der Abschiedsentwurf vor den evangelischen Ständen verlesen, und am 23. von ihnen trotz der drohenden Rede, die der Churfürst von Brandenburg hielt, abgelehnt ⁶⁾. Der Churfürst von Sachsen und der Herzog von Lüneburg reisten ab. Jetzt wurde der Versuch, die Städte zu spalten, was im Juli kaum verhindert war, erneut. Am 24. wurde den Städtegesandten durch den Truchsess verboten, vor Schluss des Reichstages abzureisen, was die von Reutlingen, Heilbronn, Kempten bereits am Morgen des 24. gethan hatten; zunächst wurde den vier Städten, die dem Vierstädtebekenntnis und den sechs, die dem sächsischen anhängen, abzutreten befohlen. Darauf wurde vor den übrigen der Abschied verlesen. Es wurde ihnen vom Truchsess vorgestellt, der Kaiser hoffe, dass sie wie die andern Stände Leib und Gut einsetzen würden, weil er die Sache zu Ende bringen wolle. Überlingen, Rottweil, Köln, Regensburg waren zu sofortiger Annahme des Abschiedes bereit; andere, welche die neue Lehre angenommen, aber bislang Opposition gegen den Kaiser vermieden hatten, mussten nun Farbe bekennen.

Am 27. wurden die Städte wieder berufen und irrtümlicher Weise auch die Anhänger der Konfession; sie mussten abtreten. Nachdem die übrigen durch den Pfalzgrafen Friederich noch

¹⁾ Veesemeyer, S. 35.

²⁾ Beischlag, Sylloge, II, S. 138.

³⁾ 25. Sept. an V. Dietrich, Meyer, S. 75. Hausdorff, S. 77.

⁴⁾ Hausdorff, S. 78.

⁵⁾ Förstemann II, S. 456. C. Rf. II, 911.

⁶⁾ 915,

918. Pol. Corr. I, S. 499.

einmal zum Gehorsam aufgefordert waren, erklärten am 30. vierzehn Städte die Annahme des Abschiedes, während Frankfurt, Ulm, Hall, am 29. endlich sogar Augsburg die Annahme verweigerten ¹⁾. Nürnberg war im geheimen gewarnt, die Sache nicht zu verachten ²⁾.

Wie der Rat zu handeln gedachte, zeigt sein Schreiben an seine Gesandten vom 26. Sept., welches Spenglers Stil zeigt ³⁾. — — — — „und ob uns Gott durch solche Handlung zum geteilten vorlegt, entweder bei seinem Wort zu bleiben und Christen zu sein oder davon zu weichen und an ihm treulos zu werden, so müsste der freilich ein schwach Glied Christi sein und Gottes Wort und Wahrheit und Evangelium nie erkannt haben, der sich davon schrecken liess. Denn wie erschrecklich es ist, in die Hände des lebendigen Gottes zu fallen und öffentlich erkannte Wahrheit zu verleugnen, wissen allein die nit, die entweder Gottes Güte, Trost und Gnade nie geschmeckt haben oder gar kein Gewissen haben — — — — Darum wollet getrost sein, dieweil wir ja nit uns selbst, sondern allein Gottes Ehre und unser Heil suchen und dadurch uns selbst und alles, was Gott verliehen, in Fahr stellen müssen, Gott werde uns auch vor unsern Widerwärtigen wohl wissen zu erhalten“. Auch in diesem Schreiben verurteilt Spengler die Städte, die durch besondere Artikel ihre zwinglischen Mitgenossen zu vertilgen helfen.

Um diese Zeit begann der Rat durch zahlreiche Briefe die kleinen evangelischen Städte zur standhaften Ablehnung des Abschiedes zu mahnen ⁴⁾. Auch in diesen Briefen kommt Spengler, dessen Stil erkennbar ist, immer darauf zurück, weil es gelte, die göttliche Wahrheit zu bekennen, so könne die göttliche Hülfe nicht fehlen. Diese Städte fragten ihrerseits bei Nürnberg um Rat an; am 8. Nov. empfahl er den Weissenburgern, die Bürgerschaft wegen der Ablehnung des Abschiedes zu befragen. Wie in Ulm entschied man sich, ihn nicht anzunehmen.

Am 1. October berieten in allgemeiner Ständerversammlung die Fürsten die beantragte beharrliche Türkenhülfe ⁵⁾. Die Städte, von Churmainz davon benachrichtigt, lehnten nach einer Beratung die Hülfe ab, wenn nicht zuvor ein guter Frieden im Reich gemacht sei.

Diese Meinung hatte der Rat schon Ende Juli auf-

¹⁾ C. R. II, S. 921. Müller, S. 937.

²⁾ Pol. Corr. I, S. 502.

³⁾ C. R. II, 917. Ähnliches Schreiben vom 3. October, Bb. 113.

⁴⁾ Folgt, Anteil Weissenburgs, S. 40 und 64, nach dem Nürnberger Briefbuch.

⁵⁾ C. R. II, 922. Pol. Corr. I, S. 503.

gestellt ¹⁾. Er war bereit, im Fall einer Zusicherung in Glaubenssachen bei dem Anschlag der Türkenhülfe „sich gern etwas zu gedulden, wenn der grösste Teil des Wassers auf die Städte geleitet würde“. Jetzt liess er bei den Glaubensverwandten auf die unerlässliche Bedingung dringen ²⁾. Durch einen eben dahin lautenden Ratschlag der Fürsten, der ihnen am 5. zuing, bestärkt, erneuten sie am 7. durch Sturm als Sprecher vor den Fürsten die Bitte, bei dem Kaiser einen Frieden zu erwirken und baten zugleich um eine gerechtere Einschätzung zu den Reichsbeiträgen ³⁾. Churbrandenburg verstand sich dazu, wegen des Friedens den Kaiser zu ersuchen, aber nicht, in ihn zu dringen. Ernst von Baden und Georg von Württemberg schlugen den Sachsen, um einen einhelligen Abschied zu erzielen, einen Vergleich vor ⁴⁾, der aber gleich zurückgewiesen wurde. Neue Artikel, die er um Mitternacht des 10. an Albrecht von Mansfeld bringen liess, fanden auch die Nürnberger besprechenswert ⁵⁾.

Am 13. wurde der Abschied vor den nichtevangelischen Ständen, am 14. auf ihr Bitten vor den Städten noch einmal verlesen; er war noch rauher, als der erste Entwurf gestellt ⁶⁾. Nach einer Beratung am Morgen des 15. erklärten die meisten Städte vor den übrigen Ständen sich zur Leistung einer eilenden Türkenhülfe bereit. Augsburg, Ulm, Frankfurt und Hall freilich wollten erst Vollmachten einholen. Die Augsburger wurden „sonderlich angesprengt“, vor den übrigen Antwort zu geben, da sie doch hier zu Hause wären. Es trat nun am 17. ein Ausschuss der annehmenden Fürsten und Städte zusammen, um über einen Frieden mit den Protestierenden zu beraten ⁷⁾. Am 20. traten alle Stände zusammen. Die Fürsten einigten sich über die eilende Türkenhülfe und forderten die Städte auf, Mitglieder zu zwei ausführenden Ausschüssen zu stellen ⁸⁾. In der Nachmittagsberatung der Städte forderten Nürnberg, Strassburg und ihr Anhang, bei Churmainz auf einen Frieden bis zum Concil anzutragen, aber die Majorität der 37 katholischen Städte erklärte, sich mit den Fürsten bereits über einen Frieden verglichen zu haben; jene Städte möchten für sich allein einen Frieden beantragen, ihren eigenen Frieden mitzuteilen weigerten sie sich.

Darauf gingen am Abend des 26. je zwei Vertreter der

¹⁾ An die Gesandten, 26. Juli, Bb. 113. ²⁾ An die Gesandten, 6., 14. Oct., Bb. 114. ³⁾ Pol. Corr. I, S. 510. Schirrmacher, S. 441.

⁴⁾ C. R. II, 923. Müller, S. 941. ⁵⁾ C. R. II, 924. An die Gesandten, 13. Oct., Bb. 114. ⁶⁾ C. R. II, 927. ⁷⁾ 928. ⁸⁾ C. R. II, 929. Pol. Corr. I, S. 521.

beiden Städtebänke, darunter Volkamer und Sturm, zu Churmainz und erklärten es für unmöglich, ohne Friedenszusicherung die Türkenhülfe zu bewilligen. Churmainz versprach, sich mit den Fürsten zu bereden.

Am 21. früh begab sich Volkamer zu dem sächsischen Rate Planitz; er erlangte die Zusicherung, dass auch Sachsen dieselbe Bedingung der Türkenhülfe stellen werde¹⁾. Nach einer gemeinsamen Sitzung der annehmenden Fürsten und Städte liessen letztere den ablehnenden Städten erklären, dass sie den Abschied bewilligt hätten. So war auch in der Türkenfrage die am 13. October schon erkennbare Spaltung der Städte deutlich geworden. Die Nürnberger Gesandten hielten es für einen Vorteil, dass der „faule Haufe“ von ihnen gekommen sei, der die Verhandlungen der Städte stets verraten habe. Es wurde infolge der Bitte Sachsens und der Städte am 22. der von den übrigen Ständen vereinbarte Frieden durch Churbrandenburg verlesen²⁾; aber man fand bedenklich, dass der Friede nur für diejenigen gelten sollte, die den Abschied angenommen hätten, und dass kein Stand den andern überziehen sollte, wodurch es also dem Kaiser als Nichtstand freigestellt war. Vergeblich erklärte Brandenburg, nicht durch die Stände, sondern durch sich selbst sei der sächsische Churfürst vom Frieden ausgeschlossen. Endlich behauptete er, der Friede betreffe nur den Landfrieden.

Die Anregung zur Gegenwehr war bereits von Strassburg ausgegangen. Von Beginn des Reichstages an hatten seine Gesandten sich für den religiösen Ausgleich bemüht; indes wurde anfangs jede Verhandlung selbst der Theologen abgelehnt³⁾. Nachdem aber die Verhandlungen mit Bucer im Juli eröffnet waren, erteilte Strassburg seinen Gesandten Sturm und Pfarrer den Auftrag, durch Vermittelung der hessischen Räte ein Bündnis der Evangelischen bei Sachsen anzuregen. Die Hessen waren bereit dazu⁴⁾; mit dem Landgrafen stand die Stadt in beständiger Correspondenz über ein Bündnis. Bucer reiste am 19. Sept. im Geleit des heimkehrenden Gesandten Baumgartner nach Coburg zu Luther, der ihn wohlwollend behandelte, und von da nach Nürnberg. Am 12. October brachten nun die Strassburger ihre Werbung bei den sächsischen Räten, unter denen auch der Graf von Mansfeld war, an und fanden eine günstige Aufnahme⁵⁾. Folgenden Tags fand im Beisein des

¹⁾ C. R. II, 929. Pol. Corr. I, S. 522.

²⁾ C. R. II, 930.

³⁾ Strassburg an die Gesandten, 17. Aug., Pol. Corr.

⁴⁾ Die Ge-

sandten an Strassburg, 24. Aug., 23. Sept., Pol. Corr.

⁵⁾ C. R. II,

926. Keim, Schw. Rfg., S. 244. Die Gesandten an Strassburg, 12. Oct., 15. Oct. Pol. Corr. Förstemann, Urkundenbuch II, S. 726.

hessischen Rates von Trott ein Meinungsaustausch zwischen den Strassburgern und dem Grafen statt, der nunmehr seine persönlichen Pläne enthüllte. Er erklärte die alten Schwierigkeiten eines Bündnisses für beseitigt, da Luther das Strassburger Bekenntnis anerkannt habe und versprach, bei dem Churfürsten dafür zu wirken, dass bei den norddeutschen Ständen, bei Dänemark und Preussen wegen eines Bundes angefragt würde. Das gleiche sollte Strassburg bei den Oberländern und Schweizern thun. Dann sollten Vertrauensmänner von beiden Seiten in Nürnberg oder Frankfurt zusammenkommen. Vorläufig riet Mansfeld, 2000 Reiter auf Wartegeld anzunehmen. In der folgenden Nacht trafen sich bei Besserer, dem Ulmer Gesandten, J. Sturm, Hans Ehinger von Memmingen und H. Baumgartner ¹⁾. Sturm empfahl, eine Zusammenkunft sämtlicher christlichen Stände oder zwei gesonderte Versammlungen, der Oberländer und Unterländer, abzuhalten.

Mansfeld aber reiste in der Nacht des 14. ab und nahm seinen Weg über Nürnberg, um sich mit dem Rate über die Angelegenheit zu besprechen. Der Rat hatte den Churfürsten, der am 27. September auf der Rückreise begriffen in Nürnberg ankam ²⁾, über seine Absichten befragen lassen. Er empfahl, beiderseits von Theologen und Juristen Gutachten einzufordern; alsdann sollte eine Tagsatzung anberaumt werden. Windsheim, Weissenburg, Kempten und Reutlingen wurden sogleich vom Rate hiervon in Kenntnis gesetzt ³⁾ und aufgefordert, auf Vorschläge für diesen Tag zu sinnern. Der Rat ersuchte nun am 21. Chursachsen, vor Abreise des Kaisers einen Tag anzusetzen; an den Markgrafen ging der Tagsatzung wegen eine Botschaft ⁴⁾. Kaden wurde an den Churfürsten geschickt, um ihn um persönliches Erscheinen auf dem Tage zu bitten ⁵⁾. Aber die Nürnberger hatten eine Nebenabsicht; sie wollten den Bruch mit dem Kaiser gern unnötig machen. Kaden unterbreitete dem Churfürsten ihren Plan ⁶⁾; eine förmliche Gesandtschaft sollte den Kaiser in Augsburg um einen friedlichen Anstand bis zum Concile ersuchen, oder die dortigen Gesandten sollten dieses thun. Der Churfürst war nicht abgeneigt; er schlug dem Landgrafen vor, auf dem anzusetzenden Tage hierüber beraten zu lassen und den Gesandten für eine besondere Botschaft oder einen Befehl an die Reichstagsboten in diesem Sinne Vollmacht zu geben ⁷⁾.

¹⁾ Keim, Schwäb. Rfg., S. 245 ff. Dobel, Memmingen, Ehingers Bericht vom 14. Oct. IV, S. 82. ²⁾ Soden, S. 340. ³⁾ 30. Sept., Bb. 113. Vogt, Anteil, S. 40. ⁴⁾ An Sachsen, 21. Oct. An die Gesandten, 24. Oct., Bb. 114. ⁵⁾ Soden, S. 340. ⁶⁾ An die Gesandten, 20., 24. October, Bb. 114. ⁷⁾ Pol. Corr. I, S. 536.

Am 20. und 24. October erhielten die Nürnberger Reichstagsgesandten vom Rate noch einmal Befehl, keine Türkenhülfe ohne Zusicherung eines Friedens zu bewilligen, Strassburg und Ulm im Widerstand zu bestärken und mit diesen die noch unentschlossenen Städte womöglich auf ihre Seite zu ziehen. Sieben Städte, darunter Augsburg, Ulm und Frankfurt erklärten den Nürnbergern und den Fürsten den gewünschten Entschluss. Der Rat von Augsburg lehnte am 26. eine erneute Aufforderung des Kaisers, den Abschied anzunehmen, ab. Reutlingen, das nach Abreise seiner Vertreter von den Nürnbergern über die Ereignisse benachrichtigt wurde ¹⁾, schrieb am 22. an die Gesandten: „Wir verhoffen auf Nürnberg, vor allen auf Christus, aber wir müssen, soviel an uns liegt, handeln, dass die Wahrheit nicht niedergedrückt wird“. Es empfahl ebenfalls eine Versammlung der Evangelischen, die der Churfürst oder Nürnberg selbst einberufen möge; Leib, Ehre und Gut wollte man wagen ²⁾.

Aber bald trat ein Umschwung in der Politik des Rates ein. Am 28. wurde den widerspenstigen Ständen durch Churbrandenburg eröffnet, dass der Kaiser am 27. sich mit den Ständen zu Friedensartikeln entschlossen habe; man erlangte eine Abschrift ³⁾. Am 29. erfolgte eine Antwort ⁴⁾; man forderte darin nur Sicherheit vor Processen. Nachdem am ganzen folgenden Tage verhandelt war, wurde am 31. die kaiserliche Gegenantwort mitgeteilt ⁵⁾. Planitz entgegnete, man wolle den Kaiser keineswegs durch einen Frieden verhindern, das Recht zu üben, sondern verlange nur Sicherheit vor fiskalischen Processen, welche die Worte des Friedensentwurfes, keiner solle ohne Recht einen andern überziehen, nicht verbürgten. Brandenburg, über die Absichten des Fiscals befragt, äusserte sich nicht, da er dem Kaiser angehöre. Abends wurde der Abschiedsentwurf auf dem Rathaus verlesen. Planitz erklärte die Annahme für unmöglich, solange die Sicherung vor Processen fehle.

Den Strassburgern war das Ergebnis wohl nicht unerwünscht; sie hofften alles von einem Bündnis und verhehlten sich nicht, dass es darum geschehen sei, wenn ein Friede zu stande käme. Aber auch ohne einen Frieden, argwöhnte Sturm, würde mancher sich zufrieden geben, in der Hoffnung, von fiskalischen Processen selbst verschont zu bleiben ⁶⁾. Strassburg billigte Mansfelds Bundesplan, zumal die Anwerbung von Reitern; es

¹⁾ Gayler, Reutlingen, S. 387.
S. 1092. C. R. II, 931.

²⁾ Beyschlag, Sylloge, I, 5,

³⁾ C. R. II, 932.

⁴⁾ Müller, S. 970.

⁵⁾ C. R. II, 933.
Pol. Corr.

⁶⁾ Die Gesandten an Strassburg, 31. October,

machte bereits den Schweizern darüber Mitteilung ¹⁾. Sturm verhandelte nun mit den Ulmern und Nürnbergern weiter über das Bündnis. Die Ulmer waren geneigt; dagegen erklärten die Nürnberger, dass sie noch ohne Nachricht über das Ergebnis der Gesandtschaft an den Churfürsten seien und deshalb keine Antwort geben könnten ²⁾. In diesem kritischen Augenblick, am 31. October, erklärten die brandenburgischen Gesandten den Nürnbergern, Hessen und Sachsen, dass sie Befehl hätten ³⁾, auch ohne den Frieden die Türkenhilfe, als äusserliche Sache zu bewilligen, ebenso hatte bereits Schwäbisch-Hall die Bewilligung begründet. Auch die Tagsatzung lehnte der Markgraf ab.

Besonders die Hessen waren entrüstet; man bewog die Gesandten, die Sache vorläufig geheim zu halten; trotzdem wurden die Strassburger im Vertrauen von den Nürnbergern davon unterrichtet. Man beschloss am 1. November, den Kaiser um weitere Erklärung des Friedens zu bitten und liess ihm am nächsten Tage durch Ferdinand ein Schreiben überreichen. Aber noch vor dem Eintreffen der Antwort wirkte der Abfall Brandenburgs nach. Schon am 2. November schrieb der Rat von Nürnberg seinen Gesandten, dass es überhaupt zweifelhaft sei, ob man den Kaiser durch Verweigerung der Türkenhilfe zum Frieden zwingen könnte, ob er ohne Verletzung der Hoheit einen solchen geben dürfe; man solle beim Kaiser oder König wegen eines mündlichen Versprechens, dass bis zum Concil des Glaubens wegen nichts gegen die protestierenden Stände vorgenommen werden solle, verhandeln ⁴⁾. Ein Angriff der Türken galt den Nürnbergern damals als sicher bevorstehend; sie besorgten, dass deshalb jeder Verdacht und Vorwurf, wenn das Reich im Stiche gelassen würde, auf die Evangelischen fallen würde ⁵⁾. Während dieser Wendung der Politik empfangen sie von ihren Gesandten die Strassburger Werbung für Mansfelds Projekt, als die Ausschreibung des von Nürnberg angeregten Tages bevorstand. Sie hatten für diesen Tag nichts weniger als kriegerische Pläne gehabt; eine Gesandtschaft an den Kaiser, das alte Universalmittel, sollte bedacht werden, um einen Frieden zu erlangen. Aber selbst dieser Plan ging ihnen jetzt zu weit. Noch stand ja die Antwort auf das letzte Schreiben an den Kaiser aus; der Rat wollte sich sogar mit einer mündlichen Zusage der Sicherheit begnügen. Die weitgehenden Bestrebungen Strassburgs dagegen konnten die Nürnberger auf der Tagsatzung

¹⁾ Strassburg an die Gesandten, 19. Oct., Pol. Corr. Bern an Strassburg, 24. Oct., Pol. Corr. ²⁾ Die Gesandten an Strassburg, 31. Oct., Pol. Corr. ³⁾ C. R. II, 936. Die Gesandten an Strassburg, 31. Oct. ⁴⁾ An die Gesandten, 2. Nov., Bb. 114. ⁵⁾ An dieselben, 5. Nov.

in grosse Verlegenheit bringen, wenn Sachsen jenen Bestrebungen zuneigte. Eine direkte Ablehnung des Tages hätte aber den alten, zu Augsburg mehrfach laut gewordenen Verdacht erneuert. Daher ersuchte der Rat den Churfürsten, den Tag bis zum Ende des Reichstages aufzuschieben ¹⁾, da sich in Augsburg die Hoffnung auf ein schriftliches oder mündliches Friedensversprechen zeige, ferner wolle der Kaiser von Augsburg über Nürnberg reisen, das könne Unannehmlichkeiten erregen. Die Strassburger Gesandten dagegen wurden damit vertröstet, dass der Rat über das Bundesprojekt noch keinen festen Entschluss gefasst habe; auf dem bevorstehenden Tage solle darüber verhandelt werden ²⁾.

Diese diplomatischen Kunstgriffe brachten den Rat in grosse Verlegenheit. Am 7. November erhielt er von Sachsen die Ankündigung eines Tages auf den 13. und eines zweiten auf den 28. November zugleich mit einem Schreiben an Strassburg, dessen Inhalt man sich denken konnte.

Insgeheim liess der Churfürst einige der ältern Herren wissen, dass nach seiner Ansicht die evangelischen Stände zum Widerstand gegen den Kaiser verpflichtet seien; Nürnberg möge die glaubensverwandten Städte und Strassburg mit seinem Anhang veranlassen, in diesem Sinne für den Tag von Nürnberg Vollmachten mitzugeben. Der Rat „entsetzte sich des höchsten“. In den eignen Mauern sollte er die Städte zusammen kommen lassen, die ihm trotz jeder Concordienformel für schwärmerisch galten, die mit den Schweizern in einem Bunde standen, bei dem auch der Kaiser nicht ausgenommen war ³⁾.

Dem sächsischen Verlangen nachzukommen hiess dem Kaiser Ursache geben, die Nürnberger für rebelles imperii zu halten. Noch wusste man nicht, wie Sachsen sich zu der letzten Aufforderung Nürnbergs vom 3. November stellen würde. Der Rat konnte daher seinen Gesandten keine Anweisung geben, als den Strassburgern überhaupt nichts mitzuteilen. Jener Brief des Churfürsten an Strassburg wurde Sturm durch die Nürnberger Gesandten am 10. übermittelt; Sachsen setzte darin voraus, dass die Nürnberger sich bereits über den Zweck einer Zusammenkunft der Evangelischen geäussert haben würden und kündigte die beiden Tage an. Sturm ersuchte die Nürnberger um weitere Aufklärung; diese erklärten, dass sie keinen weiteren Befehl hätten, als den Brief zu übergeben; indes liessen sie wissen, dass ihre Stadt dem Churfürsten von dem auf den 13. November zu Nürnberg angesetzten Tag abgeraten habe. Sturm

¹⁾ An Sachsen, 3. Nov.

²⁾ An die Gesandten, 5. Nov., Zedula.

³⁾ An dieselben, 8. Nov.

durchschaute das Spiel, dass die Nürnberger eben noch keine Antwort von Sachsen erhalten hatten; er war überzeugt, dass der Tag nicht stattfinden würde ¹⁾.

Noch war keine Antwort auf die letzte Bitte der Evangelischen um einen Frieden erteilt; am 8. versprachen die sächsischen Vertreter den Boten der weigernden Städte ausser Nürnberg, dass sie gemäss ihrer Instruktion nur auf das Versprechen eines gemeinen Friedens hin die Türkenhülfe bewilligen würden ²⁾. Aber die Nürnberger liessen sich jetzt bereits offen gegen die Strassburger vernehmen, dass sie mit einem mündlichen Sicherheitsversprechen sich begnügen würden, ja sogar ohne ein solches sollten die Städte die Türkenhülfe, eine weltliche Sache, die der Christenheit und dem Reiche zur Wohlfahrt gereiche, nicht weigern. Am 11. wies der Rat seine Gesandten an, nunmehr in diesem Sinne bei allen verwandten Ständen für die bedingungslose Bewilligung der Hülfe zu wirken ³⁾. Allein die Antwort des Kaisers auf das Schreiben der Evangelischen vom 2. erfolgte bereits an demselben Tage; am folgenden Tage wurde die Gegenantwort erteilt ⁴⁾: die Türkenhülfe wurde, da keine Sicherheit versprochen wurde, verweigert. Auch die Nürnberger mussten nach Befehl des Rates sich der Weigerung anschliessen; aber dieser dachte bereits an Absonderung. Am 13. November erhielt er zu seiner Befriedigung die Abkündigung des Tages von Nürnberg zugeschickt, an demselben Tage, auf den er die Städte nach Nürnberg hatte einladen sollen. So war man der Verlegenheiten vorläufig enthoben ⁵⁾.

In Augsburg waren die Evangelischen bereits seit einigen Tagen von den Verhandlungen ganz ausgeschlossen. Die andern Stände waren „die lieben Kinder“; zumal „die groben Städtegesellen liessen sich nicht anders an, als ob das Reich an ihnen läge, es ward den Kleinen nicht wenig hoch, indem sie in die Versammlungen der Stände zugelassen wurden“ ⁶⁾.

Am 19. erfolgte die Verlesung des Abschiedes. Die Nürnberger Gesandten hatten bis zum Schluss des Reichstages ausgeharrt. Ihr letzter Bericht ging am 21. November ab ⁷⁾.

¹⁾ Sturm an die Dreizehn, 10. Nov., Pol. Corr. ²⁾ Sturm an die Dreizehn, 10. Nov., Pol. Corr. ³⁾ An die Gesandten, 11. Nov., Bb. 114. ⁴⁾ Müller, S. 987, 990. Förstemann, Urkundenbuch II, S. 81, 82. C. R. II, 937. ⁵⁾ An die Gesandten, 14. Nov., Bb. 114. ⁶⁾ C. R. II, 930. ⁷⁾ C. R. II, 943.

Kapitel X.

Nürnberg und der schmalkaldische Bund.

Der Markgraf von Brandenburg wollte auch den auf den 28. November angesetzten Tag von Schmalkalden verhindern ¹⁾. Die Nürnberger, welche diesen Tag in Übereinstimmung mit ihm zu beschicken gedachten, trugen anfangs einige Bedenken, zum zweiten Male an der Verhinderung einer Einigung mitzuwirken, zumal da die Gesandten zu diesem Tage schon unterwegs waren. Aber im Grunde waren sie gegen den Tag. So erfolgte denn auf ein Schreiben Georgs an den Churfürsten die Abkündigung des Tages ²⁾; am 23. erfuhren die Städtegesandten auf dem Wege nach Schmalkalden in Nürnberg diese eben eingetroffene Nachricht. Die Strassburger waren sehr entrüstet. Doch fanden die Nürnberger und der Markgraf jetzt nach dem Bekanntwerden des Reichstagsabschiedes einen Tag der Evangelischen angemessen. Auf demselben sollte über die Gesandtschaft verhandelt werden; die Türkenhülfe dagegen wollten sie und der Markgraf bedingungslos bewilligt wissen. Bei einem solchen Programm konnten die Strassburger Gesandten auf den Tag nur geringe Hoffnung setzen; doch vereinigten sie sich mit den übrigen Gesandten zu einem Schreiben an Sachsen, worin eine neue Ansetzung eines Tages angeraten wurde. Sturm war sehr misstrauisch gegen Sachsen; es sei besser, den Tag gar nicht zu besuchen, als die Ereignisse des vorigen Jahres sich erneuern zu sehen; jedenfalls müsse auf dem Tage über ein Bündnis verhandelt werden.

Die Wittenberger Theologen konnten jetzt der juristischen Auffassung, dass der Kaiser den Fürsten als eigentlichen Erbherrn durch den Huldigungseid verpflichtet sei, nichts entgegensetzen und das Recht des Widerstandes daher wenigstens nicht bestreiten.

In Nürnberg behielt das göttliche Recht vor dem weltlichen den Vorzug. Vor dem Tage von Schmalkalden und gleich nach demselben forderte der Rat von seinen Theologen und Juristen Gutachten ein. Eins derselben ³⁾, welches als eine Ausführung

¹⁾ An Georg von Brandenburg, 18., 19. Nov., Bb. 114. ²⁾ Sturm an Philipp, 23. Nov., Pol. Corr. An Sachsen, 23. Nov., Bb. 114.
³⁾ Hortleder II, I, C. 7.

des Spenglerischen vom Januar 1530 erscheint, fordert, dass man nach der Schrift nicht nur den guten, sondern auch den bösen Herren gehorchen soll; der ursprünglich monarchische Charakter des Reiches, den die Entwicklung der Reichsstädte am deutlichsten offenbarte, wird wieder betont; die Städte haben nur das Recht der Amtleute. Auch der neue Einwand, dass der Kaiser sein Amt durch Übertretung verwirkt habe, ist verwerflich, denn sonst müssten folgerichtig Bürger über die Obrigkeit, Kinder über die Väter richten. Zu ganz anderen Resultaten kommt ein Gutachten, das ohne Zweifel Osiander zum Verfasser hat ¹⁾. Seine abweichende Meinung hatte Link bei der Disputation mit dem Kanzler Bayer auf dem Nürnberger Convente erwähnt, auch, dass er bereit sei, sie in einem Gutachten zu äussern. Wenn nach Paulus ad Rom. 13 alle Gewalt von Gott stammt, so kann dies naturgemäss nur die ordnungsmässige Gewalt sein. Diese beruht auch nicht auf der Person, sondern auf der Administration und Regierung, die die Bösen straft und das Gute handhabt. Wenn eine Person dieses Amt unordentlich verwaltet, so ist sie nicht als von Gott eingesetzt zu erachten. Ferner ist nach Paulus auch die untere Gewalt von Gott, da alle Gewalt von ihm ist, also auch die der Reichsstädte; die Unterthanen freilich besitzen keine Gewalt. Die Reichsgewalt wird nun durch Wahl übertragen; wenn aber der Inhaber die Artikel der Wahlkapitulation nicht hält, so ist die untere Gewalt höher als die obere und zum Widerstande berechtigt.

Osianders Gedanken zeigen eine eigentümliche Verschmelzung des Naturrechts, welches bei Vertragsbruch den Widerstand rechtfertigt, mit der Theologie. Ein theologischer Ratschlag ²⁾ suchte ihn zu widerlegen: als Unterthan sei man alles zu dulden schuldig. Aber Osiander scheint die Ansicht, dass alle, auch die übertragene, Gewalt von Gott stamme, noch in einem andern Gutachten erörtert zu haben, indem er sie mit der Absolution verglich, die ebenfalls von Gott direkt stammt, auch wenn sie vom Priester mitgeteilt wird. Gegen diesen und andere Punkte wurde aber auch von juristischer Seite ein Gutachten gegeben ³⁾. Das natürliche Recht des Widerstandes kann das Recht der Obrigkeit nicht aufheben, da dieses ebenfalls ein natürliches ist. Keineswegs stammt alle Gewalt direkt von Gott, sondern sie kann vom Kaiser als Regal übertragen werden, daher ist der Vergleich mit der Absolution ungereimt, denn der Kaiser kann die Übertragung aufheben, der Priester nicht. Die Unterscheidung der Obrigkeit von dem Oberherrn ist ein Schulgezänk, wie die von

¹⁾ Hortleder, II, II, C. 10.
 leder, II, II, C. 9.

²⁾ Hortleder, II, II, C. 11.

³⁾ Hort-

Abstrakt und Konkret, ein Vergehen gegen die Person geht auch gegen die Obrigkeit und ist ein *crimen laesae majestatis*. Der Rat gab seinen Gesandten Kress und Schürstab ein theologisches und ein juristisches Gutachten für den Tag von Schmalkalden mit; sie sollten darauf hinarbeiten, dass der Abschluss eines Bündnisses aufgeschoben werde, bis neue Nachricht vom Kaiser eingetroffen sei; doch war man entschlossen, zur Erhaltung des Evangeliums nicht gegen dasselbe zu handeln ¹⁾. Der Markgraf von Brandenburg hatte ein ähnliches Gutachten des Brentius, welches ein Bündnis verwarf, erhalten ²⁾.

Anfang December erhielten Strassburg und Nürnberg die Ankündigung des Tages von Schmalkalden auf den 22. December, die Nürnberg einer Anzahl von Städten übermittelte ³⁾. Es war die Furcht vor einem Processkriege, die Sachsen bestimmte, den Tag noch vor Weihnachten abzuhalten. Der Kaiser hatte es dem Reichsfiscal frei gegeben, gegen alle, die nicht dem Abschied von Augsburg nachlebten, zu *procedieren* ⁴⁾. Ferner wollte es die Angelegenheit der beabsichtigten Königswahl zur Sprache bringen, zu welcher der Churfürst auf den 29. December nach Köln geladen war. Nürnberg setzte sich sofort mit dem Markgrafen ins Einvernehmen ⁵⁾, dass es zur Verhinderung dieser Wahl nicht mitwirken wolle. Der Rat entsandte vielmehr auf Verlangen des Kaisers den kaiserlichen Ornat nach Köln.

Am festgesetzten Tage kamen die Evangelischen in Schmalkalden zusammen ⁶⁾. Der Churprinz, der seinen Vater vertrat, hoffte auf die Unterstützung der Städte bei seinem Protest gegen die Königswahl. Lüneburg und Hessen waren bereit; es wurden Schriften an den Kaiser und an die Churfürsten zu Köln be-
dacht. Aber vergeblich wurden Brandenburg und hierauf Nürnberg zur Unterschrift am 24. December aufgefordert. Die fürstlichen Räte begaben sich nun zu den Strassburgern; sie erboten sich, Verbesserungen nach ihrem Sinne an der Protestschrift vorzunehmen, wenn sie dieselbe unterschreiben wollten. Die Strassburger waren hierzu ermächtigt ⁷⁾, für den Fall, dass alle Stände bereit sein würden; daher verlangten sie eine Besprechung mit den Nürnbergern. Als nun diese ihre Instruktion vorlegten, die eine Unterschrift verbot, erklärten die Strassburger den Räten, dass sie um eine Spaltung der Städte zu vermeiden, ebenfalls nicht unterschreiben könnten.

¹⁾ An Brandenburg, 20. Januar, Bb. 114. ²⁾ Hortleder, II, II, C. 6. ³⁾ An Sachsen, 5. Dec.; an Ulm, Reutlingen, 5. Dec., Bb. 114.
⁴⁾ Sachsen an Strassburg, 29. Nov., Pol. Corr. ⁵⁾ An Georg, 9., 11. Dec., Bb. 114. ⁶⁾ Abschied von Schmalkalden, Hortleder, I, VIII, C. 7.
⁷⁾ Instruktion. Pol. Corr. II, S. 2. Relation Sturms, Pol. Corr. I, S. 566. ⁷⁾ Instruktion. Pol. Corr. I, S. 560.

Am 26. verhandelten die Fürsten mit Brandenburg und Nürnberg über den Bund. Nach Befehl des Rates beriefen die Gesandten sich auf das Gutachten der Theologen; man wunderte sich, dass die Sachsen von ihrer früheren Meinung abgewichen seien. Die Sachsen suchten dagegen die Sache so darzustellen, als ob Luther und Melanchthon jetzt ihr Vorhaben billigten. Es kam zu herben Worten. Der Rat von Nürnberg wurde von Mansfeld, der in ihm den Hauptgegner seines Planes sah, „etwas hoch und unehrlich angetastet“, als ob er vom Evangelium fallen wolle, vom Kaiser einen Sonderfrieden versprochen erhalten, und darum die Gesandten nach Köln zur Wahl Ferdinands geschickt habe ¹⁾. Hierauf begaben sich die Räte zu den übrigen Städteboten und befragten sie um ihre Vollmacht in Betreff eines Bündnisses. Nach einer Beratung erklärten sie sich bereit, über ein solches zu verhandeln. Am 27. wurde den Städten der Entwurf eines Bündnisses vorgelesen und ein Ausschuss zu dessen Beratung bestellt. An demselben Tage wurde auch ein anderer Ausschuss angeordnet, an dem Brandenburg und Nürnberg teil nahmen, um über die bevorstehenden fiscalischen Processe und die Gesandtschaft, Nürnbergs Lieblingsprojekt, zu verhandeln. Das Bündnisprojekt wurde schon am 28. von den Städten gebilligt. Der andere Ausschuss beschloss auf Anraten des Landgrafen, statt der Gesandtschaft einen Brief an den Kaiser zu schicken; wenn ein Stand vom Fiscal oder schwäbischen Bunde belangt werde, sollten die übrigen ihm rätlich und thätlich zur Seite stehen; die Annahme eines Mandates sollte verweigert, zur Vertretung ein Procurator am Kammergericht bestellt werden; es wurde gefordert, an England und Frankreich Ausschreiben ergehen zu lassen und in zwei Monaten einen neuen Tag zu Nürnberg abzuhalten, zu dem Sachsen den Entwurf der Appellation gegen den letzten Reichstagsabschied mitbringen werde. Alsdann wollte man auch über eine gemeinsame Kirchenordnung aller Evangelischen verhandeln.

Am 30. wurde der Abschied vorgelegt. Fürsten und Städte berieten darüber besonders. Die Strassburger mussten, von Planitz aufgefordert, im Beisein der brandenburgischen und nürnbergischen Gesandten sich noch einmal über ihre Auffassung des Sakraments äussern; sie gaben Brandenburg diesen Artikel ihrer Confession. Spät am Abend besprachen sie sich noch einmal mit den Brandenburgern und Nürnbergern. Dann wurde

¹⁾ Spengler an Veit Dietrich, 3. Februar 1531; Mayer Spengleriana. Der Rat an Kress und Schürstab, 2. Januar, Bb. 114. Soden, S. 246.

am folgenden Tage von den Städten die gemeinsame Antwort erteilt, dass man das Schreiben an den Kaiser bewillige und über die übrigen Punkte innerhalb sechs Wochen sich erklären werde.

Über die Artikel des schmalkaldischen Abschieds forderte der Rat von den Juristen und Theologen neue Gutachten ein. Wieder machten sich in der Bündnisfrage zwei Meinungen geltend, was nicht ohne Einfluss auf den Rat blieb.

Dagegen nahm der Rat die zu Schmalkalden beschlossene Appellation von dem Augsburger Abschied an ein Concil an. Osiander empfahl sie in einem Gutachten¹⁾, in welchem er darauf verzichtete, sie durch natürliches, kaiserliches und päpstliches Recht zu begründen. Als eine Ermahnung für die sächsischen Theologen sollte sie allein auf der Bibel beruhen. Demgemäss habe der Kaiser kein Recht, in religiösen Fragen eine Entscheidung zu treffen, da Christus bei Gelegenheit des Zinsgroschens die Reiche Gottes und des Kaisers gesondert habe. Auch der vom römischen Kaiser befohlene Arianismus sei unberechtigt geblieben. Nach Paulus ist das Sünde, was nicht durch den Glauben geht, in dem Gewalt aber ein Unding ist. Der Rat liess zu dem vom bremischen Gesandten in Schmalkalden verfertigten Appellationsentwurf von seinen Theologen Verbesserungsartikel aufsetzen; auch gegen die fiscalischen Processe wurde ein Ratschlag von den Juristen ausgearbeitet und beide Schriften am 1. März an den Markgrafen gesandt. Mit diesem lebte man jetzt in voller Übereinstimmung; alle Massnahmen beider geschahen nach Verabredung. In Betreff des Bündnisprojektes aber blieb der Rat eine Zeit lang schwankend; er verhehlte sich nicht, welche Gefahr für das Evangelium entstehen würde, wenn die Gegner eine Spaltung bemerken würden. Insgeheim liess er den Markgrafen wissen, dass er bei einer Anfrage Sachsens so lange als möglich freie Hand behalten wolle, um zu jeder Zeit das Beste zu thun²⁾. So erhielt denn eine Gesandtschaft der evangelischen Fürsten, die wegen des Bündnisses warb, beim Markgrafen eine ablehnende Antwort³⁾.

Am 19. Februar erschien sie vor dem Rate, der bereits diese Antwort zugeschickt erhalten hatte. Durch viele Bibelstellen suchten die Gesandten das Recht des Widerstandes zu beweisen; ferner dürfe der Kaiser wegen der schwebenden Appellation an ein Concil nichts gegen sie vornehmen, und daher sei der Widerstand gegen einen Angriff erlaubt⁴⁾.

¹⁾ Gutachten an Strobel, Beiträge IV, S. 137. Möller, S. 147.

²⁾ An Brandenburg, 20. Januar, Bb. 114. ³⁾ An Brandenburg, 18. Februar, Bb. 114. ⁴⁾ Soden, S. 348 ff.

Der Rat liess durch Kress und Volkamer den Vortrag schriftlich beantworten. Er habe nie beabsichtigt, durch Ablehnung des Bundes vom Evangelium zu fallen; nur aus Gewissensangst habe man den Gesandten keine Vollmacht erteilt; die nürnbergischen Theologen seien noch der früheren Meinung, und wenn auch die sächsischen zum teil jetzt den Widerstand billigten, der aus dem kaiserlichen Recht deduciert werden könne, so vermöge doch der Rat bei solcher Spaltung sein Gewissen nicht zu beruhigen. Die übrigen Bundesartikel wolle man annehmen.

Infolge dieser Erklärung wurden die Nürnberger und der Markgraf zu der neuen Versammlung zu Schmalkalden nicht geladen, weil hier über die militärische Verfassung des Bundes gehandelt wurde. Spengler vertrat unentwegt den streng lutherischen Standpunkt und hatte in diesen Tagen keinen Augenblick geschwankt. Er war erbittert über die sächsischen Gesandten zu Schmalkalden, zumal über Mansfeld, die auf die Wittenberger nicht wenig getruzelt hätten, als ob Luther und Melanchthon jetzt zweifelsohne das Widerspiel von dem hielten, was sie früher gelehrt hätten. Albrecht von Mansfeld hatte er besonders im Verdacht, seine ganzen Pläne bezweckten nur Schutz für die geraubten Kirchengüter ¹⁾. Er bestritt auch das Recht über die Wahl Ferdinands zu verhandeln. Da die Schmalkaldener Verhandlungen vom December geheim bleiben sollten, so liess er Luther durch V. Dietrich darüber vertrauliche Mitteilung machen, um ihn zu warnen. Luther liess in einem Schreiben an Spengler vom 15. Februar ²⁾ als Theologe die Frage des Widerstandes unentschieden, ebenso überliess er in einem Schreiben vom 18. März die Sache den Juristen als Gewissensfrage. Wahrscheinlich war auch das an einen Nürnberger Bürger gerichtete Gutachten Luthers vom 18. März für Spengler selbst bestimmt; man verschwieg absichtlich den Namen, da V. Dietrich den Auftrag hatte geheim zu verhandeln ³⁾. Luther gab darin zu, dass ein Christ zwar nicht als Christ, aber als Bürger Widerstand leisten möge. Trotzdem also dieser geheime Versuch, Luthers Autorität gegen die Sachsen zu gewinnen, gescheitert war, blieb Spengler bei dem alten Grundsatz und der Rat folgte ihm.

Noch mehr misfiel Spengler der religiöse Ausgleich, den Bucer bewirkte, obgleich er für die zwinglischen Städte während des Reichstages mannhaft aufgetreten war. In Augsburg weigerten sich die Pfarrer Agricola und Frosch, die Concordie

¹⁾ An V. Dietrich, 3. Febr., Mayer, Spengleriana. ²⁾ De Wette, IV, S. 221. ³⁾ Hausdorff, S. 174.

anzunehmen, welche Bucer auf des Rates Geheiss einführen sollte und machten Spengler Mitteilung ¹⁾. Dieser und auf seine Veranlassung die Nürnberger Prediger sandten mehrere Trostschriften; nach ihrem Geheiss reichten die beiden Augsburger ein Bekenntnis beim Rate ein. Derselbe forderte am 1. März Stillschweigen über die Streitpunkte. Sie weigerten sich und sandten einen Bericht mit ihren Bekenntnissen und denen der zwinglischen Prediger an Spengler ²⁾. Nun wurden sie der Stadt verwiesen, aber Frosch wurde bei St. Sebald zu Nürnberg als Propst und Prediger angestellt. In Bucer sah Spengler ein „fast listiges Männlein“ und in seiner Concordie einen sophistischen Betrug, zu dem die Strassburger und sonderlich der Graf von Mansfeld den frommen Churfürsten überredet hätten ³⁾. Er hoffte noch auf Luther und erbat einen Bericht über die Concordie. Aber auch dann, als er Luthers Meinung kannte, blieb in ihm und vielen Nürnbergern das Mistrauen, „ob die Sache von den Gegnern ernst gemeint sei, ob nicht ein Stein für ein Brot, ein Skorpion für einen Fisch gegeben würde, zumal der rechte antesignanus, der Zwingli, dem Spiel zusieht und hinter dem Berg hält“. Gerade an des letzteren Weigerung aber, die Bucersche Formel anzunehmen, scheiterte die Aufnahme der Schweizer und damit die der Oberländer in den Bund, welche zu Frankfurt verhandelt wurde. Zu diesem Tage ⁴⁾, auf dem auch über das Kammergericht beraten wurde, erschienen die Vertreter Nürnbergs und des Markgrafen. Beide hatten sich zu gemeinsamer Instruktion der Gesandten für diesen Tag verglichen und verabredet, die Bestrafung der Wiedertäufer und die schon in Schmalkalden in Aussicht genommene gemeinsame Kirchenordnung zu beantragen ⁵⁾. Diese Punkte konnten leicht Ursache werden, den mehr verhüllten als aufgehobenen religiösen Zwiespalt zu erneuern.

Auf dem letzten Tage von Schmalkalden waren Sturm und der hessische Schreiber beauftragt, die Bestallung zweier Procuratoren am Kammergericht vorzubereiten. Sturm berichtete darüber am 6. Brandenburg und Nürnberg erklärten sich bereit, hierüber mit zu handeln.

Am 6. wurden auch die Antwortschriften Englands und Frankreichs auf die Rechtfertigungsschriften der Evangelischen, die im December zu Schmalkalden beschlossen waren, verlesen. Letztere waren auf den Wunsch der Fürsten und Nürnbergs so bescheiden abgefasst, dass die Strassburger mit der Kleinmütigkeit

¹⁾ Hausdorff, S. 319.
20. Febr., 22. April, Mayer.
S. 47.

²⁾ S. 329—336.

³⁾ An V. Dietrich,

⁴⁾ Strassburger Relation, Pol. Corr., II,

⁵⁾ An Georg, 27. Mai, Bb. 115.

unzufrieden waren ¹⁾. Jetzt tadelten die Brandenburger und Nürnberger die übrigen wegen des Schreibens an den Kaiser, das zu Schmalkalden beschlossen war und widersprachen, dass die Appellation ihm schon jetzt zugestellt werden sollte ²⁾.

Markgraf Georg war wegen der Jurisdiktion von den Bischöfen von Bamberg, Würzburg und Eichstädt beim schwäbischen Bunde verklagt; er bat um Hülfe für den Nördlinger Bundestag. Nürnberg hatte in nahem Interesse bereits Strassburg um Hülfe ersucht ⁴⁾. Es wurde ihm am 19. unter Nürnbergs Einflusse von den Ständen eine Hülfe auch beim Reichsgericht verhiessen. Abgelehnt wurden dagegen an demselben Tage die Anträge Nürnbergs und Brandenburgs über die Bestrafung der Wiedertäufer und eine gleichförmige Kirchenordnung. Der für die letztere angesetzte Tag von Nürnberg hatte nicht stattgefunden. Mit Ablehnung dieses Antrages am 9. Juni fiel der Gedanke einer gemeinsamen Kirchenordnung; man war bei einem solchen Plane um die Einheit der Evangelischen besorgt.

Auf dem Ulmer Städtetage kurz vor dem Frankfurter Tage hatten die Städte ihre Teilnahme an dem Bunde von dem Eintritt der Schweizer oder doch wenigstens der Nürnberger und des Markgrafen abhängig gemacht. Die Strassburger waren bereit, auch ohne diese Bedingung den Bund abzuschliessen ⁵⁾; aber die übrigen bewahrten am 4. Juni in einer Besprechung der Städteboten den alten Standpunkt. Als nun am 7. die Sachsen in Frankfurt erklärten, man könne die Schweizer nicht aufnehmen, erwiderten die Strassburger, dass damit auch die Städte an der Teilnahme verhindert würden. An einen Beitritt der Nürnberger wurde nicht mehr gedacht. In der That lehnten die Städte den Beitritt ab.

Von den nächsten Versammlungen, die sich wieder mit dem Bündnis beschäftigten, blieben die Nürnberger fern; es war eine schwere Aufgabe, in dieser Zeit die Politik der freien Hand zu bewahren, wie Spengler es wollte. Albrecht von Preussen hatte zur Verteidigung der Säkularisation des Ordenslandes, als gegen ihn auf Klage des Ordens ein Cassationsurteil des Kaisers ergangen war, eine Apologie verfassen lassen. Auf dem Tage zu Augsburg hatten die Nürnberger Gesandten die Anweisung erhalten, seine Sache zu unterstützen; jetzt verhielt man sich höflich ablehnend ⁶⁾. Nun sandte der Herzog seine

¹⁾ Sturm und Meyer an Strassburg, 20. März, Pol. Corr. ²⁾ An Brandenburg, 27. Mai, Bb. 115. ⁴⁾ Nürnberg an Strassburg, 3. Mai, Pol. Corr. ⁵⁾ Strassburger Instruktion, Pol. Corr. II, S. 46. ⁶⁾ An die Reichstagsgesandten, 18. Juni 1530, Bb. 113. An Albrecht, 24. Juli 1531, Bb. 115.

Schrift mit einem gewinnenden Schreiben ¹⁾ an Spengler und bat um ein freimütiges Urteil. Spengler gab es bescheiden und furchtlos. Der Herzog ist kein rechter Oberherr, sondern ist es nur durch Wahl des Ordens; also kann er die Herrschaft ebenso wenig an die Polen geben, als der Kaiser das Reich ohne Bewilligung der Stände an die Türken geben kann. Ferner wird das Reich durch Entziehung des Lehns geschädigt. Scharf wird von der Rechtsfrage die religiöse unterschieden; es ist ihm erlaubt, das Land christlich zu reformieren, auch sich zu verheiraten ²⁾.

Seit Februar 1531 suchten Churpfalz und Churmainz zwischen den Protestanten und dem Kaiser zu vermitteln, besonders auf Betrieb des Königs Ferdinand, der Hülfe gegen die Türken begehrte. Ein Ausschuss gab auf dem Tage zu Frankfurt sein Gutachten am 10. Juni darüber ab. Man forderte Frieden bis zum Concil. Auf Vorschlag der Vermittler kamen nun die Evangelischen am 30. August 1531 zu Schmalkalden zusammen. Auch Nürnberg war von Sachsen dazu eingeladen ³⁾. Doch verstand man sich nur dazu, Vorschläge anzuhören ⁴⁾. Daher lehnten sie die Wiederaufnahme der in Augsburg abgebrochenen Verhandlungen ab; auch Vergleichsvorschläge wollten sie nicht stellen, da das die Sache der Theologen sei. Die Vermittler mussten endlich einen neuen Tag zu Speier vorschlagen, selbst die Beschickung desselben wollten die Evangelischen nicht versprechen.

Ende April 1532 kam man endlich zu Schweinfurt zum Zweck des Religionsfriedens zusammen. Nürnberg und Brandenburg hatten sich wieder zu gemeinsamer Instruktion verglichen. Von der alten Initiative Nürnbergs war auf diesem Tage so wenig als auf den letzten etwas zu merken. Die Stadt erhielt die Einladung von Sachsen, ohne dass sie etwas Näheres über dessen Absichten erfuhr ⁵⁾. B. Baumgartner und Leo Schürstab wurden als Vertreter der Stadt mit dem Auftrage entsandt, alles zu fördern, was zum Frieden erforderlich und der Confession nicht entgegen sei ⁶⁾. Die Vorschläge der sächsischen Theologen, welche Spengler zugegangen waren, hatte der Rat von seinen Theologen begutachten lassen. Einen unbedingten Religionsfrieden hielt er für den besten Ausweg; Ausgleichsversuche in den Fragen des Sakraments, der Jurisdiktion u. s. w.

¹⁾ Vom 10. October 1531, Hausdorff, S. 96. ²⁾ Schreiben vom 23. Dec., Hausdorff, S. 107. ³⁾ Nürnberg an Georg, 9. August, Bb. 115. ⁴⁾ Strassburger Bericht, Pol. Corr., II, S. 60. Nürnberg an Strassburg, 28. Aug., Bb. 115. ⁵⁾ An Georg, 13., 19., 23. März, Bb. 116. ⁶⁾ An die Gesandten, 7. April, Bb. 116.

galten ihm überhaupt für bedenklich. — In Schweinfurt fürchteten die Oberländer eine Erneuerung des religiösen Zwistes; es hiess, der Pfalzgraf wolle die Zwinglischen vom Frieden ausschliessen ¹⁾, die Strassburger waren deshalb entschlossen, wenn der Pfalzgraf nur für die Augsburger Confession Vollmacht zu haben erkläre, die Fürsten zu ersuchen, sowie die Städte sich wegen der Königswahl nicht von ihnen getrennt hätten, nun auch ihrerseits sich nicht von den Städten zu sondern. Für den Fall einer Erörterung der streitigen Punkte sollte ein Gutachten der Strassburger Theologen beweisen, dass die Confession laut der Erklärung der Apologie dem Strassburger Bekenntnis nicht widerspräche ²⁾. Nach einem Vortrag des pfälzischen Rates Türk am 1. April wurden die Vergleichsvorschläge übergeben ³⁾. In der That hatten die Vermittler eine Sprengung der Evangelischen geplant; sie forderten, dass alle der Augsburgerischen Confession anhängenden Stände über dieselbe hinaus keine weitere Neuerung vornehmen, den Wiedertäufern und Zwinglischen keine Gunst erweisen, keine fremde Unterthanen an sich ziehen und schützen, endlich in betreff der Jurisdiktion und der Güter der Geistlichen nichts Neues vornehmen sollten; ferner wurde beiden Parteien auferlegt, nicht ausserhalb ihres Gebietes predigen zu lassen ⁴⁾.

Die Evangelischen bildeten einen dreiteiligen Ausschuss: der Bundesmitglieder, welche bei der Königswahl interessiert waren, also der Fürsten, der Bundesstädte und der nicht im Bunde befindlichen Stände, als Nürnbergs und Brandenburgs. Die Oberländer beanstandeten den Ausdruck „Zwinglianer und Wiedertäufer“ des Vorschlages als Beleidigung für ihre schweizerischen Nachbarn und übergaben dem fürstlichen Ausschusse ein Gutachten, in welchem sie gegen diese Bezeichnung und alle Vorschläge der Vermittler wegen der unklaren Fassung protestierten. Darauf empfangen die Fürsten ein Gutachten des dritten Ausschusses und liessen es den Oberländern mitteilen; die Nürnberger und Brandenburger verlangten von ihnen darin eine deutliche Erklärung der Worte ihres Gutachtens, dass sie die gegnerische Lehre verwürfen. Aber die Oberländer verboten sich jede Rechenschaftsforderung seitens derer, die nicht in ihrem Bunde seien; den Fürsten gegenüber beriefen sie sich auf die anerkannte Glaubenseinhelligkeit. Nun beschuldigten die Nürn-

¹⁾ Pol. Corr. II, S. 101. ²⁾ Strassburger Instruktion, Pol. Corr. II, S. 106. Ratschlag der Prediger, S. 107. ³⁾ Bericht der Gesandten Sturm und Meyer an den Rat von Strassburg, Pol. Corr. II, S. 109. Bericht Meyers, S. 115. Sturm an Kniebis, S. 112. ⁴⁾ Pol. Corr. II, S. 120. Beilage I.

berger jene bei den Fürsten, dass sie sich zu Hause in der Lehre vom Sakrament anders verhielten. Man ging darüber hinweg; die volle Einigung in der Abendmahlslehre wurde auf später verschoben. Das Gutachten der Oberländer, worin sie bereits die Ausdehnung des Friedens auch auf die künftig Übertretenden verlangten, wurde indes den Vermittlern nicht übergeben ¹⁾. Das fürstliche Gutachten, das ihnen am 3. April zuing, zählte alle die Stände auf, die als Anhänger der Confession zu verstehen seien; auch die Oberländer gehörten dazu; die Confession aber gäbe nur den ungefähren Inhalt ihrer Lehre; man verlangte genaue Erklärung über die Frage der geistlichen Güter und fremden Unterthanen. Das von den Vermittlern empfohlene Concil müsse ein allgemeines sein und auf deutschem Boden gehalten werden ²⁾.

Die Vermittler erklärten sich am 5. damit einverstanden, dass die namhaft gemachten Stände in den Frieden einbegriffen sein sollten; dagegen lehnten sie es ab ³⁾, auf ein Concil in der gewünschten Art beim Kaiser zu dringen, da auch der Papst und die übrigen Nationen darüber mitzusprechen hätten. In Betreff der Jurisdiktion, der Ceremonien und geistlichen Güter sollte in den Gebieten der evangelischen Stände der augenblickliche Zustand bis zum Concil erhalten bleiben. Jeder Unterthan sollte mit Wissen und Willen seiner Obrigkeit des Glaubens wegen auswandern dürfen. Aber die protestierenden Stände beharrten am 9. auf ihrer Forderung eines allgemeinen Conciles auf deutschen Boden ⁴⁾; sie setzten jetzt noch hinzu, dass die Entscheidungen desselben auf Grund des reinen Gotteswortes erfolgen sollten. Auch die Forderung der Städte wurde jetzt von ihnen aufgenommen, dass jedem Stande die Annahme der Confession frei stehen sollte; man berief sich dabei auf den Speirer Abschied von 1526 und blieb beim Protest gegen den von 1529.

Ausser der Confession sollte noch die Apologie Norm für die Predigten und Schriften sein; in der Änderung der Ceremonien aber liess man sich nicht binden. Zum ersten Male wurden Landeskirchentum und Gewissensfreiheit scharf gegen einander abgegrenzt. Keine Partei soll im Gebiete der anderen ohne deren Erlaubnis predigen lassen, dagegen solle es jedem evangelischen Unterthan einer altgläubigen Obrigkeit unverwehrt sein auszuwandern.

Das ging den Vermittlern zu weit, am 11. kamen sie auf ihre alten Vorschläge zurück ⁵⁾, die Zwinglischen sollten nur

¹⁾ Pol. Corr. II, S. 122. Beilage III.

²⁾ S. 121. Beilage II.

³⁾ S. 124. Beilage IV.

⁴⁾ S. 124. Bb. V.

⁵⁾ S. 126. Bb. VI.

dann, wenn sie ihren Irrtum aufgäben, an dem Frieden teil haben. Aber die Evangelischen beharrten am 17. auf ihren Forderungen; wenn ein Friede nicht zu ermöglichen sei, möge man auf den Abschied von 1526 zurückkommen, wonach jeder Stand sich in Glaubenssachen so halten solle, wie er es verantworten könne ¹⁾. Der Rat von Nürnberg war trotz seiner Friedensliebe mit der Zurückweisung der letzten Vorschläge sehr zufrieden; ein Gutachten der Theologen der Stadt verwarf dieselben; allein ein Scheitern der Verhandlungen wäre ihm sehr peinlich gewesen, weil er dadurch von neuem zum Anschluss an den Schmalkaldischen Bund gedrängt wäre. Deshalb liess er bei den Evangelischen darauf dringen, in Anbetracht der Türkennot die Vermittler zu ersuchen, neue Vergleichsvorschläge vom Kaiser zu erbitten ²⁾. Dieses geschah auch. Allein die Nürnberger Gesandten waren angewiesen, auch wenn Sachsen ablehnte, zusammen mit Brandenburg den Vermittlern die Geneigtheit zum Frieden auszudrücken. Bis zum Eintreffen dieser Vorschläge stockten die Verhandlungen trotz der Beschwerde der Protestanten vom 1. Mai ³⁾. Der Rat von Nürnberg meinte, dass die Sache von keiner Seite ernst gemeint sei; nicht der Glaubensfriede, sondern die Bestätigung der Königswahl und die Auflösung des Bundes sei der Zweck der Katholischen ⁴⁾. Am 6. Mai endlich wurden die neuen Vorschläge mitgeteilt ⁵⁾. Man bat, auch in der Änderung der Ceremonien nicht über die Confession und Apologie, die als Norm neben der ersteren anerkannt wurde, hinauszugehen. In betreff des Conciles wurde nur zugestanden, dass man den Kaiser ersuchen wolle, es auf deutschem Boden abzuhalten. Das Auswanderungsrecht der andersgläubigen Unterthanen sollte auf deren Gesuch nach Erledigung aller ihrer Verpflichtungen nicht verweigert werden. Der Artikel vom 11. April über die Wiedertäufer und Zwinglischen ward aufrecht erhalten. Nur für die namhaft gemachten Stände sollte übrigens der Friede gelten. Allein die Evangelischen bestanden auf der Erstreckung desselben auf zukünftige Anhänger der Confession; freilich sollten diejenigen, welche in der Sakramentslehre von der Confession abwichen, erst nach ihrer Bekehrung des Friedens teilhaftig werden, aber der Ausdruck „Zwinglische“ wurde vermieden. Sie blieben auch dabei, dass das Concil nur nach Gottes Wort entscheiden solle; zugestanden wurde, dass die Confession und Apologie auch für die Änderung der Ceremonien Norm sein sollte und man war

¹⁾ S. 128. Bl. VII. ²⁾ Der Rat an die Gesandten, 16., 19. April, Bb. 116. ³⁾ Pol. Corr. II, S. 128. Beilage VIII. ⁴⁾ An die Gesandten, 1. Mai, Bb. 116. ⁵⁾ Pol. Corr. II, S. 129. Beilage IX.

einig, dass in betreff der Jurisdiktion und geistlichen Güter der augenblickliche Zustand erhalten bleiben müsse ¹⁾. Auf Bitten der Vermittler verzichteten die Fürsten allein auf die Bedingung, dass niemand auf Grund der Königswahl vergewaltigt werden sollte ²⁾. Man nahm den Vorschlag der Vermittler an, die Verhandlungen nach Nürnberg zu verlegen, wo man dem Kaiser und dem Regensburger Reichstage näher war.

Vor Eröffnung der Verhandlungen zu Nürnberg ³⁾ stellte der Landgraf den Strassburgern die Ausdehnung des Friedens auf die künftig Übertretenden als unerlässliche Bedingung hin; er fand allgemeine Zustimmung bei den Städten. Die Strassburger Prediger hatten in einem Gutachten ⁴⁾ über die letzten Vorschläge es als eine Pflicht bezeichnet, alle Welt zum wahren Glauben heranzuziehen. Als die Städtegesandten am 5. Juni ihre Instruktionen austauschten, fand man dieselben in diesem Punkte fast gleichlautend.

Am 8. Juni vor Eintreffen der kaiserlichen Vorschläge wurden die Verhandlungen eröffnet; die alten Vorschläge wurden mit geringer Änderung erneut. Die Protestanten setzten ihre Hoffnung auf die kaiserlichen; aber auch diese, die mittlerweile eingetroffen waren und am 10. mitgeteilt wurden, lauteten nicht anders. Sie wurden am 13. abgelehnt ⁵⁾.

Jetzt drohte eine Spaltung unter den Evangelischen einzutreten. Ein Gutachten Luthers erklärte, dass man von der Erstreckung des Friedens auf künftige Anhänger des Evangeliums absehen könne. Spengler billigte dasselbe ⁶⁾; er war sehr unzufrieden mit der Haltung der Evangelischen und glaubte sichere Nachricht zu haben, dass sie den Frieden in Wirklichkeit gar nicht wollten, während er die Friedensliebe des „frommen Kaisers“ und der Vermittler zu rühmen wusste. Die Oberländer und Hessen widersetzten sich entschieden der Absicht Nürnbergs, Brandenburgs und Sachsens, in jenem Punkte nachzugeben. Endlich, als die Türkennot stieg, kam man auf den Vorschlag zurück, den Sachsen schon am 18. Juni den Vermittlern gemacht hatte, über einen äusseren Frieden, der Gottes Wort und das Gewissen nicht belange, zu handeln. Auch von Rom aus wurde dem Kaiser eine Verständigung anempfohlen.

Am 11. Juli wurde den Protestanten die kaiserliche Genehmigung, über einen solchen Frieden zu verhandeln, und zugleich ein Friedensentwurf mitgeteilt ⁷⁾, demgemäss bis zu einem

¹⁾ S. 131. Bl. X. ²⁾ S. 132. Bl. XI. Bl. XII. ³⁾ Meyers Relation, Pol. Corr. II, S. 161. Bericht Sturms und Meyers, Pol. Corr. II, S. 150. ⁴⁾ Pol. Corr. II, S. 147. ⁵⁾ Pol. Corr. II, S. 165. Bl. I. ⁶⁾ An Veit Dietrich, 4. Juli 1532, Mayer, Spengleriana. ⁷⁾ Pol. Corr. S. 166. Beilage II.

Concil oder einem Reichstag niemand des Glaubens oder anderer Ursachen wegen überzogen werden sollte. Wieder bildeten sich die drei Ausschüsse. Die Protestanten verlangten am 14. in einem Zusatz zu dem Entwurf die Zusicherung, dass der Kaiser der Religion wegen niemanden durch den Fiscal, durch das Kammergericht oder ein anderes Gericht belangen und schwebende Processe sistieren werde. Ungern ermächtigte der Kaiser die Vermittler, diese Versicherung in seinem Namen auszusprechen; aber sie sollte in Rücksicht auf die katholische Reichstagsmajorität geheim gehalten werden und in den Händen der Vermittler bleiben ¹⁾. Am 23. erfolgte der Abschied ²⁾. Ein gemeiner Friede sollte zwischen dem Kaiser und allen Ständen bis zum Concil oder, wenn ein solches nicht stattfände, bis zu einem Reichstage bestehen, auf dem eine Änderung beschlossen würde; kein Stand sollte einen andern berauben oder überziehen, keiner des Glaubens wegen irgend wie gerichtlich belangt werden.

Da die katholische Reichstagsmehrheit zu Regensburg den Protestanten keine Sicherheit vor Processen gewähren wollte, so musste eine geheime Erklärung des Kaisers diese Vorbedingung des Friedens zugestehen, die in dem öffentlichen Mandat des Kaisers vom 3. August gar nicht erwähnt wurde. Hierfür wurde von den Protestanten aller schuldige Gehorsam, namentlich in Bezug auf die Türkenhülfe schon am Tage vor der Ausfertigung des Abschiedes zugesagt ³⁾.

Als der Kaiser in Regensburg seine Genehmigung zur Verhandlung über einen äusseren Frieden erteilte, hatten die auf dem Reichstag versammelten evangelischen Stände zum teil die Türkenhülfe auch ohne Zusicherung eines Friedens zugesagt. Nürnberg war auf diesem Reichstage anfangs durch Volkamer, seit Ende April, wie schon seit Anfang März beabsichtigt war, durch Chr. Kress und Ch. Baumgartner vertreten ⁴⁾. Auch auf diesem Tage mussten die Gesandten mit den brandenburgischen zusammengehen ⁵⁾. Ende April beschlossen diese mit den Sachsen und Hessen zusammen auf ein kaiserliches Ansuchen, die Bewilligung der Türkenhülfe von der vorhergehenden Friedenszusicherung abhängig zu machen; auch Nürnberg trat dieser Antwort bei, betrieb aber eine möglichst glimpfliche Fassung derselben. Indes war es bereits jetzt entschlossen, auf die Dauer die Hülfe nicht zu verweigern ⁶⁾. Schon Anfang Mai war der Rat, der von Venedig von dem Anmarsch der Türken er-

¹⁾ S. 166. Beilage III. IV. ²⁾ S. 168. Beilage VI. ³⁾ S. 167. Beilage V. ⁴⁾ An Volkamer, 24. April, Bb. 116. ⁵⁾ An Brandenburg, 6. März, Bb. 116. ⁶⁾ An Volkamer, 20. April, Bb. 116.

fuhr ¹⁾, bereit, das Hülfsgesuch zu bewilligen ²⁾; er meinte, der Kaiser habe „sich genug angeboten“ und plante bereits Rüstungen. Als aber am 28. Mai der Kaiser vor den versammelten Ständen seine Hülfswerbung durch den Pfalzgrafen Friedrich erneuern liess mit dem Hinweis, dass der Sultan in eigener Person im Anzuge sei, blieben die verbündeten protestierenden Stände abermals bei ihrer Protestation ³⁾. Nürnberg aber im Einvernehmen mit Brandenburg bewilligte die Türkenhülfe ⁴⁾. Darauf verhandelte der Kaiser am 6. Juni mit den Städten besonders ⁵⁾; er ersuchte sie, aussser der veranschlagten Hülfe aus freien Stücken noch eine besondere Leistung zu übernehmen; vor allem begehrte er das städtische Geschütz ⁶⁾. Allein die Strassburger gingen von der Bedingung der vorhergehenden Friedenszusicherung nicht ab, ebensowenig die Ulmer, wiewohl der Rat von Ulm es von den Städteboten in Erwägung gezogen wissen wollte, dass es gegen Gott und die Welt unverantwortlich sein würde, die Christenheit im Stiche zu lassen ⁷⁾. So antworteten denn die Städteboten dem Kaiser, dass sie nicht im stande seien, die Forderung zu bewilligen, doch wollten sie darüber an ihre Städte schreiben ⁸⁾. Der Rat von Nürnberg dagegen hatte, als die Reichstagsmajorität die Hülfe bewilligte, bereits mit der Anwerbung von Reitern begonnen; er erbot sich, für Mühlhausen und Nordhausen Kriegsvolk zu bestellen und zu besolden ⁹⁾. Nun richtete der Kaiser an Nürnberg, wie an Strassburg, Augsburg und Ulm Schreiben ¹⁰⁾, in denen er wieder um besondere Leistungen bat. Bereits am 28. Juni konnte der Rat von Nürnberg seinen Gesandten auf deren Bitte um Beschleunigung der Hülfe mitteilen ¹¹⁾, dass an diesem Tage zwei Fähnlein Knechte, 800 Mann, darunter 200 Handrohrsützen und 50 mit halben Haken abgefertigt seien; dem Kaiser und der Christenheit zu Ehren hatte er sein Contingent verdoppelt; es war das erste, das im Felde erschien; dazu liess er 15 Stück Geschütz, viel Pulver und Vorrat dem Heere zukommen, 100 Reiter wurden von ihm und einigen Nachbarn angeworben.

¹⁾ An Kress und Baumgartner, 8. Mai, Bb. 116. ²⁾ An Kress und Baumgartner, 11. Mai, Bb. 116. ³⁾ Kniebis an den Rat von Strassburg, 28., 29. Mai, Pol. Corr. ⁴⁾ Hessischer Bericht, Neudecker, Urkunden, S. 1207 ff. ⁵⁾ Ulm an Strassburg, 12. Juni, Pol. Corr. ⁶⁾ An Kress und Baumgartner, 10. Juni, Bb. 116. ⁷⁾ Ulm an Strassburg, 12. Juni, Bb. 116. ⁸⁾ Sturm und Meyer an den Rat, 10. Juni, Pol. Corr. ⁹⁾ Nürnberg an die Gesandten, 6., 18. Juni, Bb. 117; an Mühlhausen, 12. Juni. ¹⁰⁾ Kniebis an Sturm und Meyer, 22. Juni, Pol. Corr. Karl V. an Strassburg, 22., 24. Juni, Pol. Corr. ¹¹⁾ An die Gesandten, 28. Juni, Bb. 117.

Strassburg und Ulm aber blieben bei ihrer Weigerung. Ein Gesandter des Kaisers, der am 28. vor dem Rate von Strassburg die Werbung erneute, wurde abgewiesen. Aber schliesslich mussten sie doch dem Beispiel Nürnbergs folgen, zumal da die Verhandlungen über den äusseren Frieden zu Nürnberg ihren Fortgang nahmen. Auf die Vorstellung des kaiserlichen Gesandten bewilligte Ulm ein Fähnlein zur Türkenhülfe und entschuldigte sich deshalb bei Strassburg; aber auch dieses hatte schon vor Eintreffen einer neuen kaiserlichen Mahnung sich zur Hülfleistung bequemt ¹⁾.

Einhellig beschlossen dagegen die Evangelischen Ende Juni zu Nürnberg, als man vernahm, dass die Majorität dem Kaiser zu einem Reichstagsabschied im Sinne des Augsburgerischen bestimmen wolle, gegen einen solchen zu protestieren. Nürnberg bewog die übrigen zu einer gemeinsamen Form der Protestation, die möglichst glimpflich abgefasst werden sollte ²⁾.

Das kaiserliche Versprechen der Sicherheit vor Religionsprocessen sollte aus Rücksicht auf die katholischen Stände geheim bleiben; deshalb enthielt auch das offene Mandat vom 3. August, welches den Frieden verkündete, nichts davon ³⁾. Der Kaiser wies auch das Kammergericht vorläufig nicht an, die Processe gegen die Protestanten zu sistieren. Daher schlug Strassburg dem Landgrafen die Anstellung eines gemeinsamen Sollicitators am Hofe vor ⁴⁾. Sachsen billigte den Plan auf Philipps Vorschlag und entsandte seinerseits Hans von Planitz an den Hof, um die Sistierung zu betreiben ⁵⁾. Für die Oberländer bestellte Ulm den Jakob Krafft als Sollicitator, der vom 1.—8. December neben Planitz am kaiserlichen Hofe zu Mantua verweilte ⁶⁾.

Bereits unter dem 6. Nov. erliess der Kaiser an das Gericht den Befehl, die Religionsprocesse zu sistieren, aber ohne eine Erklärung derselben zu geben.

Das Kammergericht behauptete nun, dass die Processe, welche von den Geistlichen wegen Entziehung ihrer Rechte angestrengt waren, keine Religions-, sondern Spoliensachen seien und fuhr fort zu procedieren. Der Unterschied zeigte sich zuerst bei dem Processe gegen Strassburg wegen des Stiftes Arbogast. Die Stadt erklärte die Sache für eine allgemeine aller Protestanten, der Bischof bestritt es. Die Fürsten verfassten auf Grund der Beschwerdeschriften Strassburgs, Esslingens

¹⁾ Pol. Corr., II, S. 158. ²⁾ Pol. Corr., II, S. 156. Nürnberg an die Gesandten, 28. Juni, 2. Juli, Bb. 117. ³⁾ Pol. Corr., II, S. 169.

⁴⁾ Strassburg an Hessen, 14. Sept., Pol. Corr. ⁵⁾ Strassburg an Ulm, 17. Oct., Pol. Corr. ⁶⁾ Strassburg an Ulm, 6. Nov., Pol. Corr.

und Ulms, die ebenfalls belästigt wurden, eine Schrift an den Kaiser und eine zweite an das Gericht, welche von Nürnberg unterzeichnet wurden. Aber Strassburg versprach sich keinen Erfolg, da die Türkennot nunmehr beseitigt sei; vielmehr empfahl es schon im November dem Landgrafen, das Gericht zu recusieren. Dieser war nicht abgeneigt ¹⁾.

Am 14. December 1532 traf Krafft wieder in Ulm ein; er brachte eine neue Weisung des Kaisers vom 3. Dec. an das Gericht mit ²⁾, die den Stillstand der Processe anordnete, aber ebenfalls keine Erklärung derselben gab. Als die Protestanten erklärten, dass der Friede, wie das Gericht ihn auffasste, für sie keine Bedeutung habe, ersuchte das Gericht den Kaiser um eine Erklärung seiner Weisung. Der Brief des Kaisers vom 22. Januar, der am 14. Februar in einer Sitzung des Gerichts verlesen wurde, erklärte eine Erläuterung für unnötig; was Religions-sache sei, dafür sei die beste Erläuterung, „wie es die Sachen selbst mit sich bringen“. Das Gericht, somit ermächtigt, von Fall zu Fall zu entscheiden, verfuhr in der alten Weise. Strassburg wandte sich an den Landgrafen ³⁾ und erklärte seine Sache für die allgemeine Sache der Evangelischen; zugleich empfahl es eine Zusammenkunft derselben. Man fühlte sich damals sehr beunruhigt durch das Gerücht von einem Concil, das Kaiser und Papst in Bologna besprachen; bald erschienen päpstliche Gesandte deshalb beim Churfürst von Sachsen ⁴⁾. Auch die Anerkennung Ferdinands als König wurde von neuem gefordert. Im April fand deshalb ein Convent der Fürsten von Baiern, Hessen und Sachsen in Nürnberg statt. Darauf wurde wegen einer Antwort an den Papst auf seine Werbung zum Concil von Sachsen auf den 25. Juni 1533 ein Tag der Evangelischen zu Schmalkalden angesetzt ⁵⁾. Nürnberg verfasste Gutachten dafür und entsandte Leo Schürstab als Vertreter, der sich nach Verabredung mit den Brandenburgern ins Einvernehmen setzte ⁶⁾. Zur Beantwortung der Concilswerbung erklärte man ein Concil ausserhalb Deutschlands für verwerflich, weil es nicht, wie der Nürnberger Abschied fordere, frei sei ⁷⁾. Ferner beschloss man, entgegen dem Abschied der Visitatoren des Kammergerichtes, die streitigen Processfälle als Religionssachen anzusehen und das Gericht zu recusieren, wenn es sich nicht mässige.

Als dieses nun trotz aller Vorstellungen erklärte, dass

¹⁾ Strassburg an Hessen, 12. Nov.; Hessen an Strassburg, 2. Dec., Pol. Corr. ²⁾ Ulm an Strassburg, 15. Dec., Pol. Corr. ³⁾ Strassburg an Hessen, 4. März, 23. April 1533, Pol. Corr. ⁴⁾ Werbung bei Hortleder, I, I, C. 15. ⁵⁾ Hessen an Strassburg, 7. Mai, Pol. Corr. ⁶⁾ An Brandenburg, 13., 14., 17. Juni, Bb. 119. ⁷⁾ Hortleder, I, I, C. 16. An Heilbronn, 16. Juli, Bb. 119.

Strassburg sich wegen Arbogasts in den Process einlassen müsse und dafür 14 Tage Frist erhielt, beantragte die Stadt bei Hessen und Sachsen die Recusation und eine Tagsatzung, um Massregeln für den Fall der Achtserklärung zu treffen.

Am 19. Januar 1534 fand dieser Tag zu Speier statt ¹⁾. Der Landgraf, dem die Strassburger sich anschlossen, forderte Recusation des Gerichtes für alle Fälle. Aber man beschloss, nur für Religionsprocesse den Kammerrichter, Grafen von Beichlingen, und den grösseren Teil der Beisitzer als parteiisch zu recusieren. Da das Gericht die Annahme der Recusationsschrift am 20. Januar verweigerte, so beschloss man einen neuen Tag im März zu Frankfurt abzuhalten. Doch wurde er auf Sachsens Wunsch hinausgeschoben ²⁾. Endlich fand eine Versammlung Ende Mai zu Nürnberg statt, an der von den Städten Lübeck, Magdeburg, Bremen und Nürnberg teilnahmen; die Oberländer hielten sich wohl wegen der Unruhen in Württemberg fern. Man entwarf eine Schrift an das Gericht, worin dasselbe für alle Unruhen, die aus der Fortsetzung der Processe entstehen würden, verantwortlich gemacht wurde, ferner eine Schrift an den Kaiser. Die Städte nahmen sie wegen der scharfen Fassung nur zögernd an ³⁾. Erst infolge des Friedens von Kadan hörten die Belästigungen durch das Gericht auf.

Schon seit längerer Zeit rüstete sich Philipp von Hessen, einen Hauptschlag gegen die habsburgisch-katholische Machtstellung in Südwestdeutschland durch die Wiedereinsetzung des Herzogs Ulrich von Württemberg zu führen. Er trat in Verbindung mit Frankreich; auch englische Gesandte erschienen bei ihm. Dem Rat von Nürnberg misfiel ein gewaltsames Vorgehen zu Gunsten des Protestantismus durchaus. Spengler erschien das Hin- und Herreisen der Gesandten sehr verdächtig; er fürchtete einen Landfriedensbruch.

Im März 1534 fragte der englische Orator im Auftrage seines Königs den Rat um seine Meinung über die Ehescheidungsangelegenheit. Aber der Rat verweigerte es, über die mitgebrachten Artikel der Sache ihres guten Freundes, wie er sich in seinem Schreiben bezeichnete, durch seine Juristen beraten zu lassen ⁴⁾. Man antwortete, die Commune sei zu gering, um darüber entscheiden zu dürfen, aber man hoffe, der König werde thun, was der Ehrbarkeit und Sitte angemessen sei. So derb wies man ihn ab; Spengler meinte, seine Praktiken seien mehr gegen den Kaiser als gegen den Papst gerichtet.

¹⁾ Pol. Corr. II, S. 205. ²⁾ Philipp an Sturm (März). Pol. Corr. II, S. 207. ³⁾ Soden, S. 392. An Augsburg, 29. Mai, Bb. 120.
⁴⁾ An V. Dietrich, 13. April, Mayer, Spengleriana.

In dieser Zeit löste sich der schwäbische Bund auf.

Bei solchen unsicheren Verhältnissen sah sich Nürnberg zum ersten Mal seit längerer Zeit veranlasst, durch eigene Initiative seine Stellung nach allen Seiten hin zu sichern. Auf dem Bundestage zu Augsburg traten die Gesandten von Nürnberg, Augsburg und Ulm zusammen und beschlossen, jede der drei Städte solle ohne weitere Beratung zu ihren Reisingen noch 200 auf vier Monate annehmen ¹⁾. Erwählte Kriegsräte sollten in Nördlingen das Nähere beraten. Im März wurde von diesen in Nördlingen die Zahl der Reiter auf je 100, die Zeit auf sechs Monate festgesetzt; auch wurde in Erwägung gezogen, ob Strassburg und einige Fürsten in den Bund aufgenommen werden sollten ²⁾. Nürnberg warb sein Contingent an. Ulm und Augsburg aber hatten Bedenken; sie wollten den Beschluss der Rüstung nur als vorläufig ansehen. Nürnberg machte nun energisch geltend, dass die Kriegsräte bereits in Nördlingen beschliessliche Vollmacht gehabt hätten, und dass auch der Abschied nichts anderes zu erkennen gäbe, dass ferner die Städte durch einen Aufschub in Misachtung und Gefahr kommen würden, weil ihr Bündnis nicht unbekannt geblieben sei. Die Vorstellung wirkte; auch das vorsichtige Augsburg erklärte sich zur Anwerbung der Reiter bereit ³⁾. Im April erhielt der Rat das Ausschreiben Philipps und Ulrichs; sie baten zugleich um Unterstützung mit Reitern. Diese wurde mit Hinweis auf die eigne gefährdete Lage abgelehnt; man bedauerte den Unfrieden und war zur Beilegung desselben bereit ⁴⁾. Aus Dinkelsbühl wurde in diesen Tagen der Durchzug von 4000 Mann gemeldet; man befürchtete, dass sie gegen Württemberg bestimmt seien. Ulm, das dem gefährdeten Lande am nächsten lag, wurde ersucht, Ferdinands Rüstungen auszukundschaften. Der bedrohte König Ferdinand ersuchte nun, wie mehrere andere Städte, auch Nürnberg in einem Schreiben vom 13. April um Hülfe. Der Rat schlug Augsburg eine gleichlautende Antwort vor, die von ihm angenommen und alsbald übersandt wurde. Nürnberg dagegen hielt es für zweckmässig, zunächst gar nicht zu antworten ⁵⁾. Ein zweites Schreiben des Königs vom 1. Mai erschien; Graf Schlick als Gesandter ersuchte den Rat um ein Darlehen. Letzteres wurde dem König „ihm zu Ehren“ gewährt, während man sich in dem Antwortschreiben vom 13. Mai ablehnend verhielt, wie mit Augsburg verabredet war ⁶⁾. Man entschuldigte

¹⁾ An Augsburg; an Ulm, 14. März 1534, Bb. 120. ²⁾ An Augsburg, 17. März, Bb. 120. ³⁾ An Augsburg, 23. März, Bb. 120. ⁴⁾ An Philipp, an Ulrich, an Augsburg, an Ulm, 21. April, Bb. 120. ⁵⁾ An Augsburg, 29. April, 4. Mai, Bb. 120. ⁶⁾ An König Ferdinand, 13. Mai, Bb. 120.

sich wegen der Verspätung der Antwort damit, dass Ferdinands Schreiben so spät eingetroffen sei; gern würde der Rat der Empörung zuvorkommen, wenn er nur Mittel wüsste; er riet, andere Stände, zumal Sachsen, für die Erhaltung des Friedens anzurufen. Von Sachsen war der Rat überzeugt, dass es Gegner des hessischen Unternehmens sei; der Churfürst äusserte sich gegen Spengler während der Versammlung der Evangelischen zu Nürnberg in diesem Sinne¹⁾. Auch Augsburg und Nördlingen erhielten von Nürnberg Anweisung, wie dem König zu antworten sei²⁾.

Auf Nürnbergs Anregung hielten die drei verbündeten Städte zu Nördlingen Mitte Mai eine Zusammenkunft³⁾. Man beschloss, dass Abgesandte der Städte in Ulm einen längeren Aufenthalt nehmen und den Umständen nach beraten sollten. Dem Rat von Nürnberg misfiel dieses, da es Ferdinand dadurch leicht möglich wurde, sein Gesuch zu erneuen. Aber schon war am 13. Mai die Entscheidung bei Lauffen gefallen. Die Strassburger Prediger richteten ein Glückwunschschreiben an den Landgrafen und machten Vorschläge zur Reformierung des Landes⁴⁾; Spengler dagegen war sehr misvergnügt über den Ausgang⁵⁾; er besorgte, dass der Landgraf auch die Erblande des Königs überziehen werde und hielt die Unternehmung für einen französischen, lange practicierten Anschlag gegen den Kaiser; „der Hess hat keinen vernünftigen Grund, einen in eines anderen Herren Land mit Gewalt einzusetzen“. In diesen Tagen ersuchte König Sigismund von Polen den Rat, sich bei den übrigen Ständen für die Unterstützung des geächteten Albrecht von Preussen am Kammergericht zu verwenden. Der Rat lehnte auch dieses Gesuch ab und liess vielmehr seiner Reichspflicht getreu im November das Achtsmandat anschlagen⁶⁾. Im Frühjahr des ereignisreichen Jahres 1534 gaben auch in Nürnberg die Wiedertäufer, die sich heimlich in die Stadt eingeschlichen hatten, dem Rate viel zu schaffen⁷⁾.

Am Ende der Tage Spenglers wurde das gute Einvernehmen der Stadt mit dem Markgrafen gestört; an die Stelle Voglers, dessen Freundschaft mit Spengler viel zu dem gemeinsamen Wirken in den letzten Jahren beigetragen hatte, trat 1534 Heller als Kanzler, vor dem Spengler schon seit 1530 mehrfach gewarnt hatte und der jetzt plötzlich „aus einem Paulus zum Saulus wurde“⁸⁾.

¹⁾ An V. Dietrich, 24. Mai, Mayer, Spengleriana. ²⁾ An Augsburg, 26. Mai. ³⁾ An Augsburg, 15. Mai. ⁴⁾ Pol. Corr. II, S. 211. ⁵⁾ An V. Dietrich, 24. Mai, 12. Juni, Mayer. ⁶⁾ An Augsburg, 26. Mai, Bb. 120. ⁷⁾ An V. Dietrich, 13. April, Mayer. ⁸⁾ An V. Dietrich, 20. April, 7. August, Mayer.

Seit der Kirchenvisitation im Jahr 1528 wurde in Nürnberg eine Kirchenordnung geplant, die gleichwie die Visitation auch für das Gebiet des Markgrafen Geltung haben sollte ¹⁾. Dieser drängte auf Fertigstellung derselben. Im Mai 1530 hatten die städtischen Prediger einen kürzeren und einen längeren Entwurf fertiggestellt, die unter dem 11. Juni dem Markgrafen nach Augsburg gesandt wurden ²⁾. Auf dem Tage zu Schmalkalden im December wurde eine Zusammenkunft der Evangelischen in Nürnberg zur Feststellung einer gemeinsamen Ordnung geplant. Zu diesem Tage arbeiteten die Brandenburger Theologen, zu denen auch Brentius entboten war, seit Mitte Januar zu Schwabach, ebenso die Nürnberger, Entwürfe aus.

Aber der Tag fand nicht statt. Als Nürnberg die Einladung nach Frankfurt erhielt, wusste der Rat nicht, ob auch über die Kirchenordnung daselbst verhandelt werden sollte und fragte deshalb bei Ulm an ³⁾. Man beschloss, bei Sachsen auf die Durchführung des Planes zu dringen, und wenn dieses zögere, selbständig vorzugehen, aber Luthers Genehmigung zu der Kirchenordnung einzuholen. Mit der Ablehnung des Antrages Nürnbergs und Brandenburgs zu Frankfurt fiel der Gedanke einer gemeinsamen Kirchenordnung der Evangelischen für immer. Die Nürnberger liessen ihren Entwurf ausarbeiten, was trotz des wiederholten Drängens des Markgrafen nur langsam von statten ging. Am 17. Mai 1531 schrieb Spengler, dass die Nürnberger und Brandenburger Theologen nunmehr in kurzem den Entwurf nach Wittenberg zur Begutachtung schicken würden ⁴⁾; aber kurz darauf teilte der Rat dem Markgrafen mit, dass ihm in dem vorgelegten Entwurf noch einige Artikel bedenklich erschienen ⁵⁾. Die Theologen lieferten darüber im Juli Ratschläge ein; allein noch im August wurde der drängende Markgraf damit vertröstet, dass man neue Ratschläge der Theologen erwarte ⁶⁾; man wolle sich nicht übereilen, da die Sache Rates wert sei. Endlich wurde der Entwurf an den Markgrafen gesandt, obgleich der Rat entschlossen war, ihn in dieser Gestalt nicht anzunehmen ⁷⁾. Er sollte der sächsischen Ordnung gemäss abgefasst werden; die Elevation des Sakramentes und die Messe zur Zeit noch freigestellt bleiben, wie es in Nürnberg in der That der Fall war. Den Hauptanstoß aber nahm der Rat an dem Artikel des Bannes, den Osiander, der Haupturheber der

¹⁾ Möller, Osiander, S. 164 ff. ²⁾ Der Rat an die Gesandten zu Augsburg, 17. Mai, 11. Juni, Bb. 113. ³⁾ An Ulm, an Brandenburg, 12. April 1531, Bb. 115. ⁴⁾ Hausdorff, S. 299, Spengler an V. Dietrich. ⁵⁾ An Brandenburg, 29. Mai, Bb. 115. ⁶⁾ An Brandenburg, 12. Juli, 9. August, Bb. 115. ⁷⁾ An Brandenburg, 3., 15. November, Bb. 116.

Ordnung, für die Kirchenzucht für notwendig hielt. Spengler teilte die Ansicht der Theologen und hatte eine Schrift verfasst, welche in ihrem Namen und samt einer Erklärung derselben dem Rate übergeben wurde ¹⁾. Aber die Juristen des Rates erklärten den Bann für eine gefährliche Waffe in der Hand eines Mannes wie Osiander.

Der Rat, der 1528 nur eine dem Banne vorhergehende Anzeige verlangt und durchgesetzt hatte, forderte jetzt die Streichung des ganzen Artikels.

Nachdem man ein Gutachten des Brentius eingeholt hatte, wurde endlich im Juli 1532 der Entwurf samt diesem Gutachten an die Wittenberger Theologen geschickt; doch wurde der Artikel über den Bann gesondert beigefügt; man wollte wissen, wie es in Sachsen damit gehalten werde ²⁾. Spengler empfahl seinem Freunde Veit Dietrich in Wittenberg schnelle Förderung der Sache ³⁾. Die Wittenberger fanden den Entwurf gut, aber wegen Wiederholungen etwas ungeordnet und schlugen eine Commission zur Verbesserung vor. Man übertrug diese Arbeit dem Osiander und Brentius, der aus Schwäbisch-Hall entboten wurde ⁴⁾.

Am 4. October war das Werk fertig. Osiander schickte es mit einem Briefe zuerst an Spengler und bat um sein Gutachten, da es ihm anstössig sei, von Luthers Lehre abweichend zu erscheinen ⁵⁾. Der Rat nahm die Kirchenordnung mit einigen geringen Änderungen an. Den Druck derselben hatte er schon bei der vorsichtigen Abfassung beabsichtigt ⁶⁾; er fand jetzt sofort mit „schönen, groben, leslichen Buchstaben“ statt. Auch für das markgräfliche Gebiet wurden gegen 1000 Exemplare hergestellt. Am 1. Januar 1532 wurde die Kirchenordnung in der Stadt, am 9. Februar auf dem Lande eingeführt. Ein Katechismus wurde gleichzeitig mit der Kirchenordnung herausgegeben ⁷⁾.

Im Jahre 1533 erhob sich in Nürnberg ein heftiger Kirchenstreit über die Privatbeichte und die Privatabsolution ⁸⁾. Es bestand der Gebrauch, dass nach der Predigt eine allgemeine, offene Beichte gesprochen und dann der versammelten Gemeinde die Absolution erteilt wurde. Ebenso wurde nach der Abendmahlsvermahnung eine allgemeine Absolution ausgesprochen, als deren Verfasser Linck galt. Diese Absolution strichen Brenz und Osiander bei der Revision der Kirchenordnung. Sie ge-

¹⁾ Hausdorff, S. 171. ²⁾ Bb. 117. ³⁾ An V. Dietrich, 16. Juli, Mayer, Spengleriana.
⁴⁾ An Brandenburg, an Schwäbisch-Hall, 28. August, Bb. 117.
⁵⁾ Hausdorff, S. 306. ⁶⁾ An Brandenburg, 3. Nov., Bb. 116.
⁷⁾ Soden, S. 384. An Georg, 5. December, Bb. 117, 20. Dec., Bb. 118. ⁸⁾ Möller, 173 ff.

dachten, die Privatbeichte einzuführen, um die Gefahr zu vermeiden, dass das Sakrament an Unwürdige ausgeteilt werde. Allgemein fand man diese Neuerung beschwerlich. Als ihn nun der Rat am 4. April um die Herstellung der alten Sitte ersuchte, trat Osiander hitzig für seine Ansicht ein. Die übrige Geistlichkeit, an der Spitze Link, widersprachen. Der Rat verbot allen, über die Sache zu predigen und forderte von den Wittenbergern und von Brentius am 8. April Gutachten ein ¹⁾. Aber Osiander hatte sich bereits an den letzteren gewandt ²⁾; er stellte sich auf Osianders Seite. Das Gutachten Luthers dagegen, das Ende April den Predigern mitgeteilt wurde ³⁾, erklärte beide Formen der Absolution für christlich; denn auch die Predigt sei im Grunde eine Absolution, die Vergebung der Sünden durch den Glauben verkünde. Der Rat verbot vergebens den Predigern, über die Sache zu reden, der Zank ging weiter und zwar allein durch Osianders Schuld nach Spenglers Urteil, der den Mann schon früher richtig beurteilt hatte. Als der Rat ihm nach einer Predigt am 13. Juli am 15. sein Misfallen ausdrückte, verbat er sich trotzig jede Einmischung. Endlich versprach er, drei Wochen lang zu schweigen, wenn seine Gegner dasselbe thäten und ihre Gründe schriftlich einreichten. Spengler hatte die höchste Anerkennung von seinem „schönen Ingenium“, aber er fürchtete, dass sein hoffärtiger Geist auch fernerhin einen grossen Lärm anrichten würde, wie er es dann auch in Preussen gethan hat. Er empfahl Veit Dietrich, „dass ihm durch Luther in einem Schreiben ernstlich am Zaum geritten würde“. Er war mit der zu grossen Rücksicht des Rates gegen den Mann nicht zufrieden ⁴⁾ und meinte, in Sachsen würde sein ingenium nicht höher als die Wohlfahrt der Kirche geachtet werden.

Am 22. Sept. übergab Osiander dem Rate sein Bekenntnis von der Schlüsselgewalt, das samt dem Gutachten der übrigen Theologen mit einem Begleitschreiben Spenglers nach Wittenberg ging ⁵⁾.

Luther schrieb an Link wie an Osiander ⁶⁾, mahnte zur Versöhnlichkeit, lobte an beiden die Strenge der Gewissenüberzeugung und riet Osiander zu schweigen und die allgemeine Absolution zu dulden, bis er in ruhigerer Stimmung besser über die Sache handeln könne. In einem neuen Gutachten für den Rat vom gleichen Datum (8. October) verteidigte er die allgemeine Absolution. Er würdigte Osianders Einwand, dass das Ge-

¹⁾ An Luther, an Brentius, 8. April, Bb. 118.
Brentius, 5. April, Möller, S. 178.

²⁾ Osiander an
³⁾ Vom 18. April, de Wette, IV,

S. 444. ⁴⁾ An V. Dietrich, 9. August, Mayer.

⁵⁾ Möller, S. 184.

⁶⁾ de Wette, 483. 485. 480.

wissen nicht frage, ob Gott barmherzig sei, sondern ob er ihm barmherzig sei. Trotzdem hat auch die allgemeine Absolution Berechtigung, da die Heilsverheissungen allgemein seien. Auch die Predigt wirkt Vergebung, da das Wort Gottes nach Paulus selig macht. Der Rat liess an Luther, Melanchthon, Bugenhagen und Jonas als Zeichen der Erkenntlichkeit 100 Joachimsthaler auszahlen ¹⁾ und befahl dem Osiander, bei der allgemeinen Absolution zu bleiben. Dieser aber äusserte sich vor dem Rate verächtlich über die Mahnung und das Gutachten der Wittenberger, so dass man von dem Plan absah, zu zu dem Spengler den Rat bereits bewogen hatte, den Osiander zu persönlicher Verhandlung nach Wittenberg zu senden; man sah voraus, dass er in seiner Hoffahrt es abschlagen würde. Abermals wurde von seiten des Rates freundlich mit ihm verhandelt, dass er seine Meinung für sich behielte. Das verlangte ausser den Predigern auch Spengler, wiewohl es ihm eigentlich bedenklich erschien, dass ein Mensch seinen Irrtum gegen alle Welt behaupten dürfe. Es gelang, ihn seitdem (Ende October) zum Schweigen zu bringen ²⁾.

Am 7. September 1534 starb Spengler. Er hatte den Charakter der Politik seiner Stadt wesentlich bestimmt. Dem Reichsoberhaupt, zu dem er lange Zeit ein naives Vertrauen hatte, wurde bereitwillig geleistet, was die Reichspflicht und das besondere Interesse der Stadt forderte; seit dem Religionsfrieden hatte sich sein Vertrauen zum Kaiser neu befestigt. Andererseits wurde der strenglutherische Standpunkt unwandelbar festgehalten. Der wichtigste Teil der politischen Correspondenz zeigt seine Eigenart. Seine Gewissensüberzeugung stellt die unbedingte Reinheit der Lehre und die Vermittlungsversuche einander entgegen als Wahrheit und Lüge, als Sache Gottes und des Teufels, zwischen denen es keine Vermittelung giebt. Diese Strenge hatte zur Folge, dass die Stadt endlich wegen eines Bündnisses gegen den Kaiser in andauernden Gegensatz auch zu den übrigen lutherischen Ständen geriet.

Über den glaubens- und charakterfesten Mann aber trauerte das protestantische Deutschland. Er hatte in den letzten Jahren am Stein gelitten. Nach dem ersten Anfall im Sommer 1531 schrieb er an Veit Dietrich „Ich bin wunderbar erledigt ohne Zweifel aus stattlichen Fürbitten viel frommer Christen; ich bin in des Herrn Zuchtschul gewesen und hab gelernt, wie süß und voller Barmherzigkeit der Herr ist gegen alle, die ihm vertraulich rufen“ ³⁾. Während eines zweiten Anfalls im Sommer

¹⁾ An Luther, an Führer, 20. Oct., Bb. 119. ²⁾ 25. Oct., 12. Nov., an Dietrich, Mayer, Spengl. ³⁾ An V. Dietrich, 24. Juli, Mayer.

1532 bekümmerte ihn der Tod seines langjährigen Mithelfers, des Ch. Ebner ¹⁾. Im November des folgenden Jahres verlor er einen Sohn im Alter von 25 Jahren an einer Seuche, die bis tief in den Winter hinein wütete ²⁾.

Seinem zweiten Testament vom Ende 1533 fügte er wie seinem ersten vom Jahre 1529, um alle Verdächtigungen, er sei Papist oder Wiedertäufer, abzuweisen, sein Glaubensbekenntnis hinzu. Die Heiligen sind Vorbilder, aber keine Mittler, denn sonst würde das Blut Christi verachtet; die Kindertaufe, das lutherische Abendmahl, die Verurteilung des Messgreuels erkennt er an. Zum letzten Male bekräftigt er seinen religiösen Grundsatz in der äusseren Politik; der Christ ist der Obrigkeit, die ihm ungöttliche Dinge befiehlt, keinen Gehorsam schuldig, doch soll er ihr, sie sei, wie sie wolle, nicht mit Gewalt widerstehen, sondern allein mit Gottes Wort Widerstand thun ³⁾.

Dieses Bekenntnis wurde 1535 zu Wittenberg und Nürnberg mit einer Vorrede Luthers gedruckt, als Muster, „wie ein rechter Christ Gottes Wort herzlich geglaubt und jetzt in seinem Abschied und Sterben solchen Glauben bekennt und bestätigt hat“. Mit einer neuen Vorrede erschien es 1632 zu Leipzig.

¹⁾ An V. Dietrich, 12. Sept., Mayer. ²⁾ An V. Dietrich, 24. Nov., 1533, Mayer. ³⁾ Hausdorff, S. 485—502. Pressel, S. 93—99.

Verlag von VANDENHOECK & RUPRECHT in Göttingen.

Hermann Bonnus. Erster Superintendent von Lübeck und Reformator von Osnabrück nach seinem Leben und seinen Schriften. Nebst 14 Anlagen und einem Bildnis von Bonnus. Von Sup. D. theol. B. Spiegel. 2. umgearbeitete und vervollständigte Auflage. 1892. VIII, 212 S. gr. 8. 4 Mk.

Geschichte der Kirchenreformation in der Stadt Göttingen. Von Dr. G. Erdmann. 84 S. gr. 8. 1888. 1 Mk. 60 Pf.

Geschichte der Reformation des Stiftes Halberstadt. Von Dr. W. Langenbeck. VIII, 129 S. gr. 8. 1886. 2 Mk. 60 Pf.

Die Verhandlungen Kaiser Ferdinands I. mit Papst Pius IV. üb. d. Laienkelch u. d. Einführung desselben in Österreich. Von Dr. K. Saftien. II, 85 S. gr. 8. 1890. 1 Mk. 60 Pf.

Justus Gesenius. Sein Leben und sein Einfluss auf die Hanoversche Landeskirche. Gehrönte Preisschrift von Prof. Dr. Eduard Bratke. 1883. 15 Bogen gr. 8. 4 Mk.

Der Papstesel. Von Prof. Dr. Konr. Lange. Mit 4 Lichtdrucktafeln und Titelvignette. 8 Bogen gr. 8. 4 Mk.

Ein Beitrag zur Kultur- und Kunstgeschichte des Reformationszeitalters, interessant durch die den Aberglauben jener Zeit widerspiegelnde Polemik zwischen den Reformatoren und Papisten.

Cyprian von Karthago und die Verfassung der Kirche. Eine kirchengeschichtliche und kirchenrechtliche Untersuchung von Prof. Lic. O. Ritschl. 1885. 17 Bogen gr. 8. 5 Mk. 60 Pf.

Soeben sind erschienen:

Philipp Jakob Spener. Von Lic. Paul Grünberg. I. Band. Die Zeit, das Leben und die Theologie Speners. VIII, 532 S. gr. 8. Preis 10 Mk.; geb. 11 Mk. 50 Pf.

Untersuchungen über die äussere Entwicklung der afrikanischen Kirche mit besonderer Verwertung der archäologischen Funde. Von Pastor Dr. Alexis Schwarze. IX, 194 S. Lex.-8. Mit 2 Abbildgn. im Texte, 3 Tafeln, 1 Plane und 1 Karte. 7 Mk.

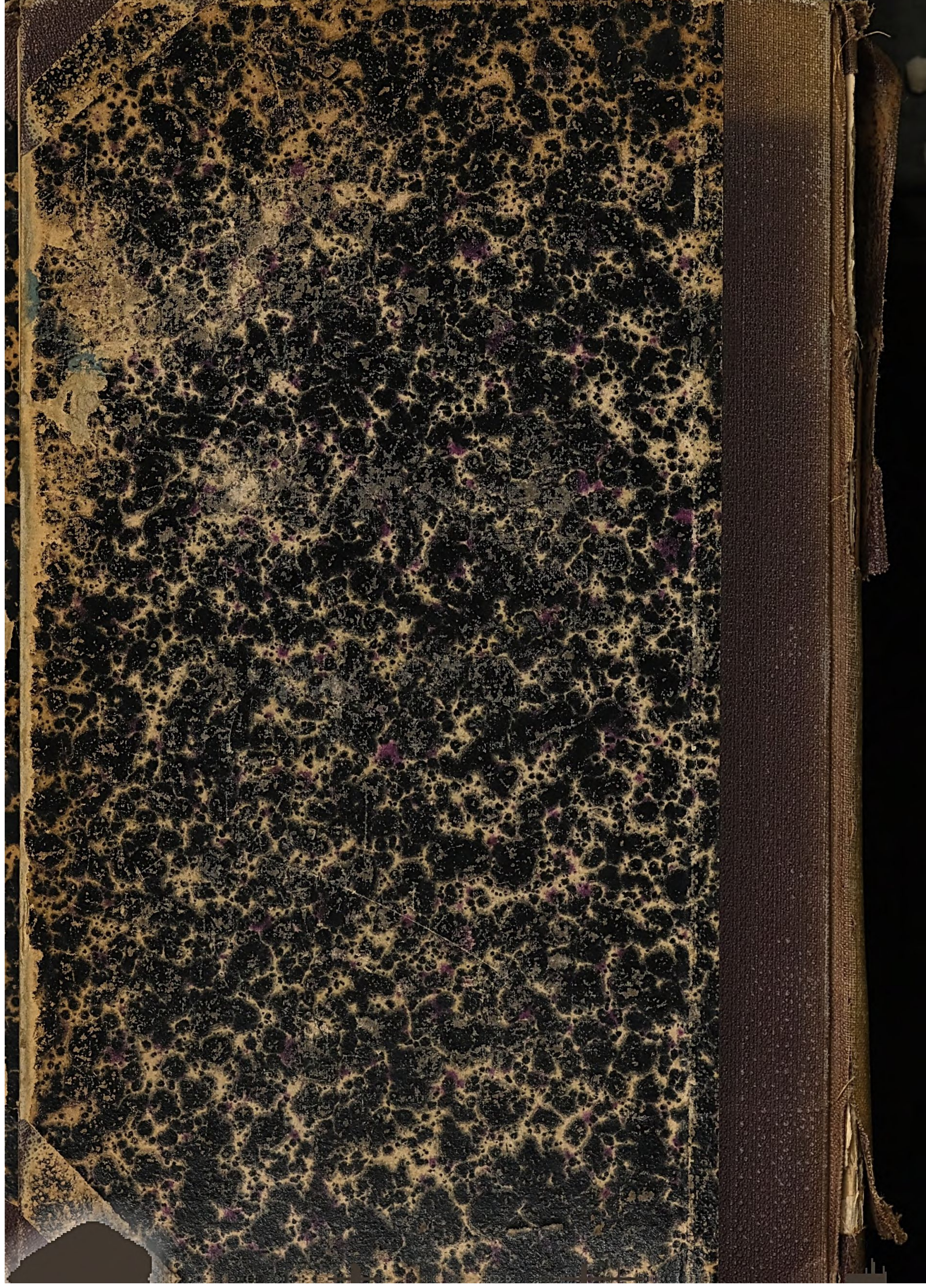
Preisermässigung:

Kirchengeschichte Deutschlands von J. W. Rettberg. 2 Bde. gr. 8. 1845. Preis von 19 Mk. 50 Pf. ermässigt auf **8 Mk.**

I. Die Römerzeit und die Geschichte der austrasisch-fränkischen Kirche. — II. Geschichte der Kirche bei den Alemannen, Bayern, Thüringern, Sachsen, Friesen und Slaven bis zum Tode Karls des Grossen.

Druck der Univ.-Buchdruckerei von E. A. Huth in Göttingen.

Karl Böhl



Ludewig, Georg

Die Politik Nürnbergs im Zeitalter der Reformation von 1520 - 1534

Göttingen 1893

Bavar. 1715 va

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11563267-1